A. Hegedüs/M. Márkus u. a.
Die Neue Linke in Ungarn

Internationale
Marxistische Diskussion 45
Merve Verlag Berlin

DM 9,–

Zu diesem Band:

Die Gruppe um Hegedüs, den letzten Ministerpräsidenten der Rakosi-Ära und Sozioökonomen, geht davon aus, daß eine als Selbstkritik verstandene 'Innenanalyse' der osteuropäischen Gesellschaften aktuell nicht nur möglich, sondern notwendig ist. In ihrer kritischen Analyse der Arbeitsbedingungen, der Konsummodelle, der Freizeit, der Bürokratie, der Familienbeziehungen und der Arbeitsteilung nähert sie sich oft der von undogmatischen Gruppen in Westeuropa vorgetragenen Revisionismuskritik. Die Gruppe wurde im Mai 1973 wegen Linksabweichung aus der Partei ausgeschlossen.

links
Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten
Aktionsmodelle,
Beiträge zur sozialistischen
Theorie und Strategie,
Berichte aus der Linken
international.
„links" ist illusionslos,
undogmatisch –
eine Zeitung für Theorie der Praxis
und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 1.20
Bezugspreis, jährlich, DM 15.–.
Probenummern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 525.

Probenummer anfordern bei
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postfach 591

A. HEGEDÜS / M. MARKUS U.A.
DIE NEUE LINKE IN UNGARN

INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION 45
MERVE VERLAG BERLIN

Aus dem Ungarischen übersetzt von Hans Magnus Enzensberger (S.218), Hans Joas (S. 24 - 30, 179 - 213), Wolf Kniep (S.110 -130), Kollektiv "Wiener Tagebuch" (S.5 - 23, 131 - 178), Krisztina Mänicke (S.31 - 109). Eigenübersetzung des Merve Kollektivs aus dem Italienischen (S.214 - 217, 219 - 221).

© 1974 by Merve Verlag GmbH, Berlin 15, Postfach 327.
Printed in Germany 1974. Druck bei D. Dressler, Berlin.
Bindearbeiten Heinz Stein, Berlin. Umschlagentwurf "Betrieb", Köln.
SBN 3 920986 59 8

INHALT

Einleitung
5 SERGE FRANKEL / DANIEL MARTIN
Die Budapester Schule: Soziologie und Revolution
24 ALEXANDER ROBERTSON
Die ungarische Wirtschaftsreform
31 ANDRAS HEGEDÜS
Die "Selbstkritik" der sozialistischen Gesellschaft als Realität und Notwendigkeit
47 ANDRAS HEGEDÜS
Über die Aktualität der "Gewerkschaftsdiskussion"
67 ANDRAS HEGEDÜS
Bürokratisches Verhältnis und Sozialismus
89 A. HEGEDÜS / M. MARKUS
Die Humanisierung der Arbeit
110 A. HEGEDÜS / M. MARKUS
Die Wahl von Alternativen und Werten in der Perspektivplanung von Distribution und Konsumtion
131 M. MARKUS / A. HEGEDÜS
Freizeit und Arbeitsteilung
148 D. VIRJAT
Ein Großbetrieb in der Volksdemokratie. Eine soziologische Enquete
168 M. MARKUS / A. HEGEDÜS
Gemeinschaft und Individuum
179 AGNES HELLER
Über die Zukunft der Beziehungen zwischen den Geschlechtern
194 AGNES HELLER/ MIHALY VAJDA
Familienform und Kommunismus
214 BRIEF AUS BUDAPEST

218 MIKLOSZ HARASZTI
Was gegen den Che spricht
219 BRIEF VON PIO BALDELLI ZUM PROZESS GEGEN MIKLOSZ HARASZTI
222 Editorische Notiz

EINLEITUNG:

SERGE FRANKEL/DANIEL MARTIN
DIE BUDAPESTER SCHULE: SOZIOLOGIE UND REVOLUTION

Von den Staaten des Warschauer Pakts dürfte Ungarn das Land sein, in dem die radikale linke Kritik, vor allem auf theoretischem Gebiet, sich am stärksten entwickelt hat. Am Ursprung dieser Neuen Linken sind zwei Ebenen der Kritik zu unterscheiden. Die eine ist die der theoretischen Gesellschaftskritik auf marxistischer Grundlage. In den sechziger Jahren konnte sich diese theoretische Kritik entfalten, ihre Ideen konnten artikuliert und publiziert werden, wenn auch innerhalb bestimmter Grenzen (aber ziemlich weit gesteckter Grenzen, wenn man sie mit denen der Sowjetunion vergleicht). Die andere Ebene der Kritik ist weit weniger scharf umrissen: Es ist der Geist der marxistischen Werte, auferstanden aus der Asche der mumifizierten offiziellen Ideologie, die sich selbst als "marxistisch" bezeichnet.

Diese Renaissance der marxistischen Werte (die ihrem Wesen nach antibürokratisch sind) erfaßt immer breitere Kreise der nonkonformistischen Jugend. Die Jugend im allgemeinen (abgesehen von jener kritischen Minderheit und der Minderheit der Karrieristen) bleibt ebenso wie die früheren Generationen den Werten westlichen Typs ergeben. Lange Zeit stützte sich die Kritik an der ungarischen Gesellschaft ausschließlich auf diese Werte, weil die Entwicklung einer selbständigen inneren Kritik unterbunden war. Die westlichen Werte, die über den Äther (Radio Freies Europa, Stimme Amerikas usw.), durch auf Besuch kommende Emigranten und sogar durch den sorgfältig gefilterten Kulturimport ins Land gelangten, erschienen dank der Monopolstellung, die ihnen die Machthaber einräumten, breiten Volksschichten als die einzige Alternative zur enttäuschenden Realität des Regimes und erzeugten unglaubliche Mythen und Illusionen. Als die innere Kritik - zum Teil dank der Politik János Kádárs und seiner Gruppe - die Möglichkeit öffentlicher Artikulation erhielt, wurde das Monopol der Kritik "made in the West" gebrochen. Die Entstehung einer autochthonen Kritik hatte, wie man sich vorstellen kann, sehr wichtige Folgen für die ungarische Gesellschaft und deren Eigendynamik, zumal sie sich ohne gewaltsame Hemmnisse entfalten konnte.

In dieser autochthonen Kritik stellt die Strömung der Neuen Linken natürlich eine Minderheit dar; die andere Strömung, die man "technokratisch" nennen könnte, ist viel stärker, da sie die dif-

ferenzierten (pluralistischen) Interessen der Bürokratie repräsentiert. Die technokratische Strömung hat viel mehr Möglichkeiten, die Kräfte des sozialen Wandels zu kanalisieren, als die andere Strömung - die der radikalen Linken -, welche für die breiten Massen der Macht- und Autoritätslosen sprechen will. Die Möglichkeiten der Entwicklung einer autochthonen Kritik als Gegengewicht zur Kritik "made in the West" sind in ganz Osteuropa durch die Folgen der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei stark eingeschränkt worden. Diese Intervention war der Startschuß für die allgemeine Unterdrückung autochthoner Kritik im gesamten sowjetischen Machtbereich, wo die konservativsten Kräfte Auftrieb erhielten. Der Reaktionsprozeß, der 1968 einsetzte, hat in jüngster Zeit in Ungarn (wo seit 1968 die Wirtschafts- und Sozialreform stark gebremst wird) eine neue Wendung genommen, die besonders die Neue Linke betrifft. Ironie des Schicksals: Kein Geringerer als György Aczel, der Kulturverantwortliche in der Parteiführung, der internationale (besonders bei KPI und KPF beliebte) Star des ungarischen "Kulturliberalismus", ist in einer heftigen Rede zum Angriff angetreten gegen die "Renegaten", die "Pseudorevolutionäre", die "kleinbürgerlichen Romantiker", die "Revisionisten", die "neulinken Anarchisten", die mit ihrer "Nachäffung der bürgerlichen Ideologie objektiv eine reaktionäre Rolle spielen", usw. Aczel bedient sich sehr viel des Terminus "Neue Linke", und wir stimmen mit ihm überein, daß man genau zwischen Neuem und Altem, zwischen der Neuen Linken und der alten "Linken" unterscheiden muß. Auch wir verwenden diesen Ausdruck, manchmal auch die Bezeichnung "radikale Linke", wobei uns bewußt ist, daß diese Begriffe ungenau sind, und obwohl wir nicht wissen, ob die Personen, auf die sie sich beziehen, sie akzeptieren. (1)
Aczels Attacke war der Auftakt zu einer Untersuchung, die vielleicht die Angegriffenen als "Antimarxisten" überführen wird; es ist ihnen vorläufig verboten, zu publizieren, Vorträge zu halten usw. Sie dürfen derzeit auch nicht ins Ausland reisen, weder ins westliche noch ins östliche.
Betrachten wir nun etwas näher die Gesellschaftstheorie der ungarischen radikalen Linken. Ihre wichtigsten Vertreter sind András Hegedüs und Mária Márkus, die häufig gemeinsam schreiben. Unsere Studie stützt sich vor allem auf die Arbeiten dieser beiden Autoren.
Ihre heutigen Ansichten haben sich etwa Mitte der sechziger Jahre herausgebildet und - wie die der ganzen nichtorthodoxen Linken - nach den tschechoslowakischen und den französischen Er-

eignissen von 1968 radikalisiert. Eine überaus wichtige Quelle ihrer theoretischen und ideologischen Auffassungen ist zweifellos die von Georg Lukács gegründete Budapester Schule. Diese befaßte sich ursprünglich vor allem mit Philosophie. Die radikalen ungarischen Soziologen, die unter dem Einfluß der Budapester Schule standen, haben ihrerseits zu deren "Soziologisierung" beigetragen. Da die Schule vor allem ideologisch geprägt und das Wertsystem jener Soziologen dem der Schule sehr ähnlich ist, kann man sie als Teil der Budapester Schule ansehen, die sich somit auch auf die Soziologie erstreckt. Aczel richtete seine Angriffe vor allem gegen die Schule, wobei er versuchte, ihren Gründer Lukács von ihr zu trennen und ihn für das Regime zu reklamieren. Diese Methode, Regimekritiker nach ihrem Tod für das Regime zu reklamieren, ist altbekannt. Lukács war in seinen letzten Lebensjahren immer radikaler geworden. Der Objektivität halber muß man jedoch betonen, daß die Schule zu seinen Lebzeiten nicht so radikal war wie heute.

Was ist das Hauptkennzeichen der Budapester Schule? Ihr wichtigstes (nichtspezifisches) Merkmal ist ihre kritische Einstellung zu Theorie und Praxis der sogenannten sozialistischen Länder (vor allem der europäischen), eine Einstellung, die auf einem marxistischen Wertsystem und auf einer Analyse der objektiven Realität basiert. Als Devise der Schule kann folgender Satz von Lukács gelten: Für eine Erneuerung des Marxismus "bedarf es einer zweifachen Bewegung: in der Methode zurück zu Marx, in der Erforschung der Wirklichkeit vorwärts zur marxistischen Erklärung der heutigen Erscheinungen". (2) Gewiß genügt das nicht, um die Bewegung zu definieren; aber das ist in dem beschränkten Rahmen dieser Einleitung auch gar nicht möglich.

Über das Wesen der osteuropäischen Gesellschaften

In dieser Frage nimmt die Theorie der bürokratischen Struktur eine zentrale Stellung ein. Die Webersche Theorie (und in jüngerer Zeit die Organisationstheorie) hat die Auffassungen der radikalen ungarischen Soziologen von der Bürokratie stark beeinflußt. Sie sind zu dem Schluß gelangt, daß die Probleme der sogenannten sozialistischen Länder Europas weder ausschließlich auf äußere Faktoren noch auf subjektive und personelle zurückzuführen sind, weder auf Dysfunktionen noch auf Verrat der machthabenden Eliten, sondern vielmehr auf strukturelle Ursachen, die dem Wesen der sozio-ökonomischen Formation selbst entspringen. Diese Gesellschaft hat also nicht viel gemein mit dem Sozialismus, dem mehrere Ge-

nerationen von Revolutionären ihr Leben geweiht haben. Die ungarischen Radikalen betrachten die Gesellschaft der Oststaaten als eine Gesellschaft neuen Typs, als eine dialektische Negation des Kapitalismus und aller auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden soziostrukturellen Mechanismen. Marx hätte diese Gesellschaft eine neue Gesellschaftsformation genannt; aber trotz einigen genialen Vorahnungen konnte er ihre Entstehung nicht vorhersehen.

Manche Leute, die um jeden Preis die klassischen marxistischen Formeln und Begriffe auf die Gesellschaftssysteme der Gegenwart anwenden wollen, glauben entdeckt zu haben, daß eine Gesellschaft, die nicht sozialistisch ist, eben kapitalistisch sein müsse. Diese Kritiker der osteuropäischen Gesellschaften waren allerdings die einzigen radikalen Kritiker, die an einem marxistischen Wertsystem festhielten. Ihre formalistische Vorliebe für das Marxsche Begriffsinstrumentarium hinderte sie jedoch daran, den Weg einzuschlagen, der allein aus der Sackgasse, in der die revolutionäre Theorie (und Praxis) unserer Epoche steckt, hinausführt: im Geist von Marx die theoretische Umwälzung zu vollziehen, die notwendig ist, um radikal mit der bürokratischen Struktur zu brechen, auch wenn diese sich marxistisch nennt. Das ist die einzige Möglichkeit, zur Entstehung einer sozialen Bewegung beizutragen, die nicht im Schlepptau der bürokratischen Struktur liegt und auch nicht, wie es bis heute stets der Fall war, in der bürokratischen Sackgasse endet. Nur eine theoretische Umwälzung im Rahmen jener Kulturtradition, die man Marxismus nennen kann, wird eine realistische (und sei es auch eine schmerzliche) Analyse der gegenwärtigen Zivilisation als Grundlage einer radikalen Umwandlung der Gesellschaft im Einklang mit den ursprünglichen Zielen des Marxismus ermöglichen. Die Autoren dieser Studie sind der Ansicht, daß die (zugegebenermaßen noch im Embryonalzustand befindliche) Analyse der ungarischen radikalen Linken eine ungeheure Bedeutung für die Erarbeitung eines neuen revolutionären Projekts haben kann, vor allem in bezug auf die Industriegesellschaften.

"Die Bürokratie entstand in einem bestimmten Stadium der Arbeitsteilung, als die Funktionen der Ausübung des Eigentumsrechts und der Gesellschaftsleitung sich infolge der Umstände sowohl von den Eigentümern als auch von den unmittelbaren Produzenten, also von den Hauptklassen der Gesellschaft, lösten; als die soziale Integration ein solches Maß erreicht hatte, daß diese Funktionen nur mittels einer hierarchisch strukturierten, spezialisierten und technisierten Organisation ausgeübt werden konnten. In diesem komplexen sozialen Prozeß ist der Eigen-

tümer - ob Einzelperson oder Kollektiv - nicht mehr imstande, die sich aus den grundlegenden Eigentumsverhältnissen ergebenden Leitungsfunktionen direkt auszuüben. Er muß seine Macht mit jenen teilen, die dazu befähigt sind. Diese hierarchische, technische Gruppe verfolgt in Ausübung ihrer Leitungsfunktionen zugleich ihre Sonderinteressen." (3)
Die bürokratische Struktur war kennzeichnend für die "asiatische Produktionsweise" und hat auch in anderen Reichen des Altertums wichtige Funktionen erfüllt. Sie dominierte in den großen religiösen Organisationen und spielte eine entscheidende Rolle in dem politischen Konzentrationsprozeß, der zur Entstehung des absolutistischen Staates mit seiner gewaltigen Bürokratie führte. Die Industriezivilisation bedingte die Errichtung riesiger Organisationen, auch in der Wirtschaft. Die überaus komplexe Leitung dieser großen Organisationen erfordert eine bürokratische Struktur, ohne die es nicht möglich wäre, Gebilde solchen Ausmaßes zu verwalten. Die Industriestaaten, so verschieden sie auch sein mögen, haben heute eines gemeinsam: die Tendenz zur Schaffung großer bürokratischer Organisationen, die allein den modernen Produktivkräften angemessen sind und mehr oder minder allmählich (manchmal auch radikal) alle anderen Strukturen der Sozialbeziehungen aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verdrängen, um selbst zur herrschenden Struktur zu werden. "Man kann ohne Übertreibung sagen, daß ohne eine soziologische Auffassung der Bürokratie (4), genauer, ohne Verständnis des Wesens der bürokratischen Beziehungen, die sowohl innerhalb der Führung als auch zwischen Führung und Gesellschaft bestehen, weder die Realität des Kapitalismus noch die des Sozialismus begriffen werden kann." (5)
Eines der Wesensmerkmale der Budapester Schule ist ihre Auffassung, daß der Mensch sich durch seine Tätigkeit selbst als Mensch erschafft und so seine eigene Geschichte macht. Der Mensch und seine Geschichte unterliegen also nicht schicksalhaft abstrakten, allgemeinen Gesetzen, die über den konkreten Kämpfen zwischen den Menschen und Gruppen von Menschen walten - den Kämpfen, die in letzter Instanz über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung entscheiden. Dieser Gedanke geht auf die zwanziger Jahre zurück, nicht nur auf Lukács, sondern auch auf andere marxistische Theoretiker, wie Antonio Gramsci und Karl Korsch. Die Budapester Schule formuliert sie heute folgendermaßen: "Sowohl der einzelne Mensch als auch ganze Generationen bewegen sich in einem durch die vorgegebenen Bedingungen objektiv begrenzten Raum, in einem (je nach Zeitalter größeren oder kleine-

ren) Kreis von Möglichkeiten, Alternativen der Entwicklung. Der Mensch wählt unter diesen Möglichkeiten, wobei die Realisierung dieser oder jener Alternative von der Gesamtheit der menschlichen Tätigkeiten bestimmt wird. Die Ursachen dieser Tätigkeiten sind zahllos und oft zufälliger Natur, und die Tätigkeiten werden bewußt oder unbewußt zu einem Ganzen integriert. Der Mensch - in den Worten von Lukács - ist ein antwortendes Wesen'; er reagiert stets auf die Alternativen, die sich aus der sozialen Entwicklung ergeben, und ist imstande, die spontan-widersprüchlichen Entwicklungstendenzen in F r a g e n zu verwandeln, auf die er dann bewußte Antworten sucht." (6)

In den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution boten sich im wesentlichen drei Entwicklungsalternativen an (7):

Die erste war die Trotzkis unmittelbar nach der Revolution (radikal verschieden von Trotzkis späteren Ansichten!). Sie bestand in dem Plan, ein Ensemble zentralisierter, monolithischer, absolutistischer und von den Arbeitern nicht zu kontrollierender Leitungsapparate zu errichten. Diese Alternative wurde später von Stalin verwirklicht; die meisten osteuropäischen Länder sind bis heute von ihr geprägt, wenn auch die extreme Form der Stalinzeit abgeschwächt worden ist. In Anbetracht der Rückständigkeit und der Einkreisung der jungen Sowjetrepublik erhielt das quantitative Wirtschaftswachstum Vorrang vor allen Zielen der Humanisierung, der Qualität der sozialen Verhältnisse. Die beschleunigte Akkumulation erforderte bürokratische Leitungsapparate (8), Apparate mit stabiler Struktur, die sich mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Interesse am Wachstum identifizierten und entschieden bestritten, Träger von Sonderinteressen zu sein. "Wenn einmal das arbeitende Volk an der Macht ist, kann der Staat, als Arbeiterstaat, keine anderen Interessen haben als die der Arbeiter" - das ist die steretotype Selbstcharakteristik dieser Alternative. Aus ihr folgt natürlich die Auffassung, daß jede Kritik am Staat oder vielmehr an den Führungsorganen gegen das Volk gerichtet, konterrevolutionär sei. Dieses absolutistische, intolerante politische System duldet keine gesellschaftliche Konstituierung von Meinungstendenzen, die dem Zentrum gegenüber autonom sind. Anfangs, solange das extensive Wachstum vorherrschte, bedeutete dieses System noch kein so großes Hemmnis für die gesellschaftliche Dynamik; seit jedoch das Wachstum ein intensives geworden ist und Strukturreformen erfordert, die nicht auf eine bloße Nachahmung höher entwickelter Länder beschränkt bleiben können, wird es zu einem schweren Hemmschuh für die soziale Dynamik (9).

In der Stalinzeit wurde die marxistische Theorie mehr und mehr simplifiziert, ihre gesellschaftliche Funktion der Erkenntnis und der Selbstkritik wurde auf eine solche der bloßen Verteidigung und Apologetik reduziert (10). Dies mochte anfangs eine gewisse soziohistorische Bedeutung für den Bestand und das Funktionieren des neuen Gesellschaftssystems haben; doch als dieses sich mit der Zeit konsolidierte, wurde die Theorie immer konservativer. Sie erstarrte zu Formeln, die fast völlig von der Realität losgelöst waren, und wurde zu einer "marxistischen" Maske für ein Wertsystem, das sich mehr und mehr von den Interessen der Volksmassen entfernte und mit fortschreitender Festigung der ökonomischen und sozialen Basis der bürokratischen Herrschaft einen zunehmend reaktionären Charakter annahm (11).

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU versuchte man, die offizielle Ideologie zu modernisieren. "Eine der häufigsten Formen dieser 'Modernisierung' ist der Versuch, die offizielle Ideologie durch soziologische Begriffe zu ergänzen, welche weder die Gesamtkonzeption noch die ihr zugedachte Verteidigungsfunktion in Frage stellen; in diesem Schema ist auch Raum für empirisch-soziologische Forschungen, die im wesentlichen dazu dienen sollen, die bereits vorhandenen theoretischen Verallgemeinerungen zu illustrieren, nicht aber diese mit der Realität zu konfrontieren und anhand der Erfahrung auf ihre Richtigkeit zu überprüfen (12)."

Die zweite Alternative, die sich in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution darbot, war die der "Arbeiteropposition". Diese forderte, daß die Funktionäre auf allen Stufen der Wirtschaftsleitung (vom Vorarbeiter bis zum Volkskommissar) von den Arbeitern oder von den Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter gewählt werden sollten. Diese Forderung nach Syndikalisierung des Staates (anstatt der Verstaatlichung der Gewerkschaften im Rahmen der erstgenannten Alternative) berücksichtigte nicht die Fragen, die Sydney und Beatrice Webb am Anfang des Jahrhunderts und Rosa Luxemburg sowie Robert Michels etwas später im Zusammenhang mit der Bürokratisierung der Gewerkschaften aufgeworfen hatten. Eine Syndikalisierung des Staates und der Wirtschaft hätte zweifellos die Tendenz zur Bürokratisierung der Gewerkschaften, deren Funktionen sich beträchtlich erweitert hätten, verstärkt (13). Diese zweite Alternative wurde übrigens - zumindest teilweise - im jugoslawischen Experiment wieder aufgegriffen.

Die dritte Alternative, welche die radikale Linke in Ungarn zur Zeit theoretisch auszuarbeiten versucht, zieht die Lehren aus den beiden erstgenannten Alternativen; diese Lehren müssen analysiert

werden im Licht der enormen Entwicklung der Sozialwissenschaft in den letzten fünfzig Jahren (vor allem jener Zweige, die sich mit den Problemen der Gesellschaftsführung im allgemeinen befassen).

Damit kommen wir zu einer grundlegenden Frage, auf welche die ungarische radikale Soziologie - unserer Ansicht nach - originelle Antworten zu geben vermochte. Diese Antworten könnten dazu beitragen, viele Illusionen zu zerstreuen, die objektiv nur den Interessen gewisser Teile der Bürokratie dienen. Vor allem ist es notwendig, die ungeheure sozio-historische Bedeutung der Bürokratie zu erkennen.

Die neue Alternative der sozialen Entwicklung, auf einem marxistischen Wertsystem beruhend, geht von sozio-ökonomischen Voraussetzungen aus, die Marx nicht vorhersehen konnte. Das Projekt dieser Alternative "anerkennt zum Teil, daß spezialisierte Leitungsapparate in allen wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eine schnellere und effizientere Lösung bieten als die Selbstverwaltung durch Laien. Folglich resultiert die soziale Entwicklung im gegenwärtigen Stadium unvermeidlich in der Schaffung spezialisierter Leitungsapparate mit eigenen Interessen, Zielen und Machtbefugnissen. Andererseits aber führen spezialisierte Leitungsapparate unausweichlich zur Entstehung partikulärer Interessen, die zu den Interessen der Gesamtgesellschaft im Widerspruch stehen. Außerdem sind diese Partikulärinteressen unvermeidlich mit dem Anspruch auf unkontrollierbare Macht verbunden. Jedenfalls wird es notwendig sein, ein Verhältnis wirksamer sozialer Abhängigkeit zu schaffen, dem die spezialisierten Leitungsorgane unterstellt werden müssen; anders ausgedrückt, geht es darum, Mechanismen einer sozialen Herrschaft über die Macht der spezialisierten Leitungen einzusetzen. Marx betrachtete die herrschaftslose Gesellschaft als Endziel, das jedoch nur erreicht werden kann, wenn die Macht zu existieren aufgehört hat; solange ein solcher Zustand nicht eingetreten ist, bleibt eine institutionelle soziale Herrschaft notwendig. Heute liegt die Macht in den Händen spezialisierter Leitungsapparate. Die Unkontrollierbarkeit dieser Macht resultiert in einer Vielzahl von Gefahren und negativen Erscheinungen. Diese können nur mittels einer wirksamen gesellschaftlichen Kontrolle beseitigt oder eingeschränkt werden. Das Problem ist um so ernster, als im Rahmen der beiden erstgenannten Alternativen auf allen Ebenen und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens spezialisierte Leitungsapparate entstehen, die immer stabiler werden, sich das Monopol der Führungskunst anmaßen und zu immer raffinierteren Methoden der sozio-

und psychotechnischen Beeinflussung des menschlichen Verhaltens greifen".
Die letzte Alternative, fügt Hegedüs hinzu, findet sich im Keim schon in Lenins Gedanken anfangs der zwanziger Jahre, wenn auch noch nicht klar formuliert. Angesichts der Alternative einer Verstaatlichung der Gewerkschaften oder einer Syndikalisierung des Staates, also einer allmächtigen, unkontrollierbaren Bürokratie, bestritt Lenin deren Notwendigkeit (ohne jedoch eine reale Alternative vorzuschlagen) und befürwortete eine effiziente, stabile Leitung, die von den Arbeitern kontrolliert werden könnte und sollte. In der Perspektive würde die Arbeiterkontrolle immer stärker werden, bis schließlich die Mehrzahl der Arbeiter dank ihrer Bildung und Erfahrung imstande sein würden, von der bloßen Kontrolle zur aktiven Teilnahme an der Gesellschaftsleitung überzugehen; so würde eine eigene professionelle Führungsschicht, die das theoretische und praktische Monopol der Leitung besitzt, allmählich überflüssig werden.
In einer jüngeren Studie untersuchen Hegedüs und Márkus die Entwicklungstendenzen in den sich "sozialistisch" nennenden Staaten Osteuropas von einem etwas anderem Gesichtspunkt aus, mit einer ein wenig abstrakteren Typisierung (14). "In den osteuropäischen Ländern sind, was die Zukunftsvorstellungen und die Fortschrittsalternativen betrifft, mindestens zwei wichtige Entwicklungstendenzen (Trends) festzustellen. Das erste Modell - das 'etatistische' - übt durch die offiziellen Kanäle einen sehr starken Einfluß aus. Es extrapoliert die heutigen Strukturen in die Zukunft. Wenngleich es gewissen Veränderungen angepaßt werden kann (und manchmal muß), stellt es doch kein wirklich dynamisches Modell dar. Modernisierung, selbst im engsten Sinn verstanden, bedeutet nicht nur ständige Änderung des Systems, sondern auch Änderungen, die über die institutionellen Grenzen hinausgehen." Dieses Modell ist in der Periode des extensiven Wachstums und des Gütermangels entstanden. Es setzt jedoch den Sozialismus mit den aus jener Zeit stammenden Formeln und Lösungen gleich. Darum wird es besonders in den Ländern kritisiert, wo an die Stelle des extensiven Wachstums intensives Wachstum getreten ist. Diese Kritik findet Ausdruck in Reformversuchen (vor allem in Wirtschaftsreformen). "In den meisten Fällen bestehen jedoch diese Reformen nur in Versuchen, die alten Lösungen zu modernisieren."
Die zweite Tendenz, die des "Hauptweges", vertritt "direkt oder indirekt den Gedanken, die osteuropäischen Länder müßten im wesentlichen den Weg der fortgeschrittenen westlichen Länder gehen".

Dieser Auffassung zufolge bestimmt der wirtschaftliche Entwicklungsgrad die Lebensweise, die Bedürfnisse, die Produktions- und Konsumstruktur, die Kontroll- und Organisationsformen usw. (15).

Die Diskussion (15a) zwischen Anhängern dieser beiden Modelle kreist vor allem um die Rolle der Marktbeziehungen in Produktion und Konsumtion und um die Frage der Kontrolle und Regulierung des Wirtschaftslebens. Die Anhänger des "Hauptweges" halten das erste Modell für ineffizient und undynamisch. "Sie betrachten das der Marktwirtschaft innewohnende Profitmotiv als Haupttriebkraft der Produktion und daher als einziges Mittel, eine dynamische Entwicklung herbeizuführen. Folglich glauben sie, die menschliche Habsucht sei das wichtigste Motiv im ökonomischen Verhalten. Sie halten die Entwicklung der Marktbeziehungen für den einzigen Weg, die Dezentralisierung und - bis zu einem gewissen Grad - die Demokratisierung der administrativen Macht des Staates in der Wirtschaft zu erreichen. Auf diese Weise soll die Freiheit der persönlichen Konsumwahl erweitert werden, was eine positive Auswirkung auf die Produktion haben würde". Diese Argumentation wird noch unterstrichen durch den Umstand, daß die Wachstumsraten der westeuropäischen Länder sich denen der osteuropäischen angenähert haben, während diese eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums verzeichnen.
Gewiß kann diese technokratische und technizistische Alternative viel zur Lösung der Probleme beitragen, welche die "etatistische" Alternative geschaffen hat - im Zusammenhang mit der durch mangelnde wirtschaftliche Rationalität verursachten Güterknappheit, mit der Einschränkung der persönlichen Freiheit, mit den autoritär erzwungenen Lebensformen usw. Diese zweite Alternative jedoch - indem sie die Lebens- und Konsumformen der fortgeschrittensten Gesellschaften einführt und die materielle Differenzierung zwischen den einzelnen Gesellschaftsgruppen verstärkt - bedeutet nicht zwangsläufig das Glück der Massen, wenngleich sie auf diese eine starke Anziehungskraft ausübt.

Für eine Umwälzung der Lebensweise und eine neue Gesellschaft

Bei Marx gibt es einen fundamentalen Wert, dessen Erklärung für das revolutionäre Projekt der ungarischen Neuen Linken von entscheidender Bedeutung ist. Die ungarische Philosophin Agnes Heller schreibt:"Wir behaupten, daß es bei Marx universelle Wert-

axiome gibt, aus denen jeder von ihm akzeptierte Wert und jedes seiner Werturteile axiologisch abzuleiten ist. Die ontologisch primäre (aus anderem empirisch nicht ableitbare) Kategorie ist die Kategorie des gesellschaftlichen Reichtums. 'Reichtum' ist die allseitige Entfaltung der gattungsmäßigen Wesenskräfte. Das erste Wertaxiom lautet: Wert ist alles, was zur Bereicherung der gattungsmäßigen Wesenskräfte gehört, was diesen Vorschub leistet. Das zweite Wertaxiom lautet: Der höchste Wert besteht darin, daß die Individuen sich den gattungsmäßigen Reichtum aneignen können. De facto leitet Marx jeden Wert aus diesen zwei Wertaxiomen ab."(16)

Für die ungarische radikale Linke ist eines der Grundprobleme des sozialen Fortschritts die Herausbildung einer neuen, humanisierten Lebensweise (nicht zu verwechseln mit dem Begriff "Humanisierung", wie ihn die "Human-Relations-"und andere Theorien verwenden), in welcher der einzelne sich vielseitig entwickeln kann. Diese neue Lebensweise soll es den Menschen ermöglichen, durch bewußte Wahl der Werte über ihre eigene Existenz zu entscheiden.

Die ungarischen radikalen Soziologen wählen eine Alternative, die durch eine breite Massenbewegung realisiert werden soll; ihr Ziel ist nicht, eine Machtelite oder herrschende Clique durch eine andere zu ersetzen, was sozial mehr oder weniger kostspielig wäre. Im Endergebnis würde dies darauf hinauslaufen, die Bürokraten durch Arbeiter oder Intellektuelle zu ersetzen, die ihrerseits unausweichlich selbst zu Bürokraten werden würden. Das Ziel dieser Massenbewegung besteht also nicht darin, sich die Funktionen der Bürokratie anzueignen, sondern darin, diese unter eine wirksame Massenkontrolle zu stellen. Es geht um eine allgemeine "Vermenschlichung" der Lebensbedingungen und der Sozialbeziehungen in enger Verbindung mit der aktiven und ständigen Teilnahme der Menschen an der Ausrichtung und Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens (nicht nur in großen sozialen Ausbrüchen, wie es bis heute in der Menschheitsgeschichte der Fall war) (17). Vom Standpunkt des sozialen Fortschritts und insbesondere der vielseitigen Entwicklung der Individuen besteht das wichtigste Problem in folgendem:"Können die 'Verdinglichungs'tendenzen der 'Konsumgesellschaft', die die Freiheit des Individuums im wesentlichen darauf beschränken, aus einer Menge fertig vorgefundener Dinge (Waren) 'auswählen'zu dürfen, überwunden werden, und wenn ja, auf welche Weise ? Können Gemeinschaftsformen entwickelt werden, die die weitere Entwicklung des Individuums anregen und diese in die Richtung 'humanistische' Werte lenken?" (18)

Die Lebensweise, die aus dem Kampf um "Vermenschlichung" und "soziale Herrschaft" entsteht, ist in den sogenannten sozialistischen Ländern Europas praktisch inexistent; dort erscheint die Lebensweise der "Konsumgesellschaft" einem großen Teil der Bevölkerung als das attraktivste Entwicklungsmodell, dessen Einfluß noch dadurch verstärkt wird, daß weder die Theorie noch die Praxis neue Lebensformen hervorbringt, die den sozialistischen Werten entsprechen (19). Selbst wenn das Modell des "Hauptweges" imstande ist, "der Bevölkerung komfortablere Lebensbedingungen zu sichern (ohne das Privateigentum an den Produktionsmitteln wiederherzustellen), könnte es zu einer Gesellschaft führen, die im wesentlichen auf den Profit orientiert ist - zu einer habsüchtigen Gesellschaft". Der Kampf für die neue Lebensweise ist ein Kampf für eine "radikale Umwandlung" der sogenannten sozialistischen Länder, und "die praktische Realisierung dieser sozialistischen Entwicklungsperspektive kann nicht von Entscheidungen der Machthaber abhängen, selbst wenn diese die besten Absichten hätten; sie ist nur zu erreichen durch die Initiative und Aktivität der Massen" (20).

In der Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit spielt die Arbeit eine fundamentale Rolle. Heute verbringen fast alle Menschen einen Großteil ihres Lebens mit Arbeit. Die Arbeit, die Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, bestimmt heute in weit höherem Maß als juridische Eigentumsrechte oder deren Nichtvorhandensein den Platz des einzelnen in der Gesellschaftsstruktur und daher sein Wertsystem, seine Interessen, seine Lebensweise, seinen Geschmack, seine Aspirationen, kurz, sein ganzes Leben (21). Die Arbeit in der modernen Gesellschaft ist entfremdete Arbeit; die gesellschaftliche Arbeitsteilung hindert die meisten Menschen daran, ihre Persönlichkeit durch Arbeit zu entwickeln, den Produktionsprozeß und die gesellschaftliche Entwicklung zu kontrollieren (22). Manchen Theorien zufolge kann die vielseitige Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit außerhalb der Arbeit, ohne radikale Änderung in der Arbeitsweise und Arbeitsorganisation, erreicht werden. Mária Márkus und András Hegedüs erbringen den soziologischen Nachweis, daß "Freizeit und Arbeitswelt eng zusammenhängen und daß es daher unmöglich ist, in einer der beiden Sphären tiefgehende Veränderungen zu vollziehen, solange die andere unverändert bleibt". So führt die bloße Verlängerung der "Freizeit", das heißt der Zeit, in der nicht gearbeitet wird, unter den heutigen Bedingungen zu keinen besonderen Ergebnissen. "Illusionsfreie Erfahrung und soziologische Forschung haben gleicher-

maßen bewiesen, daß eine Vermehrung der 'Freizeit' an sich die Lebensweise der Menschen nicht ändert, sondern bestenfalls die Möglichkeit bietet, gewisse Tätigkeiten, welche der Befriedigung der am intensivsten empfundenen Bedürfnisse innerhalb der gegebenen Lebensweise dienen, zu vermehren oder zu entfalten" (23).
Wie kann man die lebenslange, ausschließliche Bindung an eine bestimmte Arbeit aufheben oder zumindest lockern? Den beiden Autoren zufolge bedürfte es dazu eines Schulsystems und einer Arbeitsorganisation, wo "der Mensch nicht für sein ganzes Leben an einen bestimmten Platz in der Arbeitsteilung gefesselt ist, sondern frei ist, sich selbst und seine Identität zu suchen; der Arbeiter sollte die Möglichkeit haben und sogar ermutigt werden, in jedem Lebensalter den Arbeitsplatz oder den Beruf zu wechseln". (24) Anstelle des gegenwärtigen Schulsystems , das den Zweck verfolgt, den einzelnen auf eine bestimmte Arbeit vorzubereiten, und das das Wissen nur als Mittel zur Erreichung eines höheren Sozialstatus betrachtet, bedürfte es eines Schulsystems, das außer Spezialkenntnissen auch Allgemeinbildung vermitteln und die Menschen auf die Beherrschung der Sozialbeziehungen, auf die Gestaltung ihres eigenen Schicksals vorbereiten würde. Für die bestehende Ordnung ist ein solches Erziehungsmodell nicht akzeptabel: Je mehr das allgemeine Bildungsniveau steigt, desto unzufriedener werden die Menschen, desto kritischer verhalten sie sich zur Arbeit und zur Gesellschaft im allgemeinen. Eine solche Unzufriedenheit - betonen die Autoren - wäre jedoch etwas sehr Positives, da sie dynamische Veränderungen sowohl in der Arbeitsorganisation als auch in der gesamten Gesellschaft erzwingen würde.
Hier sind wir nun beim entscheidenden Punkt: der dialektischen Negation der bürokratischen Gesellschaft. Wäre deren Negation zugleich auch die Negation dessen, was Marx und Engels Klassengesellschaft genannt haben? Das heißt, einer Gesellschaft, die man als dichotomisch bezeichnen könnte, weil in ihr die dichotomische Arbeitsteilung (die einen leiten, die meisten anderen führen aus, die ersteren haben den Nutzen davon und formen die Sozialbeziehungen im Einklang mit ihren Sonderinteressen) letztlich die Grundlage ihrer Teilung in Gruppen ist, die in permanentem und (strukturbedingt) notwendigem Konflikt miteinander liegen. Im Projekt der radikalen ungarischen Soziologen erscheint dieser Gedanke leider erst im Embryonalstadium, um nicht zu sagen am Rande. Nur eine Umwälzung der Arbeitsteilung zwecks Aufhebung des Leitungsmonopols (das nicht nur für die bürokratischen Gesellschaften, sondern für alle dichotomischen Gesellschaften charakteristisch ist)

kann den Prozeß der "sozialen Herrschaft" und der "Humanisierung" der Sozialbeziehungen ermöglichen. In dieser Frage (die übrigens in der gesamten radikalen Linken theoretisch sehr wenig entwickelt ist) haben die Autoren dieses Artikels Vorbehalte gegen das revolutionäre Projekt der zitierten Soziologen. Es erscheint uns als zu optimistisch, was die Möglichkeiten einer Arbeiterkontrolle über die bürokratischen Apparate betrifft - die Apparate im allgemeinen, wie auch die nicht minder bürokratischen Apparate selbst sehr repräsentativer Gewerkschaften, politischer Organisationen usw., welche die anderen Apparate kontrollieren sollen, wobei die Kontrolle als umfangreiche und komplexe Tätigkeit ihrerseits eine bürokratische Struktur erfordert -, in einer Gesellschaft, die, wie demokratisch ihre Institutionen auch seien, doch dichotomisch bleibt.
Eine wichtige Frage im Zusammenhang mit der Umwälzung der Lebensweise ist zweifellos die der Familie (25). Eine der Hauptfunktionen der Familie in den entfremdeten Sozialbeziehungen von heute besteht darin, die neue Generation auf die reibungslose Integrierung in die Gesellschaft vorzubereiten, das heißt, einen der entfremdeten Gesellschaft adäquaten Persönlichkeitstypus hervorzubringen. Die Situation ist im Osten ganz ähnlich wie im Westen, sofern es darum geht, innerhalb oder außerhalb der Familie (in der Schule, durch die Massenmedien usw.) konformistische Persönlichkeiten heranzubilden. In der Familie herrscht auch die direkteste Beziehung zwischen Mann und Frau, eine Beziehung, die, wie alle anderen menschlichen Beziehungen in der Gesellschaft, ebenfalls entfremdet ist. In der entfremdeten Beziehung zwischen Mann und Frau ist eine der Hauptmotivationen der Besitz, wobei der Partner als Mittel des Prestiges angesehen wird (26). Während man in der Frühzeit der Sowjetrepublik versuchte, diesen Familientypus in Frage zu stellen, hat man in der Stalinzeit mehr oder minder instinktiv erkannt, daß die autoritäre Familie eine wichtige Grundlage für eine autoritäre Gesellschaft ist; darum wurde die bürgerliche Form der Familie wiederhergestellt und konsolidiert. Danach, "in der Epoche der Entstehung der anderen sozialistischen Länder", stand die Umwandlung der Familie in keiner Hinsicht mehr auf der Tagesordnung (27).
Die Umwälzung des Alltagslebens steht in engem Zusammenhang mit jener der Familie oder der Beziehungen zwischen den Geschlechtern im allgemeinen. Es ist jedoch möglich, daß die Umwälzung der Familie (und des Alltagslebens) vor einer radikalen Umwandlung der Gesamtgesellschaft beginnt. Das ist bereits Tatsache bei vielen jungen Menschen, welche die auf Macht, Prestige, Konfor-

mismus, Besitzerwerb usw. orientierte Lebensweise ihrer Eltern und gleicherweise die "monogame bürgerliche Familie" ablehnen und Kommunen bilden. Dies zeigt bereits das Bedürfnis nach einer neuen Lebensform (28). Die führenden Politiker Ungarns verdammen solche Manifestationen der Auflehnung gegen die herkömmliche Lebensweise, und die jungen Ungarn - die relativ mehr Freiheit genießen als ihre Altersgenossen in den "Bruderländern" - haben bei ihren Experimenten große Schwierigkeiten mit den Behörden.
Agnes Heller und Mihály Vajda sehen keine Lösung in der von den Machthabern (in inkonsequenter Weise) propagierten Alternative, wonach man die Kindererziehung kollektivieren, "industrialisieren" solle. Dies, sagen sie, würde die menschlichen Beziehungen noch ärmer machen. Weder eine solche Form noch die Erziehung im Schoß der monogamen Familie dient der "sozialen Herrschaft" oder der Entwicklung der Einzelpersönlichkeit. Dagegen würde die Kommune, als Nachfolgerin der bürgerlichen Familie, diesen Zwecken dienen, nicht als ökonomische oder politische Gemeinschaft, sondern als "Organisationszentrum des täglichen Zusammenlebens".
Die Kommune erzieht die neue Generation zu demokratischen Persönlichkeiten, die sich nicht willig jedem Druck beugen, nicht auf bedingungslosen Gehorsam orientiert sind, sondern kritisch und bewußt zu wählen vermögen. "Das Kommunekind findet es niemals natürlich, über sein eigenes Schicksal nicht mitreden zu können, und strebt nicht danach, andere zu unterdrücken", was es im Schoß der autoritären Einzelfamilie nur zu bald lernt. Die Menschen werden freier in ihren Beziehungen und lassen sich in ihren Entscheidungen weniger von Routine leiten. Das Kind ist nicht gezwungen, bestimmte Personen zu lieben (z.B. die biologischen Eltern), sondern kann selbst jene aussuchen, die es liebt, und umgekehrt. Was die Sexualbeziehungen betrifft, liegt es an den Kommunemitgliedern, ihre Wahl zu treffen, frei von Vorurteilen und Gegenvorurteilen (die ebenfalls Vorurteile sind). Auch für die Frau scheint die Kommune der einzige Ausweg aus einer Situation zu sein, in der zwar viele (nicht alle) juridischen Ungleichheiten beseitigt sind, nicht aber die Arbeitsteilung nach Geschlechtern, die letztlich das entscheidende Hindernis für die Chancengleichheit beider Geschlechter ist. Die Beseitigung dieser Ungleichheit ist so eng mit der Aufhebung der Ungleichheit in der Gesamtgesellschaft verbunden, daß jede radikale Lösung der einen Frage von der radikalen Lösung der anderen abhängt.

Die Sozialkritik der ungarischen Neuen Linken, so jung sie auch

sei, ist doch schon zu reich an Gedanken, als daß man sie hier alle entwickeln könnte. Wir haben uns deshalb darauf beschränkt, einige der wichtigsten und aktuellsten Themen zu umreißen. In der Öde der sogenannten sozialistischen Länder Osteuropas ist die Entstehung einer radikalen linken Kritik die einzige Hoffnung, daß die marxistischen Werte und die marxistische Praxis nach ihrer Pervertierung durch die Ironie der Geschichte der dichotomischen Strukturen eine wahre Auferstehung feiern könnten.

Anmerkungen

(1) Die Angegriffenen sind unter anderen: Mária Márkus und András Hegedüs (Soziologen), Mihaly Vajda und Ágnes Heller (Philosophen und Schüler von Georg Lukács). Ihre Namen wurden von Aczel in der Landeskonferenz über Agitation, Propaganda und Kultur, die in Budapest am 24. und 25. Jänner 1973 stattfand, genannt. Im folgenden geben wir einige Kostproben von der Tonart, die Aczel - der Hauptredner - in dieser Konferenz anschlug. Nachdem er die üblichen Phrasen über die Notwendigkeit, "ideologisch die Reihen fester zu schließen", hergeleiert hatte, attackierte er vor allem die Neue Linke und namentlich deren Sozialtheorien, wobei er insbesondere Mária Márkus und András Hegedüs aufs Korn nahm. "Der 'neulinke' und der rechte Revisionismus, die ihre pseudorevolutionären Schlagworte einem romantischen Antikapitalismus entlehnt haben und sich manchmal einer marxistischen Phraseologie bedienen, haben bei uns wenig Anhänger. Dennoch stellen diese Auffassungen, wie alle anderen politisch schädlichen und ideologisch falschen Gedanken, eine Gefahr für größere oder kleinere Teile der Jugend dar." Aczel beschuldigte die Neue Linke, "objektiv eine reaktionäre Rolle zu spielen" und im Westen "sich ins kapitalistische System integriert zu haben", im Gegensatz zu den Gewerkschaften und den kommunistischen Parteien. Anders als im Westen, sei in Ungarn die "kleinbürgerliche Kritik der Neuen Linken" keine Krisenerscheinungen. Hier rufe "die moralische Verweichlichung, der kleinbürgerliche Geist bei der älteren Generation Abscheu und Auflehnung hervor. Es ist verständlich, daß der beste Teil der Jugend sich davon immer mehr abgestoßen fühlt. Aber diese Revolte kann sozial sehr schädlich werden, wenn die Jungen - und nicht nur die Jungen - nicht lernen, wie man auf intelligente und richtige Weise gegen diese Erschei-

nungen ankämpfen soll. Die pseudorevolutionären Theorien sind auch insofern gefährlich, als sie zu Entpolitisierung und Entideologisierung führen und unausweichlich zum Scheitern verurteilt sind." Márkus und Hegedüs, sagte Aczel, seien der Auffassung, "daß zur Zeit in den sozialistischen Ländern nicht der Aufbau des Sozialismus, sondern ein 'Modernisierungsprozeß' stattfinde, der zwar nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln wiederherstelle, aber im wesentlichen eine profitorientierte, habsüchtige Gesellschaft hervorbringe". Dies habe sicherlich nichts mit Marxismus, mit der Sache des Sozialismus gemein. Die Diskussion sei über den ideologischen und wissenschaftlichen Rahmen, in dem sie möglich und nützlich sei, hinausgegangen. Und Aczel zitierte Lukács... Armer Lukács, der nach seinem Tod (1971) dazu mißbraucht wird, die Unterdrückung seiner eigenen Schüler zu rechtfertigen!

(2) Interview mit Lukács über "Einige Fragen der friedlichen Koexistenz". In "Kortárs", Budapest, Mai 1968 (ungarisch).

(3) András Hegedüs, "Marx über die Grundlagen der Bürokratie", in "Magyar Tudomany", Budapest, April 1966, S. 214 (ungarisch).

(4) Nicht zu verwechseln mit der Auffassung, wonach die Bürokratie nur einem bestimmten Teil des bürokratischen Überbaus, z.B. dem Staatsapparat, gleichzusetzen sei, oder nur Organisationen, die mangelhaft arbeiten. Ähnliche Auffassungen wie die hier dargelegte bedienen sich etwas anderer Termini, wie Technobürokratie, Technokratie, Technostruktur usw.

(5) A. Hegedüs, "Marx über die Grundlagen der Bürokratie", a.a.O., S. 213. Wenn die radikale ungarische Linke Ausdrücke wie "Kapitalismus" oder "Sozialismus" verwendet, tut sie es in einem axiologisch neutralen Ton. Unter "Kapitalismus" versteht sie einfach eine Gesellschaft, in der das juridische Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht, unter "Sozialismus" eine solche, wo dieses abgeschafft wurde. Die Verwendung solcher Ausdrücke erleichtert die überaus schwierige Aufgabe, sich unter den gegebenen politischen Bedingungen öffentlich verständlich zu machen.

(6) György Márkus: "Diskussionen und Strömungen in der marxistischen Philosophie", in "Kortárs", Budapest, Juli 1968 (ungarisch). Siehe auch vom selben Autor, "Marxismus und Anthropologie", Budapest 1971, S. 97 (ungarisch).

(7) András Hegedüs, "Über soziale Entwicklungsalternativen", in "Kortárs", Budapest, Juni 1968 (ungarisch).

(8) Siehe A. Hegedüs, "Bürokratisches Verhältnis und Sozialismus", in diesem Band S.67 ff

(9) M. Márkus, A. Hegedüs, "Modernisierung und die Alternativen des sozialen Fortschritts". Vortrag auf der Internationalen Soziologenkonferenz über Modernisierung an der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau, 11.-18.Juni 1972.

(10) A. Hegedüs, "Selbstkritik der sozialistischen Gesellschaft als Realität und Notwendigkeit", in diesem Band S. 31 ff

(11) A. Hegedüs und M. Márkus, "Hauptentwicklungstendenzen der marxistischen Soziologie in den sozialistischen Ländern", in "Kortárs", Budapest, Dezember 1968 (ungarisch).

(12) ebd.

(13) Zur Diskussion über die Rolle der Gewerkschaften in der jungen Sowjetrepublik siehe A. Hegedüs, "Über die Aktualität der 'Gewerkschaftsdiskussion'", in diesem Band S.47 ff

(14) M. Márkus und A. Hegedüs, "Modernisierung und die Alternativen...", a.a.O.

(15) Siehe auch Márkus und Hegedüs, "Die Wahl von Alternativen und Werten in der Perspektivplanung von Distribution und Konsumtion", in diesem Band S.110 ff.

(15a) Vgl. dazu den Artikel von A.Robertson, "Die ungarische Wirtschaftsreform", in diesem Band S.24 ff (A.d.R.)

(16) Agnes Heller, "Hypothese über eine marxistische Theorie der Werte", Frankfurt 1972, S.9

(17) Márkus und Hegedüs, "Gemeinschaft und Individuum", in diesem Band S.168

(18) ebd.

(19) ebd.

(20) ebd.

(21) Siehe A.Hegedüs, "Über die Struktur der sozialistischen Gesellschaft", Budapest 1966; "Sozialstruktur und Arbeitsteilung", Budapest 1966.

(22) Agnes Heller schreibt:"Entfremdung ... bedeutet nicht, daß sich die Fähigkeiten von Individuen nicht entfalten, sondern daß sie sich einseitig, unausgeglichen entfalten (sie sind von der gesellschaftlichen Arbeitsteilung determiniert); ferner, daß die meisten Menschen (ganze Gesellschaftsklassen, die Individuen dieser Klassen) keine Möglichkeit zur Entfaltung bestimmter Fähigkeiten haben. Auf dieser Stufe der Entwicklung haben wir es deshalb noch nicht mit wirklichem Reichtum im Sinne der Marxschen Definition zu tun, sondern mit dessen notwendiger

historischer Voraussetzung: "Denn der wirkliche Reichtum ist die entwickelte Produktivkraft aller Individuen". (Marx). In diesem spezifischen Begriffsrahmen bezeichnet Entfremdung nicht lediglich die Diskrepanz zwischen dem "gattungsmäßigen Wesen" und der individuellen Existenz; es geht - konkret - um die Kluft zwischen gattungsmäßigem und individuellem Reichtum. Mit dem Kommunismus hat Marx nicht eine Gesellschaft postuliert, in der sich die Fähigkeiten der Individuen entfalten können, sondern eine solche, in der der "Reichtum" des Einzelnen zum Selbstzweck der Menschen (aller Menschen) wird. ...
Die Entfremdung läßt das Individuum verarmen (am nachdrücklichsten im Kapitalismus), indem sie nur gewisse Fähigkeiten entwickelt (zu Lasten anderer), indem seine Fähigkeiten zum bloßen Mittel der Selbsterhaltung werden, indem die Vielfalt der Strebungen auf eine einzige, die des Erwerbens und Besitzens, reduziert wird." ("Hypothese", a.a.O., S. 12 f)

(23) Hegedüs und Márkus: "Freizeit und Arbeitsteilung", in diesem Band S. 131

(24) ebd., S. 131/2

(25) A. Heller und Mihaly Vajda, "Familienform und Kommunismus", in diesem Band S. 194

(26) A. Heller, "Über die Zukunft der Beziehungen zwischen den Geschlechtern, in diesem Band S. 179

(27) A. Heller und M. Vajda, "Familienform", a.a.O.

(28) A. Heller, "Theorie und Praxis vom Standpunkt der menschlichen Bedürfnisse", in "Uj Iras", Budapest, April 1972 (ungarisch).

ALEXANDER ROBERTSON
DIE UNGARISCHE WIRTSCHAFTSREFORM

[Um die objektive ökonomische Situation in der VR Ungarn, wie sie sich in den Beschlüssen des November-Plenums (1972) und in der allgemeinen politischen Diskussion auswirkt, zu verdeutlichen, wird der Artikel von A.Robertson aus "Critique" hier abgedruckt. In einer Vorbemerkung der Redaktion von "Critique" heißt es: "Nach Robertson haben die letzten Jahre einen allgemeinen Trend in Richtung auf zunehmende soziale Ungleichheit gezeigt, obgleich Maßnahmen ergriffen wurden, um den sich ausweitenden Unterschieden zwischen der Arbeiterklasse und der Führerschaft entgegenzuwirken. Auf der anderen Seite nimmt der Autor den umstrittenen Standpunkt ein, daß die Einführung eines Marktes eine geringere zentrale Kontrolle über die Arbeiterklasse bedeutet. Als Folge wären die Arbeiter imstande, für ihre eigenen Interessen in Opposition zur Führerschaft tätig zu sein. Aus diesem Grund habe die ungarische Führerschaft unter anderem die Reformen blockiert. Man muß hinzufügen, daß - was in Osteuropa einzigartig ist - eine gegen die Wirtschaftsreform opponierende Linke entstanden ist. Grund ihrer Opposition ist, daß die Reformen die Lage der Arbeiterklasse verschlechtern, während sie die der höheren sozialen Schichten verbessern. Die Argumentation in diesem kurzen Artikel widerspricht diesem Standpunkt nicht, sondern richtet das Augenmerk auf die Tatsache, daß der Markt die Herrschaft der Führerschaft über die Arbeiterklasse lockern kann." (Anmerkung der Redaktion)]

Auf dem Novemberplenum (1972) des ungarischen Partei-Zentralkomitees erhielt das Neue Ökonomische System (NES) einen schweren Rückschlag. Es wurde beschlossen, den Unternehmensleitungen weitere Beschränkungen aufzuerlegen und die erneute Zentralisierung der Verfügungsgewalt, die im Oktober 1971 begonnen hatte, fortzusetzen. Die staatlichen Planungskörperschaften erhielten zusätzliche Vollmachten; die Kontrolle über Preise und Investitionstätigkeit wurde erhöht. In der Tat wurden die weitere Ausdehnung der Unternehmensautonomie und der Einfluß von Marktkräften durch die Partei blockiert.
Die Haltungen gegenüber dem NES lassen sich grob in drei Gruppen einteilen: (1) diejenigen, die der Reform günstig gegenüberstehen und sie ausweiten wollen; (2) diejenigen, die zum Zustand vor der Reform zurückkehren wollen, und (3) diejenigen auf der Linken, die gegen die Reform sind, weil sie sie für eine teilweise Rückkehr zum Kapitalismus halten. Der Einfluß der letztgenannten Gruppe scheint

in den obersten Entscheidungsgremien minimal zu sein. Auf dem Novemberplenum ritten die Kräfte in der Partei, die zum Status quo ante zurückkehren möchten, einen harten Angriff auf die Reform; die Entscheidungen, zu denen man kam, stellen denn auch in der Tat einen schweren Rückschlag für die Reform dar.
Es ist ziemlich klar, daß die Sowjetunion sehr wenig mit diesen Vorgängen zu tun hat. So gab Breschnew bei seinem Besuch in Ungarn zwischen dem 27. November und dem 1. Dezember eine generelle Billigung der ungarischen Politik ab. Er zeichnete Kadar mit dem Lenin-Orden aus, und das Kommuniqué, das am Ende des Besuchs veröffentlicht wurde, stellte fest: "Unter der Führung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei macht das ungarische Volk sichere Fortschritte in Richtung auf den vollständigen Aufbau des Sozialismus".

Die Errungenschaften der Reform waren nicht besonders spektakulär. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate Ungarns betrug in der Zeit von 1968 bis 1971 6,2%, verglichen mit 5,3% vor der Reform (1961-67). Die tschechische Wachstumsrate nahm jedoch von 3,3% in den Jahren 1961-67 auf 6,4% in den Jahren 1968-71 zu, und die der DDR von 3,9% auf 5,1% in denselben Zeiträumen. Beide haben an einem System ziemlich strenger Zentralisierung festgehalten. Die ungarische Wachstumsrate von 6,2% in der Zeit seit der Reform war nicht höher als die von Bulgarien (7,6%), der UdSSR (7%), der Tschechoslowakei (6,4%) und Polens (6,2%).
Ein großer Teil der Zunahme der ungarischen Wachstumsrate nach 1968 kann einem höheren Investitionsniveau zugeschrieben werden. So nahmen die Investitionen zwischen 1968 und 1971 jährlich um 9,5% zu, während die Zunahme 1961-67 7,3% jährlich betrug. Das Verhältnis von Akkumulation zu Konsumtion stieg von 22:78 in den Jahren 1961-67 auf 25:75 in den Jahren 1968-71. Im Jahr 1971 betrug es 28:72.
Die Reform hat das Ausmaß überflüssiger Produkte, in Gestalt von entweder nutzlosen Produkten oder solchen, für die keine Nachfrage besteht, reduziert. Der Anteil der Lagerhaltung an der Zunahme des Nationaleinkommens fiel von 5,2% im Jahr vor der Einführung der Reform auf 4,8% in der Zeit seither. Der Verlangsamung der Wachstumsrate der Industrieproduktion von 7,1% 1961-67 auf 5,8% 1968-71 wurde zum Teil einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden in den Jahren 1968-69 und einer Knappheit an Arbeitskräften zugeschrieben, aber auch der Tatsache, daß wegen der Reform einige Unternehmen ihre Produktion so umorganisieren mußten, daß ihr Ausstoß dem Konsumentenbedürfnis besser

entsprach.
Der Grund, warum die Partei einschritt, liegt darin, daß die Reform in Schwierigkeiten kam. Es entstand zunehmende Unzufriedenheit unter den Industriearbeitern über Einkommensunterschiede, Preissteigerungen und die geringe Zunahme ihrer eigenen Entlohnung. Die Reformer selbst schreiben die Schwierigkeiten einer Reihe von Faktoren zu:
(1) das Fehlen einer Reform in anderen Comecon-Ländern bedeutete, daß Handelsvereinbarungen und -verpflichtungen der Logik der Reform in Ungarn widersprachen; (2) die Freiheit der Manager ist eingeschränkt, weil sie - im Gegensatz zu ihrer Stellung in Jugoslawien - von den Ministerien ernannt werden und deshalb deren Druck unterworfen sind; (3) die Mobilität der Arbeitskraft ist gering, weil die Arbeiter nicht darauf vorbereitet sind, den in der Reform enthaltenen Verlust der Sicherheit des Arbeitsplatzes zu akzeptieren; und (4) die Investitionsentscheidungen sind noch zentralisiert und die Ministerien begünstigen eine "rationelle" Zuteilung von Ressourcen, vorausgesetzt, daß ihr Anteil nicht geringer wird. Darüber hinaus schreiben die Reformer die Schwierigkeiten dem Mangel an Wettbewerb und Einkommens-Ungleichheiten zu. Die letzten beiden Dinge sind wahrscheinlich am wichtigsten für eine Erklärung der Gründe, warum die Gegner der Reform in der Partei zu diesem Zeitpunkt aktiv wurden.
Wegen der geringen Größe des ungarischen Markts wurde die Produktion in jedem Industriezweig auf ein paar große Unternehmen konzentriert. Von der Einführung der Reform ab erlaubte die mangelnde Leistungskraft dieser großen, halbmonopolistischen Unternehmen zahlreichen privaten und genossenschaftlichen Unternehmen an der Peripherie, extrem profitabel zu wirtschaften. Mit anderen Worten, die Reform führte zum Auftauchen von NEP-Leuten. Eine vor der Reform eingeführte Maßnahme war, daß landwirtschaftliche Genossenschaften die Erlaubnis erhielten, ihre eigenen Läden in den Städten zur direkten Vermarktung ihrer Produkte aufzumachen. Diese Allgemeinen Verbraucher- und Vermarktungsgenossenschaften (AFESZ) weiteten ihre Tätigkeiten schnell dazu aus, als Großhändler metallurgischer Produkte, von Werkzeugmaschinen und anderer Artikel aufzutreten. Einige AFESZ-Betriebe richteten ein nationales Vertreternetz ein, während andere mit der Produktion von Industriegütern begannen. Eine Budapester Erzeuger-Genossenschaft begann damit, in den Provinzen Leute "zu Tausenden" anzuwerben und sie an große Industrie-Unternehmen in Budapest zu "verkaufen".
Die Hauptnutznießer bei diesem Handel waren die Bauern, ältere

Manager, Leute, die zwei Stellen annehmen können, und Leute, vor allem in den Dienstleistungszweigen, die Qualifikationen haben, die ihnen private Arbeiten möglich machen. Die Mehrheit der Arbeiter, die in den großen Industrieanlagen angestellt sind, sind die Leute, "die die geringste Chance zum Zusatzverdienst haben". Als Ergebnis gab es ein dauerndes Sperrfeuer von Klagen über die nachsichtige Haltung gegenüber den "Geldschefflern", Preistreiberei und die "ungerechtfertigt hohen" Einkommen von Betriebsdirektoren, Bauern und der im privaten Sektor Arbeitenden.

Daß diese Klagen berechtigt sind, kann man auf dem Wohnungssektor sehen. Im Jahr 1971 wurden 29,8% der Wohneinheiten durch den Staat gebaut und 70,2% privat, was 13,5% einschließt, die ausschließlich privates Kapital verwendeten, und 56,7%, die Beihilfen und Darlehen von der Ungarischen National-Sparkasse (OTP) benutzten. Der durchschnittliche Kredit, der von der OTP im ersten Halbjahr 1972 gewährt wurde, betrug 64 000 für ein Einfamilienhaus und123 000 Forint für genossenschaftliche Wohnungen. Man hat geschätzt, daß eine Wohnung in Budapest ungefähr 500 000 Forint und eine in der Provinz 300 000 Forint kosten kann (ohne den Preis für das Grundstück). Demnach können ungefähr 45 000 Leute im Jahr einen Betrag von mehr als 200 000 Forint aufbringen, um eine private Wohnung oder ein Haus zu kaufen. Im Jahr 1970 verdienten 41,5% aller Industriearbeiter weniger als 2 000 Forint im Monat, und in den ersten sieben Monaten von 1972 betrug das durchschnittliche Monatseinkommen von Industriearbeitern 2 190 Forint.

Aber der entscheidende Schlag gegen die Reform war die Inflation. Das niedrige Einkommensniveau der meisten Arbeiter bedeutet, daß sie sich nur die grundlegenden Lebensnotwendigkeiten leisten können und extrem preis-"sensibel" sind.

Gemäß offizieller Zahlen nahm in der Zeit von 1968-71 das Verbraucherpreisniveau insgesamt um ungefähr 5% zu. Im Jahr 1971 und während der ersten sieben Monate von 1972 stieg es um 5,1%, während die Einkommen der Industriearbeiter um 6% stiegen. 25% jeder Lohnzunahme wurden jedoch an die meisten Arbeiter nicht weitergegeben, um den staatlichen Rentenzuschuß zu verkleinern. Auf diese Art fielen die Reallöhne. Es ist aber auch wahrscheinlich, daß der offizielle Preisindex die Preissteigerungen gewaltig unterbewertet, weil einige bedeutende Posten nicht eingeschlossen sind (z.B. auf dem freien Markt verkaufte Güter). Man hat geschätzt, daß das Preisniveau einiger Konsumgüter, besonders der Nahrungsmittel, 1970/71 ungefähr 19-20% und in der ersten Hälfte von 1972 um 8-10% stieg. So ist der Lebensstandard in den letzten beiden Jah-

ren scharf gesunken.
In diesem Licht sollten die Entscheidungen des Novemberplenums der Partei betrachtet werden. Folgende Entscheidungsvorlagen wurden angenommen:
(1) Die Nominaleinkommen von Lohn- und Gehaltsempfängern werden 1973 um 4-5% zunehmen.
(2) Darüberhinaus werden zum 1. März 1973 die Löhne von Arbeitern und Vorarbeitern um durchschnittlich 8% angehoben. Nur Arbeiter und Vorarbeiter, keine white-collar-Arbeiter, werden diese Steigerung erhalten.
(3) Die Preiskontrolle wird "verbessert, ausgeweitet und verschärft" und die Verpflichtung, Preissteigerungen zu melden, wird verlängert werden.
(4) Die Preise für Milch und Molkereiprodukte werden um 30% gesteigert (ausgeglichen durch eine Steigerung der Pensionen, Familien- und Kinderpflegezuschüsse um 50 Forint im Monat). Die geplante Steigerung der Fleischpreise wird bis 1976 verschoben werden.
"Um die Budget-Einnahmen zu erhöhen", werden die Preise für Zigaretten und Spirituosen ebenso wie die Steuern für private Kraftfahrzeuge erhöht (durchschnittlich 100 Forint im Monat).
(6) Alle anderen Preise grundlegender Konsumgüter, die von den Behörden festgesetzt werden, bleiben bis 1976 unverändert.
Alles das als Ergänzung zu den kürzlichen Beschlüssen, den zusätzlichen Aktivitäten landwirtschaftlicher Genossenschaften Beschränkungen aufzuerlegen, strengere Kontrolle über Zweitbeschäftigung auszuüben, die Steuern auf Einkommen aus dem privaten Sektor und Beschränkungen des privaten Eigentums an Grund und Boden zu vergrößern.
Warum hat die Parteiführung diese Schritte vollzogen? Die jüngsten Ereignisse in Polen sind offensichtlich nicht ohne Bedeutung (nämlich, was den Aufschub der Erhöhung der Fleischpreise betrifft). Aber die Partei kann sich auch bedroht fühlen durch Entwicklungen, die als ein Resultat der Reform stattgefunden haben.
Unter den Bedingungen der Reform werden die Manager-Einkommen direkt von der Rentabilität des Unternehmens berührt. Andererseits ist die Wirkung von Veränderungen des Profits auf die Einkommen der Arbeiter gering. Es gibt einen Interessenkonflikt zwischen den Managern, die hohe Profite und damit hohe Vergütungen wollen, und den Arbeitern, die hohe Löhne wollen. Die Wirtschaftsreform hat durch die Dezentralisierung der Entscheidungsfindung den Prozeß der Tarifbildung verändert. Unter dem alten System konnte ein Direktor die Schuld an jedem Mißerfolg so darstellen, daß er damit

den Forderungen der Arbeiter an "die oberen" begegnen konnte. Es war unwahrscheinlich, daß Druck auf den Direktor irgendetwas Wesentliches erreichen könnte. In der neuen Situation jedoch, wo der Direktor die Macht hat, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen, und wo Brüche in der industriellen Produktion (Verzögerungen, mangelnde Zusammenarbeit usw.) tendenziell durch den daraus folgenden Fall der Profite dem Spitzenmanagement mehr schaden als den einzelnen Arbeitern, nimmt die Macht der Arbeiter, Zugeständnisse herauszuholen, zu. Solche Handlungen erfordern keine umfassende Koordination und Organisation. In einer modernen Fabrik kann eine kleine Gruppe von Arbeitern, die einander auf persönlicher Basis kennen, in einer Weise vorgehen, die dem Interesse des Spitzenmanagements schadet. (...) Obwohl unter dem neuen System Lohnerhöhungen durch eine Besteuerung mit sehr hoher Progressionsrate, je nachdem, wie die durchschnittlichen Löhne pro Kapital-Einheit zunahmen, kontrolliert werden, ist es eben im Interesse des Spitzenmanagements, heimlich dabei mitzuwirken, Zunahmen in den Auszahlungen dadurch zu verschleiern, daß sie zum Beispiel einer anderen Ausgabe zugeschrieben werden oder daß man mehr niedrig bezahlte Arbeiter anstellt, um den Durchschnittslohn pro Kapitaleinheit zu senken.
Die Reform hat den Arbeitern die Möglichkeit eröffnet, sich für materielle Verbesserung ihrer Lage zu organisieren. Bei einem hohen Inflationsniveau wird der Druck auf die Arbeiter, ihre Macht zu gebrauchen, größer. Angst vor solchen Ereignissen mag die ungarische Partei dazu getrieben haben, solche drastischen Schritte zu unternehmen.

ANDRÁS HEGEDÜS

REALITÄT UND NOTWENDIGKEIT

Die "Selbstkritik" der sozialistischen Gesellschaft als Realität und Notwendigkeit
(1967)

> "So kam die bürgerliche Ökonomie erst zum Verständnis der feudalen, antiken, orientalen, sobald die Selbstkritik der bürgerlichen Gesellschaft begonnen. Soweit die bürgerliche Ökonomie nicht mythologisierend sich rein identifiziert mit dem Vergangnen, glich ihre Kritik der früheren, namentlich der feudalen, mit der sie noch direkt zu kämpfen hatte, der Kritik, die das Christentum am Heidentum, oder auch der Protestantismus am Katholizismus ausübte." (MEW, Bd. 13, S. 637)

Über den Charakter der im europäischen Sozialismus erfolgten Veränderungen

In den europäischen sozialistischen Ländern sind in den letzten kaum anderthalb Jahrzehnten nahezu auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens - angefangen vom wirtschaftlichen bis zum kulturellen - tiefgehende Veränderungen vor sich gegangen. In den neuen Ausdrucksformen der sozialistischen Entwicklung - die bereits zu so vielen Diskussionen und vielleicht zu noch mehr Mißverständnissen Anlaß gegeben haben und auch jetzt noch geben - kann man trotz ihrer Vielfalt einen gemeinsamen Kern entdecken. Dieser faßt als tieferliegende Ursache die neuen gesellschaftlichen Erscheinungen, die häufig sehr widersprüchlich zu sein scheinen, in eine Einheit zusammen und kann somit auch als Schlüssel zum Verständnis der sich gegenwärtig vollziehenden Entwicklung des Sozialismus dienen.

Die Triebfeder und die wahre Funktion der Veränderungen bleibt für uns einfach unverständlich, wenn wir nicht erkennen bzw. als Tatsache anerkennen, daß die europäischen sozialistischen Gesellschaften - wenn auch nicht gleichzeitig und in gleichem Maße - die Stufe der Reife und Vervollkommnung in der Entwicklung ihrer Gesellschaftsformation erreicht haben bzw. gerade dabei sind zu erreichen, auf der die Innenanalyse - mit Marx' Worten: die

"Selbstkritik" - der Gesellschaft historisch nicht nur möglich, sondern auch notwendig geworden ist.
Als Endresultat dieses heute noch keineswegs abgeschlossenen gesellschaftlichen Prozesses wird ein für alle Mal der Zustand überholt sein, in dem die "innere" Identifikation mit dem Sozialismus die Verteidigung der jeweils gegebenen Formen gegenüber der "äußeren" - häufig durch Waffen unterstützten - Kritik erforderlich gemacht hat. Die Zeit ist bereits nahe, in der diese Position eindeutig zur Apologetik wird und - was ihre objektive Funktion anbelangt - nicht so sehr Ausdruck des Verpflichtetseins auf den sozialistischen Weg des gesellschaftlichen Fortschritts, sondern vielmehr Ausdruck der verbissenen Verteidigung von partikulären Interessen sein wird, die auf die Aufrechterhaltung von durch die gesellschaftliche Entwicklung bereits überholten Formen gerichtet sind.

Die über den Sozialismus als künftige Gesellschaftsform entwickelten Vorstellungen

Um die heutige Situation verstehen und die vorhin skizzierten Veränderungen als historisch notwendig anerkennen zu können, müssen wir uns kurz die Anfangsphase der sozialistischen Staaten bzw. der Entstehung der sozialistischen Eigentumsverhältnisse vor Augen führen. Es handelt sich um die Periode, in der unter zwingenden Umständen nach einer außerordentlich kurzen Zeitspanne der Weg für ein jegliches Experiment abgeschnitten wurde, das sich die Analyse dieses Systems zum Ziel setzte. Die Überwindung gerade dieses Zustandes stellt das Problem unserer Tage dar.
Die aktive Negation des Kapitalismus in den europäischen sozialistischen Bewegungen vor dem Sieg der Oktoberrevolution von 1917 hat sozusagen notwendigerweise zur Herausbildung des Glaubens geführt, nach dem man eine solche Gesellschaft aufbauen kann und "muß", die in jeder Hinsicht radikal andere, bessere und humanere Zustände als im Kapitalismus schafft, und zwar innerhalb einer relativ sehr kurzen Zeit.
Dieser Glaube, der anfangs auch durch die Überzeugung gestärkt wurde, daß der Sozialismus zunächst in den entwickeltsten Ländern und nicht beschränkt auf ein Land siegen werde, konnte sich auf die wissenschaftliche Analyse der bestehenden Verhältnisse stützen. Er berücksichtigte jedoch nicht die Möglichkeit, daß die Ideen

von einer neuen Gesellschaft, vom Sozialismus, in einem relativ zurückgebliebenen Teil der Welt und in einem Land siegen werden. Wenn er sich auch zumindest vorläufig als Illusion erwiesen hat - was für einen Teil der ursprünglichen Vorstellungen vor allem wegen der erwähnten historischen Gründe zutrifft - kann man nicht abstreiten, daß er auf Grund der über die neue Gesellschaft entwickelten Vorstellungen eine positive Rolle gespielt hat, da diese den Kampf der Menschheit um die Schaffung einer neuen, humaneren Gesellschaftsordnung unterstützt haben.
Der Sieg der marxistisch-leninistischen Ideen in Rußland ermöglichte zwar nach 1917 theoretisch die Konfrontation dieser Vorstellungen mit der Wirklichkeit, die jedoch in der Praxis noch nicht durchführbar war.
Nach der Erkämpfung der neuen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse entstanden - wie sicherlich nicht das erste und auch nicht das letzte Mal in der Geschichte - solche Bedingungen, die die reale Analyse der neuen Gesellschaft bzw. ihre "Selbstkritik" unmöglich machten. Gegenüber der das Alte verbissen verteidigenden "äußeren" Kritik, nach den Verwüstungen des Krieges, in einem der zurückgebliebensten und ärmsten Länder Europas wird es "von innen her" gesehen sozusagen notwendig, daß ein Großteil der Vorstellungen zu Dogmen erstarrt, die als unangreifbare These behandelt werden.
In der ersten Phase der Durchsetzung des siegreichen Neuen erschien jeder Versuch, dieses Gewebe aus Illusionen über die neue Gesellschaft zu zerreißen, selbst bei zweitrangigen Fragen - ungeachtet der subjektiven Absichten - als tödliche Bedrohung des Neuen, und zwar meist nicht unbegründet, was seine tatsächliche Funktion anbelangt. In der jungen Sowjetunion und teilweise auch in der Anfangsphase der europäischen Volksdemokratien ergab sich nämlich eine historische Situation, in der jeder Objektivismus die Opferbereitschaft im Kampf gegen das alte System schwächen oder zumindest diesen Anschein erwecken und deshalb als "verschleierte" Konterrevolution eingeschätzt werden mußte.
So wurde nach dem Sieg des Neuen notwendigerweise nicht nur denen "Kreuziget ihn" zugerufen, die zur revolutionären Umgestaltung direkt oder indirekt in Gegensatz gerieten, sondern auch denen, die eine differenziertere Betrachtung der Gegebenheiten, eine reale Analyse der neu entstandenen gesellschaftlichen Verhältnisse forderten.
Lenin hat in dieser Zeit eine der grundlegenden Alternativen der Epoche ausgesprochen: "...jeder einzelne - sagte er - muß sich

entweder hierher, auf unsere oder auf die andere Seite stellen. Wer den Versuch unternimmt, sich weder auf die eine noch auf die andere Seite zu stellen, wird kläglich scheitern". Diese zu Zeiten Lenins richtige Alternative hat später die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit einzelner Menschen außerordentlich eingeschränkt und somit eine nicht gerade unbedeutende Rolle in der Entstehung der gesellschaftlichen Erscheinungen gespielt, die man heute als "Vergehen des Personenkults" zu bezeichnen pflegt. Doch entsprach sie zu ihrer Zeit vollkommen der historischen Situation, da ja nach dem Sieg der Revolution das grundlegende Problem der die historischen Ereignisse formenden gesellschaftlichen Kräfte darin bestand, die Macht aufrechtzuerhalten oder sie aufzugeben. Daneben verlor jede andere Frage, betreffend die Optimalisierung und Humanisierung des neuen Systems, an Bedeutung. Diese Lage erzeugte nicht nur das eigenartige Dilemma, ob die unmittelbar bevorstehende Aufgabe die Verstärkung des Zentralismus und der sich schnell entwickelnden Verwaltung o d e r die Erweiterung der demokratischen Rechte beinhalte, sondern bestimmte auch die Entscheidung bezüglich dieser Frage. Dieses Dilemma wurde aufs Schärfste und vielleicht auch aufs Tragischste auf dem X. Kongreß der KPdSU im Zeichen des Kronstädter Aufstandes sichtbar, zu einer Zeit, als die Frage nach dem "Wie weiter?" eigentlich noch offen war und als die sowjetische Führung nicht zuletzt gerade nach den Erfahrungen mit dem Aufstand der von den Anarchisten fehlgeleiteten Matrosen zur Einschränkung der demokratischen Rechte gezwungen wurde. Obwohl der vorübergehende Charakter dieser Maßnahmen auf Lenins Vorschlag deutlich hervorgehoben wurde, wurden sie später zu einer These, die als für eine lange Zeit gültig angesehen wurde.
Anschließend entstand relativ schnell der "Idealtypus" des Sozialismus, in dem besonders seit Anfang der 30-er Jahre die formalen Elemente gegenüber den substantiellen Momenten des gesellschaftlichen Fortschritts immer mehr die Oberhand gewannen. Dieser Prozeß wurde durch Lenins Tod noch beschleunigt. Die Institutionen und Führungsmethoden, die aus dem komplizierten Gewebe der historischen Bedingungen resultierten, erstarrten für Jahrzehnte und wurden juristisch unantastbar. All das ergab widerspruchslos das System der Plandirektiven, das auf Arbeitsnormen basierende individuelle Leistungssystem, den sozialistischen Realismus oder das Ansehen des alleinverantwortlichen Führers, - Erscheinungen, die allesamt für gesellschaftlich sakrosankt erklärt wurden. Und all das übernahmen - nur Jugoslawien bildet eine Ausnahme - bereits als

fertiges Muster die sich auf den Weg der sozialistischen Entwicklung begebenden europäischen volksdemokratischen Länder.
Es kam selbstverständlich schnell ans Tageslicht, daß jene institutionellen Formen, die nach dem Sieg des Sozialismus entstanden sind, bei weitem nicht den Vorstellungen entsprechen, die noch während der Kämpfe für den Sieg des Sozialismus als auf die Zukunft hin entworfene Vorstellungen entstehen. In der konkreten historischen Situation verblaßte zunehmend die tapfere Initiative, die sich auf die Korrektur der als illusorisch erwiesenen Konzeptionen richtete und bei Lenin nach 1917 zu beobachten war.
In der Anfangsphase jedoch - was ich immer von neuem hervorheben möchte - hatte all dies im Dienste der Verteidigung des Systems eine reale Existenzberechtigung und dieser Prozeß kann - zumindest in diesem Zusammenhang und bis zu einem gewissen Zeitpunkt - wohl kaum anders aufgefaßt werden als eine historisch notwendige Form der Verteidigung der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse unter außerordentlich schwierigen Bedingungen.

Rollenwechsel der Illusionen

Der vorhin beschriebene Prozeß hat sich in der Geschichte nicht das erste Mal abgespielt. Die neuen gesellschaftlich-ökonomischen Formationen - wenn sie das erste Mal den Schauplatz der Geschichte betreten - verewigen die Vorstellungen, die sich von dem "Neuen" noch vor dessen Sieg, im Laufe des für seine Durchsetzung geführten Kampfes gebildet haben, für eine lange Zeit und lassen sie zu Dogmen erstarren. Ein Teil dieser Vorstellungen erweist sich jedoch in der Konfrontation mit der Praxis notwendigerweise als Illusion, da ja im Laufe der Geschichte noch niemals eine revolutionäre Bewegung entstanden ist, die den Zustand, für dessen Errichtung sie kämpfte, nicht als eine die Möglichkeiten übersteigende bessere, schönere, humanere Welt entworfen hätte. Dies wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch in der Zukunft nicht anders sein, selbst dann nicht, wenn die Rolle des bewußten Elementes und somit auch die Möglichkeit einer genaueren Prognose beträchtlich wachsen sollte. Kann es denn heute jemand - von den nachträglich Klugen - verantworten, die progressive Rolle der in den sozialistisch-kommunistischen Bewegungen entstandenen Illusionen in den Kämpfen zu bestreiten, die für einen neuen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung und für die Festigung der siegreichen neuen Ordnung geführt wurden? Nicht zuletzt haben gerade diese Illusio-

nen die die menschlichen Kräfte häufig übersteigende Opferbereitschaft gestärkt, die für den Sieg und die Festigung des Neuen erforderlich war und deren wahre Nutznießer häufig erst die Nachfahren sein können.
Nach der Festigung der neuen Ordnung erfolgt jedoch in der Geschichte häufig relativ schnell ein tragischer Rollenwechsel: die Illusionen, die sich nun nicht mehr auf die Zukunft, den Zustand, den man zu erreichen wünschte, sondern auf den bereits realisierten beziehen und somit eine grundsätzlich andere Funktion zu erfüllen beginnen, unterstützen nach Ablauf einer bestimmten Zeit nicht mehr den Elan im Kampf für den Fortschritt, tragen nicht mehr zur Festigung des Neuen bei, sondern dienen zur häufig sehr primitiven und die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr hemmenden Apologetik der erstarrten institutionalisierten Formen der bestehenden Verhältnisse. Früher oder später geht notwendigerweise die Periode zu Ende, in der die an das Neue geknüpften Illusionen auch noch nach dem "Sieg" eine positive Rolle spielen können, in der sie also noch die Festigung des siegreichen "Neuen" fördern. In dem Maße, wie sich das Neue gefestigt hat, wird diese Haltung zunehmend reaktionär und hemmt immer mehr den Fortschritt, da inzwischen die Zeit heranreift, in der die Konfrontation der Illusionen mit der Wirklichkeit, d.h. die "Innenanalyse" der neuen gesellschaftlich-ökonomischen Formation Realität und gleichzeitig historische Notwendigkeit geworden ist. Auf dieser Basis müssen die im Laufe der Entwicklung herangereiften neuen Forderungen formuliert und der für ihre Verwirklichung zu führende Kampf entfaltet werden. Dieser wird in einem neuen Zusammenhang wiederum nicht frei von Illusionen über die Möglichkeiten der Entwicklung sein, die sich jedoch nun wieder auf die Zukunft und nicht mehr auf das bereits Verwirklichte richten.
Die Verwandlung der progressiven Rolle der alten Illusionen in eine den Fortschritt hemmende - ein tragischer Rollenwechsel, der sich häufig innerhalb einer Generation vollzieht - kann jedoch solange nicht erfolgen, wie das Kind Herkules schwach ist, da die Illlusion - wie der Gesang des Einsamen im Wald - die Kraft wachsen läßt und somit doch - selbst wenn dies durch die Praxis des alltäglichen Lebens nicht ausgewiesen werden kann - eine progressive Funktion erfüllt. Das Schicksal des Kindes besteht jedoch darin, daß es aufwächst. Einmal wird bei ihm der Zustand erreicht sein, in dem es als Erwachsener seine ursprünglich vorgestellte Welt nur noch um den Preis von kindischem Verhalten, Infantilismus

aufrechterhalten kann und in dem die alltäglichen Bedürfnisse und Erfahrungen die Konfrontation seiner alten Vorstellungen mit der Wirklichkeit erzwingen.
Dieser Prozeß vollzieht sich nicht einmal im Leben einzelner Menschen ohne Schwierigkeiten, da ja die Wirklichkeit des Erwachsenen im allgemeinen ärmer und öder ist als die vom Kind vorgestellte Welt. Eine noch schwierigere Periode stellt er im Leben von Völkern und Nationen dar, bei denen der "Verlust der Illusionen" und die Ausformung der realen Selbsterkenntnis der Gesellschaft sich meistens in harten gesellschaftlichen Kämpfen vollziehen. Denn es bilden sich ja sofort nach dem Sieg des Neuen diejenigen gesellschaftlichen Gruppen, die entweder an der Aufrechterhaltung der Illusionen über den wirklichen Zustand der Gesellschaft oder an deren Überwindung interessiert sind.
Diese Änderung konnte erst dann historisch aktuell - real und notwendig - werden, als der Sozialismus sich nach innen wie nach außen gefestigt hatte, als an die Stelle der Alternative "Behauptung oder Verlust der Macht" die äußerst komplexe und widersprüchliche Aufgabe der Optimalisierung und Humanisierung des neuen Systems getreten war. Dazu mußte die Festigung der Verhältnisse so weit fortgeschritten sein, daß die auf Wiedererrichtung der alten Verhältnisse gerichteten Bestrebungen illusorisch wurden, daß der Rückweg zu der auf kapitalistischem Privateigentum basierenden Gesellschaft abgeschnitten und die Rückgabe der Fabriken, Banken und des Grundbesitzes an die ehemaligen Besitzer und somit die Restaurierung einer wie auch immer beschaffenen neuen Kapitalistenklasse in der Praxis unmöglich wurde. Wenn dies eingetreten ist, wenn die reaktionären gesellschaftlichen Bestrebungen ihren Nährboden verloren haben und nur noch den blinden Glauben von kleinen Gruppen darstellen, dann erst kann sich auch vom Standpunkt des historisch herangereiften neuen Dilemmas, der Optimalisierung und Humanisierung, d.h. vom Boden des "Neuen" aus ein kritisches Verhältnis gegenüber den bestehenden Formen herausbilden.
Zudem muß für die Festigung des neuen Zustandes eine in der Praxis wichtige innere Bedingung gegeben sein, daß sich nämlich die Stabilisierung auf der Basis der neuen gesellschaftlich-ökonomischen Formation vollzieht. Solange diese Bedingung nicht erfüllt ist, erhält jede objektive Analyse den Anschein, als habe sie eine persönliche Spitze und sehe ihr wahres Ziel nicht in der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern in der Erkämpfung von irgendwelchen persönli-

chen Veränderungen. In dem Anfangsstadium verschmolz die Absicht, die auf die Sicherung von Positionen bestimmter Personen gerichtet war, mit der Verteidigung der gegebenen Form, und letztere schien mit dem Interesse der gesellschaftlichen Entwicklung schlechthin identisch zu sein. Infolge dieses doppelten Aspektes der falschen Identifikation stieß anfangs jeder Versuch, der die gegebene Form real analysieren wollte, auf einen außerordentlich harten Widerstand, und zwar selbst dann, wenn er sich der Sache des Sozialismus ganz verpflichtet wußte. Als besonders empfindliches Barometer reagierten hierauf die Gesellschaftswissenschaften, die vielleicht - zumindest dem Anspruch nach - am ehesten dazu berufen sind, auf die wahren Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung eine Antwort zu finden.

Das Dilemma der Gesellschaftswissenschaft: Analyse oder Manipulation

In der Anfangsperiode der Entstehung der sozialistischen Gesellschaften wurde den Wissenschaften, die die gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit zu ihrem Gegenstand haben, aus den oben bereits kurz analysierten Gründen nur eine einzige Funktion zugeteilt: die Rolle des Propagandisten der gegebenen politischen Praxis, der "gesetzlich geschützten" Formen. Und jeder, der gegen diese Regel verstieß, zog die Beschuldigung, Reaktionär und Verteidiger der Bourgeoisie zu sein, auf sich. In einer solchen historischen Situation schien jede wissenschaftliche "Objektivität" - auch wenn sie von dem Verpflichtetsein auf den gesellschaftlichen Fortschritt ganz und gar erfüllt war - ein feindliches Element zu sein, dem gegenüber man mit aller Strenge des Gesetzes vorgehen mußte, um den Sozialismus zu verteidigen.
In dieser historischen Situation geriet der Marxismus - und im engeren Sinne besonders die marxistische Gesellschaftswissenschaft - nach kurzer Zeit in eine so gut wie aussichtslos erscheinende Lage, seine Entwicklung kam vorübergehend zum Stillstand, viele seiner Thesen erstarrten zu Dogmen, und er verzahnte sich sozusagen in allen seinen Bestandteilen mit mystisch ausgelegten, unaufhebbar erscheinenden ideologischen Standpunkten. (Die isolierten und größtenteils mystifizierten Thesen erwiesen sich verständlicherweise bei der Verteidigung der gegebenen Formen als geeigneter als die schöpferische, die neuen Tatsachen der gesellschaftlichen Entwicklung und die neuen Ergebnisse anderer wissenschaftlicher Richtungen

einbeziehende marxistische Gesellschaftswissenschaft.)
Gerade dies liefert die Erklärung dafür, daß die vorhin dargestellten gesellschaftlichen Veränderungen vor allem im Rahmen des ideologischen Lebens und der marxistischen Gesellschaftswissenschaft ausgetragen wurden. Häufig hat man geradezu den Eindruck, daß sich vor das Neue in erster Linie ideologische Hindernisse in Form des zu Dogmen verfestigten Marxismus in den Weg legten.
Auch in dieser Hinsicht müssen wir uns jedoch davor hüten, die Erscheinungen an ihrer bloßen Oberfläche aufzugreifen und sie ahistorisch zu betrachten. Der Marxismus spielte in der Sowjetunion der 20-er, sogar der 30-er Jahre - als bestimmend gewordene Ideologie - in der Verteidigung des Sozialismus und in der Herausbildung der zentralen Lenkung eine äußerst wichtige und im Grunde positive Rolle. Diese gesellschaftliche Funktion hat gleichzeitig entsprechend ihren besonderen Bedürfnissen selbst die marxistische Ideologie und auch den Marxismus transformiert und vor allem in zweierlei Hinsicht eine schwerwiegende Deformation verursacht:
Sie hat die Konfrontation zwischen
a) der Ideologie und der Entwicklung der Wissenschaften und
b) der Ideologie und der gesellschaftlichen Realität
verhindert und in einzelnen Zeitabschnitten sogar nahezu unmöglich gemacht.
Nichts würde jedoch einen größeren Fehler darstellen, als wenn wir versuchten, diesen Zustand als einen auf einzelne Personen zurückführbaren, subjektiven Fehler aufzufassen; aber auch die Erklärung würde nicht gerade die höhere gesellschaftswissenschaftliche Logik auf ihrer Seite haben, die ihn aus den für das sozialistische Gesellschaftssystem typischen Besonderheiten ableiten wollte. Denn sowohl der eine wie der andere Deutungsversuch sieht ja von der historischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung ab.
In den sozialistischen Ländern hat die Entwicklung des schöpferischen Marxismus, der sich der wissenschaftlichen Erkenntnis wie der gesellschaftlichen Wirklichkeit stellt, ebenso seine objektive gesellschaftliche Basis wie diejenige Ausformung des Marxismus, die sich - wie vorhin erwähnt - vor den Ergebnissen der Wissenschaft und den Tatsachen der alltäglichen Wirklichkeit verschließt. Die neuen Züge des Marxismus kommen trotz subjektiver Wünsche und partikulärer Interessen Einzelner zum Durchbruch, wenn dies im Interesse der gesellschaftlichen Entwicklung liegt.

In den europäischen sozialistischen Ländern stellt das Auftreten der sich mit dem "Heute" befassenden "Gesellschaftswissenschaften" bzw.

die "offizielle" Anerkennung ihrer realen gesellschaftlichen Funktion eines der charakteristischsten und auffallendsten Symptome für die Selbstanalyse der sozialistischen Verhältnisse dar. Damit ging eigentlich die Periode zu Ende, in der die Literatur die einzige Instanz zu sein schien, die gegenüber den bestehenden Illusionen in der Lage war, die tatsächlichen Probleme auf die "Bühne" der Gesellschaft zu bringen.

In den sozialistischen Ländern spielt gerade in diesem Zusammenhang die sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr entwickelnde Soziologie eine beachtliche Rolle, eine Disziplin, die in der Vergangenheit zu so vielen Diskussionen Anlaß gegeben hat und sicherlich auch noch in der Zukunft geben wird. Die Soziologie begann - zusammen mit den die Fragen der Gegenwart behandelnden Gesellschaftswissenschaften - in jenem Entwicklungsabschnitt der europäischen sozialistischen Länder eine Rolle im wissenschaftlichen Leben zu spielen oder mit anderen Worten das Bürgerrecht zu erlangen, in dem in diesen neuen gesellschaftlich-ökonomischen Systemen die Analyse der eigenen Verhältnisse zur gesellschaftlichen Realität wurde.

In den sozialistischen Ländern kann man die Diskussionen, die von den die Fragen der Gegenwart behandelnden Gesellschaftswissenschaften und unter ihnen nicht zuletzt von der Soziologie angeregt wurden, nur in diesen Zusammenhängen richtig deuten. Die Soziologie erscheint - wie dies die ganze bisherige Entwicklung dieser Wissenschaft belegt - teils als das eigene Produkt der Selbstkritik des Sozialismus, teils gerade als der Zweig der Gesellschaftswissenschaften, der vielleicht das unmittelbarste wissenschaftliche Instrument für die Selbsterkenntnis der Gesellschaft und für die reale Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse darstellt. Sie ist also das Produkt dieses neuen Entwicklungsabschnittes der europäischen sozialistischen Gesellschaften und gleichzeitig auch das die Entwicklung weiter vorantreibende Instrument.

Aus diesen Veränderungen kann man auch das heute bereits allgemein erkannte Grundproblem der marxistischen Soziologie in den sozialistischen Ländern ableiten, ob diese sich von neuem entwickelnde und bereits modisch werdende Wissenschaft zur Verteidigung der gegebenen Formen Informationen und Kenntnisse liefern (Manipulation) oder ob sie durch die kritische Analyse der gegebenen Formen ihre Überwindung fördern soll (analytische Funktion).

Im Kampf der gegensätzlichen gesellschaftlichen Kräfte erscheint diese Alternative häufig als ein obskures unausweichliches Dilemma, als ob der Soziologe oder der sich umfassender mit der Gegenwart

beschäftigende Gesellschaftswissenschaftler zu einer Entscheidung zwischen beiden Seiten gezwungen wäre und ihm nicht die Möglichkeit offenstünde, beide Funktionen gleichzeitig auf sich zu nehmen. Der Zustand, in dem die Selbstanalyse der europäischen sozialistischen Gesellschaften zur historischen Realität und Notwendigkeit herangereift ist, macht auch die Festlegung der Wissenschaft auf solche zwingenden Entscheidungen überflüssig, so daß eine solche Auffassung heute schon eindeutig in den Kreis der falschen Dilemmas verwiesen werden kann.

Das Neue Ökonomische System als Produkt und Kraftprobe der "Selbstanalyse" des Sozialismus

Die Bedeutung dieser neuen Entwicklungsstufe kann man unter dem Gesichtspunkt der Zukunft des Sozialismus kaum überbewerten, da sie sich keineswegs nur auf die Aktivierung des wissenschaftlichen oder des geistigen Lebens überhaupt ausgewirkt hat und auch weiterhin auswirkt, sondern auch auf die vielseitige Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. In unseren Tagen ist sie der bestimmende Faktor der sich in den sozialistischen Ländern entwickelnden neuen historischen Erscheinungen. Ohne sie hätte man z.B. kaum eine solche einschneidende Reform des sozialistischen Wirtschaftssystems auf die Tagesordnung setzen können, wie sie sich in unseren Tagen in der Tschechoslowakei und Ungarn vollzieht.
Die im Zuge der vorhin dargelegten "Innenanalyse" der europäischen sozialistischen Gesellschaften entstehenden "Wirtschaftsreformen" setzen solche Prozesse in Gang, bei deren Entwicklung das System sich immer mehr den sich ändernden Bedingungen anzupassen in der Lage sein wird, d.h. daß es – um einen Ausdruck der Kybernetik zu gebrauchen - "ultrastabiler" wird und somit eine im Vergleich zu heute dynamischere und vielseitigere Entwicklung vollziehen kann.
Es liegt auf der Hand, daß die geplante Reform des Wirtschaftssystems von der Selbstkritik des Sozialismus untrennbar ist. Die in dieser Frage gefällte ungarische Entscheidung hat z.B. eine ganze Reihe von solchen Lenkungs- und Organisationsformen zum Gegenstand dieser Kritik erhoben oder zumindest mit einem Fragezeichen versehen, die in der vorhergehenden Periode voll und ganz durch das Gesetz sanktioniert waren. Es sind Probleme von nicht geringerer Bedeutung vom Rampenlicht der inneren kritischen Analyse erfaßt worden als das System der Plandirektiven, das von unmittelbaren

Lenkungsmethoden (Preis, Kredit usw.) abgelöst wird, als der bürokratische Preis, der stufenweise durch den wirtschaftlichen Preis ersetzt wird, und als die maximale Konzentration, deren Platz das Bestreben nach optimaler Betriebsgröße einnehmen wird, usw. Gemessen an den alten Maßstäben scheint die Ausarbeitung des Neuen Ökonomischen Systems ungeheuerlicher Wagemut, verbissene und sinnlose Rebellion gegen die - wie man glaubte - ewigen Gesetze zu sein; in Wirklichkeit stellt sie jedoch nichts anderes dar als die "Innenanalyse" des Sozialismus, das Erkennen der herangereiften Bedürfnisse der Gesellschaft und den Vollzug der sich hieraus ergebenden Konsequenzen. Historisch gesehen müssen wir diese Phänomene auch dann so beurteilen, wenn zur Ausarbeitung des Modells des Neuen Ökonomischen Systems und zu seiner Verabschiedung von den Entscheidungsbefugten viel persönlicher Mut, wahres Verpflichtetsein auf den gesellschaftlichen Fortschritt und Außerachtlassen partikulärer Interessen gefordert wurden und auch werden.

Die Ausarbeitung des Modells des Neuen Ökonomischen Systems - ich denke dabei vor allem an die mir am besten bekannte ungarische Lösung - ist nicht nur deshalb bedeutsam, weil sie auf wissenschaftlichen Analysen basierte, die die vorher für "geschützt" erklärten Formen in Frage stellten, sondern auch deshalb, weil sie die Ergebnisse dieser Analysen im Rahmen des ökonomischen Subsystems der Gesellschaft zusammenfaßte und somit weitgehend die Richtung für das Handeln bzw. für die Entwicklung in teleologischer Weise und gesellschaftlichen Maßstäben angab. Dies hervorzuheben, scheint uns auch deshalb lohnenswert zu sein, weil die Innenanalyse, die "Selbstkritik" des Sozialismus, nur dann eine wirklich ausschlaggebende Wirkung auf die gesellschaftliche Entwicklung ausüben kann - wie man dies leicht nachweisen kann -, wenn sie nicht auf der Ebene der Teilanalyse und der darauf gründenden Teilvorschläge stecken bleibt, sondern übergreifendere, perspektivischere Konzeptionen anregt. Und welche Entwicklung könnte man für natürlicher und gleichzeitig wünschenswerter halten als eine, in der auf die Reform des Wirtschaftssystems auf der Grundlage der Innenanalyse des Sozialismus weitere umfassendere gesellschaftliche Reformen folgen werden, die auf immer größere Gebiete des gesellschaftlichen Lebens (einschließlich das politische und kulturelle System) übergreifen werden.

Diese Veränderung vollzieht sich selbstverständlich in immer wieder neu entstehenden gesellschaftlichen Konflikten, da ja jeder Versuch, der sich auf die Überwindung des vorhergehenden Zustan-

des richtet, einen Zusammenstoß zwischen den Verteidigern der alten Form und den Befürwortern der neuen bewirkt. Dieser Gegensatz wird jedoch - nach der Verwirklichung der im Neuen Ökonomischen System vorgesehenen Reformen - vermutlich immer weniger auf nationaler Ebene ausgetragen, sondern sich meistens nur auf einzelne Betriebe, Gemeinderäte oder auf irgendwelche andere Institutionen beschränken. Diese Veränderung verdient deshalb unsere Aufmerksamkeit, weil durch sie die Möglichkeit gegeben wird, daß die Selbstanalyse des Systems immer mehr zu einem integralen Bestandteil der Tätigkeit der zentralen Lenkungsinstitutionen und -organisationen der Gesellschaft wird, da die partikulären und diesen Prozeß hemmenden Interessen in ihnen immer weniger polarisiert auftreten können und die Verteidigung der gegebenen institutionellen Formen stufenweise von dem Bestreben verdrängt wird, den wesentlichen Momenten der sozialistischen Entwicklung zum Durchbruch zu verhelfen.

Über die Mißverständnisse: die an eine "Aufweichung" geknüpften Hoffnungen und Ängste

Bereits diese Entwicklungsperspektive zeigt an, daß es sich bei all dem, worüber ich bis jetzt geschrieben habe, viel eher um den Anfang von etwas Neuem als um irgendeinen abgeschlossenen Prozeß handeln kann. Vor allem gibt dies die Erklärung dafür, daß viele - insbesondere im Westen - im progressiven wie im reaktionären Lager gleich ratlos den Ereignissen gegenüberstehen, die in den letzten bald anderthalb Jahrzehnten in den europäischen sozialistischen Ländern eingetreten sind. Erstaunt und mit äußerst gegensätzlichen Gefühlen beobachten sie diesen Prozeß, der bewirkt hat, daß die von dogmatisch-ideologischen Auffassungen und Vorurteilen freie Analyse der nach dem Sieg der sozialistischen Revolution entstandenen und für Jahrzehnte erstarrten Institutionen bzw. der bestehenden Formen der gesellschaftlichen Organisation überhaupt, sowie das entschiedene Bestreben, die gesellschaftlichen Verhältnisse allseitig der Zeit anzupassen, immer mehr zum Tragen kommen. Dieses verworrene Gestrüpp von Mißverständnissen kann man gut durch das Echo der ausländischen Stimmen auf die grundsätzlich positive ungarische innenpolitische Entwicklung nach 1956 veranschaulichen. Wenn der Umfang dieses Artikels es erlauben würde, wäre es nicht schlecht, hier eine treffliche Auswahl von diesen ausländischen Reaktionen anzuführen.

Das Auftreten des "neuen" Abschnittes, der Selbstanalyse und "Selbstkritik" des Sozialismus, und somit das Falschwerden der vorhin erwähnten historisch entstandenen Alternative - nach der der Dienst an der Sache des Sozialismus mit der Verteidigung der im Sozialismus entstandenen gesellschaftlichen Formen identisch war - haben viele nach ihren eigenen partikulären Interessen uminterpretiert und versucht, daraus eine Waffe zur Durchsetzung der eigenen Ziele zu schmieden. Zum eigenartigen Begriff dieses Nicht-Verstehens wurde die "Aufweichung". Er zeigte in eins an, daß die eingeschworenen Gegner des gesellschaftlichen Fortschritts das für die Schwäche des Sozialismus halten, was gerade den Beweis für seine Entwicklung und Kraft liefert. Gleichzeitig versuchten andere, mit diesem Begriff jene einzuschüchtern, die die reale, aber gleichzeitig von der Verpflichtung gegenüber der Sache des Sozialismus durchwirkte Innenanalyse der Verhältnisse verfolgten bzw. ihre tagtägliche Aktivität diesem Ziel unterordneten. Zwischen denen, die ihre Hoffnung in die Aufweichung setzten, und denen, die sie hysterisch befürchteten, schien sich eine tragische gemeinsame Plattform auszubilden. Manchmal hat es den Anschein, als ob dort, wo diese beiden Kräfte aufeinanderstoßen, eine ohnmächtige Erneuerungsbestrebung, die häufig willenloses Spielzeug im Kampf der Mächtigen zu sein schien, wie zwischen zwei ständig mahlenden Mühlsteinen um ihr Dasein ringe. Mit sicherem, vielleicht auch nicht übertriebenem Optimismus können wir behaupten, daß in dieser Hinsicht heute bereits reifere Verhältnisse vorliegen und daß das Neue, das sich vor einigen Jahren nur keimhaft ankündigte, sich zu einem kräftigen Sproß entwickelt hat.

Wenn wir jedoch nicht Opfer unserer eigenen Illusionen oder des nach ihrem Verlust häufig eintretenden Pessimismus werden wollen, müssen wir vor allem einsehen, daß die "Selbstkritik" des neuen Systems eine dem gesellschaftlichen Fortschritt dienende historische Notwendigkeit und nicht etwa "die Rebellion von Intellektuellen" oder irgendein "von außen", von reaktionären Kreisen gelenkter "Hinterhalt" ist. Heute erfordert bereits das elementare Interesse der europäischen sozialistischen Gesellschaften, daß dieser historisch zeitgemäß gewordene Prozeß zum Tragen kommt und zu Ende geführt wird. Die progressiven Intellektuellen können höchstens die Formulierung der Wünsche und Interessen der "Massen" fördern, sich jedoch nicht von ihnen verselbständigen. Wenn sie dies tun sollten, sind ihre besten Bestrebungen zum Scheitern verurteilt.

Selbstverständlich wäre nichts ein größerer Fehler, als zu glauben, daß die ausländischen und reaktionären Kreise - aus den verschiedensten Gründen verschworene Feinde des gesellschaftlichen Fortschritts - das Auftreten der "inneren" Kritik im europäischen Sozialismus passiv verfolgen werden.
Die Hauptschwierigkeit wird jedoch heute - meines Erachtens hier in der Mitte Europas - bereits nicht mehr durch die Aktivität der verstockten Reaktionäre verursacht, sondern durch die Mißverständnisse, die über diese Fragen - d.h. über die Perspektiven der Entwicklung des europäischen Sozialismus - unter den der Sache des gesellschaftlichen Fortschritts subjektiv Ergebenen herrschen und deren Aufrechterhaltung weitgehend durch partikuläre Interessen gestützt wird. Dies weist heute in erster Linie den Weg dafür, daß sich die Theorie des "reifen" Sozialismus auf der Basis der "Innenanalyse" des europäischen Sozialismus schneller weiterentwickelt, daß sie frei von Illusionen, gestützt auf wissenschaftliche Analysen, die innneren Bewegungsgesetze der beriets einen bestimmten Entwicklungsstand erreicht habenden und gefestigten gesellschaftlich-ökonomischen Formation, die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten und somit auch Schranken aufdeckt. Dies gilt sowohl für die Beschleunigung des Tempos der gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung (Optimalisierung) wie auch für das Weitertreiben des Prozesses der Wiedervermenschlichung der gesellschaftlichen Verhältnisse (Humanisierung).

Über die Zukunft

Im bis jetzt Dargelegten versuchte ich zu beweisen, daß die "Selbstkritik" des europäischen Sozialismus ein Prozeß ist, der sich aus den inneren Triebkräften der gesellschaftlich-ökonomischen Formation ergibt und dessen Weitertreiben - zumindest in diesem Teil der Welt - eine historische Notwendigkeit darstellt. Nichts wäre jedoch ein größerer Fehler, als wenn wir diese ganze Frage für eine innere Angelegenheit der europäischen sozialistischen Länder halten würden.

Wir bewegen uns wahrscheinlich nicht weit weg von der Wahrheit, wenn wir meinen, daß in unseren Tagen dieses Problem immer mehr zur Schlüsselfrage des universellen menschlichen Fortschritts wird, da ja wir uns vor allem in den Fragen der nahen Vergangenheit und der Gegenwart zurechtfinden müssen, um den Weg für die zukünftige Entwicklung zu erarbeiten.
Im europäischen Sozialismus kann die Verzögerung und die "schwere Geburt" des Prozesses, in dem die "Innenanalyse" zur Realität

und gleichzeitig zur historischen Notwendigkeit geworden ist, vor allem durch zwei Umstände erklärt werden: teils dadurch, daß diese neue gesellschaftlich-ökonomische Formation in der Sowjetunion zuerst auf die Bühne der Geschichte getreten und ihre Festigung in einer feindlichen Umgebung erfolgt ist; teils dadurch, daß sich die neuen Verhältnisse nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch im folgenden in solchen Ländern durchsetzten, in denen die Produktivkräfte erst einen viel niedrigeren Stand erreicht hatten als in den entwickelten kapitalistischen Ländern.

Auch hieraus folgt, daß die in der Zukunft notwendigerweise entstehenden gesellschaftlich-ökonomischen Formationen, die in Ländern mit entwickelten Produktivkräften die auf Privateigentum basierende Gesellschaftsordnung ablösen werden, nicht einen ähnlich kampfreichen Weg gehen müssen, da von den vorhin erwähnten zwei historischen Hauptgründen weder der eine noch der andere als geschichtsbildende Kraft auftreten wird. So werden die "westlichen" Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts auch durch die Innenanalyse des europäischen Sozialismus in die Lage versetzt, die günstigsten Formen für die substantielle Überwindung des Kapitalismus zu finden. In unseren Tagen zeigen sich besonders in den Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs viele Ansätze für eine so ausgerichtete schöpferische Arbeit und für die Entfaltung einer entsprechenden politischen Aktivität.

Die Innenanalyse des europäischen Sozialismus trägt dazu bei, daß nicht nur die Idee, sondern auch die Praxis des Sozialismus eine revolutionierende Wirkung ausüben kann, und zwar nicht nur durch ihre gegebenen, häufig zufällig entstandenen Formen, sondern auch dadurch, daß es möglich geworden ist, ihre wesentlichen Momente aufzudecken.

ANDRAS HEGEDÜS

ÜBER DIE AKTUALITÄT DER "GEWERKSCHAFTSDISKUSSION" (1968)

Für die Lösung der aktuellen Probleme der sozialistischen Entwicklung können wir nicht nur von den klassischen Arbeiten des Marxismus, sondern auch von den Diskussionen und Erfahrungen des auf die sozialistische Oktoberrevolution folgenden Jahrzehnts eine wertvolle Hilfe erwarten. Gerade deshalb lohnt es, jene Periode zu analysieren, in der die Alternativen der sozialistischen Entwicklung schon in der Praxis des sozialistischen Aufbaus formuliert wurden, das sozialistische Denken jedoch noch nicht durch die Schranken einer bestimmten Lösung eingeengt war. Dank dieser Einsicht wurde es in unseren Tagen zur 'modischen Erscheinung' die Bedeutung der politischen Auseinandersetzungen und theoretischen Diskussionen des Jahrzehnts nach der sozialistischen Oktoberrevolution wiederzuentdecken und sie von der während der Stalinzeit vorherrschenden dogmatischen Auslegung zu befreien.

Eines der aktuellsten Ereignisse dieser Entwicklungsphase stellt die sogenannte 'Gewerkschaftsdiskussion' in der Sowjetunion zwischen den Jahren 1920 und 1922, also während einer relativ kurzen Zeitspanne, dar. In meinem Aufsatz behandle ich die 'Gewerkschaftsdiskussion' nicht vom Standpunkt des Historikers, sondern unter dem Aspekt, ob sie - und gegebenenfalls in welcher Weise sie - zur Lösung unserer heutigen theoretischen und praktischen Probleme beiträgt. Können denn die in dieser Diskussion formulierten Fragen auch für uns - fast nach einem halben Jahrhundert - noch lehrreich sein und - sollte dies zutreffen - inwieweit können sie es sein?

Die Einführung des Neuen Ökonomischen Systems, das sich erst in seiner Anfangsphase befindet, stellt uns immer eindringlicher vor die Notwendigkeit, die Funktionen unserer wichtigsten gesellschaftlich-politischen Organisationen und Institutionen zu überdenken. In unseren Zeitschriften wird diese Aufgabe immer häufiger angegangen, sei es auch nur in der Form von ersten Formulierungsversuchen.

Wenn ich bei der Untersuchung der Aktualität der 'Gewerkschaftsdiskussion' der 20-er Jahre aus dem Komplex der außerordentlich eng miteinander verknüpften Fragen das Problem der Gewerkschaften herausgreife, will ich hiermit keineswegs behaupten, dieser Problemkreis könne unabhängig von den gesellschaftlich-politischen Reformen als selbständiges Phänomen behandelt werden; bin jedoch trotzdem der Meinung, daß es sich um ein Segment handelt, dessen Analyse die Präzisierung und Begründung des von uns für richtig gehaltenen Weges der gesellschaftlichen Entwicklung weiterbringen

kann.

Die 'Verstaatlichung' der Gewerkschaft und die 'Syndikalisierung' des Staates als Einheit in der Praxis

Im Mittelpunkt der Diskussion in der Sowjetunion stand das Verhältnis zwischen dem sozialistischen Staat neuen Typs und den Gewerkschaften. Dies ist ein Problem bar jeglicher historischer Analogie; eine ganz neue Situation, in der sich eine Reihe von schwierigen Fragen stellt. Nach einer kurzen Zeit wurde diese Hauptfrage in der Form einer imperativen Entweder-Oder-Alternative formuliert: die staatliche Lenkung der Wirtschaft muß entweder den Gewerkschaften übertragen werden ('die Syndikalisierung des Staates') oder die Gewerkschaften müssen in den bestehenden staatlichen Organen aufgehen (die 'Verstaatlichung' der Gewerkschaften). Unmittelbar nach der Revolution bildeten jedoch diese beiden, im späteren Verlauf der Diskussion streng geschiedene Möglichkeiten noch in Theorie wie Praxis eine Einheit, trennten sich noch nicht in zwei gegensätzliche Konzeptionen. Lenin äußert sich noch 1919 auf dem zweiten Gewerkschaftskongreß folgendermaßen: "Unvermeidlich geworden ist die Umwandlung der Gewerkschaften in Staatsorgane, unvermeidlich ihre Verschmelzung mit den Organen der Staatsmacht, unvermeidlich, daß der Aufbau der Großproduktion voll und ganz in ihre Hände übergeht". (Lenin, Werke Bd. 28, 1959, S.436) Die Theorie konnte also noch keinen Widerspruch zwischen der 'Verstaatlichung' der Gewerkschaften und der 'Syndikalisierung' des Staates wahrnehmen. Für das bessere Verständnis des Folgenden muß ich jedoch diesen Gedanken mit zwei Bemerkungen erläutern. Die oben genannte Zielsetzung schien für Lenin nicht sofort realisierbar zu sein, stellte sich also nicht als taktische Aufgabe, sondern als strategisches Ziel, dem zwar das erstere unterzuordnen sei, das jedoch erst das Ergebnis einer längeren historischen Entwicklungsperiode sein kann. Darüber hinaus betrachtete Lenin die Verstaatlichung der Gewerkschaften als einen Prozeß, der mit dem Heranführen der Werktätigen an die Staatsführung identisch ist, wobei das erstere als die Form der Entwicklung, das zweitere als ihr Inhalt aufzufassen sei. Für das Verständnis der Leninschen Fragestellung müssen wir außerdem auch die historische Situation selbst, die Praxis beachten, in der der Ausbau des neuen staatlichen Verwaltungsapparates und damit die Auseinanderentwicklung von Staat und Gewerkschaft erst ihren Anfang nahm.
"Die staatliche Organisation der Industrie - schreibt Kricman, einer

der Teilnehmer der Gewerkschaftsdiskussion - entsprach mit Ausnahme der Kleinindustrie, die nur von lokaler Bedeutung war, voll und ganz der Struktur der Gewerkschaften: sie wurde nach den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft vorgenommen", somit bauten sich die Wirtschaftsorgane "unmittelbar auf den proletarischen Organisationen", auf den Gewerkschaften, auf (1). Schon deshalb ist es ganz natürlich, daß die kollektive Führung - oder wie man sie damals nannte: das Prinzip der Kollegialität - anfangs beibehalten wurde und in gleicher Weise auch in der Wirtschaftsleitung vorherrschend war.

Der Ausbau eines besonderen Staatsapparates stand jedoch immer mehr im Vordergrund, und damit nahm die Trennung von Staat und Gewerkschaft immer deutlichere Ausmaße an. All dies hing eng mit den Bestrebungen, den Sowjetstaat zu festigen, und mit den Bedingungen zusammen, unter denen die Schaffung des Staatsapparates vor sich ging. Bereits in dem Resolutionsentwurf über die Aufgaben der Gewerkschaften, der von der kommunistischen Fraktion für den ersten Gewerkschaftskongreß vorbereitet wurde, steht geschrieben: "...die Gewerkschaften müssen in der Periode der Diktatur der Arbeiter und Bauern Organe des sozialistischen Staates sein, die als solche zusammen mit den anderen Organen an der Verwirklichung der neuen organisatorischen Grundlagen der Wirtschaft und der Gesellschaft arbeiten" (2). (Der gleiche Entwurf sah auch die obligatorische Mitgliedschaft in der Gewerkschaft vor.) Diese Fragestellung rief jedoch damals selbst in der kommunistischen Fraktion, die übrigens 2/3 der Mitglieder des Kongresses stellte, Zweifel hervor, so daß die Partei zwar das Problem der Verstaatlichung nicht verwarf, sie jedoch nicht für eine aktuelle Aufgabe hielt. Die Entweder-Oder-Alternative begann sich aber bereits herauszukristallisieren.

Die Verschärfung des Widerspruchs

Gegen Ende des Jahres 1919 und zu Beginn von 1920 treffen wir auf immer deutlichere Zeichen des Prozesses, im Verlauf dessen sich der Staatsapparat und die Gewerkschaft voneinander absondern, und zwar nicht nur in der Praxis, sondern auch im ideologischen Leben. Während sich einerseits die später als 'Glavkismus' bekannte bürokratische Verwaltungskonzeption herausbildet, erstarrt andererseits die anarchistisch-syndikalistische Betrachtungsweise in den Gewerkschaften (1920 erfuhr auch der Anarchismus selbst im sowjetischen politischen und geistigen Leben einen neuen Aufschwung).

In dieser Situation stellte sich auch das Verhältnis von Staat und Gewerkschaft in einem anderen Licht; der bis jetzt noch eine Einheit bildende Gedanke wurde in zwei gegensätzlichen Thesen formuliert: a) die Gewerkschaften sind zu verstaatlichen, ausgehend von der These, daß der Staat die Organisation der revolutionären Arbeiterklasse ist, außerhalb derer nur ein konterrevolutionäres oder zumindest konservatives Interesse existieren kann; b) der Staat ist der unmittelbaren Leitung der Gewerkschaft zu unterstellen, da auch der sowjetische Staat wie jeder andere von den unmittelbaren Produzenten sich absondernde Verwaltungsapparat 'ein bürokratischer Auswuchs', 'Geschwür' am Körper der Gesellschaft ist. Der prägnanteste Vertreter der ersten Auffassung ist Trockij, der zweiten die sogenannte Arbeiteropposition (Šljapnikov).
Das Interessante an der Diskussion ist die Tatsache, daß niemand die Unvermeidlichkeit der Verschmelzung von Staat und Gewerkschaft in Zweifel zieht. Miljutin stellt z.B. in der Auseinandersetzung mit Trockij fest: "es gibt niemanden, der die Notwendigkeit der Verschmelzung der staatlichen Wirtschaftsapparate und der Gewerkschaften verneinen würde, der Kernpunkt der Frage besteht vielmehr darin, in welchem Tempo und welcher Form der Prozeß der Verschmelzung vor sich gehen soll" (3). Während sich in diesem Punkt als der allgemeinen Zielsetzung die beiden sich scharf bekämpfenden Parteien trafen, gab es auch wesentliche Unterschiede zwischen ihnen: a) in der Beurteilung der Situation der Gewerkschaften; b) in der Einschätzung der unerläßlichen Funktionen der Gewerkschaften; c) und als Konsequenz beider Punkte darin, welche Methode für zweckmäßig erachtet wurde, die Einstimmigkeit von Staat und Gewerkschaft herzustellen.
Für das Verständnis des Folgenden ist vor allem auf die Entstehung der von Trockij vertretenen Alternative einzugehen. Für Trockij stand es als Ausgangspunkt fest, daß die Gewerkschaften sich nach der Revolution in einer Krisensituation befänden, die nicht als Wachstumsschwierigkeit - wie viele behaupten - zu verstehen sei, sondern als 'Agonie'. Von einem ähnlichen Standpunkt aus gab es auch solche Vorschläge, nach denen die Gewerkschaften aufzulösen und ihre Aufgaben an andere geeignete Organe zu übertragen seien. Wir müssen hier anmerken, daß Trockij, was seine Schlußfolgerungen anbelangt, keineswegs die radikalste Position in dieser Frage einnahm. Er ging von der Annahme aus, daß es für den Staat und die Gewerkschaften keine voneinander abweichenden Funktionen gebe; so müßten etwa im Falle der Metallarbeitergewerkschaft und der Verwaltung der Metallindustrie beide die gleichen Aufgaben erfül-

len und die gleichen Fachleute hierzu einsetzen. Von hieraus braucht es nur noch einen Schritt, um den Gedanken der Verstaatlichung der Gewerkschaften zu formulieren.
Trockij lieferte trotz seiner entschiedenen prinzipiellen Position kein genaues Programm. Er betonte, daß nicht die formale 'Verstaatlichung' der Gewerkschaften das Wesentliche sei, sondern stellte die Forderung auf, daß die Gewerkschaften in der Praxis zu staatlichen Produktionsorganen werden sollten, die die ganze Industrie umfassen und für die Produktion wie für den Produzenten Verantwortung zu tragen hätten. Dies wurde auch vom gemeinsamen Programm Trockijs und Bucharins unterstrichen. Trockij warf bereits auf dem IX. Parteikongreß der KPdSU die Notwendigkeit der Militarisierung der Industrie in die Debatte und griff heftig Smirnov an, der dies in seinem in der Pravda veröffentlichten Artikel unter Hinweis auf die Rolle der Gewerkschaften anzweifelte. Er betonte, wie wichtig ein einheitlicher Volkswirtschaftsplan sei und rügte den Obersten Volkswirtschaftsrat der Union für die bisherige Vernachlässigung dieser Frage. Was schließlich die Frage der verantwortlichen Ein-Mann-Führung betrifft, hob er hervor, daß die Exekutivposten ohne Hemmungen mit Techniker-Spezialisten besetzt werden müßten. Am 21. Juli 1920 hielt er eine Rede auf dem zweiten Allrussischen Kongreß der Eisenbahnergewerkschaften, in der er eindeutig feststellte, daß der einzige Sinn der Gewerkschaften in der Unterstützung der Produktion bestünde. Sein Standpunkt war also - wie wir sahen - konsequent staatszentristisch, von wo aus das Weiterbestehen der Gewerkschaften als Bewegung nur ein störendes Moment bedeutet hätte.
Während Trockij die Gewerkschaften verstaatlichen wollte, wollten Šljapnikov und die sogenannte 'Arbeiteropposition' den Staat - mit Trockijs Worten - 'syndikalisieren'. Die 'Arbeiteropposition' konnte sich auch auf das Parteiprogramm stützen, das eindeutig feststellte, daß die Verwaltung der Industrie auf allen Ebenen in die Hände der Gewerkschaften übergehen muß. Der in der Diskussion so häufig zitierte Satz lautete: "Die Gewerkschaften müssen dahin gelangen, daß sie die ganze Leitung der gesamten Volkswirtschaft als eines einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen tatsächlich in ihren Händen konzentrieren" (4). Die Arbeiteropposition verstand dieses Programm als eine sofort zu verwirklichende taktische Aufgabe und nicht als eine strategische. Die Kritik von Lozovskij (5) richtete sich auch in erster Linie darauf, daß die Arbeiteropposition die konkreten Bedingungen des Jahres 1920 außerachtließ, hielt jedoch selbst an diesem Programmpunkt als strategischer For-

derung unmißverständlich fest.
Šljapnikov stellte die Gewerkschaften und die sowjetischen Staatsorgane einander schroff gegenüber. Die letzteren betrachtete er als ihrem Wesen nach bürokratische Apparate. So schrieb er: "Die Zerrüttung kann nur überwunden, die Produktivkräfte unseres Landes können nur wiederhergestellt und gesteigert werden, wenn das zur Zeit bestehende System, wenn die praktischen Methoden der Organisierung und Verwaltung der Volkswirtschaft grundlegend geändert werden. Das System und die Methoden des Aufbaus, die sich auf eine schwerfällige bürokratische Maschinerie stützen, schließen jegliche schöpferische Initiative, jedes selbständige Handeln der in den Gewerkschaften organisierten Produzenten aus" (6).

Auf die Gewerkschaftsopposition übte ohne Zweifel der französische Syndikalismus einen Einfluß aus, zumindest was dessen Thesen über die zukünftige Einrichtung der Gesellschaft betrifft. Dieser Einfluß wurde dadurch gefördert, daß der französische Syndikalismus - ähnlich dem russischen Kommunismus -, wenn auch unter unterschiedlichen konkreten historischen Bedingungen, in der Auseinandersetzung mit sozialdemokratischen Parteien entstanden ist, die in den Opportunismus von Parlaments- und Wahlkämpfen herabgesunken und in die kapitalistische Gesellschaft integriert waren. Sorel verkündete jedoch im Unterschied zu Lenin nicht die Revolution der Armen, sondern die revolutionäre Umwälzung in einer Situation, in der der Kapitalismus sich voll entfaltete. Nicht zuletzt ist dies der gesellschaftlich-historische Grund für das Scheitern der anarchistisch-syndikalistischen Bestrebungen in der Sowjetunion, da wir es ja hier mit der Revolution der Armen zu tun haben, in der nach den Zerstörungen des Welt- und des Bürgerkrieges die Ankurbelung der Produktion, die Beseitigung des Hungers den unbedingten Vorrang erhielt, wozu in der gegebenen historischen Situation Zentralismus, Einführung von Disziplin und Arbeitszwang im engen Sinne des Wortes unerläßlich waren.
Für den Anarcho-Syndikalismus war die ideale Gesellschaft der Zukunft eine Gesellschaft, die für die Selbstverwaltung der frei assoziierten Werktätigen eingerichtet war; diese Negation des Staates in dieser Bewegung, die sich selbst in ideologischer Hinsicht neomarxistisch nennt, hat ihre geistigen Wurzeln im Anarchismus. Das 'auf einfachste Weise' organisierte System gründet auf der statistischen Erfassung von Bedürfnissen und Produktivitätskapazitäten, jeder Beruf organisiert sich in einem Syndikat, jedes Syndikat wählt einen Rat, den professionellen Arbeitsrat; diese Syndikate schlies-

sen sich nach Produktionszweigen in Föderationen auf nationaler wie internationaler Ebene zusammen. Es dürfte nicht schwerfallen, die Verwandtschaft zwischen dem Gewerkschaftszentrismus der 'Arbeiteropposition' und dem anarcho-syndikalistischen Standpunkt zu erkennen, nach dem die zukünftige Gesellschaft sich ganz auf die Gewerkschaften bzw. auf die 'freien Assoziationen der Produzenten' gründen würde. (Der Unterschied und die fehlende Entsprechung zwischen Gewerkschaft und 'freien Assoziationen der Produzenten' konnte in der gegebenen historischen Situation nicht bewußt werden.) Es ist viel schwerer, den Einfluß des Anarchismus in Rußland auf das Programm der Gewerkschaftsopposition aufzuzeigen, obwohl ohne Zweifel auch dieser nicht bedeutungslos war. Für das Verständnis der innerhalb der kommunistischen Bewegung und des Marxismus entstandenen abweichenden Meinung ist diese Richtung auf jeden Fall zu berücksichtigen. Die anarchistischen Tendenzen erstarkten in der Sowjetunion vor allem 1918 und 1920. Die sich entfaltenden Diskussionen zwischen Anarchisten und Kommunisten betrafen nicht mehr den Staat schlechthin, sondern konkret den Staat der Diktatur des Proletariats oder anders ausgedrückt: die Arbeiter- und Bauernmacht.

Historisch gesehen kann es kaum zweifelhaft sein, daß die Anarchisten für den Sieg der Oktoberrevolution eine bedeutende Rolle gespielt hatten. Nach der Revolution entwickelten sich, nach der Analyse Preobraženskijs, drei Richtungen unter ihnen: a) ein Teil von ihnen - die Minderheit - unterstützte den Kampf der Sowjetmacht gegen die nationale und internationale Bourgeoisie; b) der andere Teil (zahlenmäßig gering) erkannte, daß der Sowjetstaat sich von den vorangegangenen Staaten unterscheidet, hielt jedoch den Kampf gegen ihn trotzdem für seine Pflicht; c) die dritte Gruppe (die Mehrheit) machte einen Unterschied zwischen dem Sowjetstaat, den sie bekämpfte, und den Sowjets, die sie unterstützte. Die letzteren hielt sie nicht für Organe der 'Macht', sondern für Organe des Willens der 'arbeitenden Bevölkerung' (7).

Die Anarchisten stellten in ihrer auf dem Elisabethengrader Kongreß verabschiedete Resolution fest: "Unter den konkreten russischen Bedingungen kann der unmittelbare Übergang vom großbürgerlichen Zarismus in die anarchistische Gesellschaft sofort verwirklicht werden; das Haupthindernis auf dem Weg zu ihr bilden offensichtlich die Staatskommunisten, die das Proletariat in eine Staatsklasse zu organisieren trachten und im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterschaft die sofortige Liquidierung der Sowjetmacht und den unmittelbaren Übergang in eine gewaltfreie Gesellschaft nicht wün-

schen". Hieraus leitet sich die bekannte Losung der Anarchisten ab: "Keinen einzigen Kompromiß mit der Sowjetmacht!" Der Anarchismus in Rußland geriet als Bewegung in eine schroffe Konfrontation mit dem Kommunismus und von da an wurden Anarchismus und Sowjetfeindlichkeit zu identischen Begriffen.

Lenins Versuch der Aufhebung des Gegensatzes von Theorie und Praxis

Lenin, Zinov'ev und andere negierten - vor allem unter Hinweis auf die wachsende Mitgliederzahl - die Existenz einer Krise, sahen sogar einen deutlichen Fortschritt, wenn sie auch gleichzeitig nicht anzweifelten, daß die Gewerkschaften, gemessen an den an sie gestellten Forderungen, noch schwach waren.
Diese Diskussion bekommt eine für die Situation charakteristische - wenn auch nicht entscheidende - Nuance durch den Vergleich der Entwicklung der Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften und in der Partei (8):

Durchschnitt der Jahre	Mitgliederzahl der Gewerkschaften in Rußland	Partei
1917	693 000	23 600
1918	1 946 000	115 000
1919	3 707 000	251 500
1920	5 222 000	431 400

Die Tatsache des Wachstums der Mitgliederzahl schließt alleine eine Krise noch nicht aus, deren Ursache vor allem in der Verschärfung von solchen Konflikten zu suchen ist, wie sie zwischen den Momenten von Bewegung und Organisation, zwischen den Funktionen von Wirtschaftslenkung und Interessenverteidigung bestehen. Zudem ist noch zu beachten, daß vom Ende des Jahres 1921 an die Rolle der Gewerkschaften in der Wirtschaftslenkung sich beträchtlich verändert hat, was Lozovskij folgendermaßen charakterisiert: "Der Oberste Wirtschaftsrat wird auf neuen Grundlagen neu organisiert. Seine Abteilungen bestehen nun nicht mehr wie bis jetzt in ihrer Mehrheit aus Vertretern der Gewerkschaften, die Gewerkschaften kontrollieren nicht wie vorher die Arbeit der Wirtschaftsorgane, sondern sie widmen ihre Aufmerksamkeit vielmehr den Fragen der Arbeit, unterstützen mit ihrer eigenen Erfahrung die für die Verbesserung der Produktion geleistete Arbeit der staatlichen Organe". Der Oberste Volkswirtschaftsrat und die zentrale Leitung der

sowjetischen Gewerkschaften arbeiten parallel, in enger Kooperation, jedoch unabhängig voneinander (9). Diesen Zustand hält Lozovskij - was aus dem Zitat eindeutig hervorgeht - nicht für ideal und schreibt am Ende seines Artikels: "Jeder Schritt nach vorne in der Revolution bedeutet auch einen Fortschritt für die Gewerkschaften auf dem Weg zur Aneignung der Produktion. Mit dem endgültigen Sieg der Weltrevolution wird auch die endgültige Übergabe des Produktionsapparates des ganzen Landes in die Hände der Gewerkschaften erfolgen" (10).
Die Praxis hat nach Ablauf einer kurzen Zeit gezeigt, daß sich notwendigerweise solche spezialisierten Verwaltungsapparate herausbilden, die sich in ihren inneren Führungsprinzipien grundlegend von denen der Gewerkschaften wie der Parteiorganisationen unterscheiden. Und wenn wir schon auf der Suche nach einer Analogie sind, so ähneln sie vielmehr der Organisation einer Armee (diese Analogie wurde am klarsten - nicht zufällig - gerade von Trockij, dem Oberkommandierenden der Roten Armee, formuliert) oder den kapitalistischen Organisationsformen mit hoher Konzentration (diese Erkenntnis trug zu Beginn der 20-er Jahre in der SU zur stürmisch wachsenden Popularität des Taylorismus bei) als gesellschaftlich-politischen Bewegungen. Die Praxis widersprach den Prinzipien, nach denen sich früher die Marxisten die nachrevolutionäre Leitungstätigkeit gestellt hatten. Die Konfrontation der Prinzipien und der tatsächlichen Situation wurde unumgänglich.
Zur wichtigsten Frage wurde die Beurteilung des bürokratischen Charakters des neuartigen Sowjetstaates. Niemand bestritt die Gefahr des Bürokratismus, von seiner Ursache und seinem Charakter herrschten dagegen umso abweichendere Meinungen. Der in der Gewerkschaftsdiskussion eine gemeinsame Plattform mit Trockij einnehmende Bucharin erkennt auch die Tatsache der 'bürokratischen Verzerrung' an und schreibt: "Wir können nicht leugnen, daß unser Staatsapparat als Ganzes und eine Reihe von untergeordneten Organen z.Zt. an einer bürokratischen Deformation leiden und noch eine ziemlich lange Zeit auch leiden werden" (11). An diesem Gedanken können wir gleichzeitig zwei wichtige Thesen beobachten: die bürokratische Entwicklung ist eine Krankheit (die natürlich auch subjektive Ursachen haben kann), sie ist jedoch eine beharrliche Krankheit. Zur Korrektur des Bürokratismus braucht man nach Trockij keine äußeren - etwa gewerkschaftlichen - Kräfte, hierzu ist der Staatsapparat auch selbst in der Lage. Gerade dies zweifelt Lenin an, der in der Gewerkschaftsdiskussion in der Auseinandersetzung mit Trockijs Standpunkt feststellt, daß zu einer Zeit, "da der Bürokratismus - wie

Lenin schreibt - den Massen in einer für sie anschaulichen Form gegenübertrat" (12), der Kampf gegen den Bürokratismus nicht allein mit Hilfe der auf Selbstkorrektur gerichteten Bestrebungen des Staates geführt werden könne, sondern auch die Unterstützung durch eine äußere Kraft, die Organisationen der Werktätigen, nötig habe. Diese kämpften bereits gegen den Bürokratismus, indem sie die Interessen ihrer Mitglieder verteidigten.
Lenin, der nach der Oktoberrevolution zunächst für die schnelle Verstaatlichung der Gewerkschaften eintrat, hielt in dieser Frage Anfang 1920 schon auf Grund der gemachten Erfahrungen - im Gegensatz zu Trockij - große Vorsicht geboten. Nach Lozovski sah Lenin bereits damals die ersten Zeichen der NEP voraus und spürte auch deutlich als Problem der Gewerkschaften, daß diese mit der Übernahme der ganzen Last und Verantwortung der Wirtschaftslenkung zu Beginn der 20-er Jahre gleichzeitig auch aufgehört hätten, Gewerkschaften zu sein, so daß den Werktätigen nichts anderes übriggeblieben wäre, als neue Gewerkschaften zu gründen. Gegen Ende 1920 wurde es für ihn offensichtlich, "daß man es hier mit einem komplizierten System mehrerer Zahnräder und keineswegs mit einem einfachen System zu tun hat" (13) und daß es gerade deshalb notwendig ist, die richtige Arbeitsteilung zwischen Wirtschaftsorganen und Gewerkschaften zu finden.
Neben all dem blieb die Sicherung des kommunistischen Einflusses eine vorrangige politische Frage. Noch vor zwei Jahren stellten die Menschewiki die Forderung auf, daß unabhängige und unter der Führung der Menschewiki stehende Gewerkschaften die Interessen der Arbeiterklasse gegen den Staat verteidigen sollten. Hiermit kompromittierten sie für viele eindeutig die Losung der Interessenverteidigung der Arbeiter durch die Gewerkschaften; auch dies ist zu berücksichtigen, wenn wir heute die vorsichtig scheinenden Formulierungen von Lenin lesen.
Trotzdem unterstrich die durch Lenin, Zinov´ev und andere ausgearbeitete Plattform gegenüber der Trockijschen Auffassung ganz eindeutig: "..es ist notwendig, daß die Gewerkschaften Schulen des Kommunismus, Organisatoren der Massen bleiben und in keinem Fall zu eng verstandenen staatlichen Organen werden" (14). In die Gewerkschaften sollten "Arbeiter verschiedener Auffassungen und Einstellungen, Parteimitglieder und Außerparteiliche, Schreibkundige und Analphabeten, Gläubige und Atheisten usw. eintreten".
Die Plattform erkennt zwar an, daß die Gewerkschaften immer mehr staatliche Funktionen zu übernehmen haben; sie dürfen aber deswegen - nach Meinung der Verfasser - noch keineswegs die Form einer

Massenorganisation aufgeben. Es ist nicht schwer nachzuweisen, daß dieser Standpunkt darauf zielte, die äußerst gegensätzlichen Meinungen zu integrieren. Auf einer solchen Grundlage werden die Aufgaben der Gewerkschaften systematisiert, und zwar auf folgende Weise: 1. Die Bildung von Wirtschaftsorganen; 2. Teilnahme an der Ausarbeitung von Wirtschaftsplänen und -programmen; 3. die Kontroll- und Aufsichtsfunktion; 4. die Verteilung von Arbeitskräften auf die verschiedenen Sektoren der Produktion (wir würden heute sagen: Arbeitskräftepolitik); 5. Lohnpolitik (die Plattform wollte diese Aufgabe ganz den Gewerkschaften übertragen); 6. die Ausarbeitung des Produktionsprogramms (die nach der Plattform ebenfalls eine reine Gewerkschaftsaufgabe ist); 7. die Sicherung der Arbeitsdisziplin und Disziplinarangelegenheiten.

Zur Leninschen Konzeption, die gleichzeitig den Ausbau eines kultivierten Verwaltungsapparates und die Schaffung einer tatsächlichen gesellschaftlichen Herrschaft über ihn forderte, gehörte als integraler Bestandteil der Gedanke der Arbeiter- und Bauerninspektionen, der die gesellschaftliche Kontrolle auf eine breitere Basis als die der Gewerkschaften, auf die Massen der Arbeiter und Bauern, legen wollte und die Gefahr zu mildern schien, daß anstelle der Massen die bürokratischen Apparate das Recht der Kontrolle erlangen. Lenin sah es - bar jeder Illusion - deutlich, daß bis Ende 1919 die Arbeiter- und Bauernkontrolle eher einen Wunsch als die Realität darstellte, da die Besten der Arbeiterklasse sich an der Front befanden und das kulturelle Niveau der Bauernmassen sehr niedrig war; gerade deshalb begann er mit großer Energie, die theoretischen Grundlagen einer neuen institutionellen Form der gesellschaftlichen Kontrolle auszuarbeiten (15). 1920 wurde - auf Grund einer noch 1919 verabschiedeten Resolution- die 'Staatliche Kontrolle' in eine 'Arbeiter- und Bauerninspektion' umgebildet mit dem Ziel, "unter Beteiligung der breiten Arbeitermassen eine Kontrolle über die staatliche Verwaltung, über jedes Organ der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen zu verwirklichen" (16). Die Mitglieder der Inspektion wurden von den Werktätigen der Fabriken, der größeren Institutionen und der Dörfer gewählt und verpflichtet, von ihrer Tätigkeit regelmäßig ihren Wählern zu berichten. Die Wähler erhielten das Recht, die Mitglieder der Inspektion abzuberufen, wenn sie mit ihnen unzufrieden waren. Gegenüber dieser neuen Form von Aufsicht meldete sich von Anfang an heftiger Widerstand, z.B. polimisierte die "Ekonomičeskaja zizn'" in zwei Artikeln gegen 'das Prinzip der vorherigen Kontrolle' und forderte eine fachkundige nachträgliche, dokumentierte Revision.

Entscheidend für die Entwicklung der Inspektion war die Frage, ob die professionelle, notwendigerweise bürokratische Kontrolle und die tatsächliche Teilnahme der Arbeitermassen in Einklang zu bringen seien; und zwar auf die Weise, wie Lenin und das offizielle Organ der 'Inspektion' es gleichmäßig betonen, nämlich daß nach und nach jeder Arbeiter die 'Inspektion' durchläuft und damit die Lenkungsprobleme der Gesellschaft in der Praxis kennenlernt (17).

Die Beendigung der 'Gewerkschaftsdiskussion'

1920 ist das Jahr des großen Sieges für das Sowjetsystem, so daß nicht gerade zufällig zu dieser Zeit es möglich wird, die verschiedenen Entwicklungsalternativen zu diskutieren. Das hohe Niveau und die Reife dieser Diskussionen liefern einen glänzenden Beweis dafür, daß die sowjetische Revolution über eine außerordentlich hohe intellektuelle Kraft verfügt hat.
Die Phase der offenen Diskussionen dauerte jedoch nicht lange; der Kronstädter Aufstand und die durch die schlechte Ernte von 1921 ausgelöste Hungersnot (18) eröffnete eine neue Periode, in der die ungebrochene Einheit von neuem eindeutig zum primären Postulat wurde. Dies erleichterte für eine bestimmte Entwicklungsperspektive den Weg zur Vormachtstellung.
In dieser konkreten historischen Situation war die Konzeption der 'Arbeiteropposition' aus mehreren Gründen zum Scheitern verurteilt: a) die schwierige ökonomische und politische Lage erforderte die Stärkung des Staatsapparates, und zwar - sozusagen - um jeden Preis. Dies war das Gebot der Armut und des Hungers und nicht einfach das der primären Kapitalakkumulation; b) die Übergabe der Wirtschaftsleitung an die Gewerkschaften hätte die kaum gefestigte politische Macht unmittelbar bedroht, da ein großer Teil der Gewerkschaften keineswegs geschlossen unter einer kommunistischen Führung stand. Gerade deshalb stellte der X. Kongreß der KPdSU entschieden fest, daß die Gewerkschaften "...stufenweise in Hilfsorgane des proletarischen Staates umgewandelt werden sollten und nicht umgekehrt"*. Die Ablehnung der Plattform der 'Arbeiteropposition' bedeutete jedoch keineswegs den Sieg von Trockijs Ansichten. Die Gewerkschaftsdiskussion fand in der Atmosphäre der NEP, in einer äußerst angespannten ökonomischen und politischen Situation ihren Abschluß in der Resolution des ZK der Partei, die

---

* vgl. 'KPSS v resoljncijach' Teil I 1954, S. 535 f.

den Leninschen Gedankengängen folgend feststellte: "...die Gewerkschaften müssen die Pflicht auf sich nehmen, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen, die Hebung ihres materiellen Lebensniveaus den Möglichkeiten entsprechend zu fördern unter ständiger Korrektur der Fehler und Übertreibungen der Wirtschaftsorgane, die sich aus der bürokratischen Deformierung des Staatsapparates ergeben". Hieraus leitet die Resolution die Widersprüchlichkeit der Gewerkschaftsarbeit ab, wofür es lohnt, einige Passagen ausführlicher zu zitieren: "Einerseits ist die wichtigste Methode ihrer Wirkungsweise die Überzeugung, die Erziehung; andrerseits negieren nicht einmal sie selbst, daß sie Teilhaber der Staatsmacht, der Zwangsausübung sind. Einerseits besteht ihre Hauptaufgabe im Schutz der Interessen der Arbeitermassen im unmittelbarsten und engsten Sinne des Wortes, andrerseits können wir nicht bestreiten, daß sie an der Unterdrückung teilnehmen, indem sie an der Ausübung der Staatsmacht teilhaben und die ganze Volkswirtschaft aufbauen... ... Diese Widersprüche sind nicht zufällig und können erst nach Ablauf mehrerer Jahrzehnte beseitigt werden" (19).
Gleichzeitig mit der 1921-er Resolution verschob sich das Hauptgewicht aus praktischen Gründen von der Auseinandersetzung mit Trockijs Standpunkt auf den Kampf gegen die Arbeiteropposition. Man begann auch für die Verkleinerung der Gewerkschaftsapparate zu kämpfen, was jedoch am Wesen der Gewerkschaftsleitung nichts änderte. Tomskij empfiehlt z.B. (20), daß man als Beispiel für die Vereinfachung die europäischen und insbesondere die deutschen Gewerkschaften nehmen sollte, in denen sich jedoch schon zu dieser Zeit bekanntlich eine starke Bürokratie auf breiter Basis herausgebildet hatte.
Die Diskussion wurde also entschieden, aber die Resolution des X. Parteikongresses trat noch, als sie - unter Berücksichtigung der Situation des Landes - die Fraktionsbildung scharf bekämpfte, für die Diskussion ein: für "...die unbedingt notwendige Kritik der Fehler der Partei, jede Analyse der allgemeinen Linie der Partei ...". Gleichzeitig trägt sie Sorge dafür, daß diese Diskussionen der ganzen Parteimitgliedschaft bekannt werden, was durch das regelmäßige Erscheinen von einem 'Diskussionyj Listok' (Streitschriften) gefördert werden soll (21).
Für die so entstandenen Verhältnisse ist ebenfalls charakteristisch, daß die Resolution des X. Parteikongresses 'Über die Einheit der Partei und das Verbot der Fraktionsbildung in der Partei' "den Kampf gegen den Bürokratismus und die Ausweitung des Demokratismus" noch immer zusammen erwähnt. Preobraženskij schreibt in seinen Agitations-

thesen für die Popularisierung dieser Resolution: "Der Kampf gegen anarchistische und sozialrevolutionäre Stimmungen in bestimmten Schichten des Proletariats darf den Kampf gegen den Bürokratismus und die Mängel des Sowjetapparates nicht stören, sondern muß ihn sogar stärken" (22).

Die Gewerkschaften in den zentralistischen, monolithischen sozialistischen Gesellschaften

Die oben zitierte Prophezeihung Lozovskijs über die allmähliche Machtausweitung der Gewerkschaften hat sich nicht bewahrheitet. Er selbst, der lange Zeit die internationale Gewerkschaftsbewegung leitete und ein treuer Leninist war, wurde zum Opfer der Willkür des 'Personenkults'. Geopfert wurde jedoch in dieser Zeit auch die Gewerkschaftsbewegung selbst; es trat das ein, was Trockij am offensten in der Gewerkschaftsdiskussion aussprach: die Gewerkschaften wuchsen, wenn auch nicht formal, so doch in der Wirklichkeit, mit den Staatsorganen zusammen.
Zur Hauptaufgabe der Gewerkschaften wurde es, die Erfüllung der staatlichen Pläne voranzutreiben. Zur Hauptform ihres Beitrags zur Verwirklichung der Produktionspläne wurden die von oben gelenkten und weitgehend manipulierten Arbeitswettbewerbe, deren Umsetzung in die Praxis - und zudem noch die bei der Normenfestsetzung geleistete Unterstützung - die Arbeitermassen den Gewerkschaften entfremdete und letztere sozusagen ganz ihres Charakters als Bewegung entkleidete. Zur gleichen Zeit wurde auch die Funktion formalisiert, nach der die Gewerkschaften - wie Lenin es formulierte - die Erzieher der Massen, die Schulen des Kommunismus werden sollten. Ihrer Verwirklichung standen gleichzeitig zwei Bedingungen im Wege: in den Gewerkschaften konnte die Meinung von verschiedenen Gruppen der Arbeiterklasse nicht artikuliert werden, wodurch der Sieg der kommunistischen Ideen in der Diskussion erforderlich und möglich geworden wäre; und allmählich verschwand auch die Aufgabe der Gewerkschaften, für die Verwaltungsapparate Arbeiter auszuwählen und zu erziehen.
Der sozialistische Staat übertrug den Gewerkschaften sozusagen als Entschädigung - weitreichende administrative Rechte, die jedoch deren staatlichen Charakter nur steigerten, da sie auch für sich genommen den Ausbau von mächtigen professionellen Verwaltungsapparaten erforderlich gemacht hätten.
Nicht nur die Gewerkschaften wurden zu Staatsorganen (wenn auch nicht formal), sondern es veränderte sich auch der Charakter der Arbeiter- und Bauerninspektion; diese Institution, die nach der Le-

ninschen Konzeption ihre Tätigkeit als Organ aufnahm, das die Massen der Werktätigen an die gesellschaftliche Kontrolle heranführen sollte, verwandelte sich als Ergebnis einer Reihe von Umorganisationen in einen bürokratischen Kontrollapparat. Stalin sanktionierte schon auf dem XVII. Parteikongreß diese Entwicklung: "Wir brauchen jetzt eine Organisation, die, ohne sich das universale Ziel zu stellen, alles und jedes zu inspizieren, imstande wäre, ihre ganze Aufmerksamkeit der Kontrolle und Prüfung zu widmen, wie die Beschlüsse der Zentralinstitutionen der Sowjetmacht durchgeführt werden. Eine solche Organisation kann nur eine Kommission für Sowjetkontrolle beim Rate der Volkskommissare der Sowjetunion sein, die auf Grund von Aufträgen des Rates der Volkskommissare arbeitet und an einzelnen Orten Vertreter hat, die von den örtlichen Organen unabhängig sind" (23). Nach der Stalinschen Formulierung werden also nicht nur die Massen, sondern auch die lokalen Organe von der Ausübung der Kontrolle ausgeschlossen.
In diesen Jahren entstand zwar keine Gewerkschaftsdiskussion - es schien, als ob es zwischen Praxis und Prinzipien zu einer für ewige Zeiten währenden Einheit gekommen wäre -, in der Wirklichkeit stellte sich jedoch nicht nur das Problem des gesellschaftlichen Demokratismus, sondern auch das der Gewerkschaftsbewegung immer akuter. In den europäischen sozialistischen Ländern deuteten bereits zur Zeit des XX. Kongresses der KPdSU mehrere Zeichen auf einen sich zuspitzenden Prozeß der Kritik an der Praxis hin, der zu den tragischsten Ergebnissen gerade in unserem Land geführt hat.

Die Gewerkschaften und das Neue Ökonomische System

In unserem Land wurden nach 1956 in der sich neu organisierenden Gewerkschaftsbewegung viele der in der vorangegangenen Praxis entstandenen Fehler korrigiert (Aufhebung der formalen Züge des Arbeitswettbewerbs, der kampagneartigen Normenregelungen und der äußerst negativen Rolle der Gewerkschaften in ihnen usw.). Eine Überprüfung und Neubestimmung der Funktionen der Gewerkschaften, die an die historischen Ursprünge zurückgeht und die Wirklichkeit mit den Prinzipien tatsächlich konfrontiert, wurde aber erst mit dem Übergang zum Neuen Ökonomischen System möglich und notwendig. Das Neue Ökonomische System verschaffte der Gewerkschaftsdiskussion neue Aktualität, da ja die Machtstruktur im Wirtschaftsleben eine äußerst bedeutsame Veränderung erfährt, in die sinngemäß auch die Funktion der Gewerkschaften auf eine ganz neue Weise einbezogen wird. Einige Aspekte dieser notwendig ge-

wordenen neuen Fragestellung wurden bereits formuliert, obwohl wir gegenwärtig nicht nur von der Integration der einzelnen Meinungen, sondern auch von der Herauskristallisierung der abweichenden Standpunkte noch weit entfernt sind.
Auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit dem Aufbau des Sozialismus ist die Alternative 'Syndikalisierung des Staates' oder 'Verstaatlichung der Gewerkschaften' nicht aktuell. Die sozialistische Gesellschaft entwickelt sich in einer pluralistischen Richtung, und die Funktionen der staatlichen Lenkung und der Gewerkschaften verselbständigen sich immer mehr voneinander. Den Gewerkschaften fällt als - gemessen an der Stalinzeit - neue Aufgabe immer stärker die Interessenvertretung der Werktätigen und die Ausübung der gesellschaftlichen Kontrolle über die professionelle Verwaltung zu.

Betrachten wir also die Gewerkschaften zunächst als Organ der Interessenvertretung. Die diesbezüglich interessantesten Probleme wurden in unserem Land durch die Diskussion von Rezsö Nyers und Gábor Somosköi angesprochen. Beginnen wir mit der Interpretation der Vergangenheit. Die Funktion der Interessenvertretung verblaßte in den Gewerkschaften der Stalinzeit tatsächlich. Man könnte meinen, es sei bei uns heute bereits überflüssig, auf diese Tatsache hinzuweisen. Gábor Somosköi schreibt jedoch die folgenden Zeilen: "...Die Verteidigung der berechtigten individuellen Interessen war in der Vergangenheit und blieb auch bis heute das erstrangige Ziel, das die vom Lohn und Gehalt lebenden Werktätigen zur Gründung und Unterstützung einer Gewerkschaft anregte". Woher stammt dieses Mißverständnis? Es ist kaum zweifelhaft, daß in dieser Äusserung zwischen der deklarierten und der tatsächlichen Funktion der Gewerkschaft kein Unterschied gemacht wird. In der Tat: unsere Gewerkschaften haben die Verteidigung der Interessen der Werktätigen niemals abgestritten, sie jedoch in der Wirklichkeit lange Zeit nicht ausgeübt. Sie hielten das deklarierte, allgemeine Interesse der Gesellschaft und das der Arbeiterklasse für identisch und waren in diesem Sinne der Meinung, daß sowohl ihr Einsatz bei der Festsetzung der Normen wie die Aufhebung der 'Freizügigkeit' im Interesse der Arbeiterklasse geschieht. Diese Argumentationsebene haben wir bereits hinter uns gelassen, welchen Gedanken gerade Rezsö Nyers zum Ausdruck bringt, wenn er sagt: "... Die Gewerkschaften sind vor allem Organe der Interessenvertretung der verschiedene Berufe ausübenden Werktätigen. Ich würde nicht sagen, daß sie Organe der Interessenvertretung der 'Arbeiterschaft' sind. Die 'Arbeiterschaft' als Interessenfaktor äußert sich in den Gewerk-

schaften nur sehr vermittelt und über verschiedene Zwischenglieder. In den Gewerkschaften dominiert der konkrete Beruf, der konkrete Arbeiter, der konkrete Angestellte mit seinen eigenen Interessen. All dies summiert sich natürlich auch in einem allgemeinen ökonomischen Interesse der Arbeiter und Angestellten, soweit die Berufsinteressen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen sind" (24).
Die Forderung, nach der die Gewerkschaften das allgemeine Interesse der Arbeiterklasse vertreten sollen, ist gefährlich, da sie leicht eine Rückkehr zur Lösung der Vergangenheit bedeuten kann, in der wir das allgemeine gesellschaftliche Interesse, das Interesse der Arbeiterklasse und das Interesse der Gewerkschaften ohne Einschränkung für identisch hielten.
Mit all diesen Überlegungen will ich nicht die Möglichkeit ausschließen - wie dies auch der Genosse Nyers nicht tut -, daß der Gewerkschaftsapparat oder die Gewerkschaftsbewegung das integrierte Interesse der Arbeiterklasse ausdrücken kann. Dies bedeutet jedoch nicht die Akzeptierung von deklarativen Zielen, sondern die Befürwortung einer Gewerkschaftsbewegung, in der das Interesse der einzelnen Berufe integrierbar ist. Die gesellschaftlich-historischen Erfahrungen zeigen, daß die Gewerkschaften in der Lage sind, die Funktion der Interessenvertretung auszuüben, und zwar vor allem in dem Sinne, daß sie die Interessen der einzelnen Betriebskollektive, Berufsgruppen und einzelner Arbeitnehmer vertreten, obwohl - wie die Erfahrungen der erwähnten Diskussion belegen - zur richtigen Interpretation auch dieser Funktion die reale Einschätzung der Vergangenheit hinzugehört.
Ganz anders stellt sich das Problem im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Kontrolle. Das zentrale Problem besteht hier ohne Zweifel in der Realisierung des Rechts der Betriebskollektive auf tatsächliche Kontrolle über die Betriebsleitung, was die Forderung einschließt, daß die Leitung der Betriebe existentiell vom Betriebskollektiv abhängen solle , dessen Mitglieder zumindest in ihrer konkreten Arbeitstätigkeit, auch existentiell, unter der Macht der professionellen Verwaltung stehen und von ihr persönlich abhängen. Dies ist als integraler Bestandteil der Verwirklichung der gesellschaftlichen Herrschaft über die professionelle Verwaltung eine ganz neue Funktion, deren Formen sich in den kapitalistischen Ländern nicht herausbilden konnten und die also als etwas ganz Neues, ohne jede Vorgeschichte, im Sozialismus zu entwickeln ist.
In meiner Studie versuchte ich zu beweisen, daß dieser Gedanke bereits Anfang der 20-er Jahre in der Konzeption über die Aufgaben der Gewerkschaften aufgetaucht ist, und daneben vor allem

im Ideal einer solchen Arbeiter- und Bauerninspektion, die jeder Werktätige durchläuft, um das Fach der Verwaltung zu lernen. Bei uns versuchte man bei der Ausarbeitung des Neuen Ökonomischen Systems diesen Gedanken durch die Institution der sogenannten 'Aufsichtskomitees' zu verwirklichen, der im Wesentlichen besagt, daß auf den verschiedenen Ebenen der Leitung solche von Arbeitern gewählte Komitees zu bilden sind, in denen das Prinzip des Verbots der Ämterhäufung streng angewendet wird (die Leiter und Mitglieder der professionellen Verwaltungsapparate sind nicht wählbar) und die mit Fachleuten, die von den professionellen Verwaltungsapparaten ebenfalls unabhängig sind, ergänzt werden. Die Aufsichtskomitees würden sich - nach dieser Konzeption - vor allem auf Bewegungen, auf die Öffentlichkeit, auf die öffentliche Meinung des Betriebskollektivs und der 'übrigen Gesellschaft' stützen. Sie haben keinen besonderen Machtbereich, keinen ständigen Personenbestand, ihre Tätigkeit wäre nicht von genauen Rechtsvorschriften geregelt, sie blieben eine Bewegung, die die Herrschaft der Gesellschaft über die Macht der professionellen Verwaltung zu verwirklichen trachtet.
Gegen die Verwirklichung dieser Konzeption meldete sich bereits bei der ersten Formulierung dieses Planes entschiedener Widerstand von zwei Seiten: a) die Leiter der Staatsbetriebe wollten ihre Abhängigkeit von den Ministerien nicht für eine gesellschaftliche - die gewohnte für eine ungewohnte - eintauschen; b) die Gewerkschaften sahen dagegen in den Aufsichtskomitees eine Konkurrenz und fürchteten um ihren Einflußbereich. Der unter Punkt a) charakterisierte Widerstand kann sozusagen als natürliches Phänomen betrachtet werden, der zweite steht jedoch im engsten Zusammenhang mit dem Grundproblem dieser Studie, der 'Gewerkschaftsdiskussion'.

Die gründliche Prüfung der bisherigen Erfahrungen zeigt, daß nur eine solche Gewerkschaft zur sozialistischen Entwicklung beitragen kann, die neben der Verteidigung der materiellen Interessen der Werktätigen auch die Aufgabe auf sich nimmt, den Kampf für die Verwirklichung der gesellschaftlichen Herrschaft über die professionelle Verwaltung zu führen, und diese Zielsetzung über ihre im engeren Sinne verstandenen Ziele als Organisation stellt.
Die 'Gewerkschaftsdiskussion' tritt hiermit in eine neue, entwickeltere Phase. Die inzwischen herangereiften und im Vergleich zur Vergangenheit sich auf eine neue Weise stellenden Aufgaben - die Funktionen der Interessenvertretung und der gesellschaftlichen Kontrolle - können nicht von den Organen der Staatsverwaltung, sogar

nicht einmal von den bürokratisch gewordenen Gewerkschaftsapparaten, ausgeführt werden; hierzu ist nur die ganz reale Bewegung der Werktätigen bzw. richtiger: ihre Bewegungen in der Lage. Es hängt jedoch sehr viel davon ab, ob diese auch auf die Unterstützung der Gewerkschaftsapparate, die ihre eigenen, eng verstandenen, partikulären Interessen überwunden haben, vertrauen können oder ob sie gegen sie - gegebenenfalls auch das Risiko einer falschen Polarisation wagend - den hindernisreicheren und sicherlich zeitraubenderen Entwicklungsweg betreten.

Anmerkungen:

1) Vestnik Komm. Akademii, 1924, Buch IX, S. 69-70.
2) zitiert nach Lozovskij: Lenin i professional'noe dviženie, Moskva 1925, S. 23-24.
3) Narodnoe Chozjajstvo, Jan.-Febr. 1921, S. 15.
4) zit. nach Lenin, Werke Bd. 32, 1961, S. 214.
5) Lozovskij, a.a.O., S. 25.
6) Narodnoe Chozjajstvo, Jan.-Febr. 1921, S. 19.
(dt. nach: Dokumente der Weltrevolution, Bd. 2, Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, hg. Frits Kool u. Erwin Oberländer, 1967, S. 173)
7) E. Preobraženskij: Anarchizm i kommunizm, Moskva 1921 (2. veränderte Aufl.)
8) Vestnik Soc. Akedemii 1924, IX, S. 77.
9) Narodnoe Chozjajstvo 1922 Nr. 8, S. 50.
10) ibidem, S. 51.
11) Bucharin, Novaja Ekonomičeskaja Politika i professional'nye sojuzy, Vestnik agitacii i propagandy o.A.
12) Lenin, Werke, Bd. 32, S. 17.
13) Lenin, Werke, Bd. 32, S. 4.
14) Kommunističeskoe Chozjajstvo, Jan.-Febr. 1921, S. 15-16.
15) Lenin, Werke, Bd. 31, S. 418 ff.
16) Zitat aus der Resolution des Allruss. Zentralen Exekutivkommitees, abgedruckt in: Izvestija Raboče-krest'janskoj Inspekcii 1920, Nr. 2, S. 1.
17) Die 'Arbeiter- und Bauerninspektion' befaßt sich nicht nur mit dem Wirtschaftsleben und der staatlichen Verwaltung im engeren Sinne, so lesen wir z.B. 1920 in ihrem offiziellen Organ, daß die Arbeit der Moskauer Kriminalpolizei überprüft worden ist. Dieser Artikel belegt ganz eindeutig die humanistische

Auffassung der 'Inspekteure'; die von ihnen gemachten Vorschläge betreffen nämlich ausschließlich die Verbesserung der Verhältnisse in den Gefängnissen (ib. 1920 Nr.3, S. 2)

18) Im Wolgagebiet betrug die Getreideernte nach 'Voprosy Agitacii i Propagandy' (Jan. 1922) 98,4 Mill. Pud bei einem minimalen Bedarf von 264,4 Mill. "Die Hungersnot im Wolgagebiet wächst. 13 Millionen Menschen, ein Zehntel der Einwohner der Republik, hungern". So beginnt der Aufruf der Partei für den Kampf gegen die Hungersnot.
19) Vestnik Agitacii i Propagandy, Jan. 1922, S. 33-34.
20) ibidem
21) VAiP 1921, Nr.9-10, S.35. (vgl. auch KPSS v rezoljncijach I, S.529)
22) ibidem S. 39.
23) Stalin, Fragen des Leninismus, 5. 1951, Dietz Verlag Berlin, S. 584.
24) Rezsö Nyers, Die zu erwartenden gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen des Neuen Ökonomischen Systems (ung.) in: Társadalmi Szemle 1968 Nr. 3, S. 11.

ANDRAS HEGEDÜS

BÜROKRATISCHES VERHÄLTNIS UND SOZIALISMUS

Über die historischen Voraussetzungen des Kampfes gegen die Bürokratie.

(1966)

Die großen Revolutionäre und Rebellen der Klassengesellschaften stimmten so gut wie alle vollkommen darin überein, daß in der als Resultat des gesellschaftlichen Fortschritts entstehenden neuen Gesellschaft keine Schicht mehr nötig sein werde, die sich mit der Lenkung bzw. Leitung der Gesellschaft beschäftigt und, von den unmittelbaren Produzenten sich absondernd, Träger von besonderen Interessen und somit auch von bürokratischen Verhältnissen wird. In den europäischen revolutionären Bewegungen lebt seit dem Plebejer-Demokraten Thomas Münzer bis zu unseren Tagen ungebrochen der Gedanke, daß man in der neuen Gesellschaft alle Macht dem Volke übertragen muß.

Über den Modus der Wiedervermenschlichung der entfremdeten Macht haben sich jedoch viele verschiedene Vorstellungen herausgebildet. Thomas Münzer träumte von einer Genossenschaft demokratischer Gemeinwesen, in der die höchste administrative Macht von der Gesamtheit der Bürger ausgeübt wird; Rousseau sehnte sich den "alten natürlichen" Zustand, die demokratische Epoche der griechischen und der römischen Gesellschaft, herbei, in dem die direkte Macht des Volkes wieder zur Wirklichkeit wird. "Es ist eine Form der Vergesellschaftung zu finden - schreibt er -, die mit der gesamten gemeinsamen Kraft die Person und die Habe jedes Teilhabers verteidigt und beschützt. In ihr soll sich jeder mit allen vereinigen und dennoch nur sich selbst gehorchen und ebenso frei bleiben wie zuvor." (1)

Die revolutionären Ideen proklamierten, auf der Kritik des bestehenden Zustandes basierend, immer die Möglichkeit einer von bürokratischen Verhältnissen freien, im wahrsten Sinne des Wortes vergesellschafteten und wiedervermenschlichten Leitung und Lenkung. Nicht zuletzt ist dem zu verdanken, daß sie zu Inspiratoren der dem gesellschaftlichen Fortschritt dienenden revolutionären Bewegungen wurden. Man kann von ihnen selbst dann nicht ohne Ergriffenheit sprechen, wenn ihre Ideen sich laut Zeugnis der Geschichte als unrealisierbar, utopisch oder einfach illusionär erwiesen haben.

Der utopistische Charakter dieser Konzeptionen konnte historisch

gesehen erst offenbar werden, als die Bewegungen, die von diesen Ideen getragen wurden, aus den gesellschaftlichen Kämpfen siegreich hervorgingen und die Verwirklichung dieser auf die Zukunft hin entworfenen Konzeptionen zur realen politischen Aufgabe wurde.

Diese Konfrontation der Ideen mit den tatsächlichen gesellschaftlichen Möglichkeiten erfolgte auf eine typische und komprimierte Weise in der französischen Revolution. Der Prozeß, der in England ganze Jahrhunderte brauchte und in Deutschland sich nach langen Jahrzehnten - und mit großer Verspätung - vollzog, zeigte sich während eines knapp halben Jahrzehnts in allen seinen Schattierungen in Frankreich. Die Jakobiner-Diktatur mußte, um an der Macht zu bleiben, stufenweise auf den breiten Gebrauch der demokratischen Rechte verzichten, in deren Zeichen sie gerade den Sieg errang. So entstand die groteske historische Situation, daß die Vertreter der Reaktion für sich beanspruchen konnten, gegenüber der progressivsten Richtung der Gesellschaft die Forderung nach Erweiterung der Demokratie zu verteidigen.

Doch konnte in diesen Kämpfen das Eigeninteresse, die "abgesonderte" Macht des Verwaltungs- bzw. Lenkungsapparates der Gesellschaft, als gesellschaftliches Problem noch nicht in seiner entwickelten Form auftreten, obwohl es keimhaft bereits existierte. Auf dieser Entwicklungsstufe erschien der die Funktionen der Verwaltung und Lenkung der Gesellschaft ausübende Apparat noch nicht als Träger von tatsächlichen Machtverhältnissen, und gerade deshalb blieb der Kampf gegen ihn notwendigerweise von untergeordneter Bedeutung. Die Idee und die Forderung einer gesellschaftlichen Leitung konnte in ihrer vollen Schärfe erst in den entwickelten bürgerlichen Gesellschaften formuliert werden, in denen die Bürokratie im Gegensatz zur Epoche des Kampfes gegen den Feudalismus in einer neuen Form und Funktion auftrat.

In Frankreich wuchs nach dem Sturz der Jakobiner-Diktatur ungewöhnlich schnell der bürokratische Apparat empor, der nun im Interesse der neuen herrschenden Klasse, der Kapitalisten, die Funktionen der Leitung der Gesellschaft erfüllte. Kaum fünfzig Jahre später schrieb hierüber Marx in seinem '18.Brumaire', daß "die Exekutivgewalt über ein Beamtenheer von mehr als einer halben Million von Individuen verfügt, also eine ungeheure Masse von Interessen und Existenzen beständig in der unbedingtesten Abhängigkeit erhält, ... der Staat die bürgerliche Gesellschaft von ihren umfassendsten Lebensäußerungen bis zu ihren unbedeutendsten Regungen hinab, von ihren allgemeinsten Daseinsweisen bis zur Privatexistenz

der Individuen umstrickt, kontrolliert, maßregelt, überwacht und bevormundet, ...". (2)
Im Jahre 1871 erhob sich das Volk von Paris nicht mehr nur gegen die Kapitalistenherrschaft, sondern auch gegen die sie schützende bürokratische Macht. Man begann konsequent die Ideen von einer Leitung der Gesellschaft ohne bürokratische Verhältnisse zu verwirklichen. Die Geschichte gab jedoch keine Gelegenheit dazu, daß nach den revolutionären Veränderungen ein von der Gesellschaft abgesonderter, für spezielle Lenkungs- bzw. Verwaltungsaufgaben verselbständigter Apparat als historische Notwendigkeit entstand.
Es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade der bedeutendste Ideologe der Pariser Kommune, Blanqui, als erster (in seiner "Critique Sociale") das Programm des Angriffs gegen die Bürokratie formuliert hat, in dem er neben der vorübergehenden Beibehaltung der unteren Beamtenränge die sofortige Abberufung und Neuwahl der oberen und mittleren verlangt hat. Nichtsdestoweniger stellt sich auch noch für ihn als vorrangiges Problem - und dies begründet nicht zuletzt seine auch von Marx anerkannte revolutionäre Rolle - der Erwerb der Macht, wohingegen die Einrichtung der künftigen Gesellschaft in den Hintergrund gerät.
Auch die in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts um das Problem der direkten Demokratie (3) entstehenden Diskussionen lenkten in erster Linie die Aufmerksamkeit auf die Form der endgültigen Machtverteilung, und zwar auf die Art ihrer Realisierung, und nicht auf die Frage, in welchem Ausmaße die Institutionen der Demokratie in der Lage sein werden, die als Träger von bürokratischen Verhältnissen in immer mehr Sphären des gesellschaftlichen Lebens eindringende Verwaltung und Lenkung in ihre Kontrolle einzubeziehen.
Inzwischen konnte die Bürokratie immer größere Macht an sich ziehen. Sie entleerte auch die repräsentativen, der Verteidigung der Interessen der Bourgeoisie dienenden Institutionen der kapitalistischen Länder, und zwar offen wie im Faschismus oder verdeckt wie in den bürgerlichen Demokratien, und beraubte diese selbst ihrer Funktion, die herrschende Klasse zu verteidigen.
Die als Träger von bürokratischen Verhältnissen auftretende Verwaltung ist inzwischen auch ins wirtschaftliche Leben eingedrungen. Die traditionelle Führung der Fabriken (an deren Spitze der Eigentümer als Direktor stand) übernahmen hierarchisch und später auch funktional gegliederte Spezialapparate, die zwar eine bessere (nach Max Weber schnellere, fachmännischere und effektivere) Führung

gewährleisteten, aber zugleich bei Fragen der Praxis mit steigendem Machtzuwachs immer häufiger zu den Aktionären und ihren repräsentativen Organen (den Aufsichtsräten) in Konflikt gerieten.

Wir haben eine neue Entwicklungsphase des Bürokratismus vor uns, als die Massenkommunikationsmittel (die in hoher Auflage erscheinenden Tageszeitungen, Illustrierten, Bestseller-Romane, Rundfunk, Film und Fernsehen) die Meinungsbildung, die "Manipulation" der Massen zu ihrer Spezialaufgabe erhoben. Um dieser Aufgabe zu genügen, entstanden Unmengen von hierarchisch gegliederten Spezialapparaten, in denen die neue Form der Macht, die Macht über die "Seelen" zur Wirklichkeit wurde.

Das Problem des bürokratischen Verhältnisses in der sozialistischen Revolution

Während die dogmatische Auslegung des Marxismus nicht bereit war, jene im Laufe der kapitalistischen Entwicklung notwendig entstehenden neuen Erscheinungen zur Kenntnis zu nehmen, bzw. der sich schnell entwickelnde Revisionismus unter Berufung auf jene Tatsachen seine reformistische Politik aufbaute, errang eine die marxistische Ideologie sich aneignende revolutionäre Bewegung im Oktober 1917 einen Sieg von historischer Bedeutung in einem Land, in dem nicht nur eine Bürokratie im westlichen Sinne, sondern auch die industrielle Bourgeoisie unentwickelt waren. Damit bekam diese ganze Frage eine radikal andere Bedeutung und Gewichtung. Die sozialistische Oktoberrevolution beseitigte in einem der geographisch größten und gleichzeitig zurückgebliebensten Länder die auf Privateigentum basierenden herrschenden Klassen, darunter auch die industrielle Bourgeoisie, ohne daß diese letztere ihren Kampf erfolgreich gegen die feudalen Privilegien hätte abschließen und die Industrialisierung des Landes verwirklichen können. All diese Momente erwiesen sich vom Standpunkt der späteren Entwicklung als von ungeheuerlicher Bedeutung, besaßen jedoch damals, in den revolutionären Kämpfen, bei dem primären Ziel der Schaffung einer Arbeiter- und Bauernmacht nur sekundäre Bedeutung.
Der Marxismus-Leninismus bzw. die von ihm inspirierte konsequent revolutionäre Bewegung eröffnete entsprechend den historischen Traditionen den Kampf mit dem Ziel, nicht nur das Privateigentum und damit die auf ihm basierenden Klassen abzuschaffen, sondern auch den Staatsapparat, der bisher die Funktion der Unterdrückung

der Klassen erfüllte. Damit sollte der Weg für die Entstehung eines jeden Lenkungs- bzw. Verwaltungsapparates abgeschnitten werden, der sich von der Gesellschaft, von den unmittelbaren Produzenten absondern und Träger partikulärer Interessen und Ziele werden kann. Dieser Gedanke kommt besonders deutlich in den der proletarischen Revolution vorausgehenden Werken Lenins zum Vorschein. "Im Sozialismus - schreibt er - wird unvermeidlich vieles von der 'primitiven' Demokratie wieder aufleben, denn zum erstenmal in der Geschichte der zivilisierten Gesellschaften wird sich die Masse der Bevölkerung zur selbständigen Teilnahme nicht nur an Abstimmungen und Wahlen, sondern auch an der laufenden Verwaltungsarbeit erheben. Im Sozialismus werden alle der Reihe nach regieren und sich schnell daran gewöhnen, daß keiner regiert". (4)
Die Praxis nach der sozialistischen Revolution ermöglichte jedoch die Realisierung dieses Zustandes, der als ideal zu betrachten wäre, nicht, und zwar nicht nur deshalb, weil für die Abwehr der äußeren Intervention ein festgefügter und disziplinierter Staatsapparat notwendig war - dieses Moment wird übrigens von der diesbezüglichen Fachliteratur einseitig überbetont -, sondern auch deshalb, weil die Normalisierung und Entwicklung der Wirtschaft wie auch viele andere Zweige der Lenkung der Gesellschaft den Ausbau eines fachlich qualifizierten und an der Erfüllung seiner Funktionen weitgehend interessierten Lenkungsapparates erforderlich machten.

Diese historische Notwendigkeit zog jedoch unwiderruflich die Wiedergeburt von bürokratischen Verhältnissen nach sich, d.h. die Möglichkeit für die Entstehung eines Zustandes, in dem der Apparat mit Lenkungs- und Leitungsfunktionen eigene Interessen und Ziele herausbildet, die nicht unbedingt mit den allgemeinen Interessen und Zielen der Gesellschaft identisch zu sein brauchen.
Es dürfte nicht schwerfallen, den Beweis zu erbringen, daß Lenin die Existenz eines in diesem Sinne verstandenen bürokratischen Verhältnisses bzw. die Gefahr seines Überhandnehmens bereits in den Jahren spürte, in denen sich die Bewegung noch kaum von den Zukunftsillusionen befreien konnte; als noch die Vorstellungen sehr lebendig waren, nach denen in der sozialistischen Gesellschaft die gesellschaftliche Leitung im eigentlichen Sinne des Wortes nach Ablauf einer relativ kurzen Zeit zur bestimmenden Realität werden kann, und die Aufrechterhaltung dieser Illusionen noch untrennbar mit der Verteidigung der Arbeiter- und Bauernmacht verwachsen war.

Der Gedanke, die Sowjetunion brauche eine kultivierte und sachgemäße Verwaltung, beschäftigte Lenin besonders seit der Verabschiedung der NEP-Politik viel. Es handelt sich hier um die Periode, in der er entschieden die Notwendigkeit der Übernahme der Methoden des Taylorismus vertrat. Gleichzeitig wußte er sehr wohl, daß diese in ihrer ursprünglichen Rolle nichts anderes darstellen als neue Antreibemethoden des Kapitalismus, aber er erkannte auch, daß man die sowjetische Wirtschaft nicht auf einen höheren Stand heben kann, ohne das fachliche Niveau der Führung zu verbessern, wozu man all die Kenntnisse des Kapitalismus zu benutzen hat, mit denen die kapitalistische Welt nur dienen kann.

Lenin war ebenfalls klar, daß die von der Gesellschaft abgesonderte kultivierte und effektive Verwaltung, deren Herausbildung eine historische Notwendigkeit darstellt, unweigerlich zum Träger bürokratischer Verhältnisse wird, wenn nicht reichtzeitig die gesellschaftlichen Institutionen geschaffen werden, die in der Lage sind, die Abhängigkeit der Verwaltung von der Gesellschaft herzustellen, und die somit eine Kraft darstellen, die beständig der Erstarrung und Monopolisierung der bürokratischen Verhältnisse entgegenwirkt.
Das so verstandene Problem des bürokratischen Verhältnisses wurde bereits in den ersten Jahren der Sowjetmacht formuliert und reifte zu einer immer häufiger debattierten gesellschaftlichen Frage heran. "Die Selbsttätigkeit der Massen ist nur dann möglich, wenn wir das Geschwür, das man bürokratische Haupt- und Zentralverwaltung nennt, vom Angesicht der Erde vertilgen". M. Sokolov schrieb diesen Satz im Rahmen seines an Lenin gesandten Referats. Ich weiß kaum etwas über ihn, nur soviel, daß er als junger Mann Sekretär der Verwaltung für das aus Polen evakuierte Vermögen war und "zwei-dreimal" erfolglos gegen die Bürokratie gekämpft hatte.

Das wesentliche an Lenins viel und mit unterschiedlicher Zielrichtung zitierten Antwort besteht im folgenden: "...man kann nicht in einem Bauernland den Bürokratismus 'verjagen', er läßt sich nicht 'vom Angesicht der Erde vertilgen'. Man kann ihn nur durch geduldige, beharrliche Arbeit vermindern". (5) Lenin ging 1920 in der Auseinandersetzung mit Trockij und Bucharin noch weiter und stellte fest, daß der Sowjetstaat nicht einfach ein Arbeiterstaat, sondern ein "Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen" sei. Daraus zog er die Konsequenz, daß die Gewerkschaften dazu beitragen müßten, die Arbeiter vor ihrem eigenen Staat und, ge-

stützt auf die Arbeiter, den Arbeiterstaat vor einer äußeren Intervention zu schützen.

Die gesellschaftlichen Gründe des bürokratischen Verhältnisses im Sozialismus

Die heute bereits mehrere Jahrzehnte alten Erfahrungen der sozialistischen Gesellschaft beweisen, daß die Leninsche Befürchtung nicht unbegründet war. Nach der marxistischen Gesellschaftswissenschaft entstehen als gesellschaftliche Notwendigkeit unaufhaltsam bürokratische Verhältnisse, wenn sie auch eine grundsätzlich andere Rolle spielen als in den vorhergehenden historischen Epochen.

Für die richtige Beurteilung dieses Problems scheint vor allem die Beantwortung von zwei Fragen wichtig zu sein:

1. Bedarf die bereits existierende sozialistische Gesellschaft eines sich von den unmittelbaren Produzenten und den Dienstleistenden absondernden Spezialapparates, dem im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung die Funktion der Lenkung und Leitung zufällt?
2. Kann es im Falle einer positiven Antwort auf die obige Frage als Notwendigkeit angesehen werden, daß der diese Funktion ausübende Apparat über eigene Interessen und Ziele verfügt und somit Träger eines bürokratischen Verhältnisses ist?

Heute können wir bereits beide Fragen auf Grund hinreichender historischer Erfahrung beantworten, was zugleich bedeutet, daß wir bei der Begründung eines jeden Standpunktes die Konfrontation von Theorie und Praxis berechtigterweise verlangen können.
Die Möglichkeit der Entstehung von bürokratischen Verhältnissen wird auch im Sozialismus durch den Umstand gegeben, daß das bestimmend gewordene neue Eigentumsverhältnis - sei es das staatliche Volks- oder das genossenschaftliche Eigentum - bei dem gegebenen Stand der Entwicklung den rechtmäßigen Eigentümern keine Möglichkeit zur unmittelbaren Ausübung ihrer Eigentumsrechte bietet, was nicht nur für die gesamte Gesellschaft, sondern auch für die Kooperativenmitgliedschaft festzustellen ist. Sie müssen diese vielmehr - auch in ihrem eigenen Interesse - einer Gruppe übertragen, die über besondere Fachkenntnisse verfügt und sich mit der Leitung und Lenkung der Gesellschaft von Berufs wegen befaßt. Gleichzeitig ermöglicht das Auftreten des Staatseigentums in den sozialistischen Ländern eine im Vergleich zu den vorhergehenden

Zuständen wesentlich höhere Stufe der Integration, und zwar selbst dann, wenn dies in Ländern mit weniger entwickelten Produktivkräften realisiert wird. Bereits hierdurch wächst nämlich im Vergleich zu früher beträchtlich die Bedeutung der gesellschaftlichen Lenkungs- und Leitungsfunktion.
Das Zustandekommen des gesellschaftlichen - staatlichen wie genossenschaftlichen - Eigentums allein hat - obwohl es bezüglich der Produktionsverhältnisse eine grundsätzlich neue Situation schuf - die Entstehung bzw. Existenz einer sich von der Gesellschaft absondernden Verwaltung noch nicht unmöglich, sondern sie vielmehr erforderlich gemacht. Die Leitungs- und Lenkungsaufgaben können in dem Entwicklungsabschnitt, in dem sich heute die sozialistischen Länder befinden, nur mit Hilfe von "verselbständigten", spezialisierten Apparaten gelöst werden. Die unmittelbare gesellschaftliche Leitung als grundlegende Leitungsform kann heute erst in einem verhältnismäßig kleinen Bereich des gesellschaftlichen Lebens verwirklicht werden. Gerade deshalb, wie sympathisch auch das Bestreben nach unmittelbarer gesellschaftlicher Leitung sein mag, ist in diesem jetzigen Zustand der Gesellschaft noch notwendigerweise die Illusion das beherrschende Element. Dies kann in der Praxis nichts anderes als die mehr oder weniger wirksame gesellschaftliche Abhängigkeit der Lenkung der einzelnen Ressorts bedeuten, was bereits für die Humanisierung der Leitung und Lenkung einen sehr bedeutenden Schritt nach vorn darstellt.
Das Zustandekommen der spezialisierten, hierarchisierten und immer mehr standardisierten Verwaltung kann man gut in beinahe allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in den sozialistischen Ländern beobachten. Dies fällt jedoch besonders im Apparat der Räte und in den landwirtschaftlichen Genossenschaften ins Auge. Gerade in diesen beiden Fällen blieb nämlich die Auffassung lebendig, daß es möglich sei, den gesellschaftlichen Charakter der Leitung bzw. Lenkung zu bewahren und aufrechtzuerhalten, die regelmässige Austauschbarkeit der Funktionen mitinbegriffen. Die Praxis hat jedoch die so gearteten Konzeptionen nicht einmal hier bestätigt. Bezüglich der Vorsitzenden der Räte wie der Produktionsgenossenschaften wird immer nachdrücklicher die Forderung aufgestellt, daß sie Fachkräfte zu sein hätten und, wenn sie dieser genügten, die Gesellschaft sich nicht mehr den Luxus erlauben könne, sie regelmäßig mit körperlich [illegible]en Arbeitern abzulösen und ihr Gehalt auf der gleichen Hö[illegible]e bei Facharbeitern festzusetzen. Heute hat die große Mehr[illegible]der für diese Funktionen Ernannten schon vorher auf einem ähnlichen Betätigungsfeld gearbeitet oder ist über

die hierarchischen Stufen der Verwaltung (über die Ochsentour) in diese Positionen aufgestiegen.
Die Bürokratie führt - im Gegensatz zur gängigen Auffassung - auch im Sozialismus nicht unbedingt zu schlechter Arbeit oder zu unwirtschaftlichen Resultaten. Die sich von den Werktätigen notwendigerweise absondernde - spezialisierte, hierarchisierte, standardisierte - Verwaltung kann im Sozialismus selbst dann noch effektiv arbeiten, wenn ihre Abhängigkeit von der Gesellschaft formalen Charakter annimmt. Häufig scheint sogar gerade die von den "Fesseln" der gesellschaftlichen Kontrolle befreite Bürokratie zu echten Ergebnissen zu führen. Zugleich erfordert der sozialistische Charakter des Eigentums, daß die Verwaltung vergesellschaftet wird und somit auch ihre bürokratischen Verhältnisse stufenweise abgebaut werden, selbst dann, wenn die einseitig bürokratische Lösung des Problems der Lenkung effektiver zu sein scheint. Es tritt also auch in dieser Hinsicht häufig ein tatsächlicher Widerspruch zwischen der Forderung der "Optimalisierung" und der der "Humanisierung" auf.
Wenn wir die Behauptung aufstellen, daß eine Verwaltung, der bürokratische Verhältnisse anhaften, notwendigerweise im Sozialismus entsteht, heißt dies noch nicht, daß wir die sehr beträchtlichen Unterschiede zwischen den im Kapitalismus und den im Sozialismus wirkenden bürokratischen Verhältnissen bzw. zwischen den als deren Träger auftretenden Verwaltungen negieren. Die im Sozialismus sich herausbildende Verwaltung und Lenkung der Gesellschaft und die in ihnen auftretenden bürokratischen Verhältnisse sind durch sehr bedeutende spezifische Züge gekennzeichnet, wobei wir nicht nur die Anfangsbedingungen meinen, unter denen das Leitungssystem der sozialistischen Staaten entstanden ist. Es geht also nicht nur darum, daß die Macht der Diktatur des Proletariats die Verwaltungsmaschinerie der Bourgeoisie zermalmte, die alte Bürokratie sozusagen - wenn auch nicht im physischen Sinne - liquidierte und daß der Aufbau des neuen, des sozialistischen Lenkungssystems überwiegend von Arbeitern, Bauern und dem revolutionären Gedanken ergebenen Intellektuellen begonnen wurde, die im Namen der Gesellschaft der Werktätigen die Funktion der Leitung und Lenkung in ihre Hand nahmen. Wie bedeutsam für die Gesellschaft dieser Beginn auch ist, so schließt er an sich noch nicht aus, daß später anders gerichtete Veränderungen auftreten, wozu die Geschichte schon mehr als ein Beispiel geliefert hat.
Wenn auch im Sozialismus notwendigerweise bürokratische Verhältnisse in der Leitung entstehen - da auf dieser Stufe der gesellschaft-

lichen Entwicklung der Ausbau der sich von den unmittelbaren Produzenten absondernden Verwaltung und Lenkung eine objektive Notwendigkeit darstellt -, ist der Charakter dieser Verhältnisse sowie ihr Stellenwert und ihre Rolle in den gesellschaftlichen Verhältnissen wegen ihres Entspringens aus der Substanz des Systems, aus den herrschenden Eigentumsverhältnissen, grundlegend anders geartet als in den Klassengesellschaften.

Die Feinde des Sozialismus berücksichtigen von diesen Unterschieden meistens nur, daß die Integration in den sozialistischen Ländern infolge der Zentralisierung weiter vorangeschritten ist und somit in der Hand des Verwaltungsapparates eine größere Macht konzentriert werden kann, und beachten nicht die außerordentlich bedeutsamen gesellschaftlichen Kräfte, die die bürokratische Verhältnisse tragende Verwaltung zwingen, ihre Macht zu teilen, die Lenkungstätigkeit zu vergesellschaften und letzten Endes - als Ergebnis einer langen historischen Entwicklung - sich selbst als Bürokratie aufzuheben.

Aus dem gegebenen Stand der Arbeitsteilung und aus den herrschenden Eigentumsverhältnissen kann man nicht nur die Notwendigkeit für das Fortbestehen der bürokratischen Verhältnisse, sondern auch die spezifischen und nur für den Sozialismus charakteristischen Besonderheiten dieses dem Wesen nach gesellschaftlichen Verhältnisses ableiten. Der Eigentümer, in dessen Namen die die Lenkungs- und Leitungsfunktionen der Gesellschaft Ausübenden vorgehen, ist nicht mehr das Oberhaupt eines patriarchalischen Staates, nicht mehr der als oberster Feudalherr fungierende König und auch nicht mehr die Aktiengesellschaften der Kapitalisten oder umfassender die Kapitalistenklasse, sondern die gesamte Gesellschaft bzw. eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe in ihr (z.B. eine Genossenschaft), deren Mitglieder bezüglich der Eigentumsverhältnisse einander gleich sind.

Das grundlegende Kriterium für das Auftreten des bürokratischen Verhältnisses ist auch im Leitungssystem des Sozialismus die Verselbständigung von den Werktätigen als Eigentümern. Diese Absonderung bedeutet jedoch nicht unbedingt, daß es sich auch im subjektiven Sinne um einen abgeschlossenen Prozeß, um die bewußte Frontstellung gegenüber den Werktätigen handelt. Auch die in der kapitalistischen Gesellschaft entstehende Bürokratie - man verzeihe mir den groben Vergleich - geriet nicht endgültig in Gegensatz zu den kapitalistischen Eigentümern bzw. zu deren repräsentativen Organen; in der sozialistischen Gesellschaft liegt es erst recht auf der Hand, daß der die Leitungs- und Lenkungsfunktionen innehaben-

de Apparat jede seiner Entscheidungen als eine im Interesse der Gesellschaft gefällte ansehen muß, und zwar meistens nicht einmal ganz unberechtigt, da für seine Tätigkeit das auf seine Art aufgefaßte gesellschaftliche Interesse tatsächlich ein wichtiges Motiv darstellt.
Der Verwaltungsapparat der sozialistischen Gesellschaft handelt selbst dann, wenn er partikuläre Interessen verfolgt, immer im Namen des allgemeinen Interesses, und der Widerspruch zwischen den auf diese Weise vorgestellten und den tatsächlichen Zielen ist aus mehreren Gründen viel komplizierter als im Falle der etatistischen oder Manager-Bürokratie des kapitalistischen Staates.
Die Verwaltungsorgane der sozialistischen Gesellschaft handeln auf Grund des Auftrags der gesamten Gesellschaft als der Eigentümerin und spielen eine prinzipiell unvergleichlich positivere Rolle, als die Bürokratie der vorhergehenden Epochen hätte je spielen können. Gerade deshalb kann das partikuläre Interesse, das sich auf die Aufrechterhaltung oder sogar Verstärkung der bürokratischen Verhältnisse richtet, schwerer hinter dem realen allgemeinen gesellschaftlichen Interesse ausfindig gemacht werden. Die Lage wird noch durch diejenigen innerhalb des Verwaltungssystems zwecks Effektivitätssteigerung entstehenden Bestrebungen kompliziert, in deren Folge - wie ich auch in anderen Aufsätzen nachzuweisen suchte - das partikuläre Interesse häufig in einer eigenartigen Form erscheint und unter bestimmten historischen Bedingungen die Möglichkeit zur Allgemeinwerdung hat.

Die negativen Konsequenzen der bürokratischen Verhältnisse

Die alltägliche Denkungsart registriert von dieser äußerst komplizierten und widersprüchlichen Bewegung nur die Erscheinungen, die im alltäglichen Leben eindeutig als Negativum auftreten, so daß auf diese Weise das Stereotyp des Bürokraten entsteht.
Im Grunde können jedoch nur die tieferliegenden Verhältnisse der Bürokratie eine echte Erklärung auch für die Erscheinungen liefern, die die gängige Denkungsart für die typischen Züge der bürokratischen Arbeitsweise hält und anhand derer sich der einseitig pejorative Begriff der Bürokratie herausbildet.
Ihr auffallendstes Merkmal, die mechanische Behandlung des betroffenen Staatsbürgers, stellt im Grunde nichts anderes dar als das Ergebnis der in der Verwaltung entstehenden, das bürokratische Ab-

hängigkeitsverhältnis widerspiegelnden Betrachtungsweise, nach der der Betroffene irgendein außenstehendes, fremdes Wesen, vielleicht sogar eine schlechthin böswillige Person ist, über die die Verwaltung als Inhaber der von der gesamten Gesellschaft ihr übertragenen Macht von vornherein erhaben ist. Dieses mystifizierte gesellschaftliche Interesse stellt sich meistens für den einzelnen Beamten selbstverständlich als eine viel mächtigere Kraft dar als der König von Gottes Gnaden oder irgendeine kapitalistische Aktiengesellschaft. Schließlich, um die Lage noch grotesker und widersprüchlicher zu machen, erfüllt diese Absolutierung der abgeleiteten Macht häufig mehr die unteren als die oberen Ränge der Hierarchie; die ersteren wollen sich sozusagen an den Betroffenen dafür entschädigen, daß sie im Verwaltungssystem selbst keine nennenswerten Entscheidungsmöglichkeiten haben.

Die andere Besonderheit, die weithin als bürokratische bekannt ist, stellt die zeitliche Verschleppung der anstehenden Angelegenheiten, die Angst vor der Entscheidung, das "bürokratische" Hin und Her dar. Sie kann leicht aus den innerhalb der hierarchischen Ordnung sich vorübergehend behauptenden besonderen Verhältnissen abgeleitet werden. Sie festigt sich, sofern die Methoden der Amtsführung sich noch nicht konstituiert haben und somit das geforderte "Verhaltensmuster" sich schnell ändert, was ein viel größeres Übel gerade denjenigen bescheren kann, deren Entscheidungen sich aus irgendeinem häufig unvorhersehbaren Grund - nehmen wir an wegen neuer Beurteilungskriterien - als "fehlerhaft" erweisen, im Unterschied zu denjenigen, die keine Entscheidungen fällen oder sich hinter Dutzenden von Unterschriften verstecken. Dieser Zustand kann auch - wie wir dies häufig in der wirtschaftlichen Lenkung erfahren konnten - durch den objektiven Umstand bedingt sein, daß der Ausgang der Entscheidungen häufig unsicher ist.

Doch weder die rigide Behandlungsweise des Betroffenen noch das Aktenschieben kann als eine sich aus den tiefer bedingten Verhältnissen der Bürokratie notwendigerweise ergebende Besonderheit angesehen werden. Der Zustand ist nicht undenkbar, in dem die höchste an den Beamten gestellte Forderung die mit wissenschaftlicher Methodik vorgehende "Behandlung", die "Manipulation" der betroffenen Staatsbürger ist und zugleich auch die Bürokratie als das Grundverhältnis zwischen Gesellschaft und Leitung durchaus nicht überholt ist, sondern sogar in einer ausdrücklichen Form auftritt. Ähnlich wird das Grundverhältnis innerhalb der Verwaltung auch dadurch nicht ein anderes - wenn auch ihre Effektivität beträchtlich steigen kann -, daß die in der Hierarchie höher stehen-

den Beamten von den unteren im Sinne des Max Weberschen "Idealtypus" Operativität, verantwortungsvolle Entscheidung verlangen und daß dies in der Praxis tatsächlich als allgemeine Besonderheit zum Tragen kommt.
Eine der schwerwiegendsten negativen Konsequenzen der sich bürokratisierenden Gesellschaft stellt das Übertreiben der zum gesellschaftlichen Leben notwendigen Konformität und die Entstehung des sogenannten Konformismus dar. Bereits Marx hat den charakteristischen Zug des Bürokraten glänzend analysiert, wonach dieser sich um den Preis der Unterdrückung seiner ganzen Persönlichkeit an die tatsächlichen oder vermeintlichen Normen seiner sozialen Umgebung - und besonders seiner Vorgesetzten - anpaßt, die er kritiklos akzeptiert. Im modernen Kapitalismus tritt diese Eigenschaft aus dem verhältnismäßig engen Bereich der etatistischen Bürokratie heraus und wird im wahren Sinne des Wortes zu einer sich allgemein durchsetzenden gesellschaftlichen Erscheinung, zum Konformismus. Dieser Zustand kann im Sozialismus durchaus noch nicht als überholt angesehen werden.
Der Verwaltungs- und Lenkungsapparat der sozialistischen Gesellschaft ist also gemäß den vorigen Ausführungen seinem Wesen nach - aus dem Charakter der Eigentumsverhältnisse resultierend - unabhängig davon, wie jemand darüber denken mag - gleichzeitig Träger von Bestrebungen, die sich auf die Entwicklung von bürokratischen und von humanisierten Verhältnissen richten, so daß diese Verwaltung gleichzeitig als Bürokratie und als Nicht-Bürokratie auftritt.
Ohne diesen substantiellen Widerspruch aufzudecken, kann man von der Entwicklungsgeschichte der sozialistischen Länder gewissermaßen nichts verstehen. Zu gleichermaßen falschen Schlußfolgerungen gelangen notwendigerweise alle, die entweder die eine oder die andere Seite des Widerspruchs verabsolutieren.

Die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Überwindung des gegenwärtigen Zustandes

Aus den bisherigen Ausführungen folgt geradezu, daß wir die Entstehung der bürokratischen Verhältnisse unter Berücksichtigung der Funktion, die die Verwaltung als Träger von bürokratischen Verhältnissen erfüllt, nicht einfach als eine negative Erscheinung werten und der dem "Guten" mechanisch gegenübergestellten Kategorie des "Schlechten" zuordnen dürfen. In diesem Phänomen müssen wir ein

notwendig entstehendes gesellschaftliches Gebilde sehen, zu dessen Überwindung ganz bestimmte gesellschaftliche Bedingungen und nicht bloß rationale Überlegung und guter Wille erforderlich sind.

Bei dem gegenwärtigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung treten eigentlich gleichzeitig zwei gesellschaftliche Notwendigkeiten auf, die sich einander zu widersprechen scheinen:

a) Es ist notwendig, die Rechte, die Verantwortung, die Sachgemäßheit und daraus resultierend die Effektivität der Verwaltung zu vergrößern, selbst auf die Gefahr hin, daß dies eine Verstärkung oder vorübergehende Erstarrung der bürokratischen Verhältnisse nach sich zieht;
b) es ist notwendig, die Verwaltung und ihre verschiedensten Ebenen der Kontrolle der Werktätigen zu unterwerfen, von der Gesellschaft abhängig zu machen, d.h. sie stufenweise zu humanisieren, und somit in Richtung auf Überwindung der bürokratischen Verhältnisse vorwärtszuschreiten.

Diese historisch gleichzeitig auftretende doppelte Aufgabe kann unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen auch zu einem Konflikt heranreifen. Häufig erfolgt aus mehr oder weniger richtig verstandener politischer Zweckmäßigkeit die Realisierung des einen Kriteriums nur auf Kosten des anderen. Trotzdem führt ihre Gegenüberstellung - zumindest im Endergebnis - zu einer falschen Alternative. Heute belegen es bereits historische Erfahrungen, daß die Notwendigkeit, entweder nur die eine oder nur die andere Lösung zu wählen, nicht einmal für einen kürzeren Zeitabschnitt zutrifft. Das gesellschaftliche Interesse erfordert im allgemeinen die gleichzeitige Berücksichtigung beider Forderungen. Dem scheint vielleicht zu widersprechen, daß ich in meinem Aufsatz die Aufmerksamkeit in erster Linie auf das Problem der Humanisierung, auf die Möglichkeit, den Wirkungsbereich der bürokratischen Verhältnisse einzuschränken, lenke, währenddessen mir wohl bewußt ist, daß dies nur die eine, aber keineswegs die einzige Annäherungsmöglichkeit an diese Frage darstellt, deren Lösung untrennbar von der Beschleunigung der Entwicklung der Produktivkräfte, von der Erfüllung der Forderung der Optimalisierung ist.
Gegen die Bürokratie wird in den sozialistischen Ländern ein breit angelegter Feldzug geführt, es gibt eine Unmenge von Artikeln, Skizzen und vor allem Karikaturen und Witzen, die auf die Entlarvung von bürokratischen "Mißbräuchen" zielen. Der Typus des Bü-

rokraten hat sich in der alltäglichen Auffassung nicht zuletzt gerade unter dem Einfluß dieser "Kampagne" herausgebildet: der aktenschiebende, vor der Verantwortung sich drückende, nach oben sich duckende, nach unten sich grob und unerbittlich gebende Beamte.

Nur wenige bedenken jedoch - selbst unter den aufrichtigen Kämpfern gegen die Bürokratie -, daß all diese Eigenschaften nichts anderes als das Produkt einer Verwaltung darstellen, die sich von der Gesellschaft als letzter Verwahrerin des Eigentumsrechts absondert, da in ihr die gesellschaftliche Kontrolle auf den verschiedenen Ebenen fehlt oder sich ein formales, notwendigerweise hierarchisches Unter- und Überordnungsverhältnis mit all seinen negativen und positiven Seiten herausgebildet hat. Deshalb existiert Verantwortungsbewußtsein allmählich nur noch gegenüber den oberen Organen für die Ausführung ihrer Direktiven. Wenn dies eintrifft, wird der betreffende Staatsbürger - sei er ein Werktätiger desselben Unternehmens oder eine im Verwaltungsbezirk des Rates wohnende Person - zu einem dem Amt gegenüberstehenden Menschen, dessen man sich höchstens "erbarmen" kann. Diese sich von den Werktätigen als den Eigentümern verselbständigende Verwaltung erzeugt all jene negativen Erscheinungen, über die oben die Rede war. Deshalb ist die Überwindung der bürokratischen Erscheinungen auch nur auf dem Wege der vielseitigen Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Institutionen und als Ergebnis eines verhältnismäßig langen Prozesses vorstellbar; der erzieherischen Einwirkung sind - zumindest in gesellschaftlichen Maßstäben - enge Grenzen gesetzt.
Der Kampf gegen die Bürokratie ist unter kapitalistischen Eigentumsverhältnissen ein unfruchtbarer, da die Entwicklung der Produktivkräfte - wie dies die historischen Erfahrungen heute schon überzeugend beweisen - in so gut wie allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens mit der sich immer mehr verbreiternden und intensiveren Herrschaft des bürokratischen Verhältnisses einhergeht. Das Auserkraftsetzen dieser Tendenz erfordert vor allem die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die Aufhebung dieses grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnisses, das einzelne Menschen (die Eigentümer) und sogar ihre Repräsentanten (die Bürokraten) ermächtigt, über andere Menschen zu herrschen. Alle Hochachtung und Aufmerksamkeit gebührt den Denkern, Gesellschaftswissenschaftlern und Schriftstellern, die gegen die Bürokratie als neue Form der modernen Unmenschlichkeit rebellieren; wenn sie jedoch nicht gleichzeitig für die Abschaffung des Privateigentums eintreten, verbleiben sie notwendigerweise im Reich der kleinbürgerlichen Uto-

pien oder des abstrakten Moralisierens.
Die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln - bzw. zumindest als herrschender Eigentumsform - stellt jedoch nur den ersten Schritt, die Ausgangsbasis für die allseitige Humanisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse dar. Wer bereits hiermit die Aufhebung der entfremdeten gesellschaftlichen Verhältnisse für verwirklicht hält, wird früher oder später zu einem Konservativen, zum einseitigen Verteidiger der bürokratischen Verhältnisse.
Die Frage, ob die Beseitigung des Bürokratismus in der sozialistischen Gesellschaft möglich sei, wird von einem jeweils anderen Ausgangspunkt durch die Revisionisten wie durch die geistigen Vorfahren der heutigen "linken" Revolutionäre, die Anarchisten, übereinstimmend mit "Nein" beantwortet. Bernstein fühlte sich "wohl" inmitten bürokratisierter Verhältnisse und hielt den Kampf gegen sie für eine sinnlose Fragestellung; während nach den Anarchisten (z.B. Sorel) jede Organisation Bürokratie erzeugt, die von ihnen für das größte Übel gehalten wurde, weshalb sie jeder Art von Organisation und Institutionalisierung den Kampf ansagten.
Die Bürokratie erzeugte innerhalb der Arbeiterbewegung unter dem Kapitalismus vor allem Reformismus und Revisionismus, während sie in den sozialistischen Ländern verständlicherweise in erster Linie den Dogmatismus stärkte, und zwar dadurch, daß sie den Dienst an der sozialistischen Entwicklung durch die Verteidigung der jeweils gegebenen Form ersetzte. Die die bürokratischen Verhältnisse tragende gesellschaftliche Lenkung und Verwaltung ist im echten Sinne des Wortes eine historische Erscheinung - die bei einem bestimmten Stand der Arbeitsteilung und der wirtschaftlichen Integration als Ergebnis der Entwicklung der Gesellschaft bzw. der Eigentumsverhältnisse notwendigerweise zustandekommt -, und gerade deshalb muß der Entwicklungsabschnitt kommen - seine Umrisse kündigen sich bereits in den sozialistischen Ländern an -, in dem man keine von der Gesellschaft sich verselbständigt habende Verwaltung mehr brauchen wird, da die objektiven und subjektiven Bedingungen für die konsequente Verwirklichung der gesellschaftlichen Selbstverwaltung herangereift sind. Dieser Zustand ist jedoch mit der Schaffung der sozialistischen Eigentumsverhältnisse - welchen großen Schritt sie auch in dieser Richtung darstellt - noch nicht erreicht, wie ich es vorhin zu beweisen suchte.
Bei Marx heißt es: "Die Aufhebung der Bürokratie kann nur sein, daß das allgemeine Interesse *wirklich* und nicht, wie bei Hegel, bloß im Gedanken, in der *Abstraktion* zum besonderen Interesse wird, was nur dadurch möglich ist, daß das *besondere* Interes-

se wirklich zum allgemeinen wird".(6)
In den europäischen sozialistischen Ländern ermöglichen die durch den gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte bestimmte Arbeitsteilung und die Einkommensunterschiede noch nicht die Realisierung dieser Forderung. Die Entstehung partikulärer Interessen innerhalb der Verwaltung erfolgt heute noch gleichsam gesetzmäßig, was verhindert, daß das allgemeine Interesse der Gesellschaft in jedem Fall zum "besonderen" Interesse der Verwaltung wird, häufig sogar auch, daß das partikuläre Interesse in seiner besonderen Form erscheint und somit die Möglichkeit zur Allgemeinwerdung in sich trägt.
All dies bedeutet nicht, daß nicht eine Reihe von Kräften zu unserer Verfügung stünde, die diese Wirkung zu bremsen und in bestimmten Grenzen zu halten vermag.
Die Minderung des bürokratischen Charakters - die während einer längeren Periode als objektive und notwendige gesellschaftliche Tendenz zum Tragen kommt - geht auf verschiedene Art und Weise im Kampf gegensätzlicher Kräfte vor sich. In diesem Kampf treten als wirksamste Kraft die kommunistischen Arbeiterparteien, die Organisationen der auf dem Boden der marxistischen Theorie stehenden progressivsten Mitglieder der sozialistischen Gesellschaften, auf, die deshalb Vorkämpfer nicht nur der eng verstandenen ökonomischen Entwicklung, sondern auch des gesellschaftlichen Fortschritts im weitesten Sinne und der vielseitigen Entfaltung der substantiellen Kräfte des Menschengeschlechts sein müssen.
Die Eindämmung der bürokratischen Verhältnisse ist verständlicherweise innerhalb der Parteiorgane, der Jugendorganisation, der Gewerkschaften, d.h. innerhalb der gesellschaftlichen Organisationen überhaupt am leichtesten, was selbstverständlich keineswegs bedeutet, daß in deren Leitung keine Möglichkeit für die Entstehung des bürokratischen Charakters gegeben wäre. Die Bedingungen, die die bürokratischen Verhältnisse im Sozialismus entstehen lassen und von denen vorhin die Rede war, sind selbstverständlich auch in diesen Organisationen wirksam. Gleichzeitig tritt hier die Überwindung der bürokratischen Leitung als unmittelbarere gesellschaftliche Notwendigkeit auf, wozu hier schneller die Bedingungen heranreifen als in den spezialisierten Verwaltungs- und Lenkungsapparaten. In den letzteren ist der Ausbau bürokratischer Verhältnisse - wie wir es gesehen haben - nicht unbedingt hinderlich für die Effektivität, in die Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisationen trägt er jedoch immer eine Verzerrung hinein, die auf jeden Fall ein Hindernis für die Lösung ihrer grundlegenden Aufgaben darstellt. In dieser

Hinsicht hängt sehr viel davon ab, ob man in diesen Organisationen rechtzeitig diese Notwendigkeit erkennt, formuliert und ob es auf diese Weise möglich ist, der vielfach gleichsam spontan auftretenden Bürokratie in Partei und Massenorganisationen zuvorzukommen. Es ist ohne Zweifel, daß seit dem XX. Kongreß der KPdSU in der kommunistischen Bewegung der meisten europäischen sozialistischen Länder - und unter ihnen nicht zuletzt gerade in Ungarn - sehr viel im Interesse des Kampfes gegen diese Tendenz getan worden ist, vor allem durch die Entwicklung der gesellschaftlichen Institutionen und des Demokratismus im öffentlichen Leben.
Heute wird es schon zu einer immer allgemeiner anerkannten Wahrheit, daß die Aufklärung oder die Entlarvung bürokratischer Fehler - wie wichtig sie auch sein mag - nur ein vorläufiges Ergebnis versprechen kann. Um das Überhandnehmen der bürokratischen Tendenzen zu verhindern, ist vor allem notwendig, die gesellschaftlichen Institutionen ständig weiterzuentwickeln - die Verwaltung den Erfordernissen der Zeit anzupassen - (obwohl die Hauptzielsetzung der "Reform"-Vorschläge heute noch verständlicherweise die Steigerung der Effektivität, die "Optimalisierung" betrifft). Bereits heute scheinen einige wichtige Instrumente für die Überwindung der bürokratischen Verhältnisse sichtbar zu werden. Für solche halte ich unter anderen die folgenden:
a) Man zwingt institutionell die spezialisierten Verwaltungs- und Lenkungsapparate, ihre Macht zu teilen. Dazu ist vor allem die wirksame Tätigkeit der bestehenden institutionellen Formen - die Kontrolle durch die Partei, die Gewerkschafts- und Betriebskommitees usw. - notwendig. Sollten diese formalen Charakter angenommen haben, so muß man sich in diesen Fällen bemühen, die mitwirkenden Ursachen aufzudecken und auszuschalten.
Der Gedanke der Demokratisierung der Verwaltung, der Entwicklung der Selbstverwaltung der Gesellschaft, wenn er auch noch nicht zur unmittelbaren Vergesellschaftung der Verwaltung führt, bedeutet auf jeden Fall einen Angriff auf die hierarchischen Abhängigkeits- und damit auch auf die bürokratischen Verhältnisse. Im Falle seiner Realisierung bringt er auf den verschiedensten Ebenen der Verwaltung äußere gesellschaftliche Abhängigkeit zustande, indem er das innere Gefüge der hierarchischen Verhältnisse auflöst. Hiermit richtet er sich sinngemäß schon gegen das Wesen der Bürokratie, gegen die Verfestigung der bürokratischen Verhältnisse. Bestimmte Teilbereiche der Verwaltung stemmen sich jedoch immer wieder gegen diese Tendenzen - und zwar nicht einfach aufgrund subjektiver Fehler, sondern infolge ihrer wesensbestimmenden Ver-

hältnisse - und versuchen mit unterschiedlichen Methoden, die Institutionen der gesellschaftlichen Kontrolle inhaltlich zu entleeren, wozu sie nicht nur praktische Erklärungen (Fetischisierung von Fachkenntnissen), sondern auch ideologistische (Verteidigung des Prinzips der Planverbindlichkeit und des Zentralismus) anführen.
Man kann nur auf Grund der vielschichtigen Analyse der jeweiligen Lage die Umrisse derjenigen neuen institutionellen Formen herausarbeiten, die in der gegebenen Entwicklungsphase wirksamer als die bereits realisierten Lösungen zu sein scheinen. Ohne diese Analysen ist ein bewußter und den Zielen der sozialistischen Entwicklung tatsächlich entsprechender Fortschritt nicht vorstellbar. Der auf wissenschaftliche Analysen gegründete Fortschritt wird - was auch aus den obigen Ausführungen folgt - durch den Umstand erschwert, daß der den bereits entstandenen bürokratischen Verhältnissen entsprechende Standpunkt die Analysen selbst beeinflußt, so daß diese, selbst wenn sie die objektiven Tatsachen richtig festhalten, häufig vor der Aufdeckung der tieferliegenden Zusammenhänge und der Ausarbeitung der richtigen Folgerungen zurückschrecken.
Die vor kurzem gegründete Nationale Kommission für die technische Entwicklung hat z.B. richtig erkannt, daß sie nur dann für die Gesellschaft wertvolle technische Entwicklungsprognosen ausarbeiten kann, wenn die an dieser Arbeit teilnehmenden Spezialisten sich von der "engen, dienstlichen", d.h. bürokratischen Betrachtungsweise befreien. Schon deshalb kann die sich der Herrschaft der bürokratischen Verhältnisse entziehende, im marxistischen Sinne des Wortes parteiliche Forschungsarbeit der Gesellschaftswissenschaften (vor allem auf dem Gebiet des Rechts, der Soziologie und der Ökonomie) eine große Bedeutung erlangen.
b) Für die Überwindung der bürokratischen Verhältnisse kann die Schaffung einer gesunden Mobilität in allen Sphären der Verwaltung ein wichtiges Instrument darstellen.
Die Klassiker des Marxismus haben der Austauschbarkeit der einzelnen Amtsträger eine herausragende Bedeutung zugesprochen. Allgemein bekannt ist auch das jugoslawische Experiment, das den Versuch unternimmt, das sog. Rotationsprinzip in die Praxis umzusetzen, nach dem man - vereinfacht gesagt - denjenigen, die vier Jahre lang eine Funktion ausgefüllt hatten, in den kommenden vier Jahren unbedingt eine andere Aufgabe zuteilen muß. Gegen diese Lösung wenden viele ein, nicht unbegründet, daß die Effektivität der Verwaltung eine größere Stabilisierung hinsichtlich der Personen verlangt (wie wir sehen, treten auch hier die so häufig miteinander in Widerspruch geratenden zwei grundlegenden Kriterien auf: die Optima-

lisierung und die Humanisierung). Dieses Argument kann jedoch nur in einem verhältnismäßig engen Bereich der Verwaltung als gültig akzeptiert werden, da sie überwiegend durch solche Funktionen gekennzeichnet ist, bei denen der nach einer bestimmten Zeit planmäßig vorgenommene Personenwechsel nicht nur im Interesse des Kampfes gegen bürokratische Tendenzen, sondern auch noch in dem der Effektivität der Arbeit zweckmäßig ist.

c) Der größte Feind gegenüber der Tendenz der bürokratischen Verhältnisse, die Herrschaft zu erlangen und zu erstarren, ist die Entwicklung des Demokratismus im öffentlichen Leben, d.h. die Entstehung einer Atmosphäre in der Gesellschaft, die keiner einzigen Sphäre der Verwaltung ermöglicht, das Fachwissen zu monopolisieren und die bürokratischen Verhältnisse uneingeschränkt (vielleicht unter bürokratischer Kontrolle) zur Geltung kommen zu lassen. Selbstverständlich stößt auch das Bestreben nach Entfaltung des Demokratismus im öffentlichen Leben auf den oben so häufig erwähnten Widerspruch. Vielfach hat es den Anschein, daß es einen die Effektivität der Verwaltung störenden unbefugten Eingriff darstellt. Nun, wenn wir die Fälle im einzelnen betrachten, so ist durchaus viel Wahres daran. Die Vergesellschaftung des mehr oder weniger monopolisierten Fachwissens bringt - vor allem anfangs - unabänderlich solche Manifestationen - z.B. Pressekritiken - mit sich, denen man kleinere oder größere Mängel an Sachverstand nachweisen kann (denken wir nur an die um die Sozialreportagen und die literatursoziographischen Schriften geführte Kontroverse *). Das ändert jedoch nichts an der Notwendigkeit und dem grundsätzlich progressiven Charakter der auf die Entfaltung des Demokratismus im öffentlichen Leben zielenden Tendenzen.

All diese Möglichkeiten, von denen hier gesprochen wurde, können nur dann und insoweit zur Realität werden, wenn und wie die Partei als die entwickeltste Organisation der progressiven Kräfte der Gesellschaft diese Zielsetzungen zu ihren eigenen macht. Nicht zuletzt kann und muß man unter diesem Aspekt positiv die Entwicklung beurteilen, die in den Jahren nach 1956 in der USAP vorsichgegangen ist, als nämlich ein solcher Angriff im Interesse der Überwindung der bürokratischen Verhältnisse begonnen wurde, der dieses ganze Problem aus der Sphäre der Losungen in das Reich der Realitäten transponiert hat.

Der gesellschaftliche Zustand, in dem die bürokratischen Verhältnis-

* vgl. in diesem Band S. 148 die soziologische Enquête von D.J. Viriat (A.d.R.)

se der Verwaltung als Ergebnis einer langen historischen Entwicklung und Auseinandersetzung überholt sein werden, wird nicht einfach die historische Wiederholung der unmittelbaren oder - mit Lenins Worten - "primitiven" Demokratie der Stammesgesellschaft sein, sondern die Wiedervermenschlichung aller gesellschaftlichen Verhältnisse und Funktionen - unter ihnen auch der Leitung - durch die Entfaltung der substantiellen Kräfte des Menschen auf einer unvergleichlich höheren Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die marxistische Analyse der im Sozialismus entstehenden bürokratischen Verhältnisse und das Sicheinsetzen für ihr stufenweises Zurückdrängen in den Leitungssystemen der sozialistischen Gesellschaften sind auch notwendig, damit der Marxismus auf einer breiteren Basis Anhänger und Kampfgenossen vor allem in der Arbeiterklasse der entwickelten kapitalistischen Länder und daneben auch unter denjenigen finden kann, die die bürokratischen Verhältnisse der modernen kapitalistischen Gesellschaft unter einem kleinbürgerlich-romantischen Aspekt kritisieren.

Dies ist eine wichtige Vorbedingung dafür, daß die Leitideen des Sozialismus in den entwickeltesten kapitalistischen Ländern zu den sehr wichtigen meinungsbildenden Schichten der Gesellschaft gelangen, unter ihnen auch zu solchen, die von dem Sozialismus, der verwirklicht wird, enttäuscht zu sein scheinen, und zwar weniger wegen der Entstehung der bürokratischen Verhältnisse überhaupt, sondern vielmehr wegen der Apologetik dieser Verhältnisse, die zwar mit dem Marxismus unvereinbar ist, aber doch häufig unter seinem Zeichen praktiziert wird.

Anmerkungen

(1) J.J. Rousseau, Contrat Social, I,6; in: ders., Staat und Gesellschaft, übersetzt und kommentiert von Kurt Weigand, München 1959, S. 18.

(2) MEW, Bd.8, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, S. 150.

(3) Vor kurzem erschien aus der Feder eines ungarischen Verfassers ein interessantes Buch über diese Frage. István Szentpéteri: Die Entwicklungstendenzen der unmittelbaren Demokratie (ung.).

(4) W.I.Lenin, Staat und Revolution, in: Werke, Bd.25, Berlin, Dietz-Verlag 1960, S. 503.

(5) W.I. Lenin, Werke, Bd. 35, Berlin 1962, S. 467.

(6) MEW, Bd. 1, S. 250.

ANDRAS HEGEDÜS / MARIA MARKUS
DIE HUMANISIERUNG DER ARBEIT *
(1965)

Die mit dem Problem der Arbeit zusammenhängenden gesellschaftlichen Fragen rufen in der letzten Zeit immer mehr Interesse in der Öffentlichkeit hervor. Wir möchten die Aufmerksamkeit des Lesers auf einen relativ vernachläßigten Zusammenhang lenken, und zwar auf die Frage, ob die objektiven Bedingungen der Arbeit die Verwirklichung ihrer humanisierenden Funktion ermöglichen.

Unserer Meinung nach kann bereits heute die Forderung aufgestellt werden, daß bei der Organisation und Konstruktion der verschiedenen Arbeitsplätze wie auch der Arbeitsmaschinen bzw. -prozesse nicht nur die physischen und psychischen Bedingungen der Menschen berücksichtigt werden müssen, sondern auch darauf zu achten ist, daß die Arbeit innerhalb der technischen Möglichkeiten auch das Bedürfnis nach schöpferischer Tätigkeit befriedigt und zur Entfaltung der Persönlichkeit beiträgt.

Bis zur Realisierung der eben formulierten Forderung muß zwar die Produktivität der Arbeit und damit auch der Wohlstand noch beträchtlich wachsen, jedoch wird sie immer mehr zur Aufgabe der Gegenwart; und gerade ihr jetziges Auftreten, das in den verschiedensten Schichten der Gesellschaft geäußerte Bedürfnis nach ihr sowie seine Befriedigungsmöglichkeiten wollten wir in unserem Aufsatz versuchsweise behandeln.

Das Problem der Entfremdung der Arbeit bzw. die Untersuchung jener Bedingungen, die die Humanisierung der Arbeit als den Prozeß der Aufhebung der Entfremdung ermöglichen, wurde zu einem der zentralen Themen der Soziologie in den letzten Jahren.

Es wäre jedoch selbstverständlich falsch anzunehmen, daß jede in-

---

* Unter Humanisierung der Arbeit verstehen wir den gesamtgesellschaftlichen Prozeß, im Laufe dessen der Gegensatz zwischen dem gesamtgesellschaftlich verstandenen kreativen, menschlich-gesellschaftliche Werte schaffenden Charakter der Produktionstätigkeit und ihrer einseitigen, deformierenden Wirkung auf das arbeitende Individuum allmählich verschwindet. Marx sah in diesem Gegensatz eines der grundlegenden Momente für die Entfremdung der Produktionstätigkeit und hielt seine Aufhebung, d.h. die Humanisierung der Arbeit für eines der wesentlichsten Elemente der kommunistischen Revolution.

dividuelle Erscheinungsform des Verhältnisses von Mensch und Gesellschaft - sei es auch nur im Kapitalismus - durch die Kategorie der Entfremdung erklärt werden könne. Die Kategorie der Entfremdung ist ein Spezifikum von gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen und verursacht in den Individuen, in ihren Schicksalen nicht immer die gleichen Verstümmelungen. Eines ihrer wichtigsten Wirkbereiche ist per definitionem die Arbeitswelt, und zwar die Beziehung zwischen dem Menschen und seiner konkreten Arbeit. Der Arbeitsprozeß verwandelt sich - da die Arbeitskraft nicht mehr im Besitz des Arbeiters selbst ist - in eine Zwangstätigkeit, durch die der Mensch sich nicht selbst bestätigt, sondern negiert. So schreibt Marx in den "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten", "daß der Mensch (der Arbeiter) nur mehr in seinen tierischen Funktionen, Essen, Trinken und Zeugen, höchstens noch Wohnung, Schmuck etc., sich als freitätig fühlt und in seinen menschlichen Funktionen nur mehr als Tier". (1)

Das entfremdete Verhältnis zur Arbeit ist die Einheit von zwei Momenten: a) Verhältnis zur Arbeitstätigkeit als Zwangstätigkeit, zu einer den Menschen deformierenden, die Entfaltung seiner Fähigkeiten hemmenden Aktivität; b) Verhältnis zu dem Arbeitsprodukt, dem unmittelbaren Resultat des Arbeitsprozesses als zu einem fremden Gegenstand, der einem anderen gehört, den Besitz eines anderen bildet und über die Tätigkeit des Arbeiters mächtig ist. Die marxistische Philosophie und insbesondere die Ökonomie behandelten in erster Linie die Entfremdung des Produkts bzw. eine ihrer konkreten Erscheinungsformen, den Warentetischismus, und beschäftigten sich weniger mit der Wirkung, die die Entfremdung unmittelbar auf das Verhältnis des Menschen zum Arbeitsprozeß ausübt.

Die Aufhebung des Zustandes der Entfremdung, der Prozeß der Humanisierung muß sich auf beide Sphären erstrecken, wobei auch der Arbeitsprozeß selbst sich wieder vermenschlichen muß. Als Resultat der sozialistischen Revolution ist die eine Voraussetzung der Humanisierung der Arbeit, die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, bereits verwirklicht. Damit wurde jedoch nur die Bedingung, die objektive Möglichkeit geschaffen, was zwar sehr viel, gleichzeitig aber auch wenig bedeutet. Es bedeutet viel, da nur nach der Abschaffung des Privateigentums die konsequente Verwirklichung der Humanisierung der Arbeit möglich ist; es bedeutet wenig, weil noch eine Reihe von objektiven Faktoren bestehen bleibt, die diesen Prozeß weiterhin hemmt, und da außerdem das gesellschaftliche Bewußtsein noch in vieler Hinsicht nicht einmal die objektive Lage getreu widerspiegelt. In den auf Privateigentum

basierenden warenproduzierenden Gesellschaften ist der Typus Lohnarbeiter notwendigerweise der vorherrschende: das Individuum sieht den höchsten Sinn der Arbeit im Arbeitslohn, im Preis für seine Arbeitskraft. Die in der Entwicklung befindlichen sozialistischen Gesellschaften können im Grunde nicht anders, als das Lohnarbeitsverhältnis zu übernehmen, allein schon deshalb, weil die Warenverhältnisse weiterhin bestehen bleiben. Demgegenüber bildet sich ein neuartiges Arbeitsverhältnis aus, in dem der gesellschaftliche Nutzen und Sinn der Arbeit in den Vordergrund tritt. Wir denken hier an ein Arbeitsverhältnis der Art, wie Lenin es in seiner über die "Subbotniki" geschriebenen Arbeit "Große Initiative" charakterisiert und das er für die Keimform des sozialistischen Arbeitsverhältnisses gehalten hat.

Die einmal durchgesetzten sozialistischen Eigentumsverhältnisse ermöglichen, daß das gesellschaftliche Interesse zur wichtigen Arbeitsmotivation wird, meistens um den Preis des Verzichts auf irgendwelche partikulären oder privaten Interessen. Es kommt als spontane Kraft überwiegend in solchen historischen Situationen zum Durchbruch, in denen es um Sein oder Nichtsein geht, wodurch das Primat des gesellschaftlichen Interesses für die einzelnen einsichtig werden kann.

Das Verhalten eines Subbotniks enthält tatsächlich neue, sozialistische Züge des Arbeitsverhältnisses, obwohl wir infolge der dogmatischen Betrachtungsweise, die dieses Verhalten für allgemein verbindlich erklärte, gerade in dieser Hinsicht hochgradige Verzerrungserscheinungen beobachten konnten. Dieser Betrachtungsweise ist aus dem Blickfeld geraten die Humanisierungsfunktion der Arbeit und die Möglichkeit, daß in gegebenen Grenzen die Arbeit selbst als schöpferische Tätigkeit - und nicht nur auf Grund von Einsicht in ihren gesellschaftlichen Nutzen - zum unmittelbaren Bedürfnis werden kann, dessen Stärkerwerden in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen zur Ausformung eines besonderen neuartigen Arbeitsverhältnisses führen kann. Die Entstehung dieses neuartigen Arbeitsverhältnisses hängt teils von technischen, teils von gesellschaftlichen Bedingungen ab und ihre Verallgemeinerung erfordert sowohl eine erhebliche Steigerung der Produktivkräfte als auch die weitere Stärkung des sozialistischen Charakters der Eigentumsverhältnisse. Die Verfolgung dieses Prozesses und der ihn bedingenden Faktoren gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Soziologie.

Die am häufigsten angewandte Methode, um dieses Problem anzugehen, stellt die Untersuchung des Zufriedenseins mit der Arbeit und den Arbeitsbedingungen dar, das im nachweislich engen Zusam-

menhang mit Erscheinungen wie Arbeitsintensität, Entwicklung der Arbeitsleistung oder Häufigkeit des Arbeitsplatzwechsels steht. Wie wichtig diese Problemstellung für die Praxis auch sein mag, bleibt sie doch an der Oberfläche haften. Das Zufriedensein ist bereits das Ergebnis eines Prozesses, im Laufe dessen die verschiedenartigsten Erwartungen und die konkreten Arbeitsbedingungen miteinander konfrontiert werden. Der Grad des Zufriedenseins gibt keine Antwort auf die Frage, welche Erwartungen die Arbeit befriedigt oder nicht befriedigt und in welchem Maße sich somit das Arbeitsverhältnis humanisiert hat. Bei der Untersuchung dieses Problems stehen wir drei Gruppen von Erscheinungen gegenüber: den an die Arbeit gestellten Erwartungen, den konkreten Arbeitsbedingungen und der Konfrontation beider miteinander.

Die an die Arbeit gestellten Erwartungen beziehen sich teils auf den Arbeitsprozeß (ob er z.B. leicht, interessant, sauber, selbständig auszuführen, abwechslungsreich usw. ist), teils auf die soziale Umgebung (Leiter, Kollegen usw.), teils auf die sozio-ökonomische Konsequenzen der Arbeit (Entlohnung, soziales Ansehen usw.). Bei der Entstehung des konkreten Inhalts und der Struktur (Werthierarchie) der Erwartungen spielt neben den materiell-ökonomischen Verhältnissen das in der betreffenden Gesellschaft gültige Wertsystem bzw. die Wertsysteme eine große Rolle.

Für die obenerwähnten drei Verhaltenstypen (Lohnarbeiter, Subbotnik, humanisierte Arbeit) sind jeweils verschiedene Strukturen charakteristisch. Die Erwartungen sind bei dem Lohnarbeiter vorwiegend an der Entlohnung, bei dem Subbotnik an dem gesellschaftlichen Nutzen, bei dem humanisierten Typus an dem Arbeitsprozeß selbst orientiert.

Infolge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sind die konkreten Arbeiten nur in einem sehr unterschiedlichen Maße geeignet, die Erwartungen zu befriedigen. Dies gilt nicht nur für die Lohnarbeitererwartungen (beträchtliche Unterschiede in der Entlohnung), sondern auch für die humanisierten. Unter diesem letzten Gesichtspunkt spielen unserer Meinung nach drei Charakteristika der Arbeit eine ernstzunehmende Rolle:

a) die zur Ausführung der Arbeit tatsächlich benötigten und nicht nur durch juristische Bestimmungen geforderten allgemeinen und fachlichen Kenntnisse,

b) die bei der Ausführung der Arbeit gewonnene Einsicht in den gesellschafflichen Nutzen und die gesamtgesellschaftlichen Bezüge der individuellen Teilarbeit und schließlich

c) die Angabe darüber, in welchem Ausmaße die Ausführung der

Arbeit zu Eigeninitiative und persönlicher Entscheidung Gelegenheit gibt.
Diese Merkmale treffen bei verschiedenen Arbeiten in unterschiedlichem Maße zu, bei den monotonen Teilarbeiten der Fließbandproduktion z.B. zeigen alle drei Parameter äußerst niedrige Werte, im Gegensatz etwa zur Arbeit eines Planungsingenieurs, die hohe allgemeine und fachliche Kenntnisse erfordert, einen weitgehenden Überblick über den gesellschaftlichen Nutzen der Arbeit garantiert und Eigeninitiative und persönliche Entscheidung begünstigt. Diese Parameter können selbstverständlich nicht nur bei geistigen Arbeiten hohe Werte anzeigen; die Befriedigung der humanisierten Erwartungen kann in einem relativ hohen Maße - dies haben auch unsere Untersuchungen bestätigt - bei Arbeiten wie Anfertigung von Musterstücken und Instandsetzungsarbeiten erfolgen.
Einzelne Arbeiter können - vor allem in Abhängigkeit von den drei obengenannten Parametern - auch dann eine humanisierende Funktion erfüllen, wenn die Individuen keine sogearteten Erwartungen haben, da sie ja auch in diesem Falle den Menschen formen.
Für die konkrete arbeitssoziologische Forschung ist nicht nur die Untersuchung der Erwartungen wichtig, sondern auch ihre Konfrontation mit der durch die konkreten Bedingungen gegebenen Realität und mit deren Niederschlag im Bewußtsein bzw. in der Lebensführung.
Wir haben den Versuch unternommen, die Ergebnisse der Konfrontation der humanisierten Erwartungen durch verschiedene Typen des Identifiziertseins zu beschreiben. Wir gebrauchen diesen Ausdruck, um hervorzuheben, daß es sich nicht nur um das Zufriedensein mit dem Arbeitsvorgang, sondern um das Ergebnis des tiefergehenden Prozesses der Identifikation handelt.
Unsere Einteilung entspricht der Form nach derjenigen, die auch vom polnischen Soziologen Z. Kowalewski benutzt worden ist(2). Inhaltlich unterscheidet sie sich jedoch von ihr, da für ihn der Grad des Zufriedenseins mit dem Beruf und nicht die Konfrontation der humanisierten Erwartungen mit der konkreten Arbeit den Ausgangspunkt bildete. Wir haben die Typisierung in zwei Dimensionen vorgenommen: 1. nach dem Vorhandensein bzw. Fehlen der humanisierten Erwartungen und 2. nach dem Befriedigtsein bzw. dem Grad des Befriedigtseins der Erwartungen.
Im wesentlichen unterschieden wir zwei große Gruppen: In der ersten befinden sich solche, die in kleinerem oder größerem Ausmaße über humanisierte Erwartungen verfügen; in der zweiten solche, bei denen sich sogeartete Erwartungen aus irgendeinem Grunde nicht herausbilden konnten. Innerhalb der ersten Gruppe kann man unter

dem Aspekt des Befriedigtseins vier Typen aufstellen:

1. Volle Identifikation. Vorhanden sind humanisierte Erwartungen gegenüber der Arbeit, die vom Arbeitsgebiet im vollen Ausmaße befriedigt werden, so daß die Arbeit eine sehr bedeutende Rolle im Leben des einzelnen spielt, seine schöpferischen Energien absorbiert. Die Freizeitgestaltung wird ihr ebenfalls überwiegend untergeordnet, so daß hier kein selbständiges auf eine schöpferische Tätigkeit gerichtetes Ziel auftritt.
2. Partielle Identifikation. Auch hier gibt es humanisierte Erwartungen der Arbeit gegenüber, die von dem gegebenen Arbeitsgebiet bzw. Beruf im großen und ganzen befriedigt werden. Die Erwartungen konzentrieren sich jedoch nur in kleinerem Ausmaße auf die Arbeit als bei dem vorhergehenden Typus, weshalb die Arbeit eine weniger zentrale Rolle spielt.
3. Aktive Nicht-Identifikation. Gegenüber der Arbeit gibt es zwar humanisierte Erwartungen, die jedoch bei dem gegebenen Arbeitsgebiet bzw. Beruf nicht befriedigt werden. Der einzelne lehnt sich dagegen auf und sucht nach einer Lösung. Nicht zuletzt kommt darin das Vorhandensein von Erwartungen bei ihm zum Ausdruck.
4. Passive Nicht-Identifikation. Gegenüber der Arbeit gibt es - zumindest dem Anspruch nach - humanisierte Erwartungen, die bei dem gegebenen Arbeitsgebiet bzw. Beruf nicht befriedigt werden, der einzelne hat sich jedoch mit diesem Zustand abgefunden und sieht keinen Weg mehr zur Veränderung.

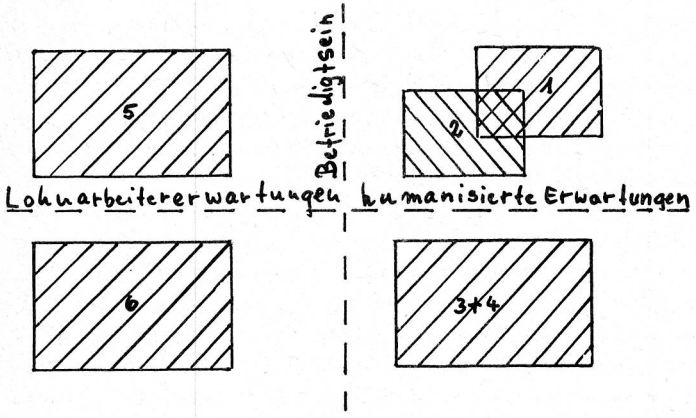
Innerhalb der zweiten Gruppe - in der es keine oder so gut wie keine humanisierten Erwartungen gibt - kann selbstverständlich der Begriff der Identifikation nicht einmal in seiner negativen Form angewandt werden. Es schien uns jedoch sinnvoll zu sein, die mit ihrer Arbeit Zufriedenen von den Unzufriedenen zu unterscheiden.

5. Die mit ihrer Arbeit Zufriedenen ohne humanisierte Erwartungen.
6. Die mit ihrer Arbeit Unzufriedenen ohne humanisierte Erwartungen.

Wir haben nicht nur die Identifikation mit dem Arbeitsgebiet, sondern auch die mit dem Beruf untersucht, und zwar mit Hilfe einer ähnlichen Typisierung, obwohl hier der Identifikation eine etwas abweichende Bedeutung zukommt. Eigentlich zeigt sie hier an, ob oder einzelne innerhalb seines Berufs ein Arbeitsgebiet sieht, das in der Lage ist, seine Erwartungen gegenüber der Arbeit zu befriedigen. So kann diese Art von Identifikation nur über die Identifi-

kation mit dem Arbeitsgebiet verifiziert werden.
Auf Grund der mit unseren Erhebungen gemachten Erfahrungen mußten wir im Hinblick auf den Begriff der Identifikation einige weitere Einschränkungen vornehmen. Man kann die Identifikation nur bei solchen Personen untersuchen, die über eine bestimmte Lebens- und Arbeitserfahrung verfügen, in denen sich bereits Erwartungen der Arbeit gegenüber und somit auch die Urteilsfähigkeit, ob der betreffende Beruf bzw. das betreffende Arbeitsgebiet diesen Erwartungen entspricht, herausgebildet haben.
Bei einer unserer Untersuchungen z.B., bei der zum Personenkreis der Erhebung relativ viele junge Techniker gehörten, zeigten sich diese am weitgehendsten identifiziert. In Wirklichkeit aber verzerrten hier mindestens zwei Faktoren das gewonnene Bild: Bei diesen Jugendlichen ist die Erwartung gegenüber dem Beruf und dem Arbeitsgebiet sehr hoch, die jedoch mangels Zeit mit der Wirklichkeit noch nicht konfrontiert werden konnte. Wenn sie später enttäuscht wird, begeben sie sich sehr schnell auf die Suche nach einem neuen Beruf bzw. Arbeitsgebiet.
Anhand unserer Erfahrungen sind die Identifikationstypen noch nicht ausreichend homogen, da zur ersten Gruppe sowohl der sogenannte "Fachidiot" gehört als auch der Wissenschaftler, der über eine breite Allgemeinbildung verfügt, seine schöpferischen Energien jedoch auf einen Beruf, auf ein Arbeitsgebiet konzentriert. Im Falle eines niedrigen Erwartungsniveaus ist es häufig sehr schwer, die volle und die partielle Identifikation voneinander zu unterscheiden, da der Beruf bzw. das Arbeitsgebiet - wenn der einzelne nur geringe Ansprüche an sie stellt - leicht die Erwartungen befriedigt, so daß der beobachtbare Endzustand als volle Identifikation erscheinen kann.
Für die Erforschung des Verhältnisses von Mensch und Arbeit stellt offensichtlich der Begriff der Identifikation nicht die einzig mögliche Lösung dar, sie ermöglicht jedoch eine reale Annäherung an das Problem, wie dies unsere Untersuchungen belegen.
Wir führten unsere Untersuchung anhand von Fragebögen durch Interviews durch, wobei der Interviewer nicht nur die Aufgabe hatte, die auf die Fragen gegebenen Antworten zu notieren, sondern unter Verwendung von über den Fragebogen hinausgehenden Informationen auch das Vorhandensein bzw. Fehlen von humanisierten Erwartungen und den Typus der Identifikation abzuwägen. Vor der Bestimmung des Typus mußte er jedoch gesondert seine wichtigsten Komponenten klassifizieren: die an Entlohnung, an eine interessante, abwechslungsreiche Arbeit und an die Gemeinschaftserlebnisse

geknüpften Erwartungen und den Grad ihrer Befriedigung. Um diese Beurteilung überprüfen zu können, wurden von uns die gegebenen Antworten danach klassifiziert, ob sie die Zuordnung zum Typus bestätigen oder nicht, wonach das sogenannte "logical control" durchgeführt wurde.
Um Fehler der subjektiven Zuordnung auszuschalten, wäre es zweckmäßig gewesen, mit der Methode der Skalierung zu arbeiten, bei der wir hier jedoch auf mehrere Schwierigkeiten gestoßen wären. Das eine Problem besteht darin, daß sich unsere Typisierung im Falle des 2., sogar des 3. und 4. Typus in drei Dimensionen darstellt (s. Grafik Nr. 1), was an und für sich schon die Skalierung erschwert.



Daneben konnten die auf die Fragen gegebenen Antworten nicht als kumulativ angesehen werden.
Unsere erste Untersuchung haben wir unter zwei Gruppen von geistigen Arbeitern durchgeführt (in einigen Forschungsinstituten und unter Angehörigen der technischen Intelligenz in einer Maschinenfabrik), bei denen der Charakter der Arbeit in einem relativ hohen Maße die Befriedigung von humanisierten Erwartungen ermöglicht.
Anschließend haben wir unsere Forschungsarbeit mit einigen methodologischen Änderungen auf eine Budapester Textilien- und eine ländliche Möbelfabrik ausgeweitet.
In den ersten beiden Fällen handelte es sich um eine Gesamterhebung, in den anderen beiden Untersuchungen um eine Auswahlerhebung mit 10%-iger Repräsentation.

a) Forscherbestand in den zum Bauwesen gehörenden Forschungsinstituten (n_1 = 235)

b) Technikerbestand einer ländlichen Maschinenfabrik ($n_2 = 97$)

c) Fabrikeinheit des Budapester Textilienbetriebes ($n_3 = 134$)

d) Ländliche Möbelfabrik ($n_4 = 47$)

Wir werden die letzten beiden Erhebungen im folgenden zusammengezogen behandeln, da die Befragungsmethode einheitlich war und es uns nicht darum ging, die Identifikation von Arbeitern bestimmter Fabriken, sondern von typischen Arbeitergruppen zu untersuchen.

Die Unterschiede in den Arbeitsbedingungen bei den drei großen Gruppen bedingten selbstverständlich auch erhebliche Abweichungen bei ihrer Verteilung auf die einzelnen Identifikationstypen.

Tabelle Nr. 1:
Aufteilung nach der Identifikation mit dem Arbeitsgebiet

Id.Typen	Ort d. Erhebung	Forsch.-Inst. Zahl	%	Techn.d.M.-Fab. Zahl	%	Sample Zahl	c/d %
1. Volle Identifikation		89	37,9	18	18,6	22	12,2
2. Partielle Identifikation		60	25,5	26	26,8	47	26,0
3. Aktive Nicht-Identifikation		52	22,1	35	36,1	17	9,4
4. Passive Nicht-Identifikation		24	10,2	14	13,4	11	6,1
5. Zufrieden ohne humanisierte Erwartungen		4	1,7	1	1,0	54	29,8
6. Unzufriedenheit o.h.E.		2	0,9	2	2,1	21	11,6
7. ohne Zuordnung		4	1,7	1	1,0	9	4,9
Zusammen:		235	100,0	97	100,0	181	100,0

Zwischen den drei Gruppen zeigt sich - wie man es der Tabelle 1 entnehmen kann - ein äußerst prägnanter Unterschied, vor allem was den jeweils dominierenden Typus anbelangt: In den Forschungsinstituten nimmt die volle Identifikation, unter der technischen Intelligenz die aktive Nicht-Identifikation und schließlich unter den Arbeitern die Gruppe der mit ihrer Arbeit Zufriedenen ohne humanisierte Erwartungen den ersten Platz ein. Gleichzeitig wird in allen drei Gruppen der zweite Platz von dem Typus 'Partielle Identifikation' besetzt.

Unter dem Aspekt der Identifikation mit dem Beruf tritt ein solcher Unterschied nicht auf. Die beiden ersten Gruppen setzen sich überwiegend aus Ingenieur-Berufen zusammen. Wenn bei ihnen das Arbeitsgebiet die Erwartungen nicht befriedigt, wird die Unzufriedenheit im allgemeinen nicht auf den Beruf übertragen, da er die Möglichkeit zur Beschäftigung mit verschiedenartigen Arbeitsgebieten bietet. (Zu ähnlichen Feststellungen sind übrigens auch die polnischen Soziologen gekommen). In den untersuchten Betrieben jedoch, in denen die Form der angelernten Arbeit überwiegt , mußten die meisten der Gruppe ohne Zuordnungsmöglichkeit zugeteilt werden, und zwar in erster Linie deshalb, weil sie über keinen erlernten Beruf verfügten.

Tabelle Nr. 2:
Aufteilung nach der Identifikation mit dem Beruf

Id. Typen	Ort d. Erhebung	Forsch.-Inst. Zahl	%	Techn.d.M.-Fab. Zahl	%	Sample Zahl	c/d %
1. Volle Identifikation		123	52,3	35	36,1	17	9,4
2. Partielle Identifikation		55	23,4	41	42,3	23	12,7
3. Aktive Nicht-Identifikation		17	7,2	4	4,1	7	3,9
4. Passive Nicht-Identifikation		29	12,4	11	11,3	12	6,6
5. Zufrieden ohne humanisierte Erwartungen		3	1,3	1	1,0	6	3,3
6. Unzufrieden o.h.E.		3	1,3	2	2,1	5	2,8
7. Ohne Zuordnung		2	2,1	3	3,1	111	61,3
Zusammen:		235	100,0	97	100,0	181	100,0

Es scheint uns zweckmäßig zu sein, die einzelnen Gruppen gesondert zu analysieren.
Die Zusammensetzung der Forschungsinstitute des Ministeriums für Bauwesen ist sehr heterogen: Mehr als ein Viertel der Befragten ist Diplom-Bauingenieur, ca. ein Drittel Diplom-Ingenieur anderer Fachrichtungen (Maschineningenieur, allgemeiner Ingenieur, Chemiker),

daneben mehr als 10% Volkswirt, und 12% haben keinen Universitätsabschluß. So gut wie die Hälfte der Forscher ist jünger als 35 Jahre. Die Gehälter sind relativ hoch, nahezu 50% verdient mehr als 3000 Forint.

Wie man der zusammenfassenden Tabelle entnehmen kann, ist die Zahl der Forscher gering - insgesamt 6 -, bei denen wir auf keine humanisierte Erwartungen gestoßen sind, was selbstverständlich nicht zu bedeuten braucht, daß bei ihnen in jedem Fall die Lohnarbeitererwartungen in den Hintergrund getreten sind. Zwischen der Identifikation mit dem Beruf und mit dem Arbeitsgebiet gibt es vor allem in zwei Gruppen erhebliche Unterschiede: Während die Zahl der mit ihrem Beruf voll Identifizierten gegenüber der mit ihrem Arbeitsgebiet Identifizierten wesentlich höher ist - 123:89 -, beträgt das Verhältnis bei der aktiven Nicht-Identifikation zwischen Beruf und Arbeitsgebiet 17:52. Diese Daten belegen eine hochgradige Unzufriedenheit mit dem Arbeitsgebiet.

Unter den Diplom-Ingenieuren ist das Festhalten am Beruf bei den Maschineningenieuren und Chemikern am größten. Mehr als drei Viertel von ihnen würde wieder den Beruf des Maschineningenieurs und Diplom-Chemikers wählen, und neun Zehntel würde in irgendeiner Form bei dem Ingenieur-Beruf bleiben. Von den allgemeinen Ingenieuren würden etwas weniger als drei Viertel, von den Bauingenieuren zwei Drittel den jetzigen Beruf wieder wählen. Im Gegensatz zum deutlich ausgeprägten Festhalten der Ingenieure an ihrem Beruf würden nur zwei Fünftel der Volkswirte und weniger als ein Fünftel der Juristen den jetzigen Beruf wieder wählen. Das Verbleibenwollen an den Forschungsinstituten ist jedoch gerade unter den Bauingenieuren am geringsten. Von ihnen würde nur ein Drittel am eigenen Institut bleiben, ungefähr die gleiche Anzahl möchte in Planungsinstituten arbeiten und nur sehr wenige in Betriebe bzw. Unternehmen überwechseln.

Bei der Erfassung der Identifikation mit dem Arbeitsgebiet hat jedoch eine relativ bedeutende Rolle die Antwort auf die Frage gespielt: "Mit welcher Forschungstätigkeit oder fachlicher Aufgabe würden Sie sich am liebsten beschäftigen?" Nahezu die Hälfte der Befragten möchte ihre Arbeitsaufgaben geändert haben, von diesen ein Siebentel sogar eine ganz andere Arbeit ausführen. All das weist darauf hin, daß die Identifikation mit dem Arbeitsgebiet auch dann ernste Probleme aufwirft, wenn der einzelne nicht nur über relativ hohe humanisierte Erwartungen verfügt, sondern auch dem Beruf gegenüber relativ starke Identifikation zeigt.

Noch deutlicher treten diese Probleme bei der technischen Intelli-

genz der Maschinenfabrik hervor. In der untersuchten Fabrik unterscheidet sie sich nicht nur in ihrem Arbeitsgebiet von der vorhergehenden Gruppe (die meisten von ihnen üben eine produktionslenkende oder praxisbezogene fachmännische Tätigkeit aus), sondern auch in ihrer Zusammensetzung nach Alter und fachlicher Qualifikation. Während das Personal im Forschungsinstitut kaum unter 26 Jahren ist, gehören hier 50% in diese Altersstufe, und kaum 10% sind älter als 35 Jahre. Die Mehrheit des technischen Personals hat keinen Universitäts-, sondern einen Technikumsabschluß.

Obwohl sich diese Umstände im allgemeinen ungünstig auf den Prozeß der Identifikation auswirken, gibt es zwischen beiden Gruppen, was das Verhältnis zum Beruf betrifft, nur einen wesentlichen Unterschied: bei den in der Maschinenfabrik Beschäftigten ist der Anteil der voll Identifizierten, in erster Linie zugunsten der partiell Identifizierten, kleiner als in den Forschungsinstituten. Dies hängt vor allem mit dem jugendlichen Alter zusammen, in dem das Interesse mangels Vertiefung von Natur aus mehr in die Breite geht und schwankender ist.

In der Maschinenfabrik sind auch die Arbeitsbedingungen ungünstiger als in den Forschungsinstituten: es gibt mehr Verwaltungsarbeit, die Möglichkeiten für selbständige Eigeninitiative sind eingeengter, die hierarchische Abhängigkeit ist größer usw.

All dies zeigt sich dann besonders deutlich am Verhältnis zur Arbeit, und zwar vor allem daran, daß mehr als ein Drittel des technischen Personals in der Maschinenfabrik zur Kategorie der aktiven Nicht-Identifikation gehört. Eine Ausnahme bilden die technischen Sachbearbeiter der Kategorie I, von denen jedoch nur eine kleine Anzahl befragt worden ist.

Tabelle Nr. 3:

Aufteilung nach der Identifikation mit dem Arbeitsgebiet und nach den verschiedenen Arbeitsbereichen

	technische Sachbearbeiter					
	I	II	III	+ Ass.	Sonst.	Zusammen
1. Volle Identifikation	6	5	4	3	-	18
2. Partielle Identifikation	4	8	7	6	1	26
3. Versucht zu ändern	3	10	12	10	-	35
4. Hat sich abgefunden	4	3	3	4	-	14
5. Ohne Erwartung zufrieden	-	-	1	-	-	1
6. Ohne Erwartung unzufrieden	-	1	1	-	-	2
7. Typisierung nicht möglich	-	1	-	-	-	1
Zusammen:	17	28	28	23	1	97

Dasselbe Problem stellte sich auch bei den Antworten auf die Frage, welche Veränderung die Befragten im Verhältnis zu ihrer jetzigen Arbeitsaufgabe für erstrebenswert hielten. Nahezu die Hälfte des technischen Personals möchte eine vollkommen andere Arbeit ausführen, fast ein Viertel mit einer umfassenderen Aufgabe betraut werden bzw. mehr Bewegungsfreiheit für sich beanspruchen.
Was die Identifikation mit dem Arbeitsgebiet betrifft, stellt sich bei den Fachkräften - die Ingenieure mit einbegriffen - in den Forschungsinstituten wie in der Industrie am deutlichsten zunächst die Frage, inwieweit sich die individuellen Wünsche jeweils auf leitende und auf im engeren Sinne fachmännische bzw. Expertentätigkeiten richten und in welchem Verhältnis hierzu die tatsächlichen Arbeitsfunktionen stehen. Unter diesem Aspekt empfiehlt es sich, vier Typen von Arbeitsgebieten zu unterscheiden:

a) leitende Tätigkeit, für die relativ wenig technische Spezialkenntnisse erforderlich sind,
b) leitende Tätigkeit, für die technische Spezialkenntnisse erforderlich sind,
c) Arbeitsgebiet von Experten, das mit einer gewissen leitenden Tätigkeit gekoppelt ist,
d) Arbeitsgebiet von Experten ohne leitende Tätigkeit.

In der Praxis ist die leitende Tätigkeit bereits zu einem Beruf geworden, zumindest in dem Sinne, daß sie von den technischen Kenntnissen abweichende spezielle Fachkenntnisse erfordert. Für die Studenten unserer Universitäten ist jedoch die Identifikation mit dem Beruf eigentlich an eine Expertentätigkeit gekoppelt. Dies zeigt auch unsere Untersuchung in den Forschungsinstituten, in denen von 264 Befragten nur 18 den Wunsch geäußert haben, eine lenkende Arbeit zu übernehmen, obwohl sie in diesem Fall beträchtliche Fachkenntnisse erfordert.
Bei beiden Erhebungen mit technischem Personal entfiel eine relativ hohe Zahl auf die Gruppe der vollen Identifikation mit dem Beruf wie mit dem Arbeitsgebiet: 23% in den Forschungsinstituten, 14% in der Maschinenfabrik. Die charakteristischen Züge dieses Typus vereint z.B. der Maschineningenieur M.D. auf sich, der die Erfüllung seines Lebensinhalts in seiner Forschungsarbeit sieht, mit ihrer Themenstellung zufrieden ist und regelmäßig viel Fachliteratur liest. Er hat mehrere Bücher und Aufsätze geschrieben. Sein Leben geht sozusagen in seinem Beruf auf. Der Diplomchemiker L.B. ist 35 Jahre alt, verbringt fast seine ganze Freizeit mit wissenschaftlicher Arbeit, hat relativ viel veröffentlicht und wen-

det sehr viel Energie auf die fachliche Orientierung und Weiterbildung auf.
Dieser Typus hat unter Fachkräften zwei Gegenpole: Einerseits gibt es die Gruppe der passiven Nicht-Identifikation, d.h. diejenigen, die in ihrer Arbeit keine Befriedigung für ihre humanisierten Erwartungen finden und diese stattdessen durch Freizeitbeschäftigungen erreichen. Hierher gehört z.B. O.A., der ein Technikum für die chemische Industrie absolviert, seinen Beruf jedoch nicht gern hat, sich viel lieber mit Literatur beschäftigen würde; eine Situation für ihn, an der er nichts mehr ändern kann. Sein Arbeitsgebiet befriedigt ihn, weil es "einen bequemen und ruhigen Platz" darstellt, an dem man sich nebenbei auch mit "Versen" beschäftigen kann. In diesem und in ähnlichen Fällen richten sich die humanisierten Erwartungen nicht auf die Erwerbstätigkeit, sondern auf die Freizeitbeschäftigung, wobei jedoch Zufriedenheit mit dem Arbeitsgebiet oder sogar mit dem Beruf sich relativ leicht einstellen kann.
Den anderen Gegenpol bildet die Gruppe der aktiv Nicht-Identifizierten, die bestrebt sind, auf jede erdenkliche Weise ihre Lage zu ändern. Die Zahl derer ist - wie bereits erwähnt - in den jungen Altersgruppen besonders groß.
Es lohnt sich, die in der Fabrik durchgeführte Erhebung gesondert zu analysieren, wobei dieses Problem in erster Linie an körperlich tätigen Arbeitern untersucht wurde, da 90% des Samples Arbeiter ausmachten.
Für die Aufteilung nach Gesellschaftsschichten siehe Tabelle Nr.4.

Tabelle Nr. 4:
Die Aufteilung der dritten Gruppe auf die einzelnen Gesellschaftsschichten

Beschäftigungsart	Männer	Frauen	Zusammen
Facharbeiter	35	8	43
Angelernter Arbeiter	24	64	88
Hilfsarbeiter	14	13	27
Administrative und technische Tätigkeiten (leitende miteinbegriffen)	7	16	23
Zusammen	80	101	181

Die zwei homogensten Gruppen sind die der Fach- und der angelernten Arbeiter. Die Zusammensetzung der Hilfsarbeiter und besonders des administrativen und technischen Personals ist äußerst heterogen (in die letztere Gruppe gehört z.B. sowohl der Abteilungsleiter als auch die Stenotypistin). In den auf diese Weise zustandegekommenen Gruppen gibt es wesentliche Abweichungen, was das Vorhandensein bzw. Fehlen der humanisierten Erwartungen und den Anteil an den einzelnen Identifikationstypen (Tab. Nr.5 und 6) betrifft.

Tabelle Nr. 5 :
Identifikation mit dem Arbeitsgebiet und Arbeitsgebiete der Beschäftigten

	Facharbeiter		Angelernter Arb.		Hilfsarbeiter		Admin. u. techn. Arbeiter		Sonstige		Zusammen	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
1. Volle Identifikation	7	16,3	5	5,7	3	11,1	5	31,2	2	28,6	22	12,1
2. Partielle Identifik.	16	37,2	20	22,7	2	7,4	6	37,5	3	42,8	47	26,0
3. Versucht zu ändern	6	13,9	8	9,1	2	7,4	1	6,2	-	-	17	9,4
4. Hat sich abgefunden	2	4,7	7	8,0	-	-	1	6,3	1	14,3	11	6,1
5. Ohne Erwartungen zufrieden	7	16,3	31	35,2	14	51,9	2	12,5	-	-	54	29,8
6. Ohne Erwartungen unzufrieden	2	4,7	13	14,8	6	22,2	-	-	-	-	21	11,6
7. Zuordnung nicht möglich	3	6,9	4	4,5	-	-	1	6,3	1	14,3	9	5,0
Zusammen	43	100,0	88	100,0	27	100,0	16	100,0	7	100,0	181	100,0

Tabelle Nr.6 :
Identifikation mit dem Beruf und Arbeitsgebiet des Beschäftigten

	Facharbeiter		Angelernter Arb.		Hilfsarbeiter		Admin. u. techn. Arbeiter		Sonstige		Zusammen	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
1. Volle Identifikation	9	20,9	-	-	-	-	3	18,7	1	14,3	13	7,2
2. Partielle Identifik.	15	34,9	-	-	-	-	3	18,7	3	42,8	31	11,6
3. Versucht zu ändern	3	7,0	-	-	-	-	1	6,3	-	-	4	2,2
4. Hat sich abgefunden	4	9,3	-	-	-	-	2	12,5	2	28,6	8	4,4
5. Ohne Erwartungen zufrieden	3	7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	3	1,7
6. Ohne Erwartungen unzufrieden	3	7,0	-	-	-	-	1	6,3	-	-	4	2,2
7. Ohne Beruf bzw. Zuordnung aus einem anderen Grund nicht möglich	6	13,9	88	100,0	27	100,0	6	37,5	1	14,3	128	70,7
Zusammen	43	100,0	88	100,0	27	100,0	16	100,0	7	100,0	181	100,0

Der Anteil der Beschäftigten, bei denen wir im Laufe unserer Untersuchung humanisierte Erwartungen in einem beachtenswerten Ausmaße gefunden haben, beträgt in der administrativen Gruppe (das technische Personal miteinbegriffen) 82,6%, bei den Facharbeitern 72,1%, bei den angelernten Arbeitern 45,5%, bei den Hilfsarbeitern 25,9%. Diese Abweichung ist - selbst unter Berücksichtigung des relativ kleinen Samples - sehr wesentlich und beweist die Richtigkeit unserer ursprünglichen Hypothese.
Es haben sich auch einige andere interessant erscheinende Zusammenhänge abgezeichnet. In der administrativen und technischen Kategorie haben wir - obwohl diese Gruppe hier sehr klein und heterogen ist - ähnliche Tendenzen festgestellt wie in den Forschungsinstituten und der technischen Intelligenz. Von den über humanisierte Erwartungen Verfügenden ist die Mehrheit (16) partiell oder voll identifiziert, und es gibt nur 3 Personen, die in die Gruppe der aktiven oder passiven Nicht-Identifikation gehören. Demgegenüber ist das Verhältnis bei den angelernten Arbeitern 25:15. Der Anteil derjenigen, die über keine humanisierten Erwartungen verfügen, springt besonders unter den körperlich tätigen Arbeitern ins Auge. Gleichzeitig ist mehr als 2/3 der Mehrheit mit ihrer Arbeit zufrieden, so daß diese Gruppe in der Praxis nicht als problematische Schicht erscheint (häufig gehören hierher gerade die guten Arbeiter, Stammarbeiter usw.). In den einzelnen Kategorien nach Beschäftigungsart unterscheidet sich das Verhältnis zwischen den mit ihrer Arbeit Zufriedenen und Unzufriedenen nicht signifikant voneinander. Dies muß umso mehr hervorgehoben werden, als wir gerade im Vorhergehenden beschrieben haben, daß es bezüglich der humanisierten Erwartungen sehr wesentliche Unterschiede gibt.
Bei den angelernten und Hilfsarbeitern liegt es in der Natur der Sache, daß wir die Identifikation mit dem Beruf nicht untersuchen konnten. Bei den Facharbeitern ist die Zahl der mit ihrem Beruf Identifizierten 24 (mit ihrem Arbeitsgebiet: 23), der Nicht-Identifizierten 7 (mit ihrem Arbeitsgebiet: 8), und es gibt eine weitgehende personelle Übereinstimmung in den gleichlautenden Identifikationsgruppen.
Dieses Ergebnis ist sehr interessant und beweist von neuem, was wir über das Verhältnis der Identifikation mit dem Beruf und mit dem Arbeitsgebiet bereits geschrieben haben. Bei dem technischen Personal und vor allem bei den Ingenieuren können die zu dem betreffenden Beruf gehörenden Arbeitsgebiete auf einer viel breiteren Skala angesiedelt werden und die Unterschiede zwischen ihnen wesentlich größer sein, was wiederum eine größere Abweichung der

Identifikation mit dem Beruf von der mit dem Arbeitsgebiet bedingen kann. Demgegenüber kann der Beruf bei den Arbeitern zwar die Ausführung von verschiedenartigen konkreten Arbeiten ermöglichen, die Unterschiede zwischen den Arbeitsgebieten sind jedoch in keiner Hinsicht (Entlohnung, Wirkungskreis, Arbeitsbedingungen usw.) so erheblich.

In der soziologischen Literatur wird die physische Arbeit häufig so dargestellt, als ob sie überhaupt nicht in der Lage wäre, humanisierte Erwartungen zu befriedigen. Schon deshalb lohnt es sich, einige dieser Gruppe zugeordnete Fälle näher zu betrachten.

Sowohl mit seinem Arbeitsgebiet als auch mit seinem Beruf hat sich z.B. auch der Tischler voll identifiziert, dessen Arbeitsgebiet - er fertigt Warenmuster an - nicht nur zu abwechslungsreicher Arbeit (er stellt die Musterstücke individuell her) Gelgenheit bietet, sondern auch dazu, daß er "alle Stoffe und Endprodukte kennt" und eine solche Arbeit ausführt, die die ständige Erweiterung seiner Fachkenntnisse erforderlich macht. Dieses Arbeitsgebiet kann zwar unter diesem Aspekt bei weitem nicht als repräsentativ angesehen werden, für ähnliche Möglichkeiten können jedoch auch andere physische Arbeiten angeführt werden. Wir sind z.B. häufig Drehern begegnet, die sich bei der Ausführung einer selbständigen Arbeit, die die ständige Erweiterung von Fachkenntnissen erforderlich machte, voll mit ihrem Arbeitsgebiet identifizieren konnten. Selbstverständlich ist nicht allein das Arbeitsgebiet das Entscheidende - wie wichtig seine Rolle auch sein mag -, es garantiert nur die objektive Bedingung für das Zustandekommen des Zustandes der Identifikation. Darüber hinaus hängt sehr viel von der Persönlichkeit und den Erwartungen des Arbeitenden ab. Im oben beschriebenen Fall z.B. ist dieses Arbeitsgebiet einem Arbeiter zugewiesen, der bereits in seiner Kindheit Kunstmöbeltischler werden wollte und nicht einfach durch den Beruf, sondern durch die in ihm ruhenden schöpferischen Möglichkeiten angezogen wurde. Obwohl dieser Plan nur modifiziert in Erfüllung ging, können die für den Arbeiter grundlegenden Erwartungen auch in seiner jetzigen Lage befriedigt werden. Daß er die kreativen Entfaltungsmöglichkeiten in seiner Arbeit sucht, belegen u.a. auch seine 40 Innovationen und zwei angenommene Erfindungen. Daneben war es ihm möglich, die Zuneigung und Achtung seiner Kollegen zu gewinnen (obwohl in solchen Fällen die Konfrontation mit den Arbeitskollegen das Näherliegende ist). Er arbeitet bereits seit mehr als 24 Jahren an seinem Arbeitsplatz und gehört zu den besten Fachkräften des Betriebes mit einem besonders hohen Lohn. Es ist die einhellige Meinung seiner Vorge-

setzten und Arbeitskollegen, daß "die Arbeit sein Lebenselement darstellt".
Bei den Facharbeitern ist es so gut wie die Regel, daß die erreichte Identifikation mit dem Beruf bzw. Arbeitsgebiet das Bestreben nach Erwerb einer höheren fachlichen Qualifikation im betreffenden Fachgebiet ganz und gar nicht auszuschließen braucht. Gleichzeitig weist die Tatsache, daß jemand innerhalb seines Faches Techniker oder Ingenieur werden möchte, nicht unbedingt auf eine Identifikation hin, weil nicht gerade selten das Hauptmotiv für dieses Bestreben in der Flucht von der körperlichen Arbeit bzw. im Wunsch nach einer mit einem höheren gesellschaftlichen Status gekoppelten Büroarbeit liegt.
Von den Arbeitern können wir auch diejenigen der Gruppe der partiellen Identifikation zuordnen, die auf Grund ihrer gesellschaftlichen Situation über Erwartungen von einem niedrigen Niveau verfügen (wie dies besonders häufig für angelernte Arbeiterinnen zutrifft), da ja in der Formung iher Persönlichkeit auch das relativ enge und nur geringe Qualifikation erfordernde Arbeitsgebiet eine wichtige Rolle spielen kann. Gerade in dieser Gruppe besteht eine gewisse Kontinuität zwischen denen, die über keine Erwartungen verfügen, mit ihrem Arbeitsgebiet jedoch zufrieden sind (5. Typus) und denen, die zur Gruppe der partiellen Identifikation gehören (2. Typus).
Unter den körperlich tätigen Arbeitern treten bei dem Typus der aktiven Nicht-Identifikation in großer Zahl junge Arbeiter auf, bei denen sich zwar bestimmte Erwartungen der Arbeit gegenüber entwickelt haben, häufig jedoch nur in der Negation des bestehenden Arbeitsgebietes zum Ausdruck kommen. Da ihre Bezahlung im allgemeinen sehr niedrig ist, kann man diese Fälle nur schwer von der Unzufriedenheit mit dem Lohn unterscheiden.
Im Gegensatz zum vorhergehenden Typus kommen in der Gruppe der passiven Nicht-Identifikation überwiegend ältere Arbeiter und unter ihnen hauptsächlich solche vor, die ursprünglich eine höhere Qualifikation erwerben oder einen anderen Beruf wählen wollten, wozu sie - in erster Linie aus materiellen oder familiären Gründen- keine Gelegenheit hatten. Sie haben sich mit der Unabänderlichkeit dieser Lage abgefunden, sind relativ gute, häufig sogar hervorragende Arbeiter, die den Sinn ihrer Arbeit erkennen. Für viele von ihnen stellt die Arbeit einen ernstzunehmenden Wert dar, selbst dann, wenn sie ihre Erwartungen nicht befriedigt und dies ihnen auch bewußt ist.
Unter den Arbeitern ist die Zahl derer relativ groß, die der 5.

Gruppe zugeordnet werden können. Sie haben vorwiegend Lohnarbeitererwartungen, die jedoch im wesentlichen befriedigt werden, so daß sie mit ihrer Arbeit bzw. mit ihrem Beruf zufrieden sind. Die meisten von ihnen sind relativ gute Arbeiter, das Hauptmotiv für die gute Arbeit liegt jedoch in der Bezahlung. In der Mehrheit von ihnen entstand bis heute kein konkreter Wunsch nach einem anderen Beruf. Als häufiges, immer mehr in den Vordergrund rückendes Motiv tritt der wirtschaftliche Zwangscharakter der Arbeit auf; der selbstverständlich auch bei den vorhergehenden Typen vorhanden ist, neben den anderen Erwartungen jedoch in den Hintergrund gerät.
Kleiner - wenn auch nicht unwesentlich - ist die Gruppe von Arbeitern, deren Zugehörige nicht nur keine humanisierten Erwartungen aufweisen, sondern darüber hinaus mit ihrer Bezahlung und den Arbeitsbedingungen oder sogar mit beiden unzufrieden sind. Es ist die Schicht, die vor allen anderen ein Problem für die Leitung darstellt; obwohl überraschenderweise auch hier die Zahl derjenigen nicht gering ist, die nach der Beurteilung der Vorgesetzten als fleißig bezeichnet werden können. Die Unzufriedenheit geht also nicht in jedem Fall mit schlechter Arbeit einher. In dieser Gruppe ist die Zahl derjenigen besonders groß, die keinen Beruf erlernt und bei denen sich im allgemeinen auch keine spezifischen Interessen für irgendeinen Beruf ausgebildet haben. Die Gestaltung ihres Lebens wurde - die Wahl ihres jetzigen Arbeitsgebietes einbegriffen - im allgemeinen von von ihrem eigenen Wollen unabhängigen Faktoren bestimmt.

Von den zu dieser Gruppe gehörenden Frauen wird sehr häufig die Meinung geäußert, daß die Arbeit nicht abwechslungsreich und interessant, sondern leicht und eintönig sein solle, da dies verminderte Aufmerksamkeit der Arbeit gegenüber erlaube und somit Träumereien über Erlebnisse und Pläne ermögliche.
Ansonsten ist geradezu für die ganze Gruppe die Betonung der An sicht charakteristisch, daß das Wichtigste die Bezahlung sei, auch bei langweiliger und monotoner Arbeit. Die Beantwortung der Fragen, welche Faktoren für das so starke Überhandnehmen dieser Erwartung verantwortlich gemacht werden können und wie man die einzelnen konkreten Fälle zu beurteilen hat, liegt auf einer anderen Ebene.
Der Unterschied zwischen den drei untersuchten Gruppen kann vor allem auf die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen zurückgeführt werden, aber wir mußten annehmen, daß auch die demographischen Merkmale - in erster Linie die Abweichung zwischen den Geschlech-

tern - eine Rolle spielen. Dies hängt vor allem mit dem realen Unterschied zusammen, der zwischen der gesellschaftlichen Lage der Männer und der Frauen auch heute noch besteht.
Um so mehr überraschte uns das in den zwei Betrieben erzielte Resultat, nach dem die Aufteilung auf die Identifikationstypen keinen tendenziellen Unterschied zwischen Frauen und Männern zeigte. Dies hängt vielleicht damit zusammen, daß auch unter den Männern, deren Mehrheit nicht von Fach-, sondern von angelernten Arbeitern gestellt wird, der Haupttypus der partiell Identifizierte bzw. derjenige ist, der über keine humanisierten Erwartungen verfügt, aber mit seinem Arbeitsgebiet zufrieden ist.

Tabelle Nr. 7:
Aufteilung der Geschlechter auf die Identifikationstypen im Sample aus den beiden Betrieben

Identifikationstypen Geschlechter:	Männer Zahl	%	Frauen Zahl	%
1. Volle Identifikation	9	11,3	13	12,9
2. Partielle Identifikation	22	27,5	25	24,8
3. Aktive Nicht-Identifikation	8	10,0	9	8,9
4. Passive Nicht-Identifikation	5	6,2	6	5,9
5. Ohne humanisierte Erw. zufrieden	22	27,5	32	31,7
6. Ohne humanisierte Erw. unzufrieden	10	12,5	11	10,9
7. Zuordnung nicht möglich	4	5,0	5	4,9
Zusammen:	80	100,0	101	100,0

Nach dem anderen wichtigen demographischen Merkmal, den Altersgruppen, haben wir im Verhältnis der humanisierten Erwartungen keinen wesentlichen Unterschied gefunden im Gegensatz zum Grad ihrer Befriedigung. In der Aufteilung auf die einzelnen Identifikationsgruppen zeigten sich - wie wir bereits bei der Behandlung der einzelnen Teilmassen erwähnten - zwei allgemeine Tendenzen.

1. In der älteren Altersgruppe wächst auf Kosten der partiellen Identifikation die Zahl der voll Identifizierten.
2. In den älteren Altersgruppen fehlt nahezu ganz die aktive Nicht-Identifikation, wächst jedoch der Anteil der passiv Nicht-Identifizierten.

All diese Untersuchungen bestätigten - bereits in diesem Anfangsstadium - unseren Ausgangspunkt und ergaben einen äußerst engen Zusammenhang zwischen den objektiven Bedingungen der Arbeit und dem Prozeß der Humanisierung. Daraus folgt, daß zur Humanisierung der Arbeit eine bedeutende Weiterentwicklung der Produktivkräfte und darauf gründend ein im Vergleich zum heutigen er-

heblich höherer Stand der Arbeitsteilung und des Konsums notwendig ist. Dies kann selbstverständlich erst nach Ablauf einer längeren Zeit eintreten. Trotzdem sind bereits heute bei dem erreichten Stand der Produktivkräfte wenn auch nicht die Möglichkeiten zur vollständigen Lösung, so doch eine Reihe von Bedingungen gegeben, mit deren Zuhilfenahme dieser Prozeß beschleunigt werden kann. Wir haben in erster Linie solche im Auge wie die Entwicklung der sozialistischen Eigentumsverhältnisse und somit der Betriebskollektive und die Erhöhung des gesellschaftlichen Wertes der Arbeit.

Anmerkungen:

(1) MEW, Ergänzungsband I, S. 514 f.

(2) Z. Kowalewski: Problemy identifikacji z zawodem. (im Sammelband: Jak pracuje czowiek, S. 207-231. Warszawa 1961.)

ANDRAS HEGEDÜS / MARIA MARKUS

DIE WAHL VON ALTERNATIVEN UND WERTEN IN DER PERSPEKTIV-PLANUNG VON DISTRIBUTION UND KONSUMTION*
(1969)

Ökonomen und Soziologen in den europäischen sozialistischen Ländern fragen sich immer häufiger, ob die besonderen Merkmale der Konsumstruktur, wie sie sich historisch in diesen Gesellschaften herausgebildet haben, angesichts der Dynamik des steigenden Wohlstands erhalten bleiben oder ob nicht vielleicht eine Änderung zu einer Struktur eintreten wird, die dem höheren Standard angemessener ist. Ist es im letzteren Falle denkbar, dem Beispiel der westlichen Industriestaaten zu folgen, oder müssen eher den sozialistischen Zielen entsprechende Wege gefunden werden?
Für Ungarn ist dies eine Frage ersten Ranges. Das Neue Ökonomische System, das in erster Linie die Sphäre der industriellen Produktion betrifft, trägt in sich schon die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen auch auf anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Deren Einfügung in ein übergreifendes Programm gesellschaftlicher Veränderung, deren integraler Teil ein langfristiges Modell von Distribution und Konsumtion wäre, ist wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der Wirtschaftsreform. Im Folgenden werden aus soziologischer Sicht einige Probleme im Zusammenhang mit dieser Aufgabe erörtert.

I. Einige methodologische Probleme, die sich bei der langfristigen Planung von Distribution und Konsumtion ergeben

Zwei Extreme stellen eine Gefahr für die langfristige Planung von Distribution und Konsumtion wie auch für jede andere Art wirtschaftlich-gesellschaftlicher Planung dar:
(a) Voluntarismus, oder die Vernachlässigung der realen Situation, was nicht ausschließt, daß man sich ständig auf gesellschaftliche Gesetze bezieht. Im Gegenteil, es kann für diese Konzeption häufig festgestellt werden, daß gesellschaftliche Entwicklung und Pro-

* Vorliegende Studie ist eine gekürzte Variante eines Exposés, das für das Staatliche Planungsamt verfaßt wurde. (A.H/M.M.)

duktion wie Naturvorgänge von Gesetzen bestimmt werden, die generell von menschlichem Einfluß unabhängig sind. Entsprechend ist es Aufgabe der Planung, diese Gesetze zu entdecken und sie zur Geltung zu bringen. Angesichts der Tatsache allerdings, daß diese Gesetze nur sehr allgemein formuliert werden können und die Formulierungen selbst willkürlich sind, eröffnet dieses Konzept die Möglichkeit zu einer Planung, die die Realitäten außer acht läßt, und dient gar als ideologische Untermauerung einer solchen Planung.

(b) Als Reaktion auf die voluntaristische Planungsmethode hat sich in den sozialistischen Ländern eine "szientistische" Planungspraxis herausgebildet, die, auf einer großen Menge empirischer Daten beruhend, sich von Ideologie frei glaubt, jedoch an alle Fragen in pragmatischer Weise herangeht, ohne die Ziele selbst wissenschaftlich zu hinterfragen. Sie behauptet, daß das Angeben von Zielen und der Wege dahin Aufgabe der Politik sei und daß die Funktion der Planung sich darin erschöpfe, die passendsten Methoden zur Erreichung dieser vorgegebenen Ziele auszuarbeiten.*

Es ist ganz klar, daß diese Tendenz zur Bildung eines beträchtlichen mathematischen Instrumentariums geführt hat und so Planung auf eine präzisere und wissenschaftlichere Ebene gehoben hat als die der voluntaristischen Methode. Trotzdem beschränkt sie die Planung, da sie nicht in der Lage ist, eine bewußte Wahl der Werte und darauf basierend eine wissenschaftliche Analyse der Ziele durchzuführen.

Das sind natürlich Extreme. In Wirklichkeit treten sie kaum in so reiner Form auf. So wurde in letzter Zeit deutlich, daß erstere Planungsmethode sich einiger exakter mathematischer Methoden zu bedienen begann, ohne sich aber wesentlich zu ändern.

Wir gehen davon aus, daß es in der gesellschaftlichen Wirklichkeit einen relativ großen Bereich von Entwicklungsmöglichkeiten gibt und daß es daher stets Raum gibt, unter ihnen eine bewußte Wahl zu treffen. Die Zukunft ist also für uns keine Art System oder Kette

---

* Wir leugnen natürlich nicht, daß die Festlegung der Ziele und der Wege dahin letztlich eine Aufgabe der Politik ist. Aber solche politische Aktivität muß der öffentlichen Kontrolle unterliegen und auch der Analyse durch die Gesellschaftswissenschaften unterworfen werden, wenn wir verhindern wollen, daß die partikulären Interessen kleiner Gruppen dabei eine entscheidende Rolle spielen.

notwendiger Ereignisse, die im voraus entdeckt werden können, sondern das Ergebnis menschlichen Handelns, das nicht eindeutig determiniert ist, auch wenn es zu jedem geschichtlichen Zeitpunkt in bestimmter Weise Beschränkungen unterliegt.
Genau aus diesem Grund kann langfristige Planung nicht darauf reduziert werden, in Form von Hypothesen aufzuzeigen, welche Veränderungen auf verschiedenen Gebieten der Wirtschaft oder des gesellschaftlichen Lebens im allgemeinen wahrscheinlich eintreten werden, sondern sie muß diejenigen Zielvorstellungen erarbeiten, die als Teil eines Programms zur Gesellschaftsveränderung die sachgerechte Analyse der empirischen Daten mit einer bewußten Wahl von Werten verbinden. Diese Zielvorstellungen müssen mit den Realitäten rechnen, also zu verwirklichen sein. Auf diese Weise bilden der langfristige Plan, der die Zielvorstellungen gesellschaftlichen Wandels und die Mittel, sie zu erreichen, umfaßt und die Prognosen möglicher Folgeerscheinungen einschließlich zufälliger Variationen die Basis für die Erarbeitung eines gesellschaftlichen Programms und notwendig werdender Veränderungen. Jede gesellschaftliche Prognose beruht im wesentlichen auf zwei Methoden, auf Extrapolation und Interpolation. Die erste stellt Vergangenheitstrends der ökonomischen, kulturellen etc. Entwicklung zusammen und projiziert sie in die Zukunft. Mit anderen Worten: sie nutzt die Erfahrungen der Vergangenheit einer Gesellschaft, um deren Zukunft zu umreißen. Die zweite, die Interpolation, basiert auf Trends, die in fortgeschritteneren Ländern als dem planenden festgestellt wurden, d.h. auf Erfahrungen in anderen Ländern als dem, dessen Zukunft vorausgesagt werden soll. Da Prognosen, die auf Extrapolation und Interpolation basieren, schon von daher innerhalb des Rahmens auf Vergangenheit gerichteter historischer Erfahrung bleiben, können sie selbstredend nicht die Grundlage einer langfristigen Planung bilden, deren Ziel in der Veränderung und Umwandlung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse liegt.
Extrapolation und Interpolation sowie die darauf beruhenden Prognosen müssen einer Kritik auf der Grundlage eines gewählten Wertsystems unterworfen werden, um die tatsächlichen Gründe der vorgefundenen Trends anzugeben wie auch Richtung und Kosten von Veränderungen, die der sozialistischen Perspektive entsprechend vorgenommen werden müßten. Nur auf der Grundlage einer solchen kritischen Analyse können Programme, d.h. konkrete Zielvorstellungen und die notwendigen Mittel dazu, ausgearbeitet werden.
Die Planungspraxis führt so durch die kritische Einschätzung von

Prognosen zu langfristigen Programmen, die dann wiederum in einem aktuellen Bezugsrahmen in konkreten Plänen ausgedrückt werden.
Aus bekannten ideologischen Gründen zog man in sozialistischen Ländern die Extrapolation vor, sobald voluntaristische Planungsmethoden als überholt erkannt wurden. Das wurde unterstützt durch die nach wie vor dominierende Überzeugung, daß in den sozialistischen Ländern bereits neue gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen seien, die sich in Zukunft ohne die Notwendigkeit weiterer grundlegender Gesellschaftsveränderungen würden fortentwickeln können. Entsprechend war der einzige Unsicherheitsfaktor beim Planen mit Hilfe der Extrapolation die Tatsache, daß man den technischen Fortschritt nicht zuverlässig vorhersagen könne. Auf dieser Basis werden gewöhnlich eindeutig determinierte Phänomene von solchen unterschieden, die nur mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit vorhergesagt wurden. Doch dies ist nur einer der Faktoren, die die Anwendung der Extrapolation beschränken.
Noch wichtiger ist die Tatsache, daß jeweils bestehende Strukturen, vorhandene Proportionen und Tendenzen extrapoliert werden und daß die Methode der Extrapolation nicht in Rechnung stellt, daß diese durch menschliche Handlung bedeutend verändert werden könnten, - deren Richtung nicht durch irgendwelche allgemeinen Gesetze bestimmt wird, sondern sich aus bewußten Wertentscheidungen ergibt. Das alles soll nun nicht heißen, daß es bei der Wahl von Alternativen keine technischen Interdependenzen zu berücksichtigen gäbe oder daß die Begrenztheiten der Extrapolation nicht durch optimale Programmierung hinsichtlich dieses oder jenes gewählten Zieles zu verringern wären. Ebenso stimmt, daß Simulationsmodelle die Mängel der Extrapolationsmethode zu verringern helfen, indem sie die Elimination verschiedener unrealistischer Voraussetzungen zulassen. Hiervon zeigt die Planungspraxis in Ungarn viele konkrete Beispiele.
Die mechanische Anwendung der Extrapolationsmethoden führt höchstwahrscheinlich zu schweren Fehlern in Bereichen, die aus irgendwelchen historischen Gründen durch Strukturmängel charakterisiert sind oder die unverhältnismäßig hinter dem allgemeinen Niveau unserer sozioökonomischen Entwicklung zurückgeblieben sind. Als Beispiel möge die Wohnungssituation dienen: das Tempo des Wohnungsbaus liegt in Ungarn hinter dem von kapitalistischen Ländern auf vergleichbarer Entwicklungsstufe.
Übrigens zeigt die Vergangenheit viele Beispiele gravierender Fehler, die durch die unkritische Anwendung der Extrapolation hervor-

gerufen wurden. So wurden aus schnellen Wachstumsraten, die dem Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg zuzuschreiben waren, unzulässige langfristige Schlüsse für die wirtschaftliche Entwicklung des Sozialismus gezogen. In den letzten Jahren haben die Experten in den sozialistischen Ländern zusätzlich zu den Methoden der Extrapolation zunehmend die der Interpolation benutzt. Das leitet sich von der Überzeugung her, daß es ein Zivilisationsmodell der gesellschaftlichen Entwicklung gebe, das das Muster für die zurückgebliebenen Länder abgeben könnte. Unterstellt man normale Entwicklung - so wird argumentiert -, kann man sagen, daß ähnliche Stufen der Wirtschaftsentwicklung in verschiedenen Ländern Lebensweisen und Konsumgewohnheiten nach sich ziehen, die einander stark ähneln, da schließlich Bedürfnisse und Lebensstil weitgehend vom Lebensstandard bestimmt werden, der wiederum auf dem Wirtschaftsniveau beruht.

Es ist sicher wahr, daß die sich entwickelnden Gesellschaften - und die sozialistischen Länder sind hierin keine Ausnahme - dazu neigen, das Konsummodell und Zivilisationsmuster der wirtschaftlich entwickelteren Länder zu übernehmen. In den sozialistischen Ländern hängt dieser Effekt teilweise vom Grad der Offenheit ab, den die Gesellschaft zeigt (eine Offenheit, deren Wachstum durch die schnelle Entwicklung der Massenkommunikationsmittel nahezu unvermeidlich geworden ist), und teilweise von dem Ausmaß, in dem die sozialistischen Länder in der Lage sind, ein eigenes Konsummodell zu entwickeln, welches die wahren Werte und Errungenschaften der Zivilisation aufnimmt und gleichzeitig die Entstellungen, die die Manipulation in den westlichen Konsumweisen hervorgerufen hat, vermeidet.

Die Erfahrung, nach der der erste der oben erwähnten Effekte ständig wächst, dient als theoretische und praktische Begründung für die Interpolation. Auf dieser Erfahrung beruhen nicht nur ideologische Theorien (z.B. die vielzitierte Konvergenztheorie) sondern auch ökonomische Analysen im engeren Sinne. Die Anwendung der Interpolationsmethode ist in den vergangenen Jahren unterstützt worden durch die Theorie der Strukturanalogie (Strukturalismus) und durch die Theorie des Isomorphismus, die von der Kybernetik entwickelt wurden und auch Verwendung fanden in den Gesellschaftswissenschaften.

Ergebnis all dessen ist eine merkwürdige Situation. Die Methode der Interpolation findet in den sozialistischen Ländern immer breitere Anwendung in der Praxis der langfristigen Planung, und das hat natürlich Auswirkungen auf die Wirtschaftstheorie. Zur selben Zeit

leben in der offiziellen Ideologie die Konzeptionen weiter, denen zufolge kapitalistische und sozialistische Gesellschaften notwendig in jeder Hinsicht voneinander divergieren. Diejenigen, die dieser Meinung sind, sind nicht bereit, die Tatsachen, die auf parallele Erscheinungen hinweisen, welche in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen mit dem gleichen Niveau der Wirtschaftsentwicklung auftreten, zu akzeptieren. Die Frage für uns ist nicht, ob es Tatsachen gibt, die die Existenz solcher Tendenzen zeigen, sondern, wieweit wir sie als notwendig und unabänderbar akzeptieren müssen. Zweifellos bringt schon der technologische Fortschritt eine Reihe identischer oder ähnlicher Probleme hervor, doch heißt das noch lange nicht, daß sie in jedem Fall auf gleiche Weise zu lösen seien. Nach unserer Meinung ist es möglich, ein Zivilisationsmodell zu schaffen, in anderen Worten: eine Lebensweise und Konsumstruktur, die sozialistischen Zwecken und Zielvorstellungen angemessen ist - und daran müssen wir arbeiten. Mit anderen Worten: wir fassen Divergenz nicht als etwas Unvermeidliches, sondern als Programm, als eine Zielvorstellung auf.

Beide oben diskutierten Prognosemethoden stellen notwendige Daten für die Planung zur Verfügung, aber sie beantworten lediglich die Frage: "Was wird passieren, wenn...?" Die Planer müssen andererseits Zielvorstellungen innerhalb des Möglichen entwickeln, sie haben die Frage: "Was soll passieren?" zu beantworten. Um das zu können, benötigt man ein Wertsystem, das die Wahl in eine bestimmte Richtung lenkt.

Deswegen verband der Marxismus stets die wissenschaftliche Prognose mit dem Kampf verschiedener gesellschaftlicher Kräfte und Bewegungen um die Verwirklichung von Vorstellungen, die auf der Basis eines gewählten Wertsystems angestrebt wurden. Gramsci schreibt: "In Wirklichkeit kann man nur den Kampf 'wissenschaftlich' vorhersehen, aber nicht seine konkreten Momente, die nur Ergebnisse kontrastierender, ständig bewegter, und nicht auf fixe Quantitäten zurückführbarer Kräfte sein können ...Es gibt tatsächlich 'Voraussicht', wenn man aktiv wird, wenn der Wille eingesetzt wird und man somit konkret dazu beiträgt, daß 'vorhergesehene'Resultat zu schaffen" (1).

Wie die vergangenen Jahre beredt illustrieren, beeinflussen die Kämpfe von verschiedenen gesellschaftlichen Kräften die Form des gesellschaftlichen Fortschritts, und Vorhersagen erweisen sich daher oft als Irrtümer.

Diese marxistische Erkenntnis war in den Hintergrund gedrückt worden in der oben kritisierten vulgärdeterministischen Planungspraxis.

Heutzutage spielt das wertorientierte Denken - 'Wert' im philosophischen und nicht im ökonomischen Sinne - selbst in der bürgerlichen Ökonomie und Soziologie eine wachsende Rolle. Eine der Grundschwierigkeiten bei der praktischen Planung, die auf Unterschieden im Wertsystem beruht, ist die häufig auftauchende Differenzierung zwischen Zielvorstellungen der ökonomischen Optimalisierung und solchen der Humanisierung des Gesellschaftslebens. In der Anfangsphase des Sozialismus lag die Betonung wegen der Zurückgebliebenheit und der Isolation auf der ursprünglichen Kapitalakkumulation und der Entwicklung der Schwerindustrie. Das führte zu einer Situation, in der die Fragen der Optimalisierung wie auch der Humanisierung in den Hintergrund gedrängt waren. Nach dem Ende der Rekonstruktionsperiode wurde jedoch sehr deutlich, daß die Geschwindigkeit, mit der sich die sozialistische Wirtschaft entwickelte, unbefriedigend war. Es traten außerordentlich scharfe Widersprüche hervor zwischen der realen Wirtschaftsentwicklung und den politisch festgelegten Zielen, wonach das Produktionsniveau der entwickelten kapitalistischen Länder in unmöglich kurzer Zeit zu erreichen sei.
Auch die Ziele stellten sich als unrealistische heraus. Das Äußerste, was getan werden kann, ist die Wachstumsrate der kapitalistischen Länder mit vergleichbarem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau zu übertreffen und den Abstand zu den entwickelten kapitalistischen Ländern zu verringern. Das allein jedoch, ohne die Lösung von Problemen anderer Art, ist sicher nicht ausreichend, um die Überlegenheit des sozialistischen Systems eindeutig zu beweisen. Genauso wichtig ist es, diejenigen gesellschaftlichen Verhältnisse aufzubauen, unter denen jedes Mitglied der Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem erreichten wirtschaftlichen Niveau seine Persönlichkeit weitestgehend entwickeln und sie in seinem Alltagsleben, d.h. bei seiner Arbeit und in seiner Freizeit, verwirklichen kann.

Viele ordnen diese Aufgaben und Ziele der Humanisierung einer wirtschaftlichen Effektivität unter und identifizieren letztere mit einem Anstieg des Lebensstandards. Die weite Verbreitung dieser Anschauung wird unterstützt durch die ideologische Haltung, die behauptet, dem Sozialismus als solchem sei es bereits gelungen, humanisierte Zustände zu schaffen, und wenn diese sich manchmal im Alltagsleben der Gesellschaft nicht ausdrücken, läge das an ökonomischer Zurückgebliebenheit. Das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung verlangt natürlich beträchtliche Einschränkungen bei der Lösung des Problems der Humanisierung. Gleichzeitig jedoch erlaubt

ein völlig gleiches Wirtschaftsniveau sehr verschiedenwertige Lösungen in Hinsicht auf den Aspekt der Humanisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse.
Unserer Meinung nach ist die richtige Kombination von Zielsetzungen der Optimalisierung und der Humanisierung die entscheidende Frage der langfristigen Planung. Und wenn wir vorhin schrieben, daß die Entstehung eines Zivilisationsmodells sozialistischen Typs möglich sei, dachten wir daran, daß dieses nicht bloß und nicht in erster Linie durch die Steigerung der ökonomischen Effektivität, sondern durch die Humanisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse einen Fortschritt für die Menschen bedeutet.
All dies heißt natürlich nicht, daß wir die Notwendigkeit einer Erhöhung der wirtschaftlichen Wachstumsrate , die zur Zeit unbefriedigend ist, leugnen wollen, - zumindest die der kapitalistischen Länder auf ähnlichem Wirtschaftsentwicklungsniveau sollte sie übertreffen. Das sozialistische Zivilisationsmodell darf freilich nicht als ein notwendiger, gesetzmäßig determinierter Entwicklungsweg aufgefaßt werden, sondern lediglich als eine Alternative, deren Verwirklichung historisch möglich ist, die aber nur das Ergebnis eines Kampfes der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte sein kann.

II Tendenzen in Richtung auf gesellschaftliche Gleichheit und gesellschaftliche Unterschiedlichkeit in den sozialistischen Ländern

Da die Konsumstruktur weitgehend von Distributionsverhältnissen abhängt, ist eine der wichtigsten Fragen hinsichtlich des sozialistischen Modells von Konsumtion die, welche Art von Unterschieden zwischen verschiedenen Schichten der Gesellschaft als wünschbar oder als zulässig zu betrachten ist.
Einkommensunterschiede werden gewöhnlich ideologisch durch das wohlbekannte Prinzip der Verteilung entsprechend der verrichteten Arbeit oder praktisch als Anreiz zu höherer Leistung gerechtfertigt. In der Praxis tauchen allerdings Unterschiede auf, die durch keiner der beiden Gesichtspunkte richtig gerechtfertigt werden können. Dies gilt besonders für die "hierarchische" Einkommensgliederung, die der Position in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung entspricht und in den europäischen sozialistischen Ländern zu wachsen neigt. Es ist bekannt, daß die Klassiker des Marxismus solche Unterschiede nicht für gerechtfertigt hielten. Mehr noch, sie sahen in deren Existenz die Gefahr einer bürokratischen Deformierung des Sozialismus. Das hing mit ihrer Anschauung zusammen, daß im So-

zialismus direkte demokratische Formen der Selbstverwaltung entstehen und dominierend würden. Dieser Weg erwies sich jedoch als ungangbar. Die professionalisierten Verwaltungsapparate sind sogar in allen europäischen sozialistischen Ländern ohne Ausnahme ständig gewachsen. Um ihre sachgemäße und effiziente Tätigkeit sicherzustellen muß denjenigen in Positionen mit höherer Verantwortung ein überdurchschnittliches Einkommen zugemessen werden. Als Ergebnis der Überbetonung hierarchischer Unterschiede einerseits, des fehlenden Zusammenhanges zwischen hohem Einkommen und tatsächlicher Leistung andererseits, sind jedoch in vielen Fällen die Proportionen verzerrt worden. Diese Verzerrungen wurden beispielsweise sehr deutlich während der Verteilung der Unternehmensgewinne 1968, als der Verteilungsschlüssel - obwohl wir gerade das Neue Ökonomische System einzuführen begannen - einen so deutlichen Unterschied zwischen den drei vorher eingerichteten Personalgruppen bewirkte, wie er nur hätte gerechtfertigt werden können bei entsprechender Erhöhung des Risikos und der Verantwortlichkeiten und damit der Effektivität der Manager.*
Die Differenzierung nach hierarchischen Stufen innerhalb der sozialistischen Gesellschaft zeigt sich nicht nur im Lohn. Es gibt noch andere, häufig versteckte und daher sehr schwer kontrollierbare Formen. An erster Stelle betrifft dies Güter und Dienstleistungen, nach denen allgemein ein gesellschaftliches Bedürfnis besteht, die jedoch nur begrenzt zur Verfügung stehen. Ihre Verteilung findet oft nach Präferenzen statt und sie werden so Teil der Privilegien bestimmter Gesellschaftsschichten, was zu erheblichen Ungerechtigkeiten führt. Beispielsweise haben bestimmte Gruppen von Managern und Funktionären im Laufe der letzten zwanzig Jahre bei der Wohnungsverteilung eine privilegierte Stellung erworben, so daß ihre Mitglieder es leichter haben, Wohnungen zu erhalten, und auf diese Weise Zuweisungen erhalten, die grob dem Lohn eines durchschnittlichen Arbeiters in 5-10 Jahren entsprechen. Das ist besonders bemerkenswert, da es - und nicht ohne jeden Grund- schon früh die Illusion gab, daß genau auf diesem Gebiet die Verteilung entsprechend den Prinzipien der Gleichheit Wirklichkeit wird**. Wie be-

* Hiermit möchten wir nicht behaupten, daß das Neue Ökonomische System dieseUnterschiede bewirkte, sondern lediglich ,daß es sie einerseits verstärkte und sie andererseits ans Licht brachte, was beiläufig an und für sich von positiver Bedeutung ist.

** Diese Illusion wird durch die Tatsache verstärkt, daß ein bestimmter Anteil neu errichteter Wohnungen von örtlichen Räten denen zu-

stimmte soziologische Untersuchungen gezeigt haben, begünstigt die Zuteilung seitens der Verwaltung systematisch die Berufsgruppen mit höherem Einkommen. Komfortable, billige Staatswohnungen, die keine Vorauszahlungen erforderlich machen, werden den Gruppen höheren Einkommens in erheblich größerem Maße zugeschanzt als denen mit geringerem Einkommen. Die letzteren müssen, um ihre Wohnsituation, die ohnehin schon schlechter ist, zu verbessern, im allgemeinen eine Wohnung bauen oder kaufen. Deutliche Unterschiede zwischen Schichten sind nicht nur an den Chancen abzulesen, eine Wohnung zugeteilt zu bekommen, sondern auch an den Bedingungen, zu denen sie Wohnungen erwerben, wenn sie sie nicht kostenlos erhalten (2).
Nach dieser Übersicht verwendeten die verschiedenen Einkommensschichten folgende Summen für die Wohnung, um ihre Wohnungsbedürfnisse zu befriedigen:

	(in Forint *)
Oberschicht	51 000
obere Mittelschicht	47 000
Mittelschicht	69 000
untere Mittelschicht	82 000
Unterschicht	73 000

"Diese Tendenz - stellen die Autoren fest - ist so stark, daß die Bereitschaft, materielle Opfer zu tragen, um die Wohnungssituation zu verbessern, eine ähnliche Verteilung nach Berufsgruppen zeigt". Obwohl die obere Einkommensklasse deutlich weniger für Wohnen ausgab, ist ihre Wohnungssituation viel besser, und das gilt für Siedlungsdichte ebenso wie für Ausrüstung und Lage.
Die Wohnungsverteilung ist lediglich die charakteristischste der hierarchischen, nicht-lohnmäßigen Distributionsunterschiede, aber lange nicht die einzige. Jeder kennt die Vorteile, die gewisse Schichten genießen, wenn es darum geht, Autos zu kaufen oder zu benutzen, Erholungsmöglichkeiten in Urlaubsorten zu erhalten, Baugelände zu erwerben und so weiter, was normalerweise nicht berücksichtigt wird, wenn man die Einkommensunterschiede untersucht.
Oft scheint es, als würden diese Privilegien im Interesse von Unternehmen oder sogar aus einem breiteren gesellschaftlichen Interessen

---

geteilt wird, die sie wirklich brauchen, aber das sind bei weitem nicht alle vom Staat errichteten Wohnungen.
* Ein Industriearbeiter verdiente 1970/72 durchschnittlich 2000 Forint im Monat. (vgl. S.27 in diesem Band)

heraus angeboten (zum Beispiel bei der Wohnungszuweisung, um gute Fachleute zu gewinnen), aber in Wirklichkeit gilt das nur für einen kleinen Teil der Fälle, und selbst dann wäre es wahrscheinlich besser, dies offen zum Ausdruck zu bringen, in Form von Geldzuwendungen. Auf diese Weise wäre die Öffentlichkeit besser in der Lage, die Angemessenheit der bestehenden Unterschiede einzuschätzen.

Während die Unterschiede zwischen hierarchischen Stufen übertrieben worden sind, entwickelte sich auf gleicher Stufe, sozusagen als Kompensation, eine äußerste Gleichheit trotz aller Anstrengungen von zentralen Institutionen, dem zu begegnen. Es gibt keine reine leistungsgerechte Unterscheidung, obwohl das eine der grundlegenden Voraussetzungen für eine dynamischere Entwicklung wäre.
Unterscheidung nach Leistung kann nicht nur auf einzelne, sondern auch auf Unternehmen angewendet werden, was durch die neuen ökonomischen Mechanismen vorgesehen ist. Daher werden Arbeiter für dieselbe Arbeit von gewinnträchtigeren Unternehmen höhere Löhne erhalten. Dies ist eine Voraussetzung, um die nötigen Strukturveränderungen in der Industrie in Gang zu setzen und um die Arbeitskraft effizienter einzusetzen, was die Hauptquelle jeglicher wirtschaftlichen Entwicklung ist.
Unterschiede zwischen Unternehmen werden sich herausschälen, wenn die verschiedenen Mechanismen des Neuen Ökonomischen Systems konsequent angewendet werden. Unterschiede nach Leistung innerhalb eines Unternehmens werden andererseits nur entstehen, wenn in dem Unternehmen bedeutende Demokratisierungsprozesse stattfinden, d.h. wenn den Arbeiterkollektiven eine echte Möglichkeit gegeben wird, die verschiedenen Managementebenen wirksam zu kontrollieren. Das ist der einzige Weg, um mit der berechtigten Sorge der Arbeiter aufzuräumen, die das Haupthindernis bei der systematischen Anwendung der Unterscheidung nach Leistung darstellt, daß nämlich das Management die Arbeitsbewertung nicht auf der tatsächlichen Leistung, sondern auf persönlichen Beziehungen und Überlegungen fußen lassen wird, so daß diese Differenzierungsart eine Verstärkung ihrer persönlichen Abhängigkeit bedeuten würde.
Nach dem Obigen ist klar, daß wir keineswegs die Notwendigkeit einer Differenzierung bis zu einem gewissen Punkt bezweifeln. Was wir für unannehmbar halten, ist das weitere Wachsen hierarchischer Differenzierung, d.h. Differenzierung nach der Position in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Demgegenüber befürworten wir Maßnahmen, die bis zu einem gewissen Punkt einen umgekehrten Effekt

auslösen. Das scheint insgesamt das Gerechtfertigtere, da höhere Einkommen, die aufgrund hierarchischer Differenzierung entstehen, nicht immer zu höherem Konsumstandard in den betreffenden sozialen Schichten führen, und zwar manchmal wegen des Fehlens entsprechender Bedürfnisse, manchmal wegen der zu geringen Zahl verfügbarer Güter. Daher können wir immer häufiger die Erscheinung beobachten, daß diese Schichten sich auf diverse Spekulationen (Grundstücke, Häuser etc.) einlassen.
Notwendige gesellschaftliche Unterschiede müssen genau unter gesellschaftlicher Kontrolle gehalten werden, und jede Anstrengung muß unternommen werden, um sicherzustellen, daß sie nicht vererbbar sind, daß die Möglichkeiten der jungen Generation zu einem möglichst geringen Teil beeinflußt werden durch den Platz, den ihre Eltern im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einnehmen, und durch deren mehr oder weniger günstige Lage hinsichtlich der Güterdistribution.

III Wie ein sozialistisches Modell von Bedürfnis und Konsum zu entwickeln ist

Um unserer Ansicht von einem sozialistischen Konsummodell Ausdruck zu verleihen, müssen wir zwischen zwei Arten persönlichen Konsums unterscheiden: primärer und differenzierter Konsum. Die Aufgaben, die beiden in einer sozialistischen Gesellschaft zufallen, sind nicht identisch.
Wir verstehen unter primärem Konsum einen minimalen, der mit dem Kultur- und Wirtschaftsniveau sich ändert und der von einer sozialistischen Gesellschaft für jedes Mitglied sichergestellt werden muß. Die Garantie dieses Minimums für jeden muß eine gesellschaftliche Zielvorstellung sein, selbst wenn bestimmte Gesellschaftsschichten oder -gruppen entsprechende Bedürfnisse noch nicht artikuliert haben.
Wir sprechen von differenziertem Konsum, wenn das Produktionsniveau und die Konsumformen - wenigstens für einige Individuen, Gruppen oder Schichten - einen Konsum erlauben, der über dem Grundniveau liegt, oder eine Art Grundbedürfnisbefriedigung, die sich vom Durchschnitt unterscheidet.
Beide Konsumarten sind dynamisch. Sie werden im Grunde von zwei Größen bestimmt, dem ökonomischen Niveau der gegebenen Gesellschaft und dem gewählten Wertsystem; und auf Grundlage des letzteren machen wir den Unterschied zwischen primärem und differenziertem Konsum.
Unter den gegebenen Umständen in Ungarn, beim gegenwärtigen

Niveau des Nationaleinkommens und der Dynamik des Wirtschaftslebens, können Nahrungsmittel, Kleidung und Wohnung als primärer Konsum angesehen werden, der nötig ist, um eine gesunde Lebensweise sicherzustellen und eine Chance zu bieten, sich selbst und seine Familie zu erziehen ohne Rücksicht auf finanzielle Umstände. Was das letztere anbelangt, geht es um mehr als nur um eine Art minimalen Standard, was Nahrung, Kleidung und Wohnung anbelangt; eingeschlossen sein muß eine freie und unbegrenzte Chance zur Bildung (innerhalb der von der Gesellschaft angebotenen Möglichkeiten), die durch Neigungen und Fähigkeiten des Individuums gesteuert wird. Natürlich reicht ein Wertsystem nicht aus, um konkret Standard und Struktur primären Konsums in einer gegebenen Gesellschaft festzulegen. Man muß eine Anzahl ökonomischer Berechnungen anstellen, die Ziele und Möglichkeiten kritisch konfrontieren. Die Sicherstellung eines solchen Niveaus des primären Konsums für jedermann muß - neben der ständigen Ausdehnung des differenzierten Konsums - als ein unentbehrliches Merkmal des sozialistischen Konsummodells angesehen werden.
Besonders für die junge Generation ist die Garantie eines Grundniveaus des Konsums wichtig. Nicht nur müssen die primären Bedürfnisse der Jugendlichen sichergestellt werden, sondern es müssen auch solche Verhältnisse geschaffen werden, die gleiche Chancen für einen differenzierten Konsum bieten, so daß die differenzierten Bedürfnisse der Jugendlichen und die Möglichkeiten und Wege zu ihrer Befriedigung nicht allein durch die soziale Position ihrer Eltern festgelegt werden. Nur das bewußte Ausarbeiten eines sozialistischen Konsummodells kann die Auswirkungen neutralisieren, die eine Gesellschaft auf die Jugend hat, die so strukturiert ist, daß sie unterschiedliche Startmöglichkeiten und Lebensperspektiven für einzelne Schichten bietet.
Primärer Konsum kann nicht einfach durch Geldzuwendungen sichergestellt werden, denn Geld, ein allgemeines Zahlungsmittel, kann stets zur Befriedigung nicht primärer Bedürfnisse ausgegeben werden. Das bezieht sich besonders auf diejenigen, die nicht in der Position sind, darüber zu entscheiden, wie das Geld ausgegeben wird (Kinder, nichtverdienende Familienmitglieder etc.). Deshalb betrachten wir solche Bemühungen mit Sorge, die auf die Verminderung der Zuwendungen in Naturalform gerichtet sind und die Zuwendungen an die Person des Brotverdieners binden wollen und sie praktisch in eine Art Zusatzlohn verwandeln.
Man kann den Jugendlichen keinen gleichen Start garantieren, indem man ausschließlich auf das Mittel der Geldverteilung rekurriert

(z.B. durch Heraufsetzung des Kindergeldes). Neue Arten von Zuwendungen in Naturalform müssen geschaffen und die bestehenden müssen erweitert werden. So muß das Netz von Kindergärten und Internaten weiterentwickelt und Schulbücher sowie bestimmte kulturelle Möglichkeiten müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Auf dieser Basis können wir auch die Frage einer allgemeinen Bildung angehen. In dieser Hinsicht sollten sozialistische Länder wirklich das Niveau kapitalistischer Länder mit vergleichbarem Nationaleinkommen übertreffen. Um gleiche Startchancen zu sichern, muß man zunächst die Grundschulen auf ein gleiches Niveau bringen. Die deutlichen Unterschiede, die noch in ihnen vorherrschen, engen die Möglichkeiten, eine höhere Schulbildung zu erhalten, für Kinder aus Familien in schwierigen finanziellen und kulturellen Umständen nach wie vor ein. Deswegen müssen wir einerseits das Internatssystem immer mehr ausweiten, andererseits bei der Verteilung moderner technischer Hilfsmittel (TV, audiovisuelle Techniken etc.) beispielsweise, bewußt Schulen bevorzugen, die ansonsten benachteiligt sind.

Bezüglich der Verlängerung der obligatorischen Schulzeit, ein Projekt, dem wir langfristig voll zustimmen, glauben wir, daß gegenwärtig ein oder zwei Jahre Kindergarten, die für alle zur Verfügung stehen, wichtiger sind als die Ausdehnung der Schulpflicht. (Dieser Vorschlag ist übrigens in den langfristigen Planungsarbeiten des nationalen Planungsbüros formuliert worden.) Ein Grund hierfür liegt darin, daß die egalisierende Wirkung der Erziehungseinrichtungen am größten ist, wenn die Schüler jung sind, wie durch recht viele Forschungsergebnisse gezeigt worden ist. Kulturelle Unterschiede, die in der Kindheit aufgebaut werden, können später nur schwer überwunden werden. Oft wird gesagt, eine höhere allgemeine Schulbildung vermehre die gesellschaftliche Unzufriedenheit, weil sie Leute erzeugt, die Ansprüche bezüglich ihrer Arbeit und ihrer sozialen Stellung erheben, welche bei dem gegebenen Stand der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Höhe des Nationaleinkommens nicht zu befriedigen sind. Das ist teilweise richtig, aber diese Art Unzufriedenheit kann großenteils gerade solche gesellschaftlichen Veränderungen - in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, in der Technologie usw. - vorwärtstreiben, die mit den Zielen der sozialistischen Gesellschaft in Einklang stehen. Erhöhung des allgemeinen Ausbildungsniveaus ist auch für die Volkswirtschaft von Vorteil, da sie es den Individuen ermöglicht, sich schneller auf den technischen Fortschritt einzustellen. (Heutzutage verschwenden wir

häufig zu viel Zeit darauf, Leuten überholte Dinge beizubringen oder Wissen, das in Kürze veraltet sein wird, besonders bei der Ausbildung von Facharbeitern.) Noch wichtiger ist vielleicht die Tatsache, daß eine Erhöhung des allgemeinen kulturellen Niveaus den Prozeß, eine Gesellschaft demokratischer zu machen, fördert, da sie ihren Mitgliedern erlaubt, die oft sehr komplexen Zusammenhänge zu verstehen. In diesem Fall dient Bildung nicht nur der erhöhten vertikalen oder horizontalen Mobilität der einzelnen, wie es in den letzten zwanzig Jahren geschah, sondern stellt sicher, daß diejenigen, die direkt im Produktions- und Dienstleistungssektor beschäftigt sind, ihre Rolle bei der gesellschaftlichen Kontrolle spielen, und sie kann auch jene Unzufriedenheit teilweise kompensieren, die aus der Tatsache entsteht, daß im unmittelbaren Arbeitsprozeß wegen seines spezialisierten Charakters nicht alle Aspirationen zur Geltung kommen können.

Heute führt also zu Unzufriedenheit, daß Leute überdurchschnittlicher Qualifikation (z.B. Abiturienten) nur selten in Berufen mit niedrigem Prestige anzutreffen sind; aber diese Situation wird sich ändern, wenn die allgemeine Schulbildung höher wird.

Nach der Ausbildung stellt heute die Wohnung den nächstwichtigen Teil primären Konsums dar. In dieser Hinsicht ist vor allem ein verstärkter Wohnungsbau vonnöten. Auch hier scheint das (heute von der Realisierung weit entfernte) Ziel gänzlich gerechtfertigt, daß wir mehr Unterkünfte erstellen sollten als kapitalistische Länder mit gleichem nationalem pro-Kopf-Einkommen. Nur ein erheblicher Anstieg der Wohnungsanzahl kann ein angemessenes Wohnen sichern, das die allgemein anerkannten gesellschaftlichen Normen für jedes Gesellschaftsmitglied erfüllt, ohne Beachtung der Position seiner Familie *. Das hängt auch mit der schon erwähnten Anforderung zusammen, die Ressourcen der Gesellschaft konzentriert dafür einzusetzen, daß die Startbedingungen der neuen Generation so weit wie möglich gleich sind. Daraus folgt, daß im Falle von Unterkünften, die die primären Bedürfnisse befriedigen, die Mieten nicht vom gegenwärtigen niedrigen Niveau auf eines angehoben werden, das Marktbedingungen entspräche. Allerhöchstens sollten sie die Reparaturkosten decken (was auch eine beträchtliche Erhöhung einschließt). Marktbedingungen sollten nur für Wohnungen der differen-

* Das heißt freilich nicht, jedes Gesellschaftsmitglied müsse auf dem Standard der gegebenen Bedingungen leben. Es gibt auch differenzierte Bedürfnisse, und sie wachsen sogar auf diesem Gebiet ständig, -die Gesellschaft muß sich bemühen, auch ihnen gerecht zu werden.

zierten Bedürfnisse von Bedeutung sein. Das heißt natürlich, daß die Miete für eine staatseigene Wohnung dieses Typs erhöht werden könnte und auch sollte. Dieses Prinzip muß auch für die Zuteilung von Wohnungen gelten: Wohnungen zur Befriedigung ausschließlich primärer Bedürfnisse sollten kostenlos zugewiesen werden. Andererseits, im Falle von Wohnungen für differenzierte Bedürfnisse, sollten die zusätzlichen Baukosten vom Mieter ohne Rücksicht auf seine gesellschaftliche Stellung getragen werden. Diejenigen, die ihre eigenen Häuser, privat oder in Kooperation, bauen - vorausgesetzt, daß sie es wirklich zur Befriedigung eigener Wohnbedürfnisse tun -, sollten bis zur Höhe der Normalkosten des staatlichen Hausbaus unterstützt werden, sofern sie ihre vorherige Wohnung dem Staat zur Verfügung stellen.
Obwohl dieses System die unbegründeten Vorteile einiger Schichten und Individuen verringern würde, werden solche Privilegien solange fortbestehen, bis jeder zufriedenstellend wohnt. Nach unserer Meinung ist die wichtigste Aufgabe der langfristigen Planung für die nächsten zwanzig Jahre darin zu sehen, daß eine Situation geschaffen wird, in der jedem eine Wohnung zur Verfügung steht, die zumindest das befriedigt, was wir primären Konsum nannten. Dieses sollte ein Recht sein, das der Staat jedem seiner Bürger garantiert und das nicht durch hohe Mieten eingeschränkt ist.
Wir stimmen daher nicht mit der relativ weitverbreiteten Ansicht überein, die am deutlichsten von Tibor Liska vertreten wurde, daß "es vorteilhaft für Staat wie Bevölkerung ist, wenn die Leute höhere Einkommen beziehen, um Mietsteigerungen abzudecken, die durch marktgerechte Mieten entstehen" (Valóság, 1969, Nr.1, S.22) Eine Kompensation in Geld für höhere Mieten ("im Verhältnis zu Familiengröße und -einkommen") löst nicht das von uns aufgeworfene Problem, da sie die Wahrscheinlichkeit, daß die Wohnungssituation weiterhin, sogar weit unter annehmbaren Minimalnormen, differenziert bleibt, aufrechterhält, ja sogar vergrößert. Von den verschiedenen Komponenten des primären Konsums haben wir bis jetzt Ausbildung und Wohnung hervorgehoben und nicht solche primären Bedürfnisse im traditionellen Sinne wie Nahrung und Kleidung. Dies erklärt sich daraus, daß die von uns hervorgehobenen Komponenten in den nächsten 20 Jahren im Mittelpunkt stehen werden und die Ressourcen der Volkswirtschaft auf sie konzentriert werden müssen. Das heißt natürlich nicht, daß wir glaubten, Nahrungsmittel und Bekleidung seien kein Problem mehr für einige Schichten der Gesellschaft und das Problem der Armut sei insofern gelöst.
Die Zahl der Notleidenden und in weiterem Sinne Armen ist ver-

gleichsweise klein heute, aber wenn wir sie nicht beachten oder wenn wir der Befriedigung primärer Bedürfnisse nicht Vorrang im Plan einräumen, könnte sie leicht ansteigen. Dieses Problem taucht in besonderer Weise auch bei der Zigeunerfrage auf. Ihre Subkultur bezieht sie in eine nicht-zivilisierte Lebensweise ein. Wir wollen nicht in Einzelheiten gehen, doch bei der Ausarbeitung der entsprechenden Pläne muß man daran denken, daß nicht nur Finanzen zur Lösung der Frage benötigt werden, sondern daß die tatsächlichen Ergebnisse einer mechanisch angewendeten Eingliederungspolitik überprüft werden müßten.

Im Interesse des Kampfes gegen die Armut ist es weiterhin nötig, die Grundnahrungsmittel zu subventionieren - wenigstens solange, als man nicht sicherstellen kann, daß auch bei Marktpreisen jeder seine primären Bedürfnisse im obigen Sinne befriedigen könnte. Durch die Ausweitung der Schul- und Kindergartenmahlzeiten und der öffentlichen Kantinen mit billigem, aber gutem Essen könnte die Lösung dieses Problems beschleunigt werden.

Die Befriedigung der primären Bedürfnisse, worauf wir bisher besonderen Wert gelegt haben, ist nur ein Aspekt des sozialistischen Konsummodells, wenn auch nach unserer Meinung gegenwärtig der wichtigste. Langfristig jedoch wird die Erweiterung und angemessene Befriedigung differenzierter Bedürfnisse steigende Bedeutung erlangen. Wenn eine sich dynamisch entwickelnde Gesellschaft ein bestimmtes Niveau erreicht hat, ist der Mensch nicht mehr durch die Notwendigkeit, seine primären Bedürfnisse zu befriedigen, also nicht durch Angst vor Hunger und Armut, zur Arbeit motiviert, sondern durch den Wunsch, seine schnell wachsenden differenzierten Bedürfnisse zu befriedigen. Das gibt der sozialistischen Gesellschaft, wenn erst einmal ein bestimmter Entwicklungsstand erreicht ist, die Möglichkeit, die Befriedigung der Grundbedürfnisse bewußt aus dem Anreizsystem auszuschließen, d.h. sie von der Arbeitsleistung loszulösen. Und genau deswegen ist es äußerst wichtig, die Befriedigung differenzierter Bedürfnisse mit entsprechenden Gütern und Dienstleistungen zu ermöglichen, um ihre Funktion als Anreize voll zur Wirkung kommen zu lassen.

Differenzierter Konsum treibt nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung voran, sondern erlaubt auch die vielseitige Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit. Natürlich hat nicht jedes differenzierte Bedürfnis und seine Befriedigung diese Wirkung. Es gibt auch den sogenannten Status-Konsum, d.h. den Konsum, der mit der eigenen gesellschaftlichen Position verknüpft ist, ein wohlbekanntes Phänomen, das vor allem der Befriedigung manipulierter Bedürfnisse

dient.
Selbstverständlich kann man Konsumgüter und Dienstleistungen danach aufgliedern, ob sie zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen oder lediglich bestimmte Status- oder Prestigebedürfnisse befriedigen. In dieser Hinsicht sind einige vollkommen neutral, und was noch wichtiger ist: ein und dasselbe Konsumobjekt kann in verschiedenen konkreten Situationen verschiedene Funktionen erfüllen. Ein Grund dafür, daß wir dieses Problem in diesem Aufsatz nicht eingehend analysieren wollen, ist die bestehende Konsumstruktur im heutigen Ungarn, die vor allem noch von der Tatsache bestimmt wird, daß reale Bedürfnisse nicht ausreichend befriedigt werden. Obwohl in bestimmten Gesellschaftsgruppen Erscheinungen eines Status- und Prestigekonsums zu beobachten sind, kann man sie noch nicht klar von der Befriedigung differenzierter Bedürfnisse unterscheiden, da sie in erster Linie auf Objekte und Dienste gerichtet sind, die noch nicht allgemein zur Verfügung stehen, für die aber ein weitverbreitetes Verlangen schon vorliegt.
Unsere Betonung, differenzierter Konsum habe vor allem der Entfaltung der Persönlichkeit zu dienen, steht nicht im Widerspruch zur Befriedigung bestimmter Bedürfnisse in kollektiver Weise. In der vergangenen Periode konnte man eine Tendenz zu zunehmend individualistischen und warenzentrierten Haltungen in den meisten sozialistischen Ländern ausmachen. Dies ist bis zu einem gewissen Grad eine Reaktion auf den exzessiven Kollektivismus, der sich großenteils aus der Armut und den Merkmalen der ersten Periode sozialistischer Entwicklung ergab. Das wahre Problem tritt auf, wenn Bedürfnisse sowohl individuell als auch kollektiv zu befriedigen sind. In vielen Fällen ist die kollektive Lösung schon aus rein ökonomischen Motiven heraus gerechtfertigt, aber oft wird ihre Wahl auch durch andere wichtige Überlegungen unterstützt, zum Beispiel durch die Tatsache, daß eine bestimmte Dienstleistung oder eine Ware breiteren Gesellschaftsschichten zugute kommt und, was mehr ist, ein Moment in der Gestaltung einer neuen Lebensweise werden könnte.
Das heißt natürlich nicht, daß wir dafür plädieren, der Bevölkerung kollektiven Konsum aufzudrängen. Wir behaupten bloß, daß wir eine reale, alternative Lebensweise schaffen müssen, und zwar dergestalt, daß die kollektive Lösung eine gewisse ökonomische Präferenz genießen sollte. Gegenwärtig ist das Gegenteil zu bemerken: in vielen Fällen gibt es praktisch keine Wahlmöglichkeit mehr und viele Bedürfnisse können oft nur mehr in einer individualistischen Manier befriedigt werden. Die Mutterschaftsbeihilfe ist hier sehr lehr-

reich in ihrer Widersprüchlichkeit. Sie ist eine echte Hilfe für solche Mütter, die keine andere Möglichkeit finden, auf ihr Kind aufzupassen, aber andererseits wird sie, wenn sie mit einer Verlangsamung im Bau von Kinderkrippen einhergeht, viele Mütter dazu veranlassen, ihre Arbeit zu unterbrechen, es sei denn, sie verdienten sehr viel.
Ähnliche Probleme treten in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auf. So hat die Ausdehnung gewerkschaftlicher und unternehmenseigener Möglichkeiten für Urlaub und Erholung nicht Schritt halten können mit dem wachsenden Bedürfnis danach; und an Dinge wie automatisierte Wäschereien, gemeinsame Spiel- oder Fernsehräume etc. wird bei der Planung neuer Wohnhäuser noch nicht gedacht.
Das Zurückdrängen kollektiver Lösungen fördert direkt die Verbreitung so typischer Merkmale des westlichen Zivilisationsmodells wie z.B. das Sichzurückziehen der Familien aus der Gesellschaft, die Bildung einer apolitischen Haltung und die übertriebene Bindung an materielle Güter usw.
Es kann die Frage auftauchen, ob es überhaupt möglich ist, auf die Entwicklung der in einer Gesellschaft bestehenden Bedürfnisse Einfluß zu nehmen und wenn, auf welche Weise. Eine andere Frage wäre, ob wir wünschen können, unsere Konsumziele zu erreichen, indem wir das Angebot begrenzen. Eine weitere Angebotseinschränkung würde allerdings erhebliche Unzufriedenheit in der Gesellschaft hervorrufen.
Die Veränderung von Bedürfnissen ist natürlich ein ständiger Prozeß insofern, als er auch dann stattfindet, wenn bewußte, gewollte Einflußnahme in ihm keine bedeutende Rolle spielt. Die "gesellschaftliche Produktion" von Bedürfnissen ist vor allem von mehreren Faktoren bestimmt, so von der technischen Entwicklung, die neue Bedürfnisse schafft oder andere Befriedigungsmöglichkeiten für alte ; vom Wachstum der Arbeitsproduktivität, das wesentlich das allgemeine Niveau festlegt, bis zu dem der Konsum steigen kann; von den Verteilungsproportionen und -relationen, die konkret das Konsumniveau für verschiedene Klassen und Schichten innerhalb der Gesellschaft und dadurch bis zu einem gewissen Grad auch ihre Struktur bestimmen. Auch die Rolle von Traditionen, Gewohnheiten, Normen und Wertsystemen, die von der Gesellschaft insgesamt oder von einigen Gruppen akzeptiert werden, ist keineswegs unbedeutend. Sie legen in mehr oder minder großem Ausmaß das Konsummodell fest, das gesellschaftlich als wünschbar angesehen wird, und beeinflussen auf diese Weise auch die Bedürfnisse.

Ebenso wichtig ist es, sich vor Augen zu halten, daß sich in der Bedürfnisstruktur zuallererst diejenigen Momente als die langlebigsten erweisen, die tatsächlich Teil des Alltagslebens der Leute werden. Auch ihr Charakter ist weitgehend durch die Art dieser Aktivität bestimmt.

Abgesehen von der Tatsache, daß Entscheidungen hinsichtlich der oben erwähnten technischen und ökonomischen Faktoren indirekt die Bedürfnisse beeinflussen, hat der Staat noch zwei Mittel zu seiner Verfügung, mit denen er direkt Einfluß auf die Formung von Bedürfnissen nehmen kann: das bewußte Formen eines Wertsystems (mithilfe der Schulen, der Erwachsenenbildung und der Massenkommunikationsmittel) und die Direktwerbung für bestimmte Waren. Obwohl beide nötig sind, haben sie nicht denselben Wert für einen sozialistischen Staat. Zur selben Zeit erhält das zweite Mittel (Werbung) wegen der Gewinnorientierung der industriellen Produktion mehr Gewicht, obwohl es im Grunde eine Art der Manipulation darstellt, da es nicht direkt zur Entwicklung der Wahlfähigkeiten des Menschen führt, sondern eher - den Schein der Wahl aufrechterhaltend - zu deren Rückentwicklung. Andererseits hat die direkte Beeinflussung des Wertsystems relativ enge Grenzen, wenn sie auch nicht zu vernachlässigen ist bei der Entwicklung einer neuen Lebensweise. Man kann Leuten nicht Werte einpflanzen, die in ihrem Alltagsleben keine Bedeutung haben, die bei ihren täglichen Aktivitäten nicht wichtig sind.

Daher müssen wir in erster Linie die Sphäre menschlicher Tätigkeit verändern, um Bedürfnisstrukturen zu verändern, während wir gleichzeitig sicherstellen müssen, daß die auftauchenden Bedürfnisse befriedigt werden. Wenn man daher den gesellschaftlichen Mechanismus schaffen könnte, der es den Arbeitern wirklich erlaubte, mitzureden und Kontrolle über die Entscheidungen hinsichtlich Produktion und Distribution auszuüben, würde dies die Kultivierung des Menschen und eine Änderung des Konsum in diese Richtung viel eher stimulieren als jede Art Propaganda für kulturelle Werte, wie intensiv sie auch sein mag.

"Sinnvoller" Konsum kann nur entstehen in Verbindung mit sinnvollem Leben. Das sozialistische Zivilisationsmodell muß deswegen auf alle Lebensbereiche von der Produktion bis zur Konsumtion ausgedehnt werden. Das bedeutet natürlich auch, daß die Geschwindigkeit dieser Transformation nicht hoch ist und daß wir für einige Zeit mit halben Lösungen zufrieden sein müssen. Aber auch dann, so meinen wir, ist es außerordentlich wichtig, die Entwicklungsperspektiven darzulegen, um sicherzugehen, daß konkrete praktische

Lösungen innerhalb der festgelegten Richtung stattfinden und daß sie nicht einen gegenteiligen Effekt ausüben.

Anmerkungen:

(1) A. Gramsci, Philosophie der Praxis, Frankfurt 1967, S.221

(2) Szelény/Konrád: Soziologische Studien über soziale und wirtschaftliche Auswirkungen der Wohnungspolitik, Pécs-Szeged 1969.

M. MARKUS/ A. HEGEDÜS
FREIZEIT UND ARBEITSTEILUNG
(Oktober 1971)

In den Werken von Marx findet man die Umrisse zweier verschiedener Konzeptionen in bezug auf die Möglichkeit, die menschliche Freiheit zu erweitern. Jede hat ihre Gruppe von Anhängern, auch unter den modernen Sozialwissenschaftlern.

Der einen Konzeption zufolge kann das Reich der Freiheit - in Anbetracht der durch die Arbeitsteilung gegebenen Schranken - nur außerhalb der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit erreicht werden. Deshalb sei das höchste Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung die Vermehrung der Freizeit, die so zu verwenden sei, daß der einzelne den materiellen und geistigen Reichtum der Gesellschaft in ständig wachsendem Maße genießen könne und die Kluft zwischen der tatsächlichen Entwicklung des einzelnen und den von der Gesellschaft gebotenen Entwicklungsmöglichkeiten immer kleiner werde.

Der zweiten Konzeption zufolge sei die grundlegende Aufgabe die Humanisierung der Arbeit. Deshalb seien fundamentale Veränderungen in der Sphäre der gesellschaftlich notwendigen Arbeit selbst erforderlich, vor allem die Aufhebung der durch die Arbeitsteilung gegebenen Schranken und die Entwicklung geeigneter Formen einer wirksamen gesellschaftlichen Kontrolle. Auf diese Weise soll für jeden Menschen die Möglichkeit geschaffen werden, sich in der Arbeitswelt selbst zu verwirklichen.

In unserer Studie wollen wir unter anderem beweisen, daß Freizeitwelt und Arbeitswelt eng zusammenhängen und daß es daher unmöglich ist, in einer der beiden Sphären tiefgreifende Veränderungen vorzunehmen, solange die andere unverändert bleibt.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Beschränkung des "Reichs der Freiheit" auf die Freizeit keine Lösung ist. Die offiziell "arbeitsfreie" Zeit wird nicht mit Aktivitäten ausgefüllt, die der Vervollkommnung des einzelnen und seiner Persönlichkeit dienen, sondern sie wird - aus verschiedenen Gründen - ebenfalls zum Geldverdienen verwendet. Daher bilden die Freizeitaktivitäten in verschiedenen Formen einen Teil des Produktionsprozesses und stehen folglich unter dem negativen Einfluß sowohl der Arbeitsteilung als auch der bestehenden Arbeitsorganisation. Illusionsfreie Erfahrung und soziologische Forschung haben gleichermaßen bewiesen, daß eine Vermehrung der "Freizeit" an sich die Lebensweise der Menschen nicht ändert, sondern bestenfalls die Möglichkeit bietet, gewisse Tätigkeiten, welche der Befriedigung der am intensivsten

empfundenen Bedürfnisse innerhalb der gegebenen Lebensweise dienen, zu vermehren oder zu entfalten.
Der zweiten Konzeption einer Realisierung der menschlichen Freiheit stehen ebenso große Hindernisse entgegen. Die Arbeitsteilung fesselt die Menschen meist fürs ganze Leben an bestimmte Beschäftigungen oder Berufe. Außerdem wird die Berufswahl in den meisten Fällen durch äußere Faktoren bestimmt, auf die der Arbeiter (oder die Arbeiterin) keinen Einfluß hat, und diese Einschränkungen lassen auch weiterhin wenig Möglichkeit für die individuelle Entwicklung und Selbstverwirklichung.
Um einen Ausweg zu finden, wollen wir analysieren, welche Haken jeder der beiden Wege hat.

Freizeit zum Geldverdienen

Beginnen wir mit den auf die Freizeit gesetzten Hoffnungen, so ist es offenkundig und ein unbestreitbar positiver Faktor, daß die "offiziell" arbeitsfreie Zeit in allen industriell entwickelten Ländern beträchtlich zunimmt. Dies könnte leicht zu der Schlußfolgerung führen, auch die echte Freizeit nehme in gleichem Maß zu. In der Praxis wächst in fast allen jenen Ländern die außerhalb der offiziellen Arbeitszeit zu Erwerbszwecken verwendete Zeit ebenfalls beträchtlich.* Gegenwärtig gilt dies hauptsächlich für die Männer, da die Frauen derart mit Hausarbeit belastet sind, daß sie faktisch überhaupt keine Freizeit haben. In dieser Hinsicht ist keine wesentliche Änderung zu erwarten, selbst wenn die offizielle Arbeitszeit weiter verkürzt wird, denn es ist wohlbekannt, daß die Mechanisierung die Hausarbeit zwar erleichtert, doch die dafür erforderliche Zeit kaum vermindert (außerdem ist der allgemeine Anstieg kultureller Ansprüche seinerseits auch sehr zeitraubend**). Zugleich wird die Hausarbeit ebenfalls unter ökonomische.m

---

* In einem kürzlich erschienenen Buch dokumentiert der polnische Soziologe J. Danecki (1) diese Tatsache mit Daten aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern. Für die britischen Arbeiter hat F. Zweig (2) in einer Untersuchung den detaillierten Nachweis erbracht.

**Fourastie sagt voraus, in zwanzig Jahren werde die gesetzliche Arbeitszeit im Westen nur noch 30 Stunden wöchentlich betragen, während die Hausarbeit, je nach Kinderzahl, nach wie vor 40 bis 80 Stunden erfordern werde. (3)

Druck ausgeführt (nicht immer in dem Sinn, daß die Hausfrau Geld verdienen muß, aber jedenfalls im Sinn des Sparens), und alles über die zwangsläufige Arbeitsteilung Gesagte gilt auch für sie, unabhängig von der Person. (Das trifft allerdings nicht auf jene zu, die eine solche Tätigkeit aus freiem Willen gewählt haben.)
Es ist äußerst schwierig, genau festzustellen, wieviel Freizeit zum "Geldverdienen" verwendet wird. Dazu gehören verschiedene Tätigkeitstypen, von Halbtagsposten und Überstunden über Kleingartenarbeit und Hausarbeit bis zu Beschäftigungen, die entweder des zusätzlichen Einkommens oder zumindest der Geldersparnis wegen betrieben werden. Daß in vielen Fällen die Menschen sich viel eher mit ihrer Erwerbstätigkeit außerhalb der offiziellen Arbeitsstunden identifizieren können als mit ihrem offiziellen Posten, und zwar schon deshalb, weil sie sich jene Tätigkeit selbst gewählt haben und dabei im allgemeinen größere Unabhängigkeit genießen, ändert daran nicht das geringste.
Obgleich es zu diesem Punkt keine umfassenden Daten gibt, lassen die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen und eine Menge von Einzelinformationen darauf schließen, daß auch in Ungarn mit der Verkürzung der offiziellen Arbeitszeit eine Zunahme des zu Erwerbszwecken (im obigen erweiterten Sinn) verwendeten Teils der sogenannten Freizeit Hand in Hand geht.* Folglich bleibt sehr wenig Zeit übrig (namentlich, wenn wir auch den wachsenden Wohlstand der Gesellschaft als Ganzes und die dementsprechend erweiterten Möglichkeiten des einzelnen in Betracht ziehen), die,

---

* Einer kürzlich durchgeführten soziologischen Untersuchung über die Freizeitverwendung städtischer Industriearbeiter und Angestellter zufolge verzeichnen 17 Prozent der Arbeiter in der Budapester Schwerindustrie, 15 Prozent der Arbeiter in den Komitatsstädten und 24 Prozent jener in den Bezirksstädten eine Zunahme der Überstunden. 18 Prozent der gelernten Arbeiter und 26 Prozent der höheren Angestellten haben eine regelmäßige Nebenbeschäftigung und zwei Drittel beider Kategorien eine gelegentliche. Auch die Art und Weise, wie der bezahlte Urlaub genutzt wird, gehört mit zum Bild. Ein erheblicher Teil der Arbeiter verbringt den Urlaub mit Arbeit, und viele nehmen ihren Jahresurlaub überhaupt nicht oder nur zum Teil. (4)

mit den Worten von Marx, "nicht durch unmittelbar produktive Arbeit absorbiert wird, sondern zum Genießen, zur Muße frei bleibt, so daß sie zur freien Tätigkeit und Entwicklung Raum gibt","... die nicht wie die Arbeit durch den Zwang eines äußeren Zwecks bestimmt ist, der erfüllt werden muß, dessen Erfüllung Naturnotwendigkeit ist oder soziale Pflicht, wie man will". (5) Somit stellt sich die Frage, was die Menschen zwingt, ihre Freizeit zum Gelderwerb zu verwenden.

Der Zwang zur Freizeitarbeit

Einer der Gründe ist vor allem der Wunsch, sich die materiellen Güter zu verschaffen, die zu einem "anständigen Lebensstandard" gehören. Auf der Entwicklungsstufe, die Ungarn heute einnimmt, ist dies ein Problem für relativ breite Bevölkerungsschichten. Natürlich muß bei der Erörterung dieser Frage auch berücksichtigt werden, daß die Kriterien eines "anständigen Lebensstandards" sich beträchtlich gewandelt haben. (6) Dennoch ist es eine Tatsache, daß gewisse Dinge, die als Bestandteil der elementaren Lebensbedingungen gelten (Wohnung und bestimmte langlebige Konsumgüter), mit den heutigen durchschnittlichen Grundlöhnen nicht beschafft werden können.

Dies wird noch verschärft durch den Umstand, daß das Bedürfnis nach mehr Freizeit übertroffen wird von dem wachsenden Bedürfnis nach Gütern, die trotz zunehmender Produktion beim derzeitigen Umfang des Nationaleinkommens noch für breite Arbeiterschichten unerreichbar sind. Das Anwachsen des "Besitzstrebens" wird noch gefördert durch solche sich stetig ausbreitende Erscheinungen wie Prestigekonsum oder auch simple Nachfragemanipulation (z.B. in Form profitorientierter Reklame in immer größerem Maßstab).

Sowohl die Sicherung eines "anständigen Lebensstandards" als auch die differenzierten Bedürfnisse oder sogar der Prestigekonsum sind besonders starke Motive für junge Menschen, die eine Familie gründen oder sich selbständig machen. Sie stehen vor der Notwendigkeit, sich eine Grundlage für ein selbständiges Leben zu schaffen (von der Wohnung über die Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens bis zur Erhaltung einer weiteren Person - Ehefrau oder Kind), und sie sind es auch, deren differenzierte Bedürfnisse sich am dynamischsten wandeln.

Das Bestreben, Bedürfnisse dieser Art zu befriedigen, unterbricht gewöhnlich den durch Schulung im guten Wortsinn begonnenen Prozeß kultureller Entwicklung und Selbsterziehung, oder macht ihn sogar rückgängig.

Gerade bei diesen jungen Menschen beobachtet man am häufigsten, daß sie zusätzliche Arbeit annehmen oder Überstunden leisten; unter ihnen finden sich auch die meisten von denen, die - oft auf eigenen Wunsch - Schichtarbeit machen oder ständig auf Nachtschicht gehen.
Obwohl zumeist die Menschen in jungen Jahren, wenn sie selbständig werden und Familien gründen, dazu gezwungen sind, ihr Leben, einschließlich ihrer Freizeit, dem Gelderwerb unterzuordnen, stehen auch andere Altersgruppen unter diesem Zwang. Die wachsenden materiellen Bedürfnisse verschiedener Arten und die Kluft zwischen ihnen und den zu ihrer Befriedigung verfügbaren Mitteln sind nicht nur eine Quelle der Frustration, sondern vergrößern zweifellos auch die Anreizwirkung der Löhne. Prinzipiell könnte dies eine Möglichkeit sein, eine dynamischere Entwicklung in Gang zu setzen. Die Realisierung dieser Möglichkeit in der Produktionssphäre ist dadurch erschwert, daß der Betrieb nur in sehr engen Grenzen höhere Löhne für größere oder bessere Leistung des einzelnen zahlen kann. Materielle Besserstellung kann fast ausschließlich durch Aufstieg in der Hierarchie erreicht werden. Dieser Weg ist jedoch nicht nur begrenzt (nur wenige Arbeiter können beispielsweise zu Meistern avancieren), sondern führt auch zu verzerrten sozialen Wertmaßstäben, da nicht die maximale Leistung im gegebenen Arbeitsbereich honoriert wird, sondern standardisierte Erfolgsmodelle entwickelt werden, die individuelle Begabungen und Fähigkeiten nicht berücksichtigen. Manche Menschen können oder wollen vielleicht auch nicht diesen Weg einschlagen und sind daher durch ihre (elementaren oder differenzierten) Bedürfnisse gezwungen, ihr Einkommen auf andere Weise zu vermehren zu suchen: indem sie ihre Freizeit zum Geldverdienen verwenden.

Folgen für die Gesellschaft

Wir haben versucht, die Frage zu beantworten, was die Menschen zwingt, in ihrer Freizeit Geld zu verdienen. Nun wollen wir an Hand des ungarischen Beispiels untersuchen, wie der Mechanismus beschaffen ist, der den Markt befähigt, das zusätzliche Arbeitsangebot zu absorbieren, zumal dies anscheinend unter Bedingungen geschieht, die für den Arbeiter günstiger sind als die der "offiziellen" Arbeitszeit.
Die Möglichkeiten der Erwerbsarbeit auf Kosten der Freizeit nehmen ständig zu, weil im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der Gesellschaft die Kluft zwischen der Nachfrage nach Dienstleistungen und der Fähigkeit staatlicher und genossenschaftlicher Be-

triebe, sie zu befriedigen, immer größer wird. Zugleich herrscht ständig wachsende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitern, die bereit sind, außerhalb ihrer offiziellen Arbeitszeit solche Arbeiten zu verrichten, allerdings zu einem höheren Lohn als dem offiziellen. Das heißt, daß nicht nur der privatwirtschaftliche Sektor expandiert, sondern daß auch die Zahl der Menschen, die außerhalb ihrer Arbeitsstunden legal (mit Bewilligung) oder illegal arbeiten, rasch anwächst.

Die "offiziellen" Löhne reichen nicht aus, um diese Dienstleistungen zu bezahlen, daher ist zusätzliches Einkommen in der einen oder anderen Form notwendig. In den meisten Fällen kann dies nur durch Opferung von Freizeit erlangt werden. So entsteht ein circulus vitiosus, denn damit wird ein Prozeß in Gang gesetzt, der seine eigene Irrationalität auf erweiterter Stufenleiter reproduziert.

Die Nachfrage nach Dienstleistungen, die von staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben nicht befriedigt werden kann, treibt den freien Preis der Arbeitskraft in die Höhe. In den letzten Jahren ist der freie Arbeitspreis schneller gestiegen als die Löhne im allgemeinen und beträgt heute in vielen Branchen mehr als das Doppelte der offiziellen Löhne (so sind beispielsweise die Maurerlöhne in den letzten fünf Jahren um rund 25 Prozent gestiegen, während der "schwarze" Preis für Maurerarbeiten sich mehr als verdoppelt hat).

Die Gründe dafür - der höhere Preis für Dienstleistungen auf dem freien Markt, die geringeren Unkosten und Steuern, die viel intensivere, besser organisierte Arbeit - sind relativ leicht zu erkennen; die Folgen dagegen lassen sich nicht so leicht überblicken. Eine der wichtigsten ist die Auswirkung auf die Arbeitsintensität. Obgleich mit quantitativen Daten schwer zu beweisen, ist es logisch und durch die alltägliche Erfahrung bestätigt, daß die bekannt geringe Intensität der regulären Arbeit eng mit der Differenz zwischen dem offiziellen und dem freien Arbeitspreis zusammenhängt. Die vielkritisierte schlechte Arbeitsdisziplin ist in den meisten Fällen eine bewußte Zurückhaltung in der Leistung, da der Arbeiter, der pro Stunde nur halb soviel bekommt, wie er in seiner Freizeit für die gleiche Zeit erhält, natürlich seine Kraft sparen will. Schon Max Weber hat dies erkannt, als er feststellte, daß niedrige Löhne nicht notwendig billige Arbeit bedeuten. Eben deshalb führen nicht alle Lohnerhöhungen zu "höheren Arbeitskosten" und zu so negativen Folgen wie dem Ansteigen der nichtgeregelten Preise.

Das Bild ist jedoch noch komplexer: Die geringe Arbeitsintensität

zwingt die Betriebe, eine innerbetriebliche Arbeitsreserve zu bilden, die den chronischen Arbeitskräftemangel noch verschärft. Folglich trachten die staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe nicht nur, eine ungerechtfertigt große Belegschaft zu halten, sondern treten auch selbst als Käufer der Freizeit ihrer eigenen Arbeiter auf. Nur in diesem Zusammenhang wird es verständlich, daß trotz allen Bemühungen und einschränkenden Maßnahmen weder die Zahl der Überstunden noch der Anteil der Neben- und Zusatzbeschäftigungen abnehmen.

Die Lage hinsichtlich der Überstunden ist besonders bemerkenswert. Unter Berufung auf die Interessen der Arbeiter sind die Gewerkschaften mit allen Kräften bestrebt, die Überstunden zu reduzieren und womöglich ganz abzuschaffen. Zugleich betrachten die Arbeiter, namentlich in Branchen, wo die Möglichkeiten, Arbeitskraft auf dem freien Markt zu verkaufen, beschränkt sind, ihre Löhne nur dann als akzeptabel, wenn sie durch Überstundenentgelt ergänzt werden. * Sie sind beispielsweise zu gewissen Leistungen nur bereit, wenn sie dafür eine gewisse Menge von Überstunden machen können.

Dieses Problem ist in den letzten Jahren besonders klar zutage getreten, als die landwirtschaftlichen Genossenschaften für die Arbeiter attraktiv wurden, nicht nur, weil sie höhere Stundenlöhne zahlen konnten, sondern auch, weil sie weniger von den Überstundenbeschränkungen betroffen waren. Das gilt vor allem für die jungen Arbeiter, aus den bereits erwähnten Gründen, und man kann daher heute von einem steigenden Altersdurchschnitt eher in bestimmten großen Metallbetrieben als in gutgeführten landwirtschaftlichen Genossenschaften sprechen.

Der vorhin beschriebene circulus vitiosus umfaßt auch die fast permanent hohe Arbeiterfluktuation, an der, wie die Erfahrung gezeigt hat, administrative Maßnahmen kaum etwas ändern können.

Um zusammenzufassen: Die Erfahrung hat bewiesen, daß die Verkürzung der offiziellen Arbeitszeit, wenn sie nicht von einer wesentlichen Reallohnerhöhung begleitet ist und wenn nicht die betreffenden Schichten der Gesellschaft ein echtes Freizeitbedürfnis entwickeln, nur eine Illusion erweiterter Freiheit bietet. Faktisch sind die Arbeiter auf die eine oder andere Weise gezwungen, ihre

---

* In seinem bereits zitierten Werk erwähnt F. Zweig eine analoge Erscheinung in der britischen Industrie. Seiner Meinung nach ist eine gewisses Maß an - womöglich regelmäßigen - Überstunden eine permanente Forderung der Arbeiterschaft (Seite 70).

Arbeitskraft auch in ihrer Freizeit zu verkaufen.

Ändern - aber wie?

Die Verwandlung der Freizeit in eine Ware ist nicht der einzige Grund, warum die Hoffnungen, die Selbstverwirklichung des Menschen ausschließlich durch Vermehrung und bessere Organisierung der Freizeit erreichen zu können, illusorisch sind. Soziologische Untersuchungen haben ergeben, daß die Natur der konkreten Arbeit - anders ausgedrückt: der einem Menschen in der Arbeitsteilung zugewiesene Platz - weitgehend dessen gesamtes Leben bestimmt, einschließlich der Art und Weise, wie er seine Freizeit verbringt. Die gegenwärtigen Formen der Arbeitsteilung bilden jedoch ein großes Hindernis für die Verwirklichung menschlicher Autonomie in der Arbeitssphäre. Einerseits verrichten die meisten Arbeiter Teilarbeiten, denen sowohl in beruflicher als auch in gesellschaftlicher Hinsicht die teleologische Funktion fehlt. Andererseits sind die Menschen oft für ihr ganzes Leben, von der frühen Jugend bis zum Pensionsalter, an einen einzigen Beruf und oft sogar an ein und denselben Arbeitsplatz gebunden. Das ist eines der konservativsten Elemente in der gegenwärtigen Produktionsorganisation. Soll diese so umgewandelt werden, daß sie den sozialistischen Wertvorstellungen entspricht, so stellen sich zwei Hauptfragen: Welche Veränderungen sind im System der Arbeitsteilung notwendig? Und wie kann man die erwähnten Bindungen eliminieren oder zumindest lockern?

Ohne die Bedeutung des ersten Problems, mit dem wir uns in einer früheren Studie beschäftigt haben (7), zu unterschätzen, wollen wir uns hier auf das zweite konzentrieren, zum Teil auch deshalb, weil es im Zusammenhang mit der hier entwickelten Argumentation das wichtigere ist.*

Die Eingliederung der Menschen in die wichtigsten Zweige der gesellschaftlichen Arbeitsteilung wird heute schon durch das Erziehungssystem bewirkt. Hier beginnt der Prozeß, der darin resultiert, daß Menschen für ihr ganzes Leben an eine bestimmte Arbeit gekettet sind, womöglich auch an einen bestimmten Arbeitsplatz. Die Schule bereitet die Schüler nicht auf bewußte Lebensgestaltung vor; sie vermittelt ihnen nur die Fähigkeit, einen eng

---

* Diese Studie befaßt sich nicht mit jenen Aspekten, die gewöhnlich als Demokratisierung der Sozialbeziehungen bezeichnet werden (wir würden es eher Verwirklichung der Produzentenherrschaft nennen).

begrenzten Beruf auszuüben.
Unser derzeitiges Schulsystem legt im wesentlichen schon die Vierzehnjährigen auf eine von drei Lebensrichtungen fest, die nicht nur voneinander verschieden, sondern auch gegeneinander abgeschlossen sind, so daß die gegenwärtige Sozialstruktur konserviert und durch dieses System auch den kommenden Generationen aufgezwungen wird.
Die allgemeinbildenden höheren Schulen (Mittelschulen) liefern den Nachwuchs für die Oberschicht und die Intelligenz, in geringerem Maß - als Nebenprodukt - auch für den unteren und mittleren Verwaltungsapparat. Die Fach- und Berufsschulen sind dazu bestimmt, die Schicht der qualifizierten Arbeiter im weitesten Sinn zu reproduzieren. Die erfolgreichsten Absolventen werden Techniker der unteren und mittleren Stufen. Die Pflichtschulabsolventen schließlich, die keine weiterbildende Schule besuchen, stellen die Mehrheit der ungelernten und halbgelernten Arbeiter, die in unserer Gesellschaft das geringste Prestige genießen.
Vom Gesichtspunkt unserer Studie ist das System der Ausbildung qualifizierter Facharbeiter von besonderer Bedeutung. Diese bilden nämlich jene Schicht, die am stärksten durch die Ketten der Arbeitsteilung gebunden ist, mehr als die höher Gebildeten oder die ungelernten Arbeiter.

Kritik der Facharbeiterausbildung

Um dieses Problem genauer analysieren zu können, müssen wir zunächst die Haupttendenzen auf diesem Gebiet skizzieren, die sich aus dem technischen Fortschritt ergeben. Dies ist um so wichtiger, als voreilige Verallgemeinerungen es oft schwer machen, den Prozeß in seiner Gesamtheit zu verstehen. Häufig wird nämlich nur einer der vielen Aspekte dieser komplexen Entwicklung beleuchtet, und technokratische Illusionen führen zu einer Überschätzung der zu erwartenden positiven Ergebnisse des technischen Fortschritts.
Eine Analyse der gegenwärtigen Situation läßt die folgenden Tendenzen erkennen:
a) Die wichtigste Veränderung - in dem Sinn, daß sie die größte Anzahl von Arbeitern betrifft - ist nach wie vor die fortschreitende Ersetzung manueller Arbeit durch maschinelle. Dieser Prozeß begann schon zu der Zeit, als die Textil- und die Metallindustrie entstanden, doch ist in vielen Bereichen die Mechanisierung noch in vollem Gang (z.B. in der Landwirtschaft, im Transportwesen, im Hoch- und Tiefbau usw.). Im Zuge dieser Entwicklung wird in den meisten Fällen qualifizierte Arbeit durch halbqualifizierte er-

setzt, die keine Fachausbildung im traditionellen Sinn erfordert.
b) Zugleich verlieren alte, traditionelle Berufe ihren professionellen Charakter und sinken zu halbqualifizierter Arbeit herab. Infolge des technischen Fortschritts werden viele Berufe eingeengt und auf routinemäßige Handgriffe beschränkt. Man findet heute kaum einen traditionellen Beruf, der von diesem Prozeß nicht betroffen ist und wo daher, aus eben diesem Grund, kein Bedürfnis nach einer radikalen Reform der Fachausbildung besteht.
c) Der technische Fortschritt schafft relativ viele neue Beschäftigungen (die meisten davon jedoch unabhängig von der offiziellen Klassifizierung halbqualifizierter Art, z.B. Bedienung automatischer und halbautomatischer Anlagen, Lochstanzen, usw.), aber nur wenige neue Berufe (z.B. Fernsehmechaniker, Personal für die Wartung automatischer Anlagen). Diese Berufe unterscheiden sich einigermaßen von den traditionellen, vor allem insofern, als sie meist weniger manuelle Geschicklichkeit, dafür aber viel mehr allgemeine und technische Kenntnisse erfordern.
Die technische Basis fast aller Berufe und Arbeiten ändert sich unaufhörlich; oft sind es weitreichende Veränderungen, die früher notwendige Kenntnisse in kurzer Zeit obsolet und überflüssig werden lassen.
Abgesehen von dem vorhin erwähnten Nivellierungsprozeß, bestätigt dieser Umstand an sich die Auffassung, daß die Einteilung der Arbeiter in qualifizierte, halbqualifizierte und ungelernte ihre Berechtigung verloren hat und daß ein neues Ausbildungssystem entwickelt werden müßte.
In Ungarn ist die Zahl der Fachschüler zwischen 1953 und 1965 auf das Vierfache gestiegen. Das ist schwerlich mit den Anforderungen des technischen Fortschritts zu erklären; in Schweden betrug die Zunahme (gegenüber 1958) nur 27,6 Prozent, in Österreich 44 Prozent und in Italien 46,5 Prozent. Die Erklärung scheint eher darin zu liegen, daß diese Form der Ausbildung zu einer Abnahme der Zahl jener geführt hat, die nach der Pflichtschule nicht mehr weiterlernen, und geholfen hat, die jungen Menschen zur Arbeit zu erziehen. Außerdem trägt sie dazu bei, die Kinder vor Desillusionierung zu schützen, indem sie Hoffnungen dämpft, die beim gegebenen Stand der Arbeitsteilung nicht erfüllt werden können, und die Jugendlichen in geeignete Schulen dirigiert. Am schädlichsten wirkt sich diese Erscheinung auf junge Menschen aus, die sich dadurch von vornherein in einer ungünstigen Lage befinden.
Das gegenwärtige System der Facharbeiterausbildung kann daher

mit Recht kritisiert werden, sowohl hinsichtlich seiner Zweckmäßigkeit (es entspricht nicht den durch den technischen Fortschritt veränderten Ansprüchen) als auch in Hinblick auf die sozialistischen Wertbegriffe (es macht den Menschen zum lebenslangen Sklaven eines Berufs oder einer Beschäftigung).

Widersprüche der Gegenwart

Ein offenkundiger Widerspruch unseres Systems der Facharbeiterausbildung besteht darin, daß zwar die meisten Berufe - infolge des technischen Fortschritts - nur Kenntnisse erfordern, die von einem Menschen mit allgemein hohem Kulturniveau in relativ kurzer Zeit erworben werden können, daß aber viele Beschäftigungen halbqualifizierter Art aus lohnpolitischen oder anderen Gründen als qualifizierte Arbeit eingestuft werden (namentlich in der Leichtindustrie, im Handel und in der Lebensmittelbranche), obwohl die dafür notwendigen Qualifikationen sich nicht geändert haben. Wenngleich dieser Prozeß, oberflächlich betrachtet, höchst positiven Zielen zu dienen scheint - unter anderem der Hebung des Prestiges der betreffenden Berufe -, wird dies in Wirklichkeit kaum jemals erreicht (man denke beispielsweise an die Einstufung der Textilarbeiterinnen als qualifizierte Arbeitskräfte). Im allgemeinen wird dadurch der Wert der qualifizierten Arbeit auch in Berufen, die hochspezialisierte Kenntnisse erfordern, herabgesetzt. Außerdem ist es für unsere Überlegung nicht ohne Bedeutung, daß ein mit größerer oder geringerer Mühe erworbenes Facharbeiterzeugnis dessen Inhaber nur um so fester an eine bestimmte Beschäftigung bindet. Es besteht die Tendenz, im Fall von Arbeitskräftemangel in einem bestimmten halbqualifizierten Beruf diesen zum qualifizierten zu erklären. Außerdem pflegt man in Fächern, in denen es an Bewerbern um Schulplätze mangelt, den sogenannten "gehobenen Unterricht" einzuführen. Beispielsweise erfolgt die Ausbildung von Verkaufspersonal für die Lebensmittelbranche auf "gehobenem Niveau", obwohl die erforderlichen Kenntnisse, ein entsprechendes Niveau der allgemeinen Schulbildung vorausgesetzt, in relativ kurzer Zeit erworben werden können und das Schwergewicht eher auf kontinuierlicher Informierung des Verkaufspersonals (über neue Artikel und deren Verwendung, neue Verkaufsmethoden usw.) liegen sollte.

Ein Nebenprodukt dieses Prozesses ist der Widerspruch, daß manche Arbeiter mit großer Erfahrung als "ungelernt" gelten, während andere mit geringerer Erfahrung im Besitz des Facharbeiterzeugnisses sind.

Denn in den meisten Berufen und Beschäftigungen ist Praxis - verbunden mit gewissen persönlichen Fähigkeiten - oft mehr wert als das in der Berufsschule erworbene Wissen.
Die oben skizzierten Tendenzen auf Grund der technischen Entwicklung führen dazu, daß die Fachschulen zwar relativ viel Zeit für die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten aufwenden, das Ergebnis des Unterrichts aber unzureichend ist, weil dieser mit der Praxis nicht Schritt halten kann. Da hilft es nichts, wenn in der Ausbildung mehr auf ein breiteres Profil als auf enge Spezialisierung Wert gelegt wird, obwohl dies sicherlich zu begrüßen ist. (In den letzten zehn Jahren wurde in fast allen Ländern, einschließlich Ungarns, die Zahl der Spezialfächer in den Berufsschulen erheblich reduziert.) Das heißt, in der Facharbeiterausbildung verschiebt sich der Akzent von der Erlernung konkreter Fertigkeiten zu allgemeinerem technischen Wissen, doch hat dies zur Folge, daß die Ausbildung weder in der einen noch in der anderen Hinsicht ausreichend ist (die Schüler haben häufig eine Abneigung gegen theoretische Fächer, da sie von diesem Schultyp anderes erwarten). Die angestrebte Vielseitigkeit kann daher nur in engen Grenzen erreicht werden.
Die Fachschulen, besonders jene, die mit der Reifeprüfung abgeschlossen werden, haben die gewaltige Aufgabe, das allgemeine Kulturniveau der Schüler zu heben. Das soll die Einengung ihrer künftigen Berufslaufbahn verhindern; in der Praxis aber besteht ein derartiger Niveauunterschied zwischen den allgemeinbildenden höheren Schulen und den Fachmittelschulen, daß nur überdurchschnittlich begabte Absolventen der letzteren von ihrem Recht, an Hochschulen weiterzustudieren, Gebrauch machen können. Es ist auch bemerkenswert, daß, wie eine Untersuchung des Arbeitsministeriums im Jahre 1970 ergeben hat, nur 12,3 Prozent der Fachmittelschüler ursprünglich die Absicht hatten, Facharbeiter zu werden.
Man muß auch sehen, daß unsere Gesellschaft vom jungen Menschen nicht nur verlangt, seine Berufswahl in einem Alter zu treffen, wo seine Autonomie zumeist völlig illusorisch ist, sondern daß sie überdies die lebenslange Treue zu dem so "gewählten" Beruf zum Ideal erhebt und nicht selten die Menschen zu solcher Treue zwingt, indem sie jedes abweichende Verhalten als unerwünscht qualifiziert.
Das hängt zusammen mit einer Planungspraxis, in der die Anzahl der Arbeiter, die in den einzelnen Berufen und sogar an bestimmten Arbeitsplätzen benötigt werden, berechnet und den Anwerbungs-

plänen zugrunde gelegt wird. In dieser Sicht erscheint "Ausscheiden" als negatives Verhalten, gegen das man mit administrativen wie auch mit psychotechnischen und soziotechnischen Methoden ankämpfen müsse. In manchen Berufen jedoch nimmt das Ausscheiden solche Ausmaße an, daß man es nicht mehr als Randerscheinung ansehen kann. So scheiden zum Beispiel 42,2 Prozent aller Schüler der landwirtschaftlichen Berufsschulen vorzeitig aus, wie das Arbeitsministerium in der bereits erwähnten Untersuchung festgestellt hat. Ungefähr ein Drittel aller Fachschulabsolventen wendet sich anderen als den erlernten Berufen zu. Außerdem ist unter den jungen Facharbeitern Arbeitsplatzwechsel sehr häufig, und nicht wenige geben dabei ihren erlernten Beruf auf.
Auch das wird von vielen Leuten, die sich auf die oben erwähnte Argumentation stützen, als eine Erscheinung betrachtet, die zu verurteilen und mit administrativen Mitteln zu bekämpfen sei.
All das ist wohlbekannt und zeugt von der Krise des Berufsausbildungswesens. Die Anerkennung dieser Tatsache kann jedoch zu ganz verschiedenartigen Lösungsvorschlägen führen und hat auch dazu geführt.

Modell einer neuen Schule

In der Vielfalt der bisher gemachten Vorschläge lassen sich im wesentlichen zwei Hauptrichtungen unterscheiden, die von zwei gegensätzlichen Auffassungen des Verhältnisses zwischen Schulbildung und Arbeitsteilung ausgehen.
Die Anhänger der ersten Richtung haben grundsätzlich recht, was ihre Beurteilung der schwächsten Punkte im gegenwärtigen Schulsytem (im Zusammenhang mit dem Entwurf der Schulreform) betrifft, und ihre Vorschläge enthalten einiges, was der Berücksichtigung wert ist; dennoch können sie keinen Wandel bewirken, da sie das Wesentliche, nämlich die lebenslange Bindung an einen bestimmten Beruf, nicht berühren.
Wir dagegen sind der Meinung, daß es möglich ist, ein einheitliches System der Produktionsorganisation und Berufsausbildung zu entwickeln, in dem der Mensch nicht für sein ganzes Leben an einen bestimmten Platz in der Arbeitsteilung gefesselt ist, sondern frei ist, sich selbst und seine Identität zu suchen; der Arbeiter sollte die Möglichkeit haben und sogar ermutigt werden, in jedem Lebensalter den Arbeitsplatz oder den Beruf zu wechseln.
Um das zu erreichen, muß man jedoch zuerst die mechanische Verbindung zwischen dem allgemeinen System der Schulbildung und der Arbeitswelt brechen.

Die Hauptaufgabe eines Systems allgemeinbildender Schulen ist es, den Menschen zum Menschen zu erziehen und nicht zum Arbeiter, der sich in die Arbeitsteilung einfügt; mit anderen Worten, es soll die Menschen darauf vorbereiten, ihre eigenen Sozialbeziehungen zu beherrschen, ihr eigenes Schicksal bewußt zu formen. Diesem Modell entsprechend, sollte Allgemeinwissen - in dem Maß, wie es unter den gegebenen ökonomischen Voraussetzungen und in Anbetracht der gewählten Werte für jedermann erreichbar ist - in einem einheitlichen Schultypus vermittelt werden, der der Segregation nicht nur verbal, sondern faktisch ein Ende setzt. Das System der Berufsausbildung - in ihren verschiedenen Formen und Stufen - sollte davon scharf getrennt sein. Im Gegensatz zur allgemeinbildenden Schule sollte die Fachschule tatsächlich die Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln, die zur Ausfüllung eines bestimmten Platzes in der Arbeitsteilung notwendig sind.
In diesem Konzept wären allgemein zugängliche Fachschulen den Grundschulen angeschlossen. Einige von diesen würden gewisse grundlegende Berufskenntnisse und -fertigkeiten auf verschiedenen Stufen vermitteln, während andere auf bestimmte Wirtschaftszweige oder Beschäftigungen orientiert wären. Diese Fachschulen sollten jedem offenstehen, der die grundlegende Allgemeinbildung oder elementare Fachkenntnisse besitzt, und ihm die Vollendung seiner Ausbildung ermöglichen. Das bedeutet mehr als bloß Gewährung gesetzlicher Möglichkeiten: nämlich die faktische Überwindung der sozialen Barrieren, die heute den Minderbegünstigten im Wege stehen.
Ganz gleich, wie großen Wert man auch auf gleiche Startbedingungen und Offenheit der Gesellschaft im allgemeinen legt - ohne tiefgreifende strukturelle Veränderungen bleiben diese Dinge liberale Illusionen. Ohne solche Veränderungen wird die bestehende Gesellschaftsstruktur sich reproduzieren und daher erhalten bleiben. Die wichtigste dieser Veränderungen wäre die Herstellung einer gesellschaflichen Kontrolle über die professionelle administrative Macht.

Zielsetzung: Bildungsüberschuss

Die Erreichung dieses Ziels erfordert jedoch eine wesentliche Hebung der Allgemeinbildung - und viele halten sogar deren gegenwärtiges Niveau für zu anspruchsvoll.
Es ist kaum zu leugnen, daß Arbeiter, die eine Mittelschule absolviert haben, im allgemeinen von ihrer Arbeit mehr erwarten, als die meisten manuellen Beschäftigungen ihnen geben können.

Das ist jedoch für die Gesellschaft eher nützlich als schädlich, da es dynamische Veränderungen in der Arbeitsorganisation zur Folge haben kann. Eine natürliche Begleiterscheinung des vorgeschlagenen Systems wäre ein Bildungsüberschuß in doppeltem Sinn. Einerseits würden die meisten Arbeiter eine höhere Allgemeinbildung erhalten, als sie unmittelbar für ihre Arbeit brauchen. Andererseits gäbe es mehr ausgebildete Facharbeiter, als in den einzelnen Wirtschaftszweigen benötigt werden. Die Angst vor einem solchen Bildungsüberschuß blockiert das soziale Denken und ist eines der Haupthindernisse für die Herstellung einer Produktionsorganisation, die den sozialistischen Wertvorstellungen näher käme. Damit meinen wir eine moderne Arbeitsorganisation, die, bei entsprechendem technischen Niveau, dem einzelnen Arbeiter mehr Autonomie, Verantwortung und Entscheidungsmöglichkeit böte: Der Arbeiter bekäme seine Aufgabe nicht in Form eines Befehls, sondern wäre verantwortlich für eine bestimmte Funktion. Höher gebildete Arbeiter mit qualifizierteren Bedürfnissen könnten auf Einführung technischer Verbesserungen drängen, auch solcher, die nicht oder nicht primär ökonomische Vorteile brächten.
Noch wichtiger ist, daß mit der Zunahme höher gebildeter Arbeiter und mit Hebung der allgemeinen Arbeitsbedingungen eine neue Arbeiterschicht sich entwickeln würde. Diese Schicht wäre befähigt, wirkliche gesellschaftliche Kontrolle über den professionellen Verwaltungsapparat zu fordern und auszuüben. Zugleich hätten die Mitglieder dieser Schicht mehr Möglichkeiten individueller Mobilität.
Man hört keine prinzipiellen Einwände mehr gegen einen Überschuß an Allgemeinbildung; die Vorbehalte, soweit es welche gibt, stützen sich meist auf Argumente praktischer Natur. Vor allem beruhen sie auf der Befürchtung, eine höhere Allgemeinbildung könnte Wünsche hervorrufen, die, wenn sie unerfüllt blieben, eine Quelle von Unzufriedenheit darstellen würden. Zweitens sind da ökonomische Erwägungen, wonach Investitionen in Bildung, die nicht unmittelbar in der gesellschaftlichen Produktion genutzt werden können, unzweckmäßig seien.
Anders verhält es sich mit der zweiten Form von Bildungsüberschuß, das heißt damit, daß mehr Menschen einen Beruf lernen würden, als zur gegebenen Zeit gebraucht würden. Zu den oben erwähnten Befürchtungen - Unzufriedenheit und Vergeudung betreffend - kommen zwei politische oder ideologische Argumente hinzu, die recht gewichtig erscheinen: die Gefahr einer strukturellen Arbeitslosigkeit und der spontane Charakter des Phänomens. Es handelt sich ja

in der Tat um das Gegenteil eines Systems, dessen Zweck es ist, das formale Ausbildungssystem der Produktionsorganisation anzupassen und die Proportion der einzelnen Berufe und Beschäftigungen im vorhinein genau festzulegen.
Eine wahrhaft offene Gesellschaft vorausgesetzt, ist ein Überschuß an Ausgebildeten in den einzelnen Berufs- und Beschäftigungszweigen nicht nur eine wesentliche Vorbedingung dafür, daß jeder einzelne die Möglichkeit erhält, im Rahmen der gegebenen Arbeitsteilung den für ihn bestgeeigneten Platz zu finden, sondern auch für einen dynamischen Strukturwandel, und um sicherzustellen, daß jeder Posten mit der dafür am besten geeigneten Person besetzt wird. Mit anderen Worten, es ist der einzige Weg, eine Situation zu schaffen, in der der einzelne wirklich zwischen vielen Berufen und Arbeitsplätzen wählen kann und zugleich auch der Betrieb die Möglichkeit hat, aus vielen Bewerbern eine Auswahl zu treffen. Das allein wird schon zu einer Erhöhung der Arbeitsintensität in der offiziellen Arbeitszeit führen. Letztlich würde es auch dazu beitragen, daß der größte Teil der arbeitsfreien Zeit auch tatsächlich Freizeit wird; es würde helfen, die im ersten Teil dieser Studie geschilderte Situation zu beseitigen. Heute verrichtet der Arbeiter in der offiziellen Arbeitszeit, bei niedrigen Löhnen, seine Arbeit mit geringer Intensität und bessert sein Einkommen mit Lohnarbeit in der Freizeit auf. Der Bildungsüberschuß würde den Menschen mehr Anreiz bieten, sich ihre Arbeit nach eigener Neigung auszusuchen und ihre Freizeit sinnvoller für Selbstentwicklung und Selbstvervollkommnung zu verwenden.
Unserer Ansicht nach kann gerade in diesem Punkt eine vernünftige Verbindung hergestellt werden zwischen den vorgeschlagenen, überfälligen Änderungen in der Produktionsorganisation und dem Freizeitproblem, sowie zwischen Berufsausbildung und Allgemeinbildung, um den Menschen zu befähigen, sich in beiden Sphären seines Lebens freier zu bewegen, seine Autonomie zu erweitern und sich als Mensch zu verwirklichen.

Anmerkungen

(1) J. Danecki, "Die Einheit der geteilten Zeit", Warschau 1970
(2) F. Zweig, "Der Arbeiter in der Wohlstandsgesellschaft", London, S. 253.
(3) J. Danecki, a.a.O., S. 272.
(4) M. I. Szántó, "Freier Samstag und Änderungen in der Lebensweise", Budapest 1971 (Manuskript).
(5) Karl Marx, "Theorien über den Mehrwert", III. Band, Berlin 1962, S. 254-255.
(6) Nähere Einzelheiten in A. Hegedüs / M. Márkus, "Die Wahl von Alternativen und Werten in der Perspektivplanung von Distribution und Konsumtion", in diesem Band S. 110.
(7) M. Márkus / H. Hegedüs, "Gemeinschaft und Individuum", in diesem Band S. 168

D. J. VIRIAT
EIN GROSSBETRIEB IN DER VOLKSDEMOKRATIE
Eine soziologische Enquête
(1973)

DER GENOSSE DOKTOR

- Guten Tag, ich möchte bitte den Genossen U. sprechen.
- Sie meinen den Genossen Doktor U., den Vizevorsitzenden.
- Ja, gewiß, den suche ich.
- Sie haben Glück. Genosse Doktor U. ist soeben aus Italien zurückgekehrt, wo er auf Urlaub war.

U. dürfte etwa vierzig Jahre alt sein. Sein Gehaben ist jugendlich, offen und demokratisch. Er ist schlank, trägt ein buntes Sporthemd mit offenem Kragen und kurzen Ärmeln. Ich bin überrascht, ich habe einen anderen Typ erwartet. Er wirkt durchaus nicht so würdevoll, wie man es von einem "Genossen Doktor" und Vizevorsitzenden eines Unternehmens mit fast 30.000 Beschäftigten annehmen könnte. Er ist der zweite Mann im Betrieb. Während er mir die üblichen Fragen stellt, die man in diesem Land immer an Ausländer richtet, und ich darauf mit den gewohnten Standardformeln antworte, vergleiche ich im Geist das bescheidene Büro und diesen Vorsitzenden mit ihren Gegenstücken in einem entwickelten Land des Westens.

Als ich in dieses Land kam, sah ich anfangs nur die Unterschiede. Dann allmählich bemerkte ich - zu meiner Verzweiflung - identische Züge in wachsender Zahl. Aber nein, es bestehen doch Unterschiede. Dies hier ist ein Beispiel. Aber es ist nicht entscheidend. Und wieder einmal beginne ich jene nie endende Diskussion mit mir selbst. Stets finde ich Anzeichen größerer Rationalität und Demokratie, und zugleich auch solche von Despotismus, Unterdrückung, ja Erstickung. Immer dieser infernalische Vergleich. Es ist unmöglich, eine allgemeine Bilanz zu ziehen. Zuflucht des Optimismus: die großen historischen Abstraktionen. Aber die Menschen, die hier vor meinen Augen leben, pfeifen auf die großen Abstraktionen. Ausgeschlossen, zu einem Ergebnis zu kommen. Ein Globalvergleich zwischen den beiden Typen von Industriegesellschaft ist nicht möglich. Wozu übrigens ein solcher Vergleich? Ist es nicht schon sehr bezeichnend, daß er so schwierig ist?

- Sie haben hier geschrieben, Sie wollten die "Machtverhältnisse" in unseren Betrieben studieren, nicht wahr?
- Ja, tatsächlich...
- Bei uns, wie Sie wissen sollten, ist die Macht in den Händen der Arbeiterklasse. Das gilt für den Staat wie für die vergesellschafteten Betriebe. Sie wissen das, ich brauche es Ihnen nicht zu

erklären. Aber... ich verstehe nicht ganz, was Sie eigentlich studieren wollen. Wollen Sie untersuchen, wie die Arbeitermacht sich in der Realität eines Betriebes manifestiert?
- Ja, ungefähr das.
- Also, es ist nicht ganz exakt, von Macht zu sprechen. Die Macht, das ist bei uns ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte. Dieses Problem ist bereits gelöst. Zumindest solange die Imperialisten uns nicht angreifen. Im Betrieb geht es eher um Beziehungen der Einordnung und Unterordnung. Aber die Macht? Die Macht wurde von der Arbeiterklasse nach dem Zweiten Weltkrieg erobert. Das ist entschieden.
- Als ich "Macht" schrieb, dachte ich an einen weiteren Begriff als den der politischen Macht, sage ich und versuche, auf das Hauptargument des Vizevorsitzenden nicht einzugehen. - In zwei Worten würde ich es so definieren: die Fähigkeit einer Person oder Personengruppe, andere Personen oder Personengruppen zu einem Gehorsam zu zwingen, der freiwillig sein kann oder auch nicht.

Der Doktor der Wirtschaftswissenschaften denkt ein wenig nach und erwidert sehr vorsichtig, offenkundig bemüht, diplomatisch zu sein:
- Ihre Vorstellungen sind, wie soll ich sagen, ein bißchen westlich, ein bißchen bürgerlich, wie man so sagt.
- Ich glaube, es ist marxistisch, zu fragen, wer in einem Betrieb letztlich anschafft, wer die Entscheidungen fällt...
- In wessen Interesse, vergessen Sie nicht!
- unterbricht mich U. ärgerlich. Sie wissen sehr gut, fährt er fort, daß die Arbeiterklasse die Macht nicht unmittelbar ausübt, sondern über ihre Partei und...
- Ach ja, in wessen Interesse, gewiß, was Sie sagen, ist sehr wichtig, sicherlich - antworte ich.
Wir fixieren einander einige Augenblicke schweigend. Ich lese in seinen Augen: Dieser dumme junge Provokateur, er kann uns mit seinen Geschichten schaden. Diese unverantwortlichen jungen Leute denken nur daran, Lärm zu schlagen, statt ein verantwortungsbewußtes, anständiges, solides Leben zu führen. Man muß ein Auge auf den da haben.

DIE "MACHTHABER"

Die Fabriksgebäude sind ohne jede erkennbare Ordnung aneinandergereiht, häßlich, geschwärzt von der stark verschmutzten Luft. Es hat mehr als dreißig Grad, die Luft ist sehr trocken.
Ich betrete ein äußerst vernachlässigt aussehendes Gebäude und pralle zurück: drinnen hat es mindestens vierzig Grad. An den unförmi-

gen Maschinen stehen Arbeiter, die meisten mit bloßem Oberkörper. Die Arbeit ist nicht besonders schwer, aber alle sind in Schweiß gebadet. Ich wende mich an einen etwa fünfzig Jahre alten Arbeiter.
- Guten Tag. Darf ich Ihnen einige Fragen stellen? Ich mache eine Untersuchung über die Meinung der Arbeiter im allgemeinen, sage ich, etwas simplifizierend.
Nach den ersten Fragen gerät er in Fahrt. Er hört mir nicht mehr zu, antwortet nicht mehr auf meine Fragen, sondern erregt sich und ist froh, einmal sein Herz ausschütten zu können.
- Ich liebe Initiative, Neuerungen, Erfindungen. Aber s i e wollen mich nicht anhören, sagt er, mit dem Finger auf das Direktionsgebäude zeigend, das durch die schmutzigen Fenster zu sehen ist.
- Schon vor Jahren habe ich verlangt, man soll das Dach reparieren. Da ist ein großes Loch, durch das es hereinregnet. Das dürfte noch ein Bombenschaden aus dem Krieg sein, und die Nässe schadet den Maschinen. Wir haben auch größere Fenster und bessere Lüftung verlangt. Im Sommer ist das ein richtiger Backofen, Sie sehen es ja selbst. Die oben ignorieren unsere elementarsten Forderungen. Sie sagen immer, es ist kein Geld da. Aber sie haben Betriebsfernsehen installiert, um uns zu überwachen. Das hat Millionen gekostet. Für anständige Klosetts ist kein Geld da. Aber Geld genug für ihre Wolgas und Mercedes! Und weil ich solche Dinge verlange, nennen Sie mich einen Demagogen. Das Dach reparieren, das liegt nicht nur im Interesse von uns Arbeitern, sondern auch im Interesse der Maschinen, also des Betriebs. Vor dem Krieg, im Kapitalismus, hat man mich einen dreckigen Kommunisten genannt, jetzt nennt man mich Demagog. Nein, ich will nichts mehr davon wissen, ich pfeif darauf! In der Produktionsberatung? Ich geh nicht mehr hin. Wozu auch? Das ist zu nichts gut. Man geht nicht nur über unsere Interessen hinweg, sondern auch über die Interessen des Betriebs. Man hört nicht auf unsere Meinung, unsere Initiativen werden erstickt, auch wenn der Betrieb davon profitieren würde. Ich habe mehrere Verbesserungsvorschläge gemacht. Der Ingenieur und der Meister haben zahllose Fehler darin gefunden und meine Vorschläge in Bausch und Bogen verworfen. Dann haben sie einige kleine Verbesserungen gemacht und meine Vorschläge als ihre eigenen ausgegeben. Sie haben sich die Taschen gefüllt. Ich habe protestiert, aber es war nichts zu machen. Ihre Pläne waren nicht ganz dieselben wie meine, ich hatte einen Bestandteil rechts eingezeichnet, sie links.
- Sie sind seit mehr als dreißig Jahren im Betrieb; was hat sich im Sozialismus für Sie wirklich geändert?

- Vor dem Krieg habe ich gut verdient, als Facharbeiter war man wer, ich habe nicht trockenes Brot essen müssen. Ein qualifizierter Arbeiter hat so viel verdient, daß seine Frau nicht arbeiten gehen mußte. Nach dem Krieg war mein Lebensstandard zuerst viel niedriger, und ich bin nicht sicher, daß er jetzt wesentlich höher ist.
- Er muß doch höher sein, erwidere ich. Die Statistik...
- Hören Sie auf! Die ungelernten Arbeiter haben durch den Sozialismus viel gewonnen. Sie hatten es vor dem Krieg schwer, Arbeit zu finden, man brauchte Beziehungen, Protektion. Nicht die gelernten Arbeiter, wir haben im allgemeinen Arbeit gehabt. Für die ungelernten Arbeiter ist die Lage heute wirklich viel besser.
- Aber Sozialismus, das ist doch nicht nur Lebensstandard...
- Wollen Sie vielleicht sagen, daß jetzt alles hier dem Volk, der Arbeiterklasse gehört? Volkseigentum, Arbeitereigentum, wie man sagt? Alles Propaganda! Man fragt uns nie um unsere Meinung, sie machen, was sie wollen. Sie sind die Chefs, die neuen Chefs. Kann ich vielleicht ihre Entscheidungen über die Löhne beeinflussen? Keine Spur, nicht um einen Groschen. Wenn man mehr verdienen will und im Akkord steht, muß man schneller arbeiten. Aber dann läuft man Gefahr, daß sie die Normen erhöhen, und das ist den Arbeitskollegen natürlich gar nicht recht. Oder man muß zum Karrieristen werden, den Oberen schmeicheln, damit sie einem Prämien und andere Vergünstigungen geben. Das hier ist nicht Jugoslawien. Keine Streiks. Bei der geringsten Unruhe, und wenn wir tausendmal recht haben, rufen sie den Werkschutz und die Polizei. Natürlich, zuerst versuchen sie, die Gemüter zu beruhigen, dann drohen sie, und wenn es nichts nützt, rufen sie die Polizei. Nein, hier in unserem Betrieb hat es so etwas nicht gegeben, hier geht es irgendwie, ich weiß. Über die Löhne wird an höchster Stelle entschieden. Teilnahme an der Ausarbeitung der Produktionspläne? Keine Rede! Sie sagen uns immer wieder, wir verstehen das nicht. Und daß es nicht unsere Angelegenheit ist.

- Wenn aber die Arbeiter die Möglichkeit hätten, auf die Entscheidungen im allgemeinen Einfluß zu nehmen, was für Ergebnisse hätte das für die Produktion?
- Gewiß positive Ergebnisse. Die Leute würden mit mehr Lust arbeiten, antwortet er. Anfang der fünfziger Jahre hatten wir einen Direktor, der ist oft in die Werkshallen gekommen und hat einen jeden gefragt, was man machen soll. Die Kollegen haben viele Vorschläge gemacht, in bezug auf die Produktion, die Arbeitsbedingungen und so weiter. Der Direktor hat gewöhnlich gesagt, das braucht noch etwas Zeit, aber er wird versuchen, etwas zu tun.

Tatsächlich wurden viele unserer Anregungen angenommen und verwirklicht. Aber jetzt ist es anders. Vor einiger Zeit hat man einen neuen Direktor eingesetzt. Nach sechs Monaten hat ihn noch keiner hier im Maschinensaal gesehen.

Im ganzen Land ist das Arbeitstempo langsamer als in den westlichen Ländern. Auch in diesem Betrieb. Es gibt jedoch bereits Ausnahmen. Vor einiger Zeit, in einem anderen Betrieb, stand ich selbst acht Stunden lang am Fließband. So sehr ich mich auch anstrengte, das Band war zu schnell für mich. Im ganzen Land klagen die führenden Funktionäre über das geringe Arbeitstempo und versuchen, die Zeiten zu verkürzen. Sie sprechen neidvoll von der "Disziplin" und dem "Fleiß" der Arbeiter im Westen. Ausbeutung und ähnliche Themen behandelt man nur noch in Broschüren, die keiner liest, ausgenommen politische Karrieristen und einige Komsomol-Pfadfinder. Tatsächlich ist es ein krasser Anachronismus, von den schrecklichen Übeln des Kapitalismus zu sprechen, da doch die Bedingungen und der Charakter der Arbeit hier nicht wesentlich anders sind und im Westen höhere Löhne gezahlt werden. Und es finden sich auch immer mehr Ökonomen, die feststellen, daß "die Arbeitskraft bei uns nach wie vor eine Ware ist." Sie haben recht.
Wenngleich aber die Arbeitsbedingungen und die menschlichen und Machtbeziehungen in diesem Betrieb sich nicht wesentlich von denen in entwickelten Ländern des Westens unterscheiden, so scheinen mir doch die sozialen Unterschiede hier weniger stark ausgeprägt zu sein. Die Beziehungen zwischen dem leitenden Personal und den Arbeitern sind unmittelbarer, demokratischer, infolge der direkten Verbindungen zwischen den verschiedenen Ebenen der Sozialstruktur des Betriebs. Das entspricht übrigens auch den Erfahrungen aus dem Alltagsleben, die ich im Laufe mehrerer Jahre gemacht habe. Dagegen befinden sich die Schichten, die über keine gesellschaftliche Macht verfügen, mangels "kompensierender Macht" in völliger Abhängigkeit, ohne Möglichkeit, sich zu wehren. Das soziale Klima ist oft sehr bedrückend, ja erstickend. Die Arbeiter sind sehr geteilter Meinung, was vorzuziehen sei, die tatsächliche Situation oder ihr Gegenteil, das heißt, weniger Sicherheit und mehr Differenzierung, mit gesetzlichen Möglichkeiten eines Widerstands oder zumindest der Möglichkeit, sich zu wehren, ohne unwiderrufliche Folgen befürchten zu müssen. Wie in den liberaleren westlichen Ländern.

DER PERSONALCHEF

O., Doktor der Wirtschaftswissenschaften, ist Personalchef. Ungefähr fünfzig Jahre alt, wirkt er jugendlich und energisch. Er ist für mehr als zweitausend Arbeiter und Angestellte verantwortlich. Er stellt viele Fragen über die Lage in meinem Land und ist ehrlich bemüht, mir seine Solidarität mit den Linkskräften in meiner Heimat zu bekunden. Glücklicherweise hat er Geschmack genug, dies nicht im Stil der offiziellen Broschüren zu tun.

Für alle "seine Arbeiter" (wie er sagt) empfindet er entschiedene Sympathie. Er duzt jedermann, bis auf wenige Ausnahmen. Stets hat er ein Scherzwort auf den Lippen, ist ständig in Bewegung und gestikuliert lebhaft. Er geht ganz in seiner Arbeit auf.

Er bat mich, ihm meinen vorbereiteten Fragebogen zu zeigen. Obwohl ich mich in den schriftlichen Fragen sehr zurückgehalten hatte - die "heikleren" Fragen stellte ich nur mündlich -, gefiel ihm der Fragebogen nicht. Aber er sagte nichts. Während meines ganzen Aufenthaltes beobachtete ich, daß er mich mit gewissen Personen nicht sprechen lassen wollte. Ich glaube jedoch, es ist ihm nicht ganz gelungen.

Einmal begleitet er mich in die Bauabteilung, wo er zuerst mit allen scherzte, mich dann vorstellte und der Einfachheit halber sagte:

- Der Genosse ist hier, um die Betriebsdemokratie zu studieren.

(Das ist ein Modewort, das man täglich in den Zeitungen und Broschüren lesen kann). Während er dies sagt, schaut er die Arbeiter scharf an, als wollte er sie auf telepathischem Weg warnen: Paßt gut auf, was ihr antwortet, Leute!

Es sind an die zwanzig Arbeiter um uns versammelt. Ich sage, ich würde mit jedem von ihnen einzeln reden. Keiner rührt sich. Sie sind voll Neugier. Es geschieht sehr selten, daß jemand zu ihnen kommt, um über solche Themen mit ihnen zu sprechen. Außerdem ist O. immer noch da. Schweigen. Alle Blicke sind auf mich gerichtet. Ich muß mit meinen Fragen beginnen, obwohl die Umstände sehr ungünstig sind. Also stelle ich neutrale Fragen: Alter, Familie, Freunde usw. Ich versuche, sie zu langweilen. Vergeblich. Der Arbeiter, den ich befrage, ist glücklich, eine unerwartete Zuhörerschaft zu haben. Ich riskiere Fragen über die Mitwirkung an den Plänen für das Unternehmen, den Betrieb, die Abteilung. Der Arbeiter sieht mich erstaunt an. Die anderen wechseln Blicke, sagen aber nichts. Er schaut die anderen an, dann den Vorarbeiter und O. - welche Dummheit! - denkt er sich wohl.

- Aber sowas gibt es hier nicht! Ich habe gar keinen Einfluß - sagt er verwundert.

- Was für einen Einfluß sollte er Ihrer Meinung nach haben? - mischt O. sich ein. - Was hättest du davon, wenn du dich um den Plan kümmern würdest? - fragt der Personalchef den Arbeiter. Er erhält keine Antwort. - Er hat seine Arbeit, bekommt seinen Lohn, und am Abend ist er froh, wenn er nach Hause oder in die Kneipe gehen kann. Wollen Sie, daß er sich mit dem beschäftigt, was Aufgabe der Ingenieure und Ökonomen ist? Welch eine Frage! Wissen Sie, wenn man will, daß die Leute zu einer Produktionsberatung oder zu sonst einer Versammlung kommen, muß man sie fast mit Gewalt hinschleppen. - Er blickt triumphierend in die Runde. Einige nicken zustimmend, aber ohne viel Nachdruck.
- Was man machen müßte, wäre, die Klos zu reparieren, die Garderoben, die Ventilationen... sagt ein Großer, Mutiger. Er sagt es zu mir, meint aber O. Dieser nickt mit dem Kopf und verabschiedet sich schnell.

ENTMYSTIFIZIERUNG

Die Arbeitermacht ist ein Mythos, sagt ein Veteran der Arbeiterbewegung. Er ist sehr mager, an die sechzig, politisch hoch gebildet.
- Ich war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Als die beiden Parteien sich vereinigten, wurde ich Mitglied der neuen Partei. Ich war lange Zeit Eisenbahner und immer politisch aktiv, bis zu dem Augenblick, da ich einen Streik organisierte, gegen Ende der Stalin-Ära. Danach bin ich anderthalb Jahre gesessen. Jetzt arbeite ich hier mit dem Lohn eines Hilfsarbeiters. Meine Gesundheit läßt zu wünschen übrig.
- Entspricht die heutige Wirklichkeit ihren Jugendträumen vom Sozialismus?
- Ganz und gar nicht. - Er zögert ein wenig. - Natürlich, es hat auch positive Veränderungen gegeben, aber... die Arbeitermacht ist ein Mythos. Unmittelbar nach dem Krieg haben wir eine Rolle gespielt. Wenn es je Arbeitermacht gegeben hat, dann damals, als wir gegen die Bourgeoisie kämpfen mußten. Damals wurden im Betrieb und überhaupt im ganzen Land viele Fragen angeschnitten, und das Proletariat hatte im Staat etwas zu sagen. Dann sind die Parteien aufgelöst worden, eine nach der anderen. Für keine wichtige Frage brauchte man die Proleten mehr. Nicht einmal für Fragen, die sie selbst betrafen. Zu jener Zeit wollte Tito von den Russen unabhängig sein, seinen eigenen Sozialismus machen. Stalin bekam Angst. Aber gewiß kennen Sie diese Geschichte. Seit damals - und bis zum heutigen Tag - ist die Arbeitermacht und damit der Sozialismus in immer weitere Ferne gerückt. Noch anfangs der fünf-

ziger Jahre hatten viele Leute Ideale. Die Begeisterung war groß. Viele Arbeiter waren in führende Positionen gekommen und hatten ihre Herkunft noch nicht vergessen. Ich als früherer Sozialdemokrat habe für Stalin und seine hiesigen Schüler nie viel übrig gehabt. Aber ich sage ihnen: Damals glaubten die Führer, trotz allen ihren Fehlern und Verbrechen, noch daran, daß sie den Sozialismus aufbauen würden. Noch sehr viele Menschen glaubten daran. Und wir, die politisch bewußten Arbeiter, obwohl wir fühlten, daß wir in öffentlichen Angelegenheiten nicht viel mitzureden hatten, glaubten doch, daß vieles sich im Interesse des Sozialismus und der Arbeiter ändern würde. Doch als man von all den Verbrechen und Fehlern erfuhr, besonders nach dem 20. Parteitag der KPdSU, gingen die ehrlichen Sozialisten (oder wurden gegangen) und machten jenen Platz, die nach dem Verlust ihrer Illusionen nicht auch ihre inzwischen erworbenen Privilegien verlieren wollten, und denen, für die nur die Karriere zählt. Diese werden immer zahlreicher. Jetzt ist alles verloren. Alles ist in der Hand der Karrieristen. Die alten Kommunisten, die noch übrig sind, und es werden immer weniger, haben sich nach und nach in Kleinbürger verwandelt. Glauben Sie mir. Ich weiß, die Jungen von heute halten nicht viel von Veteranen, wie ich einer bin. Sie sind Ausländer, Sie kommen aus einer anderen Welt, vielleicht verstehen Sie mich. Menschen, die gegen den Kapitalismus gekämpft haben, haben oft über viele Dinge gleiche Ansichten. Natürlich nur jene, die wirklich sozialistische Ideale haben. Die aber, die nicht für den Sozialismus gekämpft haben, können vom Sozialismus reden, soviel sie wollen, sie verstehen doch nichts.

- Sie übertreiben, ich kenne junge Menschen, die schon in dieser Gesellschaftsordnung geboren wurden, und sie haben sozialistische Ideale, ebenso aufrichtige und tiefe wie jene, die gegen den Kapitalismus gekämpft haben oder kämpfen.Es sind gewiß noch nicht viele, aber...

- Vielleicht gibt es welche, wenn Sie es sagen. Ich kenne keinen.

- Die Zeiten haben sich geändert; diese jungen Menschen wollen vielleicht einen anderen Sozialismus als den, für den Sie gekämpft haben. Sie sehen die heutige Wirklichkeit anders als viele der Älteren. Das gilt gewiß nicht für Sie, aber ich kenne alte Genossen, die an den heutigen Zuständen viel richtige Kritik üben, aber, wie ich glaube, den Sozialismus mit der Gesellschaft der Stalinzeit gleichsetzen.

- Ja, gewiß, es gibt nicht wenige Alte, die die heutige Wirklichkeit nicht sehen wollen, und nicht erkennen, daß die Zeiten sich

geändert haben. Sie sind außerstande, die Jungen von heute zu verstehen. Das ist nicht leicht, ich weiß. Auch ich sehe nicht immer klar. Die Wahrheit ist, daß unsere Jungen, oder die meisten von ihnen, von der Politik nichts wissen wollen, auf sie pfeifen.
- Ja, wirklich...
- Sie wollen sich die Haare wachsen lassen, ihre Musik hören und spielen usw. Die ganz wenigen, die sich um Politik kümmern, sind Karrieristen. Aber ich kann sie verstehen. Ist denn all das geeignet, sie in Begeisterung zu versetzen? Natürlich nicht. Sehr viele junge Leute würden gern in den Westen gehen. Sie begeistern sich für die westliche Welt, für die höher entwickelten Länder, das ist ganz natürlich. Auch das verstehe ich. Im Westen hat sich vieles geändert. Ich habe einen Sohn, der dorthin gegangen ist. Er lebt in Westdeutschland, ist deutscher Staatsbürger geworden. Von Zeit zu Zeit kommt er hierher, er ist ein qualifizierter Arbeiter. Wir haben viel miteinander gesprochen. Sie haben dort starke Gewerkschaften, sie organisieren sich gegen die Willkür. Mit ihrem Streikrecht konnten sie vieles durchsetzen. Sie haben fast alle sozialen Vorteile, die wir haben. Noch nicht ganz alle. Hier heißt es, man muß die westlichen Länder hinsichtlich der Pro-Kopf-Produktion einholen. Aber sie sind es, die uns einholen oder sogar schon eingeholt haben, was die sozialen Errungenschaften betrifft. Doch das wissen Sie ja, ich sage Ihnen Bekanntes, es ist kein großer Unterschied zwischen uns und denen. Alles der gleiche Mist! Nur, daß sie mehr Geld haben. Was wir hier brauchen würden, ist Demokratie, viel Demokratie! Die Jugoslawen haben in diesem Sinn interessante Dinge gemacht...
- Sicherlich, was sie machen, ist nicht schlecht, aber im wesentlichen ist es dasselbe, sind es die gleichen Probleme.
- Möglich, vielleicht ist ihr Selbstverwaltungssystem auch nur ein Mythos, ich glaube es gern. Aber ihr System gibt den Arbeitern zumindest einige Möglichkeiten, sich gegen die Willkür der neuen Herren, der Bürokratie, zu wehren. Schließlich bin ich schon alt und kann mir nicht mehr vorstellen, daß die Arbeiter eines Tages nicht mehr unterdrückt sein werden.
Er macht eine unbestimmte Geste, blickt ins Leere und wiederholt mechanisch mehrere Male:
- Nein, ich kann es mir nicht mehr vorstellen.

"WIR" UND "UNSER BETRIEB"

Er ist Bauernsohn und bedauert, nicht auf dem Land zu leben. Obwohl Facharbeiter, würde er, wie die meisten in diesem Betrieb, wenn er noch einmal wählen könnte, viel lieber Agrartechniker sein. Er ist klein, aber kräftig. Sein beherrschtes Auftreten verrät Kampfgeist. Er hat radikal egalitäre Ansichten. Seiner Meinung nach sollte der Generaldirektor höchstens doppelt soviel verdienen wie ein Hilfsarbeiter.

- Was soll man tun, damit die Arbeiter gern in die Produktionsbesprechung gehen?

- Vor allem sollte die Besprechung nicht eintönig sein. Die Direktoren sind daran interessiert, daß sie so eintönig wie möglich ist. Zahlen, nichts als Zahlen. Wie in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Mein Vater ist in einer solchen Genossenschaft, und dort überschüttet der Vorsitzende die Jahresversammlung mit soviel Zahlen und technischen Ausdrücken, daß jedermann einschläft und alle Lust verliert, etwas zu sagen. Das will der Vorsitzende gerade erreichen. Bei uns ist es ähnlich. Und dann klagen die führenden Funktionäre heuchlerisch darüber, daß niemand freiwillig in die Versammlung kommt. Wozu hingehen, wenn die Leitung die Vorschläge und Forderungen der Arbeiter ignoriert? Sie antworten nicht einmal darauf. Wenn man hingehen soll, dann muß man irgendein Ergebnis sehen. Sie sollten wenigstens versuchen, von Zeit zu Zeit die eine oder andere unserer Forderungen zu erfüllen. Wenn sie nur mündlich oder schriftlich antworten, irgend etwas sagen würden, eine Entschuldigung, eine Lüge, um die Nichterfüllung unserer Forderungen zu begründen! Dort etwas zu sagen, bedeutet für uns, in den Wind zu reden. Ohne Widerhall. Und noch etwas wäre notwendig: Wenn man einen führenden Funktionär kritisiert, dürfte man nachher nicht Repressalien ausgesetzt sein! Ein führender Funktionär hat immer die Möglichkeit, jemanden fertig zu machen: bei der Entlohnung, bei der Verteilung der Aufgaben, bei der Prämienvergabe usw.

Dieser Arbeiter hat einen geringfügigen Einfluß auf die Planung innerhalb der Abteilung, aber gar keine auf die Planung des Gesamtbetriebs.

- Was täten Sie als erstes, wenn Sie Direktor würden?

Wie alle Arbeiter lächelt er auf diese Frage, denkt dann aber ernsthaft darüber nach, vielleicht zum ersten Mal in seinem Leben.

- Ich müßte natürlich noch viel lernen. Ich würde die Lohnunterschiede revidieren. Und ich würde die Lage der kinderreichen Familien untersuchen. Meine Familie? Die ist nicht groß. Ich habe

nur einen Sohn. Meine Frau arbeitet auch. Wir beide zusammen verdienen nicht schlecht, wir haben sogar ein kleines Auto. Ich habe keine materiellen Schwierigkeiten. Einfluß auf die Löhne? Überhaupt keinen, nicht den geringsten, nicht einmal im Abteilungsmaßstab. Die Direktion hat mich nie nach meiner Meinung gefragt. Und dabei bin ich Gewerkschaftsvertrauensmann.

- Könnte man etwas tun, um den Arbeitern das Gefühl zu geben, daß der Betrieb ihnen gehört?

- Die führenden Leute müßten uns mehr achten. Das ist nicht nur eine Frage der Entlohnung. Wir sind Menschen und haben unsere Würde. Die Oberen müßten das berücksichtigen. Sie benehmen sich zu uns, als wären wir Haustiere. Leute mit einem solchen Benehmen sollten nicht führende Posten bekleiden!

- Was für Folgen hätte es, wenn die Arbeiter ihre Vorgesetzten selbst wählen könnten?

Auf diese Frage antworteten 45 Prozent der Arbeiter, das wäre positiv oder zum Teil positiv. 55 Prozent erwarteten negative Folgen; die meisten meinten, solche Wahlen wären nicht objektiv und würden die Tendenz zur Cliquenbildung verstärken. Dies ist einer von vielen Hinweisen, die mich zu dem Schluß führten, daß die Arbeiter lieber an den Entscheidungen teilnehmen als ihre Wirtschaftsleiter selbst wählen würden, weil sie das Gefühl haben, nicht objektiv die am besten Geeigneten wählen zu können.

Der Arbeiter, den ich eben befrage, hält es jedoch für positiv.

- Das wäre eine gute Sache. Im ganzen Land? Ja, das wäre zweifellos gut. Sie würden dann sicherlich die Interessen der Arbeiter vertreten. So, wie es jetzt ist, kommt zuerst das Interesse des Betriebes, zweitens noch einmal das Interesse des Betriebes, und dann erst das Interesse der Arbeiter. Aber natürlich - fährt er fort - müßten es echte Wahlen sein, nicht eine Wahlfarce, wie es bei uns üblich ist. Echte Wahlen, das heißt, man müßte unter vielen Kandidaten auswählen können, und diese müßten die Möglichkeit haben, offen ihre Meinung zu sagen, ohne Furcht vor Konsequenzen. Aber wissen Sie, wie beispielsweise die Wahlen der Gewerkschaftsvertrauensmänner sich abspielen? Die Leitung setzt uns Listen mit Namen von Leuten i h r e s Vertrauens vor. Wir haben das Recht, diese Namen zu streichen und durch andere zu ersetzen. Das ist alles. Ich habe oft gestrichen und andere Namen hingeschrieben. Andere Arbeiter tun das gleiche, aber das Ergebnis ist gleich Null. Es würde nur dann etwas nützen, wenn alle dieselben Namen hinschrieben.

- Und ihr könnt euch nicht untereinander verständigen, daß alle

dieselben Namen einsetzen? So könntet ihr Gewerkschaftsfunktionäre wählen, die eure Interessen besser vertreten würden.
- Das ist sehr schwer. Und dann, was, wenn s i e es wüßten? - eine Geste zum modernen zehnstöckigen Direktionsgebäude hin. Wenn sie erführen, daß wir uns organisieren, um einen von den unseren zu wählen, würden sie beginnen, langsam, schrittweise die Organisatoren und auch den Kandidaten fertig zu machen. Ich bin Gewerkschaftsvertrauensmann. Sie glauben, daß hilft etwas? Die oben fragen mich nie, sie entscheiden alles allein. Da ist zum Beispiel das Betriebsferienheim, das unter der Obhut der Gewerkschaft steht. Wer fährt dort im Sommer hin? Die leitenden Gewerkschaftsfunktionäre und die Direktoren, ihre Vertrauensleute und Freunde.
Die führenden Leute fahren alle im Sommer hin, Arbeiter nur selten - kein Platz mehr. Im Winter ist es für einen Arbeiter leichter. Da gibt es aber keinen Urlaub, der ist im Sommer, für die meisten Proleten nur zwei Wochen. Bleiben nur die Wochenenden. Bei den Arbeitern gibt es auch das Problem der Cliquen, der "sozialistischen Verbindungen". Es gibt viele Cliquen. Wenn man schon lange im Betrieb ist und viele Leute kennt, kann man sich leichter Vergünstigungen verschaffen, in bezug auf Lohn, Prämien, Urlaub und so weiter. "Verbindungen" sind viel wert. Wie ich gehört habe, braucht man sogar Protektion, um an der Universität aufgenommen zu werden, die Aufnahmeprüfung zu bestehen... Aber um fortzufahren: Meine Aufgabe als Gewerkschaftsvertrauensmann besteht einzig darin, die Beiträge zu kassieren und die Marken auszugeben. Sonst nichts. Nie verlangt man mehr von mir. Wenn ich verlange, daß man mehr Arbeiter ins Ferienheim schickt, heißt es, ja, man wird sehen - und dann nichts. Alles bleibt, wie es war.
- Aber wenn ihr euch ganz diskret organisieren würdet, um Leute eures Vertrauens in Gewerkschaftsfunktionen zu wählen... Mir scheint, ihr könntet es versuchen...
- Ja, mit einem großen Kampf könnte es gelingen, unsere Leute durchzubringen. Es wäre aber sehr schwer. Und selbst wenn unser Kandidat gewählt würde, könnte er nicht viel tun. Er hätte einen ganzen Apparat über sich, den ganzen Druck der Gewerkschafts-, Betriebs- und Parteiführer. Wann immer er etwas zu tun versuchte, was ihnen nicht paßt, würde er auf erbitterten Widerstand stoßen. Er würde nicht lange in seiner Funktion bleiben. Man würde ihm die schlechtesten, am niedrigsten bezahlten und schwersten Arbeiten geben. Jede Solidaritätsaktion zu seiner Unterstützung würde die Sache noch verschlimmern. Man würde ihn der Subversion beschuldigen, was ärger ist als Demagogie. Gegen "Subversion" gibt

es Gesetze und Gefängnisse, gegen Demagogie nur Druck. Wenn man ihn fertig machen würde, könnte man nicht viel für ihn tun. Um nicht fertig gemacht zu werden, müßte er sich anpassen und sich möglichst still verhalten. Dann hätte er seine eigenen Wähler, seine Arbeitskollegen gegen sich, sie würden ihn einen Verräter nennen, der mit den Oberen gemeinsame Sache macht und nicht mehr die Interessen der Arbeiter verteidigt. Er würde das Vertrauen der Arbeiter verlieren. Solche Fälle sind schon vorgekommen... Es gibt nicht wenige Kollegen, die Parteimitglieder sind und so denken wie ich. Arbeiter natürlich. Das Parteibuch hilft ihnen nicht viel, sofern sie nicht Karrieristen sind. Jedem führenden Funktionär erscheint ein Arbeiter, der nicht versucht, seine eigene kleine Karriere zu machen, immer verdächtig, ob er nun Parteimitglied ist oder nicht.

Er ist fast vierzig Jahre alt und hat sieben Geschwister. Sein Vater war vor dem Krieg Landarbeiter. Bettelarm. Daß er studieren konnte, verdankt er dem neuen Regime. Er ist sich dessen bewußt. Er ist der kritischste, egalitärste Arbeiter, den ich getroffen habe. Für paternalistische Beziehungen zwischen Arbeitern und Direktoren hat er nicht das geringste übrig. Solche Beziehungen sind weit verbreitet, vielleicht, weil andere nicht möglich sind. Tatsache ist, daß es den meisten Facharbeitern mehr darauf ankommt, daß die Oberen sie anhören, als darauf, sich als Opposition zusammenzuschließen und die Oberen zur Annahme ihrer Meinungen und Forderungen zu zwingen.

Er verabschiedet sich mit folgenden Worten:

- Ich hoffe, wir werden uns eines Tages organisieren können, um im Betrieb und im Staat etwas auszurichten. Aber im Augenblick müssen wir abwarten, mehr oder minder passiv. Ein großer Kampf "rentiert" sich nicht. Der Lebensstandard steigt, die soziale Lage ist nicht zu schlecht.
- ?!
- Ich meine, die materielle Lage. In materieller Hinsicht ist der Unterschied zu anderen Ländern nicht sehr groß. Auch nicht im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern, nach dem, was ich gehört und gesehen habe. Gewiß gibt es noch viele alte Menschen mit Hungerrenten. Abgesehen davon aber geht es. Und allmählich geben die Führer des Landes uns auch mehr Freiheit, unsere Meinung zu sagen, zu reisen usw. Die Arbeiter sind auch überhaupt sehr pessimistisch, was das Eingehen von Risiken betrifft. Das kann noch sehr schwerwiegende Folgen haben. Aber auch die Führer des Landes sind nicht mehr frei. Ich glaube wohl, daß sie mit der

Demokratisierung gern schneller vorgehen würden, aber sie stehen unter sowjetischem Druck. Ich bin schon in der Sowjetunion gewesen. Hier kann ich Ihnen all das sagen, doch glaube ich nicht, daß ein sowjetischer Arbeiter das könnte. Es hätte schwere Folgen für ihn. Hier kann man vor allem auf der Straße schon fast alles sagen, was man will.
Nachher begegne ich dem Personalchef O., der die Werkshalle betreten hat.
- Sie haben diesen Kerl interviewt?
- Ja, warum?
- Achten Sie nicht auf das, was er sagt. Das ist ein Demagog, ein Wühler, der hier gern Unruhe stiften würde.

DER GEWERKSCHAFTSSEKRETÄR

Er ist dreißig, war Facharbeiter, dann Sekretär des kommunistischen Jugendverbandes im Betrieb. Er ist einer der beiden hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre im Werk (der andere ist der Erste Sekretär). Der Personalchef sagt von ihm, er sei ein Trottel, was zunächst bewirkte, daß ich mir eine positive Meinung von ihm bildete.
Man merkt ihm nicht an, daß er Arbeiter gewesen ist. Sein Vokabular ist das der Propagandabroschüren. Sehr wenige Leute würden ihn auf den ersten Blick sympathisch finden.
Er redet eine Menge über die Aufgaben der Gewerkschaft, Arbeitswettbewerbe, Produktion, Quantität, Qualität, Normen, Unfälle, Konflikte, Unterstützung usw.
Der Zweite Sekretär sagt, er sei von der Betriebsleitung unabhängig, er unterstehe nur der Gewerkschaftszentrale. Daß er von den Arbeitern abhängt, vergißt er zu sagen. Als ich ihn frage, ob er nur von der Gewerkschaftszentrale abhängig sei, versteht er nicht, was ich meine.
- Hängen Sie nicht auch von den Arbeitern ab?
- Aber ja, natürlich, was für eine Frage! Die Betriebsgewerkschaftsfunktionäre werden von den Arbeitern gewählt. Da sind die Vertrauensmänner, zwanzig, dann der Werksausschuß, fünf bis zehn Personen, und schließlich der Gewerkschaftsrat, bestehend aus vierzig bis fünfzig Mitgliedern. Er wählt den Ersten und den Zweiten Sekretär. Es handelt sich um indirekte Wahlen.
Er berichtet, daß in den letzten Jahren Aktionsbereich und Befugnisse der Gewerkschaft im Rahmen der allgemeinen "sozialistischen Demokratisierung" erweitert wurden. Die Wirtschaftsleiter fragen, bevor sie eine Entscheidung treffen, stets die Gewerkschaftsleiter um deren Meinung. Diese haben eine Reihe von Rechten: Mitspra-

cherecht, Vetorecht usw. Es komme sehr selten vor, daß Betriebsleitung und Gewerkschaftsleitung nicht einer Meinung sind. Die Gewerkschaft könne nichts tun, um die Kost, die in der Werksküche zu stark ermäßigtem Preis verabreicht wird, zu verbessern. Die meisten Arbeiter verzichten auf das Werksküchenessen. Das kommt dem Gewinnbeteiligungsfonds zugute. Auch die Kinderkrippe und andere ähnliche Einrichtungen werden aus diesem Fonds finanziert: In den Zeitungen kann man lesen, daß die Sozialausgaben der Betriebe abnehmen, seit man sie von den Entscheidungen der Betriebsleitung abhängig gemacht und zugleich mit dem Gewinnbeteiligungsfonds gekoppelt hat. Es wäre in der Tat verwunderlich, wenn die Wirtschaftsleiter sich für Ausgaben entschieden, die auf Kosten ihrer Einnahmen gehen würden. Auch was dieses Problem betrifft, meint der Zweite Sekretär, die Gewerkschaft könne da nicht viel tun.

Das gleiche gilt für die Verteilung der Gewinnanteile. Ich frage ihn, ob es in der Frage der Gewinnbeteiligung viele Konflikte gegeben habe. Er reagiert lebhaft und singt ein langes Loblied auf die Gewinnbeteiligung. Es sei ein "großartiger Anreiz".

Ich bestreite es:

- Die Arbeiter leisten die schwersten, mühsamsten, langweiligsten, abstumpfendsten Arbeiten. Sie sollten stärkere materielle Anreize erhalten. Die Tätigkeit des Leitungspersonals ist ganz allgemein interessanter, sie ist schöpferisch, man kann sich viel leichter mit ihr identifizieren; außerdem ist sie mit großem Sozialprestige verbunden, was an sich ein starker Anreiz ist. Das Leitungspersonal braucht also weniger materielle Anreize. Man sollte mehr die Anstrengung, den Arbeitswillen, den Fleiß stimulieren, nicht so sehr den Aufstieg in der Hierarchie der Arbeitsteilung.

Der Sekretär verteidigt den gegenteiligen Standpunkt mit der Reihe von Stereotypen, die ich schon so oft gehört habe.

- Das ist unsere Krankheit in diesem Land, daß es noch viele Vorurteile gegen die materiellen Anreize gibt. Man schämt sich anscheinend, zuzugeben, daß die Leute um des Geldes willen arbeiten und nicht für ideale oder andere moralische Ziele. Man müßte die materiellen Anreize noch mehr verstärken. Sicherlich haben Sie gelesen und gesehen, daß in unserem Land zu wenig gearbeitet wird. Dennoch hat es seit der Stalinzeit nicht wenig Fortschritte gegeben. Warum? Weil man sich in wachsendem Maß des materiellen Anreizes bedient. Aber wir haben bisher nur die ersten Schritte gemacht. In Zukunft müssen Verantwortung, Wissen, Risikofreudigkeit stärker stimuliert werden. Und dann, Leitungstätigkeit

gibt der Gesellschaft mehr und muß daher auch besser belohnt werden. Sie kennen doch den Leitsatz des Sozialismus: Jedem nach seiner Leistung.
Ich stelle ihm also die entscheidende Frage, in der die Interessengegensätze aufeinanderprallen: Was wären gerechtere Löhne? Wie ich erwartet habe, meint er, die gegenwärtige Differenzierung sei nicht sehr gerecht, man müßte noch stärker differenzieren. Er findet es empörend, daß ein Meister manchmal weniger verdient als ein Facharbeiter. Die Meister sollten "wesentlich mehr" erhalten.

- Der Meister hat eine große Verantwortung, von ihm hängt es ab, wieviel die Arbeiter verdienen. Er muß mehr bekommen, auch wenn seine Arbeit nicht so schwer ist wie die der Facharbeiter. Mehr als jeder andere Arbeiter.
Er erzählt von einem benachbarten "Bruderland", wo "geistige Arbeiter und Beamte wesentlich besser entlohnt werden als manuelle Arbeiter". Bei der Festsetzung des Lohnes müsse in erster Linie die Fähigkeit, zu leiten, berücksichtigt werden, sodann Bildung und Verantwortung.
Ich erwähne, daß viele Arbeiter sagen, Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre hätten sie viel mehr Möglichkeit gehabt, die Leitung zu beeinflussen und an den Entscheidungen mitzuwirken, als heute. Jetzt gebe es praktisch keine solche Möglichkeit mehr.
Eine Antwort wie aus dem Buch :
- Das ist falsch. Heute haben die Arbeiter viel mehr Möglichkeiten, mitzubestimmen. Bevor man etwas macht, fragt man immer erst die Arbeiter nach ihrer Meinung. Sie aber sagen leider sehr oft gar nichts! Es interessiert sie nicht. Es ist ihnen wurscht, oder sie verlangen Unmögliches. Aber es stimmt nicht, daß man sie nicht fragt. Wenn es so wäre, wo wäre dann die Demokratie?
Ich befrage ihn über die Produktionsberatung:
- Von den Arbeitern, die ich interviewt habe, bekam ich keine einzige positive Ansicht über die Produktionsberatung zu hören. Sie gehen nicht freiwillig hin. Was könnte die Gewerkschaft tun, um diesen Zustand zu ändern?
- Ich habe nie gewußt oder gehört, daß die Arbeiter nicht freiwillig hingehen!

DER BETRIEBSPARTEISEKRETÄR
Ein Fünfziger, mit der Stimme des Agitators, entschieden, autoritär. Nach einigen Sätzen über Konflikte im Betrieb und die Verteidi-

gung der Arbeiterinteressen:
- Es ist nicht notwendig, die Interessen der Arbeiter gegen irgendwen zu verteidigen, weil alle im Betrieb die gleichen Interessen haben.
Andere Meinungen des Parteisekretärs:
- Man müßte die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten viel mehr differenzieren. Nicht die Löhne der Arbeiter sind zu niedrig, sondern die Gehälter der leitenden Angestellten. Das ist nicht gerecht. Ein Meister verdient manchmal weniger als ein Facharbeiter. Das ist untragbar.
- Auch wenn der Arbeiter eine viel schwerere Arbeit hat?
- Aber natürlich! Man muß von der ökonomischen Realität ausgehen. Der Meister wird mehr für den Betrieb leisten, wenn er mehr verdient als jene, die weniger Verantwortung haben als er. Jeder hat zu gewinnen, wenn er besser arbeitet, auch die Arbeiter.
- Und der Generaldirektor?
- Für den Generaldirektor gilt dasselbe. Ist Ihnen bekannt, daß das Grundgehalt des Mannes, der fast dreißigtausend Menschen leitet, diesen ganzen Konzern, nur fünf- bis siebenmal so hoch ist wie das eines Facharbeiters? Sagen Sie ehrlich, entspricht dies seiner Leistung, dem Nutzen, den die Gesellschaft aus ihr zieht, seinem Risiko, seiner Verantwortung? Und dann, Sie können mir glauben, er arbeitet mindestens doppelt soviel wie ein Arbeiter. Er hat keine Freizeit.
- Wenn man aber seine verdeckten Einkünfte dazuzählt, kommt man auf mindestens das Doppelte seines Grundgehalts. Dienstwagen, Repräsentationsspesen, Prämien, Gewinnanteil, freie Wohnung, Auslandsreisen usw.
- Sie übertreiben. Jedenfalls braucht er das alles für seine Arbeit, sie wird dadurch effizienter, jeder hat einen Nutzen davon, wenn er effizienter arbeitet.
- Und die Mitwirkung der Arbeiter an den Entscheidungen und am Leben im Betrieb überhaupt, was können Sie mir dazu sagen?
- Es stimmt, um 1948 gab es ein großes Maß an Mitwirkung der Arbeiter, auf Grund des Kampfes gegen das Kapital. Bei Beginn der Stalinzeit wurde dies auf ein Minimum eingeschränkt. Seit dem Ende der Stalinzeit aber gibt es viel größere Freiheit. Damit will ich jedoch nicht behaupten, es gäbe keine Probleme in dieser Frage. Das Hauptproblem ist nicht Mangel an Möglichkeiten der Mitbestimmung, sondern die fast totale Apathie und Indifferenz der Arbeiter.

- Wie erklären Sie das?

Das ist die Folge des großen westlichen Einflusses bei uns. Wir sind dem Westen zu nahe. In sozialistischen Ländern, die vom Westen weiter entfernt sind, ist diese Indifferenz im allgemeinen nicht so stark. Es ist sehr schlecht, diese Einflüsse aus dem Westen eindringen zu lassen, wir müssen das besser kontrollieren. Vor allem das Kulturleben ist infiziert. Dann ist da die riesige Zahl der Besucher aus dem Westen. Es ist auch nicht gut, daß die Arbeiter jetzt nach Belieben ihren Posten wechseln können. Es führt dazu, daß sie nur materiellen Vorteilen nachlaufen, und das ist, ideologisch gesehen, nichts Positives.

- Wenn aber die Arbeiter keine "materialistischen Neigungen" hätten und nicht immer mehr konsumieren wollten, würde das System der materiellen Anreize auf die Dauer nicht funktionieren, wenn einmal der Lebensstandard so hoch ist, daß die grundlegenden Bedürfnisse befriedigt werden.

- Das ist richtig. Aber wenn der Lebensstandard sehr hoch sein wird, beginnt der allmähliche Übergang zum Kommunismus.

- Viele Arbeiter haben mir gegenüber ihre Besorgnis darüber ausgedrückt, daß die Kluft zwischen den manuellen Arbeitern und den geistig und administrativ Tätigen sich von Tag zu Tag erweitert, namentlich seit der Wirtschaftsreform.

- Ich glaube nicht, daß sie sich erweitert. Aber es ist wirklich ein Problem, man darf es nicht verdecken. Um die Kluft zu überbrükken, muß man die ideologische Arbeit noch sehr verbessern. Anderseits ist es notwendig, daß die führenden Funktionäre, die Minister inbegriffen, öfter mit den Arbeitern zusammenkommen und deren Meinung hören. Im Jahr 1948 sind die führenden Genossen, Minister usw. oft zu Arbeiterversammlungen gegangen, haben diskutiert, Anregungen und Vorschläge angenommen. Heute informieren sich die führenden Genossen hauptsächlich aus Rundschreiben, Berichten und anderem Papierkram. Der Leitungsstil ist bürokratisch geworden. Die Arbeiter wollen persönlichen Kontakt mit den führenden Genossen haben.

- Denken Sie an so etwas wie den kubanischen Stil, zum Beispiel, wo Fidel Castro gelegentlich an manueller Arbeit teilnimmt?

- Nein, nein, keineswegs. Das ist die "chinesische" Art, es zu machen. Darin steckt ein Stückchen Demagogie. Das wollen die Arbeiter nicht.

- In welchem Ausmaß nehmen die Arbeiter an der Parteitätigkeit im Betrieb teil?

- In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre hat man erreicht, daß 50 Prozent der Arbeiter in der Partei waren. Heute sind es nur

elf Prozent. Aber natürlich gibt es Quantität und Qualität...
Der Sekretär hat eine bildhübsche Tochter, strahlend in der Frische ihrer sechzehn Jahre. Sie geleitet mich nach dem Interview durch das Labyrinth der Fabriksanlagen. Unter anderem erzählt sie:
- Im Sommer wohnen wir immer in einer Art Hotel im feinsten Kurort des Landes. Es ist sehr schön gelegen. Mitten in einem herrlichen Garten, der an einen Wald grenzt. Es gibt dort alles, sogar ein Kino. Nur die Parteisekretäre aus der Hauptstadtregion mit ihren Familien dürfen dort wohnen. Aber ich bin nicht gern dort, weil die Kinder von diesen Leuten unerträglich sind. Sie halten sich alle für die wichtigsten Menschen der Welt. Sie sind sehr versnobt. Ein richtiger Adel.

DER LEITER EINER GEWERKSCHAFTSORGANISATION VON 30.000 MITGLIEDERN

Wie der Betriebsparteisekretär ist auch der Erste Sekretär der Betriebsgewerkschaftsleitung ein Fünfziger, sehr energisch und hat ebenfalls die "große Begeisterung" der späten vierziger Jahre erlebt.

- Die Aufgabe der Betriebsgewerkschaftsleitung besteht darin, die Gewerkschaftsorganisation im Betrieb zu leiten und die Betriebsdemokratie zu realisieren.
- Die meisten Arbeiter, mit denen ich gesprochen habe, kritisieren, daß es zuviele Leute in der Verwaltung gibt. Dort werde wenig gearbeitet, sagen sie, während in den Werkshallen Arbeitskräftemangel herrsche, die Maschinen nicht voll ausgelastet und alle Arbeiter überbürdet seien.
- Man soll nicht alles glauben, was die Arbeiter sagen.
- Halten Sie die gegenwärtige hierarchische Abstufung der Löhne und Gehälter für gerecht?
- Die Proportionen sind keineswegs richtig. Die jetzigen Unterschiede entsprechen nicht den Unterschieden in der Verantwortung, der Bildung usw. Das gilt schon für die Grundlöhne. Was die Gesamtlöhne betrifft, sind die Disproportionen noch schlimmer.
- Ich fürchte, Ihre Auffassung, daß eine stärkere Differenzierung der Löhne gerechter wäre, wird bei den Arbeitern nicht viel Anklang finden. Gibt es vielleicht Gegensätze zwischen ihnen und der Gewerkschaftsleitung?
- Sie irren sich, Genosse. Unsere Auffassung entspricht den Interessen aller Arbeiter, aller Werktätigen, des ganzen Landes. Eine stärkere Differenzierung der Einkommen würde der gegenwärtigen Differenzierung in der ökonomischen Realität besser gerecht werden.

Mit Gleichmacherei lassen sich Effektivität und Produktivität nicht entwickeln. Liegt es nicht im Interesse des ganzen Landes, daß die Produktion schneller steigt? Wenn die Arbeiter Egalitarismus verlangen, so ist dies ihr Sonderinteresse. Damit kann die Produktion nicht wirksam entwickelt werden. Letztlich wäre es gegen ihr eigenes Interesse. Gegen die Interessen des ganzen Volkes. Leider kennen die Arbeiter nicht immer ihre eigenen objektiven Interessen. Das ist natürlich nicht einfach. Man muß ökonomische und politische Kenntnisse besitzen, um zu wissen, welches die Interessen des ganzen Landes, welches die wahren Interessen der Arbeiter sind.

- Gibt es Gegensätze zwischen der Gewerkschaft und der Betriebsleitung in bezug auf wenig leistungsfähige, alte usw. Arbeiter?

- Nein, diesbezüglich hat es nie große Gegensätze gegeben. Die Betriebsdirektoren sind ja ebenfalls Kommunisten, sie sind also gar nicht interessiert, die alten Arbeiter zu benachteiligen. Nein, solche Konflikte hat es nie gegeben.

- Gibt es überhaupt irgendeine Art von ernsterem Gegensatz zwischen Betriebsleitung und Gewerkschaft? Und wenn, in welchen Fragen?

- Es hat niemals ernste Gegensätze gegeben. Wenn es zu Differenzen kommt, dann meist in der Frage der Überstunden. Wir sind aber immer noch zu einer Einigung gelangt. Und schließlich ist auch der Generaldirektor Mitglied der Gewerkschaft unseres Wirtschaftszweiges. Ihre Beschlüsse sind auch für ihn bindend. Aber der Generaldirektor ist nicht daran interessiert, in Gegensatz zu uns zu kommen, denn damit käme er in Konflikt mit sich selbst. Die meisten Konflikte im Betrieb entstehen zwischen dem Generaldirektor und den Werksleitern, nicht zwischen uns und dem Generaldirektor. Wir widersetzen uns nur Dingen, die Verstöße gegen das Gesetz darstellen.

- Hat die Gewerkschaft einen Einfluß auf die Prämien und Gewinnanteile, die der Generaldirektor erhält?

- Nein, das wird von oben festgesetzt. Wir haben damit nichts zu tun. Es soll jedoch eine Neuregelung kommen; die Gewerkschaft wird dann berechtigt sein, bei der Festsetzung der Direktorenprämien mitzureden.

- Wie könnte man das Gefühl der Arbeiter, daß es "ihr" Betrieb ist, verstärken?

- Durch ideologische Erziehungsarbeit. Aber dieses Gefühl besteht ja schon heute. In der Produktionsberatung werden die Entscheidungen gemeinsam mit den Arbeitern gefällt.

MARIA MARKUS/ ANDRAS HEGEDÜS
GEMEINSCHAFT UND INDIVIDUUM
(Dezember 1970)

Eines der wichtigsten Probleme des gesellschaftlichen Fortschritts besteht heute darin, ob es bei der zweifellos raschen Entwicklung der Produktivkräfte möglich sein wird, eine neue Lebensform herauszubilden, in der sich die Persönlichkeit vielseitig entwickeln und ihr Leben bewußt gewählten Werten gemäß formen kann. Oder konkreter: Können die Verdinglichungstendenzen der 'Konsumgesellschaft', die die Freiheit des Individuums im wesentlichen darauf beschränken, aus einer Menge fertig vorgefundener Dinge (Waren) auswählen zu dürfen, überwunden werden, und wenn ja auf welche Weise? Können Gemeinschaftsformen entwickelt werden, die die weitere Entwicklung des Individuums anregen und diese in die Richtung "humanistischer" Werte lenken?

Im Gedankensystem von Marx besteht das Ziel der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht einfach darin, daß dadurch eine raschere Entwicklung der Produktivkräfte erreicht wird, und auch nicht allein in der Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, sondern gerade in der Befreiung aes Individuums von der Herrschaft der gesellschaftlichen Kräfte und Beziehungen, welche sich als entfremdete und verdinglichte Machtfaktoren manifestieren, und in der Sicherung von Bedingungen, unter denen der Mensch sich als authentisches Individuum, d.h. als authentische, menschliche Persönlichkeit entwickeln kann. Dieser Gedankengang verbindet Begriffe unlöslich miteinander, die oft voneinander getrennt werden: Gemeinschaft und Individuum oder Kollektiv und Individualität. Der Prozeß der Bildung der Persönlichkeit im Sinne von Marx ist untrennbar von der Schaffung sozialer Gruppen, die als Gemeinschaft funktionieren und die imstande sind, eine reale Beziehung zwischen der alltäglichen Aktivität des Individuums und dem Funktionieren der größeren gesellschaftlichen Einheiten zu schaffen, womit sie bis zu einem gewissen Grad die Absonderung (Partikularität) überwinden helfen. In diesem Sinne ist die Gemeinschaftsbeziehung nicht ein Wert an und für sich, sondern unabdingliches Terrain für die Ausbildung der harmonischen und vielseitigen Persönlichkeit eines authentischen Individuums. Nur als Gemeinschaft funktionierende soziale Gruppen können Bedingungen schaffen, unter denen die Gestaltung eines individuellen Schicksals im Gegensatz zum Schicksal anderer unmöglich ist, und wo auf das Schicksal anderer Rücksicht genommen werden muß.

Natürlich können nicht nur konkrete Institutionen, Organisationen oder Kleingruppen die Funktion der Gemeinschaft erfüllen, sondern auch - durch die Identifizierung mit ihren Interessen, Ideologien und Wertsystemen - großstrukturelle Einheiten, wie Nation, Klasse oder gesellschaftliche Schichten. In dieser Studie beschäftigen wir uns allerdings nicht mit den letzteren, zum Teil, weil das den Problemkreis ungemein erweitern würde, zum Teil, weil wir der Ansicht sind, daß die Träger von Gemeinschaftserlebnissen in der Regel kleinere gesellschaftliche Gruppen sind, in denen die unmittelbaren persönlichen Beziehungen zwischen den Menschen eine wichtige Rolle spielen. Nicht jede Art von Mikrogruppen erfüllt in dem obigen Sinne eine wirkliche Gemeinschaftsfunktion, denn meist sind diese Gruppen zufällig, und, was noch wichtiger ist, oft sind sie dem Wesen nach so, daß sie den eigenen Partikularismus unterstreichen.

Die wichtigsten Typen von Gemeinschaften

Von diesen Voraussetzungen ausgehend unterscheiden wir - vom Standpunkt ihrer Gemeinschaftsfunktion aus - die folgenden wichtigsten Typen von sozialen Gruppen:

a) "Humanisierende" Gemeinschaften, die im oben erwähnten Sinne die Entfaltung der Persönlichkeit ihrer Mitglieder begünstigen, insbesondere dadurch, daß sie die Absonderung des Individuums überwinden, was einer Herausbildung des Wesens des Gattungsbegriffes Mensch gleichkommt. Die Bildung solcher Gemeinschaften wird dort zu einem wirklichen gesellschaftlichen Problem, wo der Prozeß der Individualisierung fortgeschritten ist und eine Rückkehr zu primitiven Gemeinschaftsformen unmöglich wird. Für uns bedeutet dieser Typus die in der Einleitung gezeichnete Form, die der neuen Lebensweise entspricht.

b) Die "kollektivisierende" Gemeinschaft, die zwar fortschrittliche Ziele verfolgt, deren Mitglieder sich aber nicht zu Persönlichkeiten entwickeln können, weil sie das Individuum völlig den Gemeinschaftsinteressen unterordnen. Historisch gehören hierher die verschiedensten Typen von primitiven Gemeinschaften. Aber dieser Typus wird notwendigerweise auch dort vorherrschend, wo die Umwandlung, die sich im kollektivistischen Sinne vollzieht, unter Umständen stattfindet, unter denen der Prozeß der Individualisierung, als eine der Funktionen der bürgerlichen Gesellschaft, sich noch nicht in größerem Maße vollzogen hat.

c) Die "enthumanisierende" Gesellschaft integriert bzw. zwingt die Individualität der einzelnen Menschen in eine Gemeinschaft,

deren Ziele der Entfaltung des menschlichen Gattungsbegriffs zuwiderlaufen, und welche gerade deshalb ihre Mitglieder zu "deformierten" Einheiten (Einzelnen) umwandelt. Die Gemeinschaft dieses Typs betrachtet ihre eigene Absonderung als höchsten Wert und zielt deshalb auf die Vernichtung anderer Interessen und Werte hin. Die repräsentativsten Beispiele dafür sind die verschiedenen Organisationen faschistischer Art.

d) die Quasi-Gemeinschaft, die unter dem Anschein irgendwelcher Kollektivität die individuelle Absonderung ihrer Mitglieder eigentlich bestärkt. Dieser Typus von Gemeinschaften bildet sich historisch dort, wo unter der Herrschaft einer kollektivistischen Ideologie sich starke Prozesse einer Individualisierung vollziehen, wo man aber offiziell nicht bereit ist, diese zur Kenntnis zu nehmen. Dadurch unterbleibt das Suchen nach Gemeinschaftsformen, welche den neuen Verhältnissen entsprechen würden. Dazu gehören u.a. Gemeinschaften am Arbeitsplatz und andere, die in den heutigen hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften entstanden.

e) Kompensationsgemeinschaften, welche das Gemeinschaftserlebnis ihrer Mitglieder nicht auf den wesentlichsten Gebieten ihres Lebens erfüllen, sondern durch die Integrierung peripherer, oft mit einem Hobby verbundener Aktivitäten.

Die aufgezählten Typen sind natürlich analytische Kategorien, und deshalb erscheinen sie in der Wirklichkeit nie in reiner Form. In bezug auf ihre Mitglieder können die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen nicht nur verschiedene Funktionen erfüllen, ihr Charakter kann sich auch mit der Zeit ändern.

Bedeutung und Probleme der Gemeinschaft am Arbeitsplatz

Für den heutigen Menschen - da die traditionellen Gemeinschaftsformen (Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft) an Bedeutung abnehmen oder sich meist auf die private Sphäre des Lebens beschränken - werden die "Organisationen am Arbeitsplatz" in erster Linie die Möglichkeiten zur Ausbildung von Gemeinschaften bieten, die den einzelnen Menschen in Richtung der Probleme des öffentlichen Lebens orientieren.

Damit wollen wir nicht die Bedeutung jener theoretischen und praktischen Versuche herabsetzen, die sich um die Herausbildung von realen Gemeinschaften und damit neuen Lebensformen auch in der Sphäre des Privatlebens bemühen, z.B. neuer Formen von Familien- und nachbarlichem Leben. (Vor allem denken wir hier

an Versuche, wie sie z.B. in der Kommunen-Bewegung westdeutscher Jugendlicher oder in den skandinavischen Ländern bei der Organisierung von "Großfamilien" zum Ausdruck kommen.) Als Folge der Atomisierung des Lebens aber werden die Formen menschlicher Aktivität, in denen der Mensch seine Persönlichkeit ausdrücken und entwickeln kann, heute in erster Linie in der Welt der Arbeit herauszubilden sein, und zwar nicht allein im Rahmen der unmittelbaren Arbeitstätigkeit, sondern auch in der verwandten Sphäre der Selbstverwaltung und der gesellschaftlichen Kontrolle. Ihre Bedeutung wächst durch die Tatsache, daß der Mensch noch immer den größeren Teil seiner aktiven Zeit bei der Arbeit verbringt - wie verschiedene soziologische Untersuchungen sehr überzeugend zeigen -, so daß der Charakter der Arbeit und in weiterem Sinne die innerhalb der Arbeitsteilung eingenommene Stelle in sehr hohem Maße die Lebensweise und auch die Aspirationen der Menschen bestimmen.

Die Probleme des gemeinschaftlichen Lebens am Arbeitsplatz sind im frühen Stadium der industriellen Entwicklung eng verbunden mit der besonderen Art der Kollektive, die unter den Lohnarbeitern entstanden, deren hervorstechendster Zug das Aufgehen des Individuums in den gemeinschaftlichen Normen war. Diese Gemeinschaften, obwohl sie vom Traditionalismus der "naturgegebenen" Gemeinschaften wesentlich verschieden waren und ihnen gegenüber vor allem dadurch einen großen Schritt vorwärts bedeuteten, daß sie sich nicht in gleichem Maße in Partikularitäten des Standes, des Wohnortes usw. einfügten, haben trotz alledem sehr geringe Möglichkeiten für die Entfaltung des Individuums eröffnet. Die Weiterentwicklung der Industriegesellschaften hat auch diesen Typ des Kollektivismus in den Hintergrund gedrängt. Dabei spielte die ständig zunehmende Strukturierung des hierarchischen Charakters der Gruppen am Arbeitsplatz eine große Rolle, was nicht nur die Arbeiterschaft aufsplitterte, sondern gleichzeitig auch die Möglichkeiten des individuellen Vorwärtskommens verbreiterte, wodurch auch die individuellen Zielsetzungen, die soziale Lage zu ändern, größere Realität erhielten.

Alles das spielte sich in einer Zeit ab, in der Konsumgüter und Freizeit zunahmen, welche für die Menschen die Möglichkeiten, ihre Lebensart zu wählen, vergrößerten. Das gilt auch dann, wenn eine solche Wahl nur die Entscheidung zwischen verschiedenen Konsumartikeln und nicht die Herausbildung verschiedener Alternativen der Lebensweise bedeutet.

Kolakowski hat diese Situation sehr gut charakterisiert, als er

schrieb: "Der kleinbürgerliche Individualismus ist nicht eine Bestätigung der Persönlichkeit, sondern ihre Degradierung. Er bringt eine Scheinpersönlichkeit hervor, deren Entstehung nicht mit ihrer schöpferischen Aktivität verbunden ist, sondern lediglich mit der Auswahl zwischen fertigen Dingen." Das ist charakteristisch für die heutige sogenannte "Konsumgesellschaft" und setzt ein verhältnismäßig hohes Lebensniveau und Warenüberfluß voraus. In den europäischen Gesellschaften, die das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft haben, erscheint diese Lebensform heute in den Augen weiter Kreise als eines der anziehendsten Modelle der Entwicklung. Das wird in seiner Auswirkung noch verstärkt, weil sich weder in der Theorie noch in der Praxis neue Lebensformen, die sozialistische Werte verkörpern, gebildet haben.

Verzerrte Form der Kollektivität

In den ersten Jahren des Sozialismus hat sich ein eigenartiger Mythos des Kollektivs herausgebildet, der nicht zuletzt in der herrschenden Ansicht über die Organisation am Arbeitsplatz wurzelte. Diesen Ansichten gemäß soll das Individuum das individuelle Interesse und die Möglichkeit der individuellen Entwicklung voll und ganz den "höheren" (gesamtgesellschaftlichen, Klassen-, Unternehmungsinteressen usw.) unterordnen, Interessen, die für den einzelnen Menschen nur in sehr abstrakten Formen in Erscheinung treten. Demgemäß sind in den Organisationen am Arbeitsplatz die von uns als "kollektivisierend" bezeichneten Gemeinschaftsfunktionen in den Vordergrund getreten. Zur Begründung dieser Ansichten diente die Tatsache, daß jene außerordentlich schwierigen Umstände, die die Entwicklung der neuen gesellschaftlichen Ordnung begleiteten, vor allem die Probleme der gesamten Gemeinschaft betrafen. In dieser Beziehung war es auch nicht ohne Bedeutung, daß der Sozialismus zuerst in einem Lande siegreich war, in dem die Individualisierung in den großen Massen der Bevölkerung infolge der Unterentwicklung der sozialen Beziehungen auch vorher auf wesentliche Hindernisse gestoßen war, und wo der primitive Kollektivismus in vielen Gebieten des Lebens erhalten blieb.

Alles das hat dazu beigetragen, daß der Gedanke der Kollektivität in einer verzerrten Form vorherrschend wurde: Sie behinderte die Heranbildung des Individuums, ließ sie den Gemeinschaftsinteressen entgegengesetzt erscheinen und idealisierte das monolithische Bild des sozialistischen Menschen. Das so erstandene Modell wurde von europäischen Ländern mit relativ geringen Ab-

änderungen übernommen, unter ihnen auch von solchen, in denen die infolge der kapitalistischen Industrialisierung erfolgte Individualisierung bereits einen relativ höheren Grad erreicht hatte. Nicht nur in der Welt der Arbeit, sondern auch auf anderen Gebieten des sozialen Lebens wurde dadurch die Bildung von Gemeinschaften angeregt, die wir in unserem Versuch einer Typologie als "kollektivisierend" bezeichnet haben. Diese Gemeinschaften haben anfangs im allgemeinen eine positive Rolle gespielt, da sie in hohem Maße den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung trugen, in denen noch homogenisierende Tendenzen vorherrschten, und die noch in sehr geringem Maße strukturiert waren.

Ungarn: Quasi-Gemeinschaften und Illusionismus

Die Lage hat sich aber mit der Erreichung einer gewissen Stabilität verändert: eine neu strukturierte Gesellschaft ist entstanden, in der die Individualisierung und das ihr entsprechende individuelle Interesse (obwohl die offizielle Ideologie eine Zeitlang noch deren Bedeutung leugnete) sowohl in der ökonomischen Theorie als auch in der Praxis eine immer größere Bedeutung gewann. Infolgedessen haben sich die "kollektivisierenden" Gemeinschaften nicht nur nicht weiter entwickelt, sondern sie sind geradezu in den Hintergrund gedrängt worden, und an ihre Stelle sind hierarchische, bürokratische Organisationen getreten, die im weiteren hauptsächlich als Quasi-Gemeinschaften funktionierten.
Sehr charakteristisch für diesen Prozeß ist zum Beispiel in Ungarn die Art, wie aus der Bewegung der "Volkskollegien", die ausgesprochen links orientiert und sozialistisch engagiert waren, Studentenheime gemacht wurden. Eine ähnliche "Entwicklung" hat sich auch auf vielen anderen Gebieten vollzogen und im Ergebnis wurde der Widerspruch zwischen der Deklarierung der Kollektivität und den Tatsachen des täglichen Lebens ständig größer. Zugleich ist ein eigentümlicher Illusionismus entstanden. Man nahm an, daß im Sozialismus die Liquidierung des Privateigentums an Produktionsmitteln allein schon eine hinreichende Basis für die gesamtgesellschaftliche Integration und die Herausbildung eines auf die Gemeinschaft hin orientierten Menschen geschaffen habe, und daß das sozusagen automatisch die Organisationen am Arbeitsplatz in "wirkliche" Gemeinschaften umwandeln werde. Die Vertreter dieses Gesichtspunktes betrachten die Existenz von Gemeinschaften, die die Entfaltung des Individuums fordern, als im wesentlichen schon realisiert und meinen, daß die auf diesem Gebiet

vorkommenden Unzulänglichkeiten - soweit sie solche überhaupt zugeben - einfach Folgen subjektiver Irrtümer seien.
Die Tatsachen des täglichen Lebens bestätigen diese Annahme allerdings nicht, sondern beweisen, daß das Problem der Bildung wirklicher Gemeinschaften in der sozialistischen Gesellschaft im allgemeinen und auch in den Arbeitsverhältnissen infolge objektiver Ursachen ungelöst geblieben ist. Durch die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln haben sich noch nicht Verhältnisse ergeben, die den Arbeitenden die Macht der Kontrolle über den Produktionsprozeß verleihen würden. Diese Funktion wird von den Branchen-Managements der Wirtschaftsorganisationen ausgeübt. Unter diesen Umständen bleibt der Lohnarbeitscharakter der Arbeit notwendigerweise bestehen, weil der Arbeiter in der Praxis seine Arbeitskraft an eine Institution verkauft, die von irgendeinem Branchen-Management geführt wird. Darin liegt auch der Hauptgrund, daß das Betriebskollektiv "quasi-gemeinschaftlicher" Art ist. Vom Gesichtspunkt des Individuums aus ist hier das Zusammensein mit anderen vollkommen zufällig, weil es auf Ein- und Verkauf der Arbeitskraft beruht und nicht auf bewußter Assoziation der Individuen. Das Interesse des einzelnen Arbeiters liegt auf diese Weise viel stärker im vorteilhaften Verkauf seiner Arbeitskraft, als im guten Funktionieren der produktiven Einheit.

Mögliche Änderungen durch das neue Wirtschaftssystem

Das neue Wirtschaftssystem Ungarns verspricht in dieser Beziehung mögliche Änderungen in zwei Richtungen. Zum Teil baut es eine Reihe von illusorischen, kollektivistischen Begriffen dadurch ab, daß es klar macht, daß in den wichtigsten Industriezweigen eine auf die unmittelbar gesellschaftlichen Bedürfnisse zugeschnittene Produktion undurchführbar ist, und daß es damit eigentlich eine praktische Kritik an jenem Axiom übt, wonach das Lohnarbeitsverhältnis in unserer Gesellschaft bereits überwunden ist. Andererseits schafft es Möglichkeiten zur Ausbildung neuer Formen der Assoziation, die bessere Bedingungen für die Entstehung von wirklichen Gemeinschaften schaffen.
Gleichzeitig bringt die Wirtschaftsreform auch gewisse individualisierende Tendenzen ins Rollen, die, wenn sie sich auch bei der Entfaltung des Wirtschaftsdynamismus und bei der Erweiterung der tatsächlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Individuums positiv auswirken, als generelle Entwicklungsperspektive dem sozialistischen Wertsystem nicht entsprechen. Als eine einseitige Widerspiegelung

dieses Positivums macht sich auch ein Standpunkt bemerkbar, der vollständig mit der Idee des Kollektivismus bricht und diese als veraltet, der modernen Gesellschaft nicht angepaßt betrachtet, und das auf individuelles Fortkommen orientierte, individualistische Wertsystem und die entsprechende Lebensform an seine Stelle setzen will. Das ist oft eng verbunden mit der sich in den sozialistischen Ländern entwickelnden "technokratischen Manager-"Ideologie, nach der die kollektivistische Idee ein Hemmnis für den Dynamismus der Wirtschaft und dadurch für die Optimalisierung der Produktion ist.

Natürlich ist es nicht ausgeschlossen, daß zu gewissen Zeiten die auf die Kollektivität gerichtete Orientierung - wenigstens in kurzer Perspektive - mit der Aufgabe der Optimalisierung in Widerspruch gerät, und diese in gewissen Fällen auf Grund konkreter Analysen Vorrang erhalten müßte. Aber in weiterer Perspektive gesehen erfordert das Eintreten für sozialistische Werte, daß wir die Ausbildung von Gemeinschaften verlangen, die den Gedanken der Kollektivität wahren und die Entwicklung des Individuums gewährleisten, gleichzeitig aber auch dem wirschaftlichen Dynamismus dienen.

In solchen Gemeinschaften wird es nicht mehr jenes Maß der Totalität und eines monopolistischen Charakters geben, das für die traditionellen vorkapitalistischen und frühen Arbeitergemeinschaften charakteristisch war, und das die Grenzen der Entfaltung des Individuums streng umriß, ohne daß die Gemeinschaften von den Individuen, die ihnen angehörten, verändert werden konnten.

Hier, in den neuen sozialistischen Gemeinschaften, wird die in den primitiven Gemeinschaften herrschende Passivität - die einseitige Unterordnung des Menschen unter die Gemeinschaftsnormen - von einer aktiven Haltung des Individuums in der Formung der Gemeinschaftsbeziehungen und Normen abgelöst. Die "humanisierende Gemeinschaft", wie wir sie in unserer Einleitung beschrieben haben, kann sich aber nicht auf nur eine Sphäre des Lebens beschränken - z.B. allein auf die Produktionstätigkeit -, sie muß in irgendeiner Form die gesamte "Lebensführung" durchdringen.

Das soll jedoch nicht einer Isolierung der Mitglieder der Gemeinschaft von äußeren Einflüssen gleichkommen, einer Abkapselung in ihrem eigenen individuellen oder Gruppen- "Partikularismus", sondern es soll eine Orientierung auf die Probleme der gesamten Gesellschaft verwirklicht werden.

Im wesentlichen bleibt die Frage, ob sich in der Welt der Arbeit eine Tendenz entwickeln kann, die die Schaffung einer "humani-

sierenden" Gemeinschaft dieser Art zur Folge hätte. Daraus ergeben sich natürlich nicht nur mikrostrukturelle Probleme (z.B. das der Organisation der Arbeit im Betrieb), sondern auch und nicht zuletzt makrostrukturelle: diese sind es, die in erster Linie entscheiden, ob die Gemeinschaften am Arbeitsplatz imstande sein werden, die alten Formen und die alten Rahmen zu sprengen.

Ziel: Die Überwindung des Lohnarbeitscharakters

Damit sich solche Tendenzen entwickeln können, muß man vor allem den Ausgangspunkt zur Schaffung sozialistischer Betriebe untersuchen, und besonders den oben erwähnten Lohnarbeitscharakter. Entgegen der heutigen Gepflogenheit des Kaufes der Arbeitskraft durch die staatlichen und sogar die kooperativen Betriebe und Institutionen, über die dann Apparate des Branchen-Managements verfügen, könnte man die Produktion und Verteilung - soweit es die technischen Bedingungen erlauben - in immer größerem Maße auf die Unternehmen der verschiedenen Gruppen von assoziierten Arbeitern aufbauen. Die technischen Leitungsapparate müßten vor allem im Dienst dieser Assoziationen von Produzenten stehen. Argumente, die gegen solche Gedankengänge vorgebracht werden, kommen vor allem aus jener Richtung der Organisationswissenschaft, die - auf Taylor zurückgehend - die wissenschaftliche Zerlegung der Arbeitsvorgänge idealisiert und den einzigen Weg zu deren Zusammenfassung in eine Einheit darin sieht, sie durch Manager und Techniker, die in Organisationsfragen erfahren sind, unter Ausschaltung derer, die die Teilarbeiten verrichten, zu verwirklichen. Wenn neuerdings auch gewisse Veränderungen der ursprünglichen Taylorschen Methode vorgenommen werden, so beziehen sich diese nicht auf das Wesen der Methode, sondern meist handelt es sich lediglich darum, die Monotonie dadurch zu mildern, daß die Zeit für die Teiloperationen verlängert wird, oder daß die Aufgaben der Arbeiter, die die Teiloperationen durchführen, zu vorherbestimmten Zeiten vertauscht werden. Obwohl praktisch nützlich, ändert das nichts daran, daß andere dem Arbeiter Teilaufgaben übertragen. Der Arbeiter hat nicht nur keinen Einfluß auf die zielsetzende Aufgabe (die teleologische Funktion), selbst der Rhythmus der Durchführung der Teiloperation, die er verrichtet, wird ihm von anderen vorgeschrieben.
Nicht einmal die von Elton Mayo vertretene Richtung mit ihrer gerechtfertigten und scharfen Kritik des Taylorismus bedeutet eine wesentliche Änderung in dieser Hinsicht, da sie versucht, ein Gemeinschaftserlebnis durch eine mit Hilfe verschiedener sozio-

technischer Kunstgriffe bewerkstelligte Änderung der Leitungsmethoden hervorzurufen.
Die praktische Schlußfolgerung aus einer marxistischen Kritik des orthodoxen und des Neo-Taylorismus kann nicht darin bestehen, daß man zu den Formen zurückkehrt, welche der "wissenschaftlichen" Arbeitsorganisation vorausgegangen sind, und die vor allem durch den primitiven Kollektivsmus charakterisiert waren. Es besteht die Notwendigkeit, neue Gemeinschaftsformen herauszubilden, wie wir sie in großen Zügen oben zu zeichnen versuchten. Beim Versuch, solche Gemeinschaften hervorzubringen, muß man allerdings damit rechnen, daß sich auf gewissen Gebieten der gesellschaftlichen Produktion Kollektive traditioneller Art erhalten haben, an welche sich in vielen Fällen Illusionen knüpfen, und in denen man oft und fälschlicherweise die Verwirklichung sozialistischer Werte sieht. Organisatorische Formen, die die primitive Kollektivität widerspiegeln, waren fast allgemein im Falle von Arbeitern, die sich für gewisse Zeitspannen vom Dorfe entfernt hatten, z.B. den Erdarbeitern: Für den Menschen, der von seiner Familie entfernt war, bedeuteten die Kollektive sozusagen die einzige sozialisierende Gemeinschaft.
Diese Gemeinschaftsform hat sich in vielen Fällen ohne tiefergehende Veränderungen auch heute noch erhalten, bei Arbeiten, die die Arbeiter für eine bestimmte Zeit von ihrem Wohnort, der noch gewisse Formen traditioneller Kollektivität bewahrt, entfernen. Das kann man bei Erdölarbeitern feststellen, bei Saisonarbeitern der staatlichen Betriebe, in der Forstwirtschaft und hauptsächlich bei den schon erwähnten Erdarbeitern.

Voraussetzungen für die Bildung "humanisierender Gemeinschaften"

Aus diesen Überlegungen ergeben sich zwei Fragen: 1. Ist es möglich, zur Befriedigung des Bedürfnisses nach Kollektivität eine neue Form zu finden, die imstande ist, die primitive Gemeinschaft zu überwinden? Oder anders ausgedrückt: Kann eine solche "humanisierende Gemeinschaft" zustandekommen, die die alten Lebensformen nicht konserviert und die die Ausbildung des Individuums und die Möglichkeiten seiner Artikulation nicht behindert? 2. Wie soll sich das in den Rahmen des modernen Unternehmens einfügen? Theoretisch ist es verhältnismäßig leicht, auf die aufgeworfenen Fragen eine positive Antwort zu geben. In der Praxis dagegen verfügen wir auf diesem Gebiet nur über geringe Erfahrung, und es ist schwer, daraus endgültige Schlußfolgerungen zu ziehen und zu

verallgemeinern. Es ist selbstverständlich, daß die Bedingungen für die Schaffung neuer Gemeinschaftsformen am günstigsten auf Gebieten der wissenschaftlichen Forschung sind, die kollektive Arbeit von Menschen verschiedener Wissensgebiete erfordern. Die auf diesen Gebieten ausgebildeten Teams sind in mancher Hinsicht jenen Arbeitsorganisationen ähnlich, die wir als "betriebliche Assoziationen" bezeichnen können. In allen Untersuchungen, die sich mit dieser Thematik beschäftigen, kann man ein ausgesprochenes Bemühen zur freien Bildung der Zusammensetzung von Forschungsgruppen und Laboratorien erkennen, die bisher hauptsächlich in bürokratischen Formen aufgestellt worden waren, um sie unabhängig von der bürokratischen Leitung der Institute zu machen. Die Verstärkung dieser Tendenz - wie sie die Untersuchungen und praktischen Erfahrungen zeigen - ist eine der wichtigsten Voraussetzungen einer fruchtbaren Forschungsarbeit.

Die Bildung "humanisierender Gemeinschaften" ist notwendigerweise verbunden mit den Bewegungen, die für eine effektive gesellschaftliche Kontrolle kämpfen. Eine ihrer wichtigsten Eigenheiten ist es, daß aus ihnen keine Organisationen entstehen dürfen und sollen, da es nicht ihr Ziel ist, die Funktionen des Branchen-Managements zu übernehmen, sondern sich zu bemühen, dieses der Kontrolle der Massen zu unterstellen. In diesem Sinne ist das Ziel die Ausbildung der gesellschaftlichen Kontrolle in einem dynamischen Prozeß, die Schaffung von Bedingungen, unter denen die Menschen ständig - d.h. nicht allein zur Zeit einer sich ergebenden revolutionären Situation - in die Formung des gesellschaftlichen Geschehens und damit ihres eigenen Schicksals eingreifen.

AGNES HELLER

ÜBER DIE ZUKUNFT DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN

(1969)

Aus mehreren Gründen ist es unmöglich, die Zukunft der Beziehungen zwischen den Geschlechtern und innerhalb der Familie vorauszusehen, vor allem aber deshalb, weil diese Beziehungen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen insgesamt eine organische Einheit bilden und folglich nicht isoliert analysiert werden können. Die einzige Weise, diese Frage anzugehen, ist, sich zu überlegen, welche Art sexueller und familialer Beziehungen vorauszusehen ist, wenn man für die Zukunft einen bestimmten Typ gesellschaftlicher Verhältnisse annimmt, der übrigens selbst schwer vorauszusehen ist. Die Menschheit befindet sich heute mehr als je zuvor vor unterschiedlichen gesellschaftlichen Möglichkeiten. Es hängt von den menschlichen Entscheidungen und Taten, der Praxis, ab, ob die eine oder die andere Möglichkeit verwirklicht wird. Man könnte deshalb unsere Frage nicht lediglich dadurch beantworten, daß man von den aktuellen gesellschaftlichen Tendenzen aus auf die Zukunft schließt. Möglich ist nur, als Ausgangspunkt die Gegebenheiten und Möglichkeiten der gegenwärtigen Gesellschaft unter ihren verschiedenen Aspekten zu nehmen: dem ökonomischen, politischen und moralischen; die besten und die schlechtesten Varianten der gesellschaftlichen Entwicklung zu beschreiben und die wahrscheinliche Entwicklung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern und innerhalb der Familie in Abhängigkeit von diesen verschiedenen Varianten vorauszusagen.

Diese Beschreibung setzt offensichtlich eine Wahl voraus. Wir wählen eine Zukunft gemäß unserem Wertsystem und unserer Haltung in den sozialen Konflikten (welche in der Tat mit unserem Wertsystem eine Einheit bildet). Die Verfasserin dieser Zeilen hat sich als Marxistin für eine kommunistische Zukunft entschieden, was eine bestimmte Haltung hinsichtlich der Werte, die sich die Menschheit bisher gegeben hat, in sich einschließt. Deshalb werden wir künftig, wenn wir von der Zukunft der Beziehungen zwischen den Geschlechtern und innerhalb der Familie sprechen, diese in den Zusammenhang einer werdenden kommunistischen Gesellschaft stellen, des von uns gewählten Wertsystems, da es für uns die beste Verwirklichung der Möglichkeiten unserer Zeit darstellt. Das bedeutet nicht, daß wir eine weniger wünschenswerte Lösung oder sogar eine, die uns zuwiderläuft, für unmöglich hielten, noch daß wir uns weigern

würden, diese Möglichkeit vom Standpunkt marxistischer Theorie und Analyse aus zu studieren. Wir wollen damit sagen, daß die möglichen Lösungen in Richtung auf den Kommunismus der Maßstab unseres Urteils über die Zukunft der Beziehungen zwischen den Geschlechtern und innerhalb der Familie bleiben. In den Grenzen dieses Artikels fassen wir vor allem die optimale Möglichkeit ins Auge.

Die große Unterschiedlichkeit der sexuellen und moralischen Normen und Bräuche war schon in der Renaissance wohlbekannt. Im Jahrhundert der Aufklärung dienten die Normen der sexuellen Moral geläufigerweise als Beispiel, um den wechselnden und zufälligen Charakter der Sitten zu illustrieren. Über diese Unterschiedlichkeit hinausgehend, werden wir zunächst fragen, ob es in der sehr unterschiedlichen Gesamtheit der moralischen Bräuche bestimmte innewohnende Werte gibt, die sich seit einer gewissen Zeitspanne der Geschichte als dauerhaft erwiesen haben und, falls dies so ist, welche unter diesen Werten es sind, die als universale menschliche Werte betrachtet werden können, das heißt als Faktoren der Entwicklung des "Gattungswesens" (Marx), und die kraft ihres positiven Wertgehalts über sich selber hinausweisen. Wir werden daraufhin die Bedeutung und Funktion der sexuellen Sitten im allgemeinen prüfen und uns fragen, woher sie ihr Spezifikum in der Gesamtheit der moralischen Bräuche beziehen. Die Antworten auf diese Fragen haben notwendigerweise einen großen Einfluß auf die Vorstellung, die wir uns von der Zukunft der Beziehungen zwischen den Geschlechtern und innerhalb der Familie machen. Vor der Entstehung der Zivilisation und dem Auftreten der Klassengesellschaften waren die sexuellen Gebräuche vielfältiger als nach dem Auftreten dieser Gesellschaften. Es würde zu lange dauern, hier die Gründe dieses Phänomens zu analysieren. Sagen wir nur, daß dieser scheinbare Reichtum eine tatsächliche Armut verschleiert: in Wirklichkeit drückt er die Borniertheit der gesellschaftlichen Welt des Stammes aus. Er spiegelt nicht etwa die Universalität, sondern das Fehlen der Universalität und gleichzeitig der Individualität wider. Tatsächlich ist nur einer der Werte, die in den Primitivgesellschaften mehr oder weniger formuliert und in die zivilisierten Gesellschaften übernommen wurden, und der einen Einfluß auf die sexuellen Beziehungen hatte, noch lebendig: das den Inzest betreffende Verbot. Mit der Zeit ist diese Norm zum Instinkt geworden: unter den Mitgliedern derselben Abstammungslinie tritt zumindest im allgemeinen nicht einmal mehr der Wunsch dazu auf. Durch diese Norm hat die Menschheit auf gesellschaftlichem Gebiet ihre Interessen als Gattung reglementiert und

kodifiziert. So ist der erste universale, das heißt historisch dauerhafte Wert, der für die sexuellen Beziehungen galt, nicht einfach das Ergebnis natürlicher Auslese, sondern auch auf eine gesellschaftliche Absicht zurückzuführen, selbst wenn diese nicht klar bewußt war. Auf diese Art hat in bezug auf den Sexualtrieb der Prozeß begonnen, den Marx die "Zurückweichung der Naturschranken" genannt hat. Wir werden sehen, daß in diesem Falle der Prozeß enge Grenzen hatte.

Von der Entstehung der Zivilisation ab, die - wiederholen wir es - historisch mit dem Auftreten der Klassengesellschaften zusammenfällt, hat die Vielfalt der moralischen Regeln auf dem Gebiet des Kontakts zwischen den Geschlechtern neue Formen angenommen. Es entstand eine gewisse Unterschiedlichkeit zwischen den verschiedenen Klassen und Schichten ein und derselben Gesellschaft. Gleichzeitig entstand die auf dem Privateigentum beruhende Institution der Ehe, begleitet von einer sozialen Ungleichheit zwischen Mann und Frau in den sexuellen und familialen Beziehungen. Der Einfluß des Privateigentums auf diese Beziehungen ließ dauerhafte Charakteristika in der Gesamtheit der Sitten entstehen, die trotz ihrer Beständigkeit keine universalen menschlichen Werte darstellen, weil sie im Prozeß der Entfremdung verwurzelt sind. Die Entfremdung ist die Diskrepanz von Essenz und Existenz des Menschen, die Entwicklung der Wesenskräfte der Menschheit zum Schaden des menschlichen Wesens von Individuen, ganzen sozialen Klassen und Schichten. Dieser Prozeß drückt sich auf vielfältige Weise in der Entwicklung der sexuellen Beziehungen aus, in Formen, die sich mit den historischen Epochen ändern. Jede entfremdete Gesellschaftsformation ist durch das folgende beständige Moment charakterisiert, das - nebenbei gesagt - keine Eigentümlichkeit der Beziehungen innerhalb der Familie ist: unter der Herrschaft des Privateigentums ist das Leben auf den Besitz von Gütern ausgerichtet. Nur was in unserem Besitz ist, kann als wirklich unser betrachtet werden. Deshalb wird der Wunsch zu besitzen zum grundlegenden Antrieb und Motiv, nicht nur in Hinsicht auf Gegenstände, sondern auch auf Personen. Wenn eine Person mein Eigentum ist, kann sie niemandem sonst gehören, ganz wie mein Stück Land, meine Herde, meine Fabrik oder mein Haus. Folglich dringt das Motiv der Besitzergreifung unvermerkt auch in die Beziehung zwischen Mann und Frau ein. Sagen wir, um jedes Mißverständnis zu vermeiden, genauer, daß die Tendenz zur Besitzergreifung, die in den sexuellen und familialen Beziehungen vorherrscht, nicht mit dem in jeder Liebesbeziehung vorhandenen Bestreben verwechselt werden darf, daß die Person, die ich begehre, die ich

liebe, "mein" sein soll. Die Verwirrung muß vermieden werden und sei es nur aus dem Grund, weil der Eigentums"instinkt" unabhängig von Begierde und Gefühl ist. Der Mann straft seine des Ehebruchs "schuldige" Gattin und ihren "Verführer", auch wenn er sie nie geliebt oder begehrt hat, sondern einfach weil sie ihm "gehört". Es gehört zu unserer "Ehre", uns eine Sache, die zu unserem Eigentum gehört , nicht rauben zu lassen, ob wir ein "Bedürfnis" nach ihr haben oder nicht, oder was immer der Grad dieses "Bedürfnisses" sei. Man muß offensichtlich hinzufügen, daß der Wille zur Besitzergreifung den Wunsch, den die geliebte oder begehrte Person hervorruft, durchdringt. Die Motivation zur Besitzergreifung wird auf diesem Gebiet wie anderswo vorherrschend und beeinflußt tiefgehend den Wunsch selbst. Das Prestige des Mannes erfordert es, daß er so viele Frauen wie möglich besitzt, und es wird nur noch erhöht, wenn die fraglichen Frauen "schwierig" sind; umgekehrt hängt das Prestige der Frauen von der Zahl und auch von der sozialen Stellung ihrer Liebhaber und Verehrer ab.

Allgemein ist es so, daß es in einer Klassengesellschaft keine Beziehung zwischen einem menschlichen Wesen und einem anderen als solchen gibt, sondern zwischen einer Person, die eine Position in dem mit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verbundenen System einnimmt, und einer anderen Person, die eine andere Position in diesem System innehat. Gleichheit gibt es nur, wenn die Betroffenen eine einander entsprechende Position in der Arbeitsteilung, der gesellschaftlich-beruflichen Hierarchie einnehmen. Es handelt sich dabei um eine Gleichheit von Ungleichen, da sie sich nicht auf gleichen menschlichen Wert gründet. Sicherlich ist eine wirkliche Gleichheit auch zwischen Personen möglich, die einander entsprechende Positionen auf der sozialen Stufenleiter einnehmen; mit anderen Worten: gültige, auf Gleichheit beruhende Beziehungen sind sogar unter den Bedingungen der Entfremdung möglich. Aber in den allermeisten Fällen sind sie jetzt nur zwischen Personen desselben Geschlechts möglich, wobei es sich vor allem um Freundschaften zwischen Männern handelt. Die Beziehungen zwischen Personen verschiedenen Geschlechts sind, wie wir sahen, per definitionem ungleich. Zu allererst wird die Frau nicht nach dem Platz beurteilt, den sie selbst in der gesellschaftlich-beruflichen Hierarchie einnimmt, sondern nach der Stellung ihres Vaters oder ihres Ehemanns. Erst im 19. und 20. Jahrhundert kam auf diesem Gebiet eine andersartige Entwicklung, wenn auch nur in Ansätzen, auf. Die Beziehungen zwischen den Geschlechtern sind demnach mit Ungleichheit behaftet und spiegeln die Entfremdung des Gattungswesens wider.

Diese Ungleichheit äußert sich in allen Momenten der Beziehungen zwischen Männern und Frauen. Sie tritt auf dem eigentlich sexuellen Gebiet in Erscheinung, denn die Wechselseitigkeit des erotischen Genusses ist nur in Ausnahmezeiten ein ausdrücklich und allseitig anerkanntes Ziel. Sie ist deutlich auf dem moralischen Gebiet, denn was dem Manne erlaubt ist, ist der Frau verboten. Man kann ihre Wirkungen auch auf intellektuellem und rechtlichem Gebiet sehen; in diesem letzteren Fall ist der klarste Beweis dafür der Unterschied im rechtlichen Status des Mannes und der Frau in der Familie. Der subjektive Aspekt der Entfremdung ist die stillschweigende Hinnahme dieser Ungleichheit: die Rebellionen brechen im allgemeinen zur Zeit allgemeiner sozialer Umwälzungen oder als Folge dieser Umwälzungen aus (während der Renaissance, im Zeitalter der Aufklärung, in der Frühromantik, im utopischen Sozialismus und später parallel zur Verbreitung des Marxismus).
Die allgemeine gesellschaftliche Entfremdung erstreckt sich auch unter anderen Formen auf die sexuellen Beziehungen, und zwar durch die Vermittlung einer entfremdeten Moral.
Die auf das Eigentum ausgerichteten Haltungen setzen eine partikulare Persönlichkeit voraus, ein Individuum, das vor allem seine Selbsterhaltung unter gegebenen Bedingungen anstrebt, notfalls auch zum Schaden anderer, ein Individuum, bei dem die auf seine eigene Person gerichteten Affekte vorherrschen, wie Neid und Eifersucht, Eitelkeit und Egoismus, den Persönlichkeitstyp, der unfähig ist, Distanz zu sich selbst auszubilden, um sich objektiv zu betrachten, der sich vielmehr mit seinen eigenen Affekten und Interessen kritiklos identifiziert. Parallel zur Entstehung dieser partikularen Persönlichkeit bildet sich eine Moral, deren Funktion es ist, die partikularen Ansprüche zu kanalisieren, indem diese umfassenderen sozialen Bedürfnissen und Interessen unterworfen werden. Die moralischen Imperative bleiben nicht rein äußerlich, sonst wären sie nicht moralisch. Das Individuum verinnerlicht sie, übernimmt sie als integrale Bestandteile seines Systems, seines inneren Codes, wobei bestimmte Personen mehr, andere weniger verinnerlichen. Das Gewissen als "innerer Richter" ist die Form, unter der sich der "äußere Richter", d.h. die öffentliche Meinung und ihr moralisches Urteil, in der Persönlichkeit manifestiert.
Es ist offensichtlich, daß die moralischen Prinzipien eine außergewöhnliche bedeutsame Rolle - auch in ihrer entfremdeten Form - im Prozeß der Humanisierung im allgemeinen, und in der Humanisierung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern im besonderen, spielen. Ebenso offensichtlich ist es, daß der Antagonismus zwischen

den moralischen Regeln und den partikularen Tendenzen des Individuums zur Aufrechterhaltung des Partikularismus mindestens ebensoviel beiträgt wie zu seiner Humanisierung.
Wir behandeln hier nur die sexuellen Beziehungen. Die Regeln der Sexualmoral erreichen nur eine teilweise Humanisierung des Individuums und halten dabei den Gegensatz von partikularen Anstrengungen und moralischen Regeln - die übrigens auch partikular sein können - aufrecht. Der Wunsch nach Besitzergreifung, die Eifersucht und der Egoismus, sind nicht ausgeschaltet; sie sind nur auf Sektoren hin kanalisiert, wo sie nicht in Konflikt mit den sozialen Regeln geraten oder wo die Konflikte sehr abgeschwächt sind. Zum Beispiel kann ein Mann, der seinen Vorgesetzten nicht schlagen darf, einen Ersatz darin finden, seine Frau zu schlagen. Mehrere Spielarten von Sadismus und von Masochismus, die als sexuelle Perversionen eingeschätzt werden, sind im Grunde nichts anderes als ein Ausweg, der einem partikularen Besitzergreifungswunsch erlaubt, sich innerhalb der erlaubten Grenzen zu realisieren (das gilt offensichtlich nicht nur für die Sexualität; man braucht nur an den Sadismus des Krieges zu denken: gegen den Feind ist alles erlaubt.).

Die Frage nach der Moral und nach den Beziehungen zwischen den Geschlechtern stellt indessen ein besonderes Problem, das man am besten getrennt behandelt. Als wir daran erinnerten, daß das Inzesttabu sogar schon vor der Entstehung der Zivilisation aufgetreten war, sagten wir auch, daß es ein Ausdruck der auf ein Zurückdrängen der Rolle der Natur gerichteten Haltung war. In der Beziehung zwischen den Geschlechtern erscheint indessen dieser Rückzug der Natur in einer Form, die sich prinzipiell von der unterscheidet, die er in allen anderen Formen menschlichen Kontakts annimmt, ganz einfach deswegen, weil diese Beziehung die einzige Form menschlicher Beziehung ist, die auf einen biologischen (natürlichen) Trieb gegründet ist. Sicherlich entspricht auch die Ernährung einem biologischen Trieb, aber der menschliche Kontakt tritt dort erst in zweiter Linie dazwischen. Andererseits bringt der natürliche Trieb, der sich in den Beziehungen zwischen einer Mutter und ihrem Säugling manifestiert, per definitionem (von Natur aus) ungleiche Beziehungen ins Spiel. Später ist in den Beziehungen zwischen einer Mutter und ihren erwachsenen Kindern die Rolle der Natur immer weniger wirklich vorhanden. Wenn heutzutage Erwachsene an ihrer Mutter hängen, dann im allgemeinen aus sozialen und moralischen Gründen. Anders gesagt, sie stellen ihre Beziehungen mit ihrer Mutter unabhängig vom Band biologischer Verwandtschaft her. Und die Mutter handelt ebenso

gegenüber ihren erwachsenen Kindern. Im Gegensatz dazu ist der Sexualtrieb eine absolute und unvermeidliche Grundlage des Kontakts zwischen den Geschlechtern. Es ist unmöglich, ihn zu eliminieren, er kann nur humanisiert werden.

Dies ist die Entstehungsgeschichte der besonderen Funktion der moralischen Entfremdung in der Regelung der Beziehung zwischen den Geschlechtern. Tatsache ist, daß die moralischen Regeln den Sexualtrieb entweder humanisieren oder unterdrücken; es gibt keine dritte Möglichkeit. Freud hat sich das große Verdienst erworben, den Antagonismus zwischen den moralischen Regeln und dem Geschlechtstrieb zu erkennen und alle durch die Unterdrückung dieses Triebs hervorgerufenen Deformationen ins Licht zu rücken. Da er jedoch die sozialen Beziehungen der Entfremdung als das dauerhafte Schicksal des Menschen betrachtete, dachte er nicht an den zweiten Teil der Alternative: die Möglichkeit der Humanisierung. Dennoch waren mehrere Aspekte dieser Möglichkeit schon seit der Vorgeschichte der Menschheit erkennbar.

Das Christentum, das während mehr als tausend Jahren die hauptsächliche moralbestimmende Ideologie war, hat eine besondere Rolle in der Humanisierung des Kontakts zwischen den Geschlechtern und gleichzeitig in der einfachen Unterdrückung des Geschlechtstriebs gespielt. Die doppelte Funktion einer entfremdeten Moral kann dort am reinsten beobachtet werden. Betrachten wir zuerst die Humanisierung. Das Christentum hat (zwar nur als Tendenz und als Ideologie) die Gleichheit von Mann und Frau zumindest vor Gott akzeptiert und proklamiert. Die Frauen sind in der Gemeinde der Gläubigen den Männern gleich und können, obwohl sie vom Priesteramt ausgeschlossen sind, zur Heiligkeit aufsteigen. Die moralischen Regeln sind auch die gleichen: für Mann und Frau ist Jungfräulichkeit eine Tugend und Ehebruch eine Sünde. (Daß diese Moral in der Praxis kaum galt, steht auf einem anderen Blatt.) Ohne diese Gleichheit der Ideologie nach hätte die moderne Liebe, die Liebe aus Leidenschaft, nicht existiert. Die christliche Ethik gegenüber den sexuellen Beziehungen ist jedoch in sonderbarer Weise paradox. In der Antike spiegelte der Grad der Humanisierung des Kontakts zwischen den Geschlechtern den Grad der moralischen Entwicklung wider, während die christliche Welt das Verhältnis umgekehrt hat: je größer die Macht der Moral war, desto mehr wurde die Sexualität unterdrückt und sogar in der Ideologie als etwas "Tierisches" betrachtet. Wenn auch der Geschlechtsakt selbst um der Fortpflanzung der Gattung willen erlaubt war, so war der erotische Genuß, die sexuelle Lust, und besonders der Kult der Lust eine Sünde,

die von einem Gefühl der Schuld begleitet war. In dieser Hinsicht hat die bürgerliche Moral zumindest teilweise die christliche Moral abgelöst, besonders in Hinsicht auf die Frauen, wobei im Gegensatz zum Christentum das Prinzip der Ungleichheit der Geschlechter hinzukam. Das Bordell wurde eine bürgerliche, mit der Monogamie verbundene Institution.
Es ist also kein Zufall, wenn das, was man die "sexuelle Revolution" nennt, eine der hauptsächlichen Ausdrucksformen der Revolte gegen die bürgerliche Moral ist. Die "sexuelle Revolution" hat schon mehrere Wellen erlebt, aber keine war jemals so ausgeprägt wie diejenige, die heute die Studentenbewegungen Westeuropas erschüttert. Gewiß, es handelt sich nicht um eine einheitliche Bewegung, sondern um ein Zusammentreffen mehrerer Tendenzen. Man kann dennoch zwei Hauptrichtungen unterscheiden. Die erste besteht darin, das zum Rang eines ideologischen Prinzips zu erheben, was in Zeiten der Auflösung moralischer Regeln immer praktiziert wurde; sie setzt den Menschen mit dem partikularen Individuum gleich und fordert seine absolute sexuelle Befriedigung. Auf diese Weise werden sexuelle Perversionen, namentlich der Sado-Masochismus, dessen deutlich partikularen Charakter wir schon erwähnt haben, zu Idealen. Für uns ist dagegen die andere Richtung wichtiger. Ihre Vertreter betrachten die sexuelle Revolution als eines der Mittel zur Beendigung der Entfremdung, was ihr Ziel ist. Sie begnügen sich nicht damit, das Recht aller menschlichen Wesen auf Lust zu proklamieren (eine von Marcuse in "Triebstruktur und Gesellschaft" aufgestellte These), sondern sie glauben aufrichtig an die Gleichheit von Männern und Frauen in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Außerdem wollen sie aus diesen Beziehungen eine der hauptsächlichen Ausdrucksformen der Entfremdung, nämlich den Besitzergreifungswillen, ausschalten. Diejenigen, die dieses Ziel durch die sexuelle Revolution erreichen wollen, erkunden die Möglichkeiten einer humanisierten Gesellschaft, auch wenn ihre Theorie und ihre Praxis einen großen Teil Naivität und sogar Absurdität enthalten.
Wir haben schon darauf hingewiesen, daß Formen humanisierter Beziehungen zwischen den Geschlechtern sogar unter Bedingungen der Entfremdung auftreten, freilich nur in Ausnahmefällen. Die individuelle Liebesbeziehung ist hier wesentlich, ebenso wie die seit einiger Zeit herrschende Regel, nach der die Ehe auf Liebe gegründet sein müsse. Mit dieser Idee verbinden sich die Vorstellung einer kultivierten Erotik, von Kameradschaft und Freundschaft des Paares (was nicht dasselbe ist), ebenso wie die von Einzelnen unter-

nommenen Anstrengungen, die Überwindung des Besitzergreifungstriebs zu lernen, namentlich zum Kampf gegen die Eifersucht, zu denen uns das Leben und die Literatur mehr als ein Beispiel bieten. (Wir denken an das Tagebuch von Tschernischewski: die Anstrengungen, die er gegen die eigene Eifersucht entfaltet, stellen dort einen wichtigen Bestandteil seiner gesamtrevolutionären Haltung dar.)

Alle positiven Elemente, die in der Richtung der Entwicklung des Gattungswesens gehen, können offensichtlich unmenschliche Formen annehmen und in anderer Hinsicht eine zerstörerische Rolle spielen. Das gilt sogar für die Kameradschaft und die Freundschaft: die Kameradschaft, die Lady Macbeth dazu treibt, sich mit ihrem Mann zu identifizieren, ist offenbar kein gutes moralisches Beispiel. Es ist aber auch nicht selten, daß diese Art von Entwürdigung die Liebesbeziehung begleitet. Die leidenschaftliche Liebe fegt oft alle Hindernisse - auch lebendige Wesen -, denen sie auf ihrem Weg begegnet, hinweg. Nicht die Leidenschaft selbst ist indessen schuldig, sondern vorgefaßte Ideen und ein in die menschliche Seele eingewurzeltes System von Vorurteilen stellen auf dem Weg der Leidenschaft Hindernisse auf (zum Beispiel bei Racine die Staatsraison in "Bérénice" oder die besitzergreifende Natur der Leidenschaft in "Phädra"). Die Liebe ist auch in anderen Hinsichten nicht vom gesamtgesellschaftlichen menschlichen Rahmen, in dem sie entsteht, unabhängig: der Einzelne verliebt sich im allgemeinen in Personen, die seinen Interessen dienen können. In einer Klassengesellschaft ist es ein Ausnahmefall, wenn die Liebe die sozialen Grenzen überwindet. Das zeigt das Stück von Bernard Shaw "Widover's houses". Die Liebesbeziehungen sind sowohl in der Ehe, wo die Frau im allgemeinen ihren Unterhalt findet, als auch in der Prostitution nicht von den finanziellen Beziehungen zu trennen. Im 20. Jahrhundert ist die Liebe ein sozialer Brauch, ein fast "obligatorisches" Element der "guten Sitten" geworden. Zu einträglichen Zwecken manipulieren die große Presse und das Kino die Liebe, wie sie die Sexualität manipulieren (vgl. den Film "Marty").
Der tiefe oder oberflächliche Charakter der Liebe ist offensichtlich nur ein Ausdruck des mehr oder weniger tiefen Charakters des menschlichen Wesens. Die relative Vorherrschaft der Liebe aus Leidenschaft fällt historisch zusammen mit der Entwicklung der menschlichen Subjektivität in ihrem positiven Sinn, mit der Geburt des modernen bürgerlichen Individualismus (die moderne Liebesdichtung ist der schönste Ausdruck dieser Wandlung). Je mehr Wert ein Individuum (auf dem Gebiet des Gefühls, der Ethik und der Kultur) hat, desto rei-

cher ist die Liebe, zu der es fähig ist. Je entblößter, entfremdeter ein Individuum ist, desto weniger Wert hat seine Liebe, desto oberflächlicher und unpersönlicher ist sie.
Man kann jedoch den Kult der Liebe im 20. Jahrhundert und den der Sexualität nicht als ein bloßes künstliches Produkt einer beabsichtigten Manipulation betrachten. Tatsache ist, daß in einer Welt sich lockernder und zerbrechender Gemeinschaftsbande, in der der Einzelne isoliert und schutzlos ist, die Liebe (mit der Sexualität) der einzige direkte und menschliche Bezug ist, in dem ein Individuum einem anderen begegnet. Auch noch die armseligste Liebe bewahrt etwas von der Freude, einen anderen Menschen zu finden, eine Freude, die zumindest vorläufig das Gefühl der Einsamkeit und der Isolierung schwächt oder verscheucht, indem es eine Brücke zwischen zwei Seelen schlägt. So drücken sogar die kommerzialisiertesten Beziehungen zwischen Geschlechtern einen Teil des menschlichen Wesens aus und tragen in einem bestimmten Maß zu seiner Bewahrung bei.
Sagen wir jetzt einige Worte zu dem, was man "Sexualmoral" zu nennen pflegt. Wenn wir von neuem die Frage stellen, ob die Existenz einer eigenen "Sexualmoral" ein dauerhafter Wert ist, dann antworten wir mit einem kategorischen "Nein". Das nicht nur, weil die Existenz aller teilweisen oder begrenzten Moral (und das gilt für die "Geschäftsmoral" oder die "politische Moral" ebenso wie für die Sexualmoral) ein Ausdruck der moralischen Entfremdung ist. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung hält alles das noch für "unmoralisch", was im Gegensatz zu den herrschenden sexuellen Sitten steht. Der Begriff Unsittlichkeit dient übrigens häufig dazu, im besonderen die Verletzung der die Sexualität lenkenden Bräuche zu bezeichnen. Wenn wir andererseits das Problem vom Standpunkt der Entwicklung des Gattungswesens aus untersuchen - und hier tritt das Problem der zukünftigen Tendenzen auf -, dann wird klar, daß in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern dieselben Faktoren und nur diese wie bei allen anderen Bereichen der Moral die universalen Werte verletzen. Den Willen einer anderen Person mit Gewalt zu brechen, sie bewußt irrezuführen, den anderen als bloßes Mittel zum Zweck zu benutzen, das Leben anderer zu zerstören, Wechselseitigkeit und Gleichheit zu verweigern, das sind die Haltungen und die Handlungen, die im Kontakt zwischen den Geschlechtern die universalen menschlichen Werte auf eine im höchsten Maß nicht wiedergutzumachende Weise verletzen. Aber es ist offensichtlich, daß diese Haltungen und diese Handlungen keine spezifischen Überschreitungen besonderer Regeln einer Sexualmoral

sind, weil dieselben Verstöße gegen das Gattungswesen sich in allen Bereichen der menschlichen Beziehungen wiederfinden.
Unsere erste Behauptung über die Zukunft ist deshalb, daß das System von spezifischen sexualmoralischen Normen verschwinden wird und daß die Kontakte zwischen den Geschlechtern künftig nach denselben moralischen Kriterien beurteilt werden wie alle anderen Bereiche menschlicher Beziehungen.
Wir haben eine zukünftige Gesellschaft angenommen, in der es keine Entfremdung geben wird, und wir prognostizieren das Ende der Entfremdung in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern wie auf allen anderen bisher analysierten Gebieten.
Welches Bild haben wir von diesen Beziehungen und welche Voraussagen kann man darüber machen?
Zunächst: die soziale Ungleichheit zwischen Mann und Frau wird ihr Ende finden. Das bedeutet offenbar nicht, daß alle Erscheinungsformen der Ungleichheit verschwinden werden, weil die Ungleichheit zwischen den Menschen auf den anderen Gebieten eben nicht ausgeschaltet werden kann. Unter dem Ende der sozialen Ungleichheit verstehen wir nicht nur, daß die soziale Lage und die Startbedingungen für das Leben gleich sein sollen, sondern auch, daß allmählich Unterschiede sich abschwächen und verschwinden, die beinahe zu "natürlich" scheinenden Charakteristika werden, weil wir uns seit Jahrtausenden an sie gewöhnt haben, die aber dennoch das Ergebnis der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sind, z.B. die Ungleichheit zwischen Mann und Frau in bezug auf die sexuelle Lust und die Wahl des Partners, die intellektuelle Aktivität und auch gefühlsmässige und moralische Attribute wie die "natürliche" Härte und Rationalität des Mannes im Gegensatz zur "natürlichen" Sanftheit und Gefühlsbetontheit der Frau usw.
Wenn das Leben im allgemeinen sich nicht mehr um das Eigentum dreht, wird der Gedanke der Besitzergreifung aus den Beziehungen zwischen den Geschlechtern verschwinden. Der "andere" wird nicht ein Prestigeobjekt, eine Trophäe oder ein Mittel zum Zweck sein. In den Beziehungen zwischen wirklich freien Individuen ist der andere immer ein Ziel in sich selbst. Eine Liebesbeziehung wird nur dann zu Ende gehen können, wenn einer der beiden Partner das Bedürfnis nach ihr nicht mehr verspürt, ebenso wie sie nur aus dem wechselseitigen Bedürfnis nach dem anderen entstehen können wird. Offensichtlich kann das Leiden dadurch nicht ebensosehr aufgehoben werden. Nicht-geteilte oder ungleich gefühlte Begierde oder Liebe werden immer eine Quelle von Schmerzen und manchmal von Tragik sein. Aber was verschwinden wird, ist das Trauma, das aus der Fru-

stration eines Besitzergreifungswunsches entsteht. Das verlassene Individuum wird leiden, aber an einem ganz persönlichen Schmerz und nicht an gekränkter Eitelkeit, verletzter "Ehre", an einem Gefühl, daß man ihm "sein Gut genommen" hat. Es wird keine durch eine abgesonderte Sexualmoral hervorgerufene Katastrophe mehr geben, ebenso wie es keine Sünde und kein Schuldgefühl wegen einer vorgeblichen Überschreitung eines bestimmten sexuellen Codes mehr geben wird. So wird auch Enttäuschung in der Liebe zu einem des Menschen würdigen Leid.

In einer nicht-entfremdeten Welt, in der nicht mehr die Tendenz zur Besitzergreifung herrschen wird, werden die Individuen aufhören, partikular strukturiert zu sein. Die individuelle Persönlichkeit, die bis dahin nur eine Ausnahme gewesen war, wird typisch für die Gesellschaft werden. Die moralischen Regeln werden nicht mehr "fremd" einer in ihrer Partikularität konservierten Persönlichkeit gegenüberstehen. Die Persönlichkeit wird fähig sein, aus eigener Entscheidungskraft und den eigenen Gaben gemäß (natürlichen Fähigkeiten, Talenten und Gefühlen) die wertvollen Entscheidungen zu treffen und ihre Neigungen zu humanisieren anstatt sie zu unterdrücken.

Wir haben gesehen, daß das eine besondere Bedeutung in der Sexualität annimmt, wo die natürlichen Triebe nicht fortschreitend ausgeschaltet werden können, sondern entweder unterdrückt oder humanisiert werden müssen. Das Individuum wird es nicht mehr nötig haben, seine körperlichen Bedürfnisse zu unterdrücken, diese werden sich vermenschlichen. Wir haben die Kriterien dieser Humanisierung schon erwähnt: Gleichheit, Wechselseitigkeit, Freiheit der Wahl und Weigerung, den anderen als Mittel zu betrachten. Nun kann also eine rein sexuelle Anziehung gänzlich human sein, wenn sie diesen Kriterien genügt, ebenso wie heute die "geistigste" Liebe inhuman sein kann, wenn sie ihnen nicht genügt. Die Grenze zwischen dem Humanen und dem Inhumanen ist also nicht diejenige, welche die traditionelle, vor allem christliche Moral, zieht: sie verläuft nicht zwischen dem "bloß Körperlichen" und dem "Geistigen".

Wenn wir sagen, daß alle menschlichen Wesen zur Humanisierung ihrer Gefühle fähige Individuen sein werden, wollen wir gewiß nicht behaupten, daß alle gleich und mit derselben Intensität lieben oder begehren werden. Ganz im Gegenteil, jeder humanisiert seine eigenen Neigungen gemäß den oben erwähnten Kriterien, und diese Neigungen können sehr unterschiedlich sein. Aber voll entfaltete Individuen werden keine Regeln einer 'Sexualmoral" nötig haben, um ihren Neigungen eine menschliche Richtung zu geben. Jeder kennt selbst besser als irgendein anderer die Beziehung oder die Be-

ziehungen, die für ihn am besten passen. Wir haben gesehen, daß vor der Entstehung der Zivilisation die Beziehungen zwischen den Geschlechtern durch eine außerordentliche Mannigfaltigkeit gekennzeichnet waren. Diese Mannigfaltigkeit entwickelte sich im Schoß der Sippen und Stämme und hatte demgemäß nichts Universales. In der Gesellschaft der Zukunft wird diese Mannigfaltigkeit wieder entstehen, aber dieses Mal individuell, und daher wird sie von Grund auf universal sein: das Individuum wird in seiner Existenz unmittelbar auch in dieser Hinsicht die Universalität der menschlichen Gattung verkörpern.
Wir haben bisher nur über die Vielfalt der Typen von Beziehungen zwischen den Geschlechtern gesprochen. Man muß auch einige Worte zum Inhalt dieser Beziehungen sagen. Wir haben gesehen, daß die Tiefe und der Wert der Beziehungen zwischen den Geschlechtern direkt von der Tiefe und dem allgemeinen Wert der menschlichen Wesen abhängen. Je reicher die affektive, moralische und intellektuelle Kultur und je umfassender die Intensität der Gefühle ist, desto reicher und tiefer werden die affektiven und intellektuellen Beziehungen auch in den Kontakten zwischen den Geschlechtern.

Die Perspektiven, die wir angedeutet haben, implizieren ohne allen Zweifel das Verschwinden der monogamen, durch Entfremdung gekennzeichneten, d.h. auf das Eigentum gegründeten Ehe. Ihre monogame Form ist es, die seit Jahrhunderten das Zusammenleben eines Mannes und einer Frau für die Dauer ihres Lebens offiziell sanktioniert. Die Auflösung der monogamen Ehe ist eine Erscheinung, deren Zeugen wir schon sind; sie ist eine Tatsache unserer Zeit. Aber die einfache Auflösung der Monogamie bedeutet keineswegs, daß deshalb notwendigerweise neue und bessere Beziehungen entstehen. Dazu ist eine soziale Bewegung nötig, deren Ziel die Beseitigung aller Formen von Entfremdung ist. Solange Mann und Frau nicht wirklich gleich sein werden, wird die Auflösung der Ehe zumindest für eine Weile größere Nachteile für die Frau mit sich bringen. Solange wir auf die Herausbildung einer neuen, wirklich integrierten menschlichen Gemeinschaftlichkeit warten, bringt die Auflösung der Monogamie die Einsamkeit ans Licht und macht sie folglich schmerzhafter, auch wenn sie sie nicht vergrößert. Trotz der schmerzhaften Konflikte, die die Auflösung der monogamen, durch Entfremdung gekennzeichneten Ehe erzeugt, betrachten wir diese als einen Prozeß, der auf lange Sicht eine bessere Zukunft ankündigt. Sie vermindert die Rolle der Besitz- und Finanz-Verhältnisse im Zusammenleben der Gatten und in den außerehelichen sexuellen Beziehungen, und drängt

dabei auch die Prostitution zurück (das gilt besonders für die sozialistischen Gesellschaften). Gewiß, solange eine "naturwüchsige Arbeitsteilung" (Marx) besteht, werden die mit Besitz und Geld verbundenen Überlegungen aus dem Verhältnis zwischen den Geschlechtern nicht entfernt werden können. Aber die Motivationskraft dieser Faktoren kann sich abschwächen und sie schwächt sich tatsächlich ab. Marxisten des 19. Jahrhunderts (Engels, Bebel) haben diesen Aspekt der Auflösung der entfremdeten Monogamie vorausgesehen und begrüßt. Was Engels und Bebel nicht vorausgesehen haben, sind die Konflikte und Widersprüche, die diese Auflösung begleiten, denn sie betrachteten den Sozialismus als einen Gesellschaftstyp, der von Anfang an aus integrierten Gruppen zusammengesetzt ist.
Wir haben zu wiederholten Malen betont, daß die Menschen der Zukunft die Arten und den Inhalt ihrer Beziehungen individuell wählen werden, ohne daß ihre Antriebe durch die Verbote der Sexualmoral gefesselt und unterdrückt werden. Das soll offensichtlich nicht heissen, daß der Handelnde selbst jemals der einzige Richter seiner Handlungen sein könne. Es kommt vor, daß das entfaltetste Individuum irrige Entscheidungen trifft, die im Gegensatz zu den Forderungen der universalen Werte stehen, oder gelegentlich dem entgegen handelt, was das zutiefst Menschliche in ihm ist; und außerdem werden niemals alle Individuen gleich entfaltet sein. Es wird also immer einen Richter und ein Urteil geben, nämlich das der öffentlichen Meinung von Gemeinschaften, die auf Beziehungen zwischen freien und gleichen menschlichen Wesen gegründet sind. Diese öffentliche Meinung wird sich indessen von allen Arten bisher beobachteter öffentlicher Urteile darin unterscheiden, daß sie nicht auf den Individuen feindlich gegenüberstehende, nur auf Gewöhnung beruhende partikulare Normen begründet sind. Sie wird jedem Fall und jeder Situation gemäß urteilen. Ihr einziges Kriterium wird sein, herauszufinden, ob die betrachtete Entscheidung die allgemeinen Werte, wie sie auf dem gegebenen Niveau der Entwicklung des Gattungswesens definiert sind, verletzt, und ob es dem Individuum möglich gewesen wäre, sie nicht zu verletzen, und um welchen Preis. So wird das Urteil der öffentlichen Meinung nicht die Unterdrückung der individuellen Antriebe, sondern ihre Humanisierung zur Auswirkung haben.

Fourier und nach ihm Marx haben gesagt, daß die Beziehungen zwischen Mann und Frau ein Gradmesser der Humanisierung einer Gesellschaft sind. Wir haben uns hier in die Perspektive einer humanisierten Gesellschaft gestellt, die zum ersten Mal in der Geschichte humanisierte Beziehungen zwischen Männern und Frauen möglich macht.

Aber wir leugnen nicht (wir haben es ja am Anfang dieses Artikels gezeigt), daß auch eine andere Perspektive möglich ist. In einer allen Manipulationen offenen Welt kann heute alles, was auf die Schaffung von Werten zielt, zu einem gegenteiligen und schädlichen Ergebnis umschlagen. Wenn zum Beispiel die Auflösung der Monogamie oder die sexuelle Revolution eine menschlichere Zukunft anzeigen können, so können sie auch den Beginn des Niedergangs von Werten, die die Menschheit allmählich erworben hat, bedeuten. Das von seinen partikularen Motivationen aus manipulierte Individuum kann in seinen Beziehungen zum anderen Geschlecht tiefer in die Irre gehen als der Asket, der seine Triebe unterdrückt, oder der Libertin, der sich blind und ohne Gedanken an den anderen seinen Leidenschaften überläßt. Die pseudowissenschaftlichen und literarischen Schwätzereien über das sexuelle Leben, die "technischen" und gleichzeitig konformistischen, auf das Prinzip "alle machen's" gegründeten Ratschläge, degradieren die Sexualität tiefer als es die Qual kann, sich einer schändlichen sexuellen Handlung schuldig zu fühlen. (Um jedem Mißverständnis zuvorzukommen, stellen wir klar, daß diese Bemerkungen nicht gegen die Sexualerziehung gerichtet sind!) In der Tat verfälscht diese Art von Manipulation die Individualität, die wertvollste der Eigenschaften in der Beziehung zwischen den Geschlechtern, ob es sich um Sexualität, Erotik oder Liebe handelt.

Wenn wir in den sozialen Konflikten eine Wahl treffen, dann optieren wir gleichzeitig für eine bestimmte Zukunft der Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Wir wählen freie und gleiche - und sicherlich individuelle - Beziehungen, Beziehungen, die in allen Bereichen des menschlichen Lebens bar sind jeder Tendenz zur Besitzergreifung und gekennzeichnet durch ihren Reichtum, ihre Tiefe und ihre Aufrichtigkeit.

MIHALY VAJDA / AGNES HELLER
FAMILIENFORM UND KOMMUNISMUS
(1970)

Im Gegensatz zu den Utopisten gab Marx keine Beschreibung der kommunistischen Gesellschaft in deren Einzelheiten, da er ja emphatisch betonte, daß die menschlichen Verhältnisse im Verlauf der menschlichen Tätigkeit und der gesellschaftlichen Kämpfe von den Menschen selbst geformt werden. Eine vorgängige Fixierung der konkreten Struktur der Zukunft hätte die Konfrontierung eines Ideals mit der Wirklichkeit bedeutet. Aber diese Unterlassung bedeutet nicht, daß Marx keine Werte vorausgesetzt hätte, ohne deren Realisierung man sich eine kommunistische Gesellschaft nicht einmal vorstellen kann. Diese Werte negieren entfremdete zwischenmenschliche und gesellschaftliche Beziehungen, sie sind jedoch nicht einfach Negativitäten. Die Negation bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse basiert bei Marx auf positiven Wertannahmen. Das Ziel besteht nicht einfach in der Ersetzung vorhandener gesellschaftlicher Formen durch neue. Hauptziel ist die Humanisierung der Individuen und der sozialen Beziehungen.
Wiederkehrende Themen des Marxschen Kommunismus - wie die Abschaffung des Privateigentums und die Zerschlagung der entfremdeten öffentlichen Gewalt - basieren auf denselben positiven Wertannahmen. Keines ist als solches Ziel. Beide sind Mittel und Prozesse, die eine "humane" Gesellschaft herbeiführen sollen, da das Ende des Privateigentums und des Staates fundamentale Voraussetzungen sind für die Beseitigung von (1.) der Fetischisierung der menschlichen Beziehungen zu Beziehungen zwischen Dingen, (2.) der Unterordnung von Menschen unter andere Menschen (gesellschaftliche Arbeitsteilung), und (3.) der Beziehung von Menschen zu anderen als bloßem Mittel zum Zweck. Da gesellschaftliche Regelungen immer vorhanden sein müssen, kann dieses Ziel nur im Verlauf der Herausarbeitung neuer Arten menschlicher Beziehungen verwirklicht werden. Dies wiederum setzt, was für uns offensichtlich ist, einen relativ hohen Grad der Entwicklung der Produktivkräfte voraus.
Die Frage ist, ob der gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozeß automatisch die hinreichenden Voraussetzungen für die Verwirklichung seines Ziels, d.h. positiver, nicht-entfremdeter Regelung der menschlichen Beziehungen, hervorbringt. Schafft eine rein politische und ökonomische Aktivität die Menschentypen, die für eine wirklich freie Gesellschaft nötig sind? Die kommunistische

Veränderung der Produktionsverhältnisse und die Verwandlung entfremdeter Machtstrukturen in gesamtgesellschaftliche und lokale Selbstverwaltungsformen kann nur erreicht werden, wenn unsere bewußten revolutionären Intentionen auch auf die Veränderung der alltäglichen Verkehrsformen gerichtet sind. Diese Faktoren bedingen sich eben alle gegenseitig. Die Veränderung der Produktionsverhältnisse und der Abbau von Machtstrukturen sind ohne den bewußten revolutionären Umbau des Alltagslebens unvorstellbar: das gilt auch umgekehrt.
Engels warf dieses Problem in seiner Schrift "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" auf. Ihm zufolge müssen die Abschaffung des Privateigentums und das Absterben des Staates notwendigerweise mit der Auflösung der monogamen Familie einhergehen. Engels argumentierte, daß in einer kommunistischen Gesellschaft die monogame Familie sich in eine Ehepartnerschaft verwandeln wird, fügte aber hinzu, daß im voraus nichts Gewisses über diese Entwicklung gesagt werden könne, da die neuen Formen erst erarbeitet werden müssen.
Warum betrachten wir die Familie als Organisationszentrum des Alltagslebens? Die Reproduktion des Menschen vollzieht sich offensichtlich nicht nur in der Familie: ein überwiegender Teil unserer Alltagstätigkeiten findet nicht innerhalb der Familie statt und hat keinen Bezug zu ihr. Doch ist es die Familie, die neue Generationen "aufzieht" und ihnen die im Alltagsleben notwendigen Tätigkeitstypen beibringt. In der Tat ist diese Vermittlung von Tätigkeiten des Alltagslebens der wichtigste Teil der Familienerziehung. Überdies ist die Familie die "Operationsbasis" für alle unsere Alltagstätigkeiten: sie ist der Punkt, von dem wir "ausgehen", zu dem wir "zurückkehren", sie ist unser Ort im Raum, unser Zuhause. Schließlich sei genannt, was der Bedeutung nach nicht als letztes kommt: in der Familie bilden und bestimmen sich die unmittelbarsten Beziehungen zwischen den Menschen, zwischen Mann und Frau. Wie Marx schrieb: "In diesem Verhältnis erscheint also sinnlich, auf ein anschaubares Faktum reduziert, inwieweit dem Menschen das menschliche Wesen zur Natur oder die Natur zum menschlichen Wesen des Menschen geworden ist. Aus diesem Verhältnis kann man also die ganze Bildungsstufe des Menschen beurteilen. Aus dem Charakter dieses Verhältnisses folgt, inwieweit der Mensch als Gattungswesen, als Mensch sich geworden ist und erfaßt hat; ..." (MEW, Erg.bd. 1, S. 535)
Es gab Vorstellungen, daß es im Kommunismus möglich sei, die

Aufgabe der Aufzucht neuer Generationen aus dem dauerhaften Rahmen intimer Beziehungen zwischen Männern und Frauen zu lösen (d.h. in der Form von Kinderbetreuungszentren, die vom Staat oder der ganzen Gesellschaft als Grundzellen für die Heranbildung neuer Generationen organisiert würden). Dieses Konzept ist nicht nur utopistisch, sondern beinhaltet auch die Verarmung des menschlichen Lebens in zumindest einer wesentlichen Hinsicht. Somit steht es im Gegensatz zu den Wertannahmen des Kommunismus: es würde die innerlichen Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern als organischem Teil der umfassenden menschlichen Beziehungen aus dem Leben entfernen. Überdies brächte es die Einführung einer neuen Form von Arbeitsteilung, die Abtrennung einer Schicht von Erziehern. Die Zurückweisung dieser Ansicht ist jedoch auch mit der Zurückweisung der Alternative verbunden, daß die Erziehung der Kinder immer im Rahmen der monogamen bürgerlichen Familie stattfinden muß.

Die bürgerliche Familie

Wir müssen hier nicht auf die Entstehungsgeschichte der bürgerlichen Familie eingehen, da wir uns mit dieser Frage unter der Perspektive der kommunistischen Gesellschaft befassen. Deshalb genügt eine Analyse der Funktion der bürgerlichen Familie und ihrer gegenwärtigen Lage. Die bürgerliche Familie fügte sich ursprünglich in die Gesamtstruktur der bürgerlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse ein. Ihr einer Prototyp ist die kleinbürgerliche Familie als Produktionseinheit, die jedoch sowohl nach ihrer Funktion in der gesellschaftlichen Produktion im ganzen wie nach ihrer Zahl im Niedergang ist. (vgl. C. Wright Mills, White Collar, New York 1956). Der andere Prototyp ist der der großbürgerlichen Familie, die als solche außerhalb der Organisation der Produktion steht, wenngleich eine ihrer Hauptaufgaben darin besteht, das glatte Funktionieren des kapitalistischen Eigentums zu sichern. Dies wird dadurch erreicht, daß ein Kind oder mehrere dazu erzogen werden, die Fabrik oder das Geschäft zu führen. Grundlage beider Familientypen ist die Tradierung des Privateigentums durch Erbschaft.

Die ursprüngliche Struktur beider Arten bürgerlicher Familie ist in einem Übergangszustand. Heute ist als Folge von Veränderungen in der Struktur des modernen Kapitalismus der größere Teil der bürgerlichen Familien nicht mehr um die Produktion, sondern um die Konsumtion herum organisiert. So nimmt sogar innerhalb des Kapitalismus die ökonomische Funktion der Familie ab. Die üb-

licherweise als "Auflösung der Familie" oder "Krise der Familienform" beschriebenen Erscheinungen hängen wahrscheinlich mit diesem Wandel zusammen. Welche Erscheinungen sind dies? (1.) Das Ende der Monogamie im strengen Sinn. Scheidung ist de iure (oder zumindest de facto) allgemein akzeptiert, wenn man auch ihren gesellschaftlich negativen Zügen einige Aufmerksamkeit widmet. Die dramatischste Äußerungsform dieser Erscheinung war der Vorschlag zur gesetzlichen Abschaffung der Ehe als Institution in Schweden und Dänemark. (2.) Die fast vollständige Beseitigung de iure und Verminderung de facto der Herrschaft des Mannes in der Ehe. Dies steht in Verbindung mit der sogenannten Frauenemanzipation, der schrittweisen Ausweitung des Kreises von Berufen, die Frauen offenstehen, der Erringung politischer Gleichheit durch die Frauen usw. (3.) Die Veränderung von die Sexualität betreffenden moralischen Normen, was die Situation der Frauen verbessert und sich in einer Zunahme der Scheidungen auswirkt. (4.) Das praktische Verschwinden der Mehrgenerationenfamilie: die Einengung der Familie auf die "Kernfamilie".
Vom Standpunkt des Grundwerts der freien Wahl der menschlichen Bindungen aus muß dieser Prozeß als positiv betrachtet werden, auch wenn er zu unlösbaren Konflikten führt, bei deren Lösung die Gesellschaft ohnmächtig ist, selbst wenn sie sie organisiert zu beseitigen versucht. Ein solcher Grundkonflikt entsteht aus dem Widerspruch zwischen der Freiheit zur Scheidung und der zur Kindererziehung. Die damit verbundenen finanziellen Probleme sind leicht zu lösen, wenn der Wohlstand dieser Gesellschaft ausreichend hoch ist. Dieses Problem ist nicht so ernst wie der Bruch, der im Leben vieler Kinder durch Scheidung zustandekommt.
Ein anderes, aus diesem Auflösungsprozeß folgendes Problem ist die Einsamkeit. Die Kernfamilie mindert die Möglichkeit zu intensiven, vielseitigen Beziehungen (in Gesellschaften, in denen fast ohne Ausnahme menschliche Bindungen außerhalb der Familie lediglich funktional sind). Dieses Problem ist desto ernster im Fall der alten Menschen, die allein gelassen werden. In vielen Familien ist es so, daß die alten Leute, wenn sie mit der Kernfamilie zusammenleben, dieser entweder dienen oder zur Last fallen; und wenn sie nicht bei der Familie leben, in absoluter Einsamkeit zurückgelassen werden. Dasselbe Problem ergibt sich bei Geschiedenen, besonders Frauen, die Kinder aufziehen müssen. Eine solche Aufgabe stört offensichtlich die Aufnahme neuer Beziehungen.

Sexuelle Revolution als Slogan und als Bewegung drückt diesen

Auflösungsprozeß aus und treibt ihn an, obwohl ihr Hauptziel die Herausbildung freier menschlicher Beziehungen ist. Um dieses Zieles willen strebt die "sexuelle Revolution" die vollständige Auflösung der bürgerlichen Familie an. Die freie Wahl sexueller Beziehungen und die Freiheit, sie immer wieder neu zu wählen, ist natürlich wie in allen menschlichen Beziehungen eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung und allseitige Entfaltung der Individualität. Gleichzeitig jedoch schränkt die sexuelle Revolution das Programm, menschliche Bindungen einzurichten, auf die freie Wahl der Geschlechtspartner ein. Das Verhältnis zwischen der Sexualität und anderen Formen intensiver Bindung: zunächst und vor allem der Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern, wird nicht analysiert. Die sexuelle Revolution bietet keine Lösung in Richtung auf die Formung der Grundeinheiten einer neuen Gesellschaft. Sie ist einseitig sogar in Bezug auf ihre eingeschränkte Analyse sexueller Beziehungen. Ausgehend von der Annahme, daß die historisch verfügbaren Typen sexueller Beziehungen keine freien sind, zieht sie die Promiskuität vor und läßt dabei die Tatsache unbeachtet, daß die inhaltsreichsten, intensivsten und vielseitigsten menschlichen Beziehungen (z.B. Liebe, Freundschaft usw.) ihren Ursprung im Leben von Paaren haben. Hinter dem Slogan von der sexuellen Revolution verstecken sich die Annahmen, daß die enge Verbindung von sexuellen und familialen Bindungen immer eine Unterdrückung "normaler" Sexualität einschließe und daß die Sexualität von ihrer Unterordnung unter alle anderen sozialen Beziehungen befreit werden müsse. Das ist gegenüber der christlichen Tradition, die die Sexualität auf die Erzeugung von Kindern einschränkte, in der Tat revolutionär. Die Lösungen für beide Probleme, das der Sexualität und das der Familie, müssen in ihrer Verschränkung gesucht werden, es wäre regressiv, die Lösungen in irgendeinem neuen Typ bürgerlicher Familie zu suchen.
Unabhängig von ihrer ökonomischen Funktion ist die grundlegende gesellschaftliche Funktion der bürgerlichen Familie die Formung eines Persönlichkeitstyps, der das reibungslose Funktionieren der bürgerlichen Gesellschaft garantiert. Die marxistische Gesellschaftstheorie setzt eine unmittelbare Verbindung zwischen der Persönlichkeitsstruktur und der Gesamtheit gesellschaftlicher Verhältnisse voraus. Sie hält es für selbstverständlich, daß die Veränderung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse, der politischen Strukturen usw. einer gegebenen Gesellschaft den Menschentyp hervorbringen wird, der dieser neuen Gesellschaft angemessen ist. Die Theorie untersucht nicht die konkreten Mechanismen, die bestimmten ge-

sellschaftlichen Verhältnissen entsprechende Charaktertypen formen. Als Folge davon ignoriert sie diejenige Familie, die keine grundlegende Rolle in der Organisation der Produktion spielt; sie untersucht die Beziehungen zwischen Familienform und Gesellschaft nur als ein Moment der Produktions- oder Eigentumsverhältnisse. Weitergehende marxistische Studien über die grundlegenden Funktionen der bürgerlichen Familie wurden vornehmlich durch die Erfahrungen des Faschismus motiviert. Diese Studien enthüllten, daß unabhängig von ihren wechselnden ökonomischen Funktionen die grundsätzliche Aufgabe der bürgerlichen Familie in der Herausbildung des für das Funktionieren der bürgerlichen Gesellschaft nötigen durchschnittlichen Persönlichkeitstyps liegt. In der Familie werden die Züge der menschlichen Persönlichkeit geschaffen, die die Menschen anpaßbar an die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse insgesamt machen und die ihnen diese Verhältnisse als "natürliche" erscheinen lassen. Die erste typische Bemühung in dieser Richtung war Wilhelm Reichs "Massenpsychologie des Faschismus". Diesen Gedanken müssen wir auch dann als sein Verdienst verbuchen, wenn wir mit seinen konkreten Analysen in vielen Punkten nicht einverstanden sind. Wir sind nämlich der Meinung, daß es nicht nötig sei, die Herausbildung des angemessenen Persönlichkeitstyps in der Familie in den Begriffen der naturalistischen Freudschen Prinzipien zu erklären. Obwohl Sexualunterdrückung auch eine Rolle in der Bildung des bürgerlichen Persönlichkeitstyps spielen kann, kann die "Produktion" der normalen oder durchschnittlichen Persönlichkeit auch ohne Rekurs auf Sexualunterdrückung erklärt werden. Untersuchen wir zunächst etwas ausführlicher unsere Behauptung, daß die Familie primär die bürgerliche Persönlichkeit hervorbringt, um dann kurz zu skizzieren, welche Faktoren dabei die Hauptrolle spielen. Wegen angeborener Eigenheiten wird die Grundstruktur der menschlichen Persönlichkeit in der frühen Kindheit geformt und festgelegt. Wir wollen dies "psychischen Charakter" nennen. Der Glaube, daß die gesamte menschliche Persönlichkeit während ihrer ganzen Lebensdauer bleibende und radikale Veränderungen durchmachen könne, ist im Marxismus als schlechtes Erbe des Sensualismus implizit oder explizit vorhanden. Was sich ändern kann und es auch oft tut, ist der moralische Charakter, und sogar dieser ändert sich nicht unabhängig vom psychischen Charakter: z.B. schließt ein negativer psychischer Charakter eine radikale moralische Katharsis aus. Demgemäß wird der psychische Charakter in erster Linie in der Familie geformt, die auch grundlegende mora-

lische Präferenzen an das Kind übermittelt. Später jedoch können diese moralischen Präferenzen durch Wahl modifiziert werden, im Gegensatz zum psychischen Charakter, für den das nicht möglich ist.
Die bürgerliche Familie muß dafür garantieren, daß der psychische Charakter der in ihr aufwachsenden Menschen den Anforderungen der bürgerlichen Gesellschaft angemessen ist. Dies muß natürlich nicht bewußt erreicht werden. In den meisten Fällen wird diese Aufgabe sogar auch dann erfüllt, wenn die in der Familie dominierende Ideologie den Präferenzen der bürgerlichen Gesellschaft offen widerspricht. Somit schließt die Herausbildung eines nicht in die bürgerliche Gesellschaft integrierten moralischen Charakters harte Arbeit am psychischen Charakter ein, was ohne hohe intellektuelle Fähigkeit unmöglich ist.
Die beiden Elternteile bilden für das kleine Kind die grundlegende Umgebung. Aufzucht in der Krippe und im Kindergarten ist immer auf die Familie rückbezogen. Es ist "natürlich", daß das Kind seine Eltern vor jedem anderen liebt. In der Tat "müssen" Eltern geliebt und geehrt werden: die Gesellschaft erwartet es. Bis zum Erreichen des Erwachsenenalter sind die tiefsten emotionalen Bindungen des Kindes die mit den Eltern, und es muß seine moralischen Ideale in ihnen suchen. Die Kindertagesstätte und später die Schule bieten auch andere moralische Ideale an, aber nie mit dem Bezug zu Alltagsleben und -tätigkeit und mit der Unmittelbarkeit, daß sie das Kind in seinen Handlungen 'leiten' könnten. Diese Ideale stellen tatsächlich für das Kind keine Beziehungen dar. Wenn wir einen Augenblick lang den Ausnahmefall unterstellen, in dem beide Elternteile positive moralische Vorbilder sind, so ist es doch immer noch möglich, daß der moralische und der psychische Charakter sowohl des einen wie des anderen den besonderen Eigenschaften des Kindes nicht entspricht. Diese Einschränkung der Wahlmöglichkeit kann bereits in der frühen Kindheit zu einer charakterlichen Deformation führen: siehe z.B. die Kinder großer Persönlichkeiten, die "Nieten" sind. Wenn ein Kind trotz seiner besonderen Eigenschaften den psychischen und moralischen Charakter seiner Eltern als seine Ideale akzeptiert, dann kann das ungewöhnliche innere Spannungen und sogar Willensschwäche bewirken. Wenn es sich jedoch auflehnt, dann nimmt seine Auflehnung irrationale Formen an: es pflegt dann seine Eltern für alle seine Schädigungen verantwortlich zu machen, auch wenn seine Probleme nicht von diesen verursacht wurden, sondern durch die Situation, daß sie (das Kind und die Eltern) einfach nicht

zueinander paßten! Ohne daß wir auf Situationen eingehen, in denen ein oder beide Elternteile einen im wesentlichen negativen moralischen Charakter haben, die Gesellschaft aber dennoch die Liebe des Kindes zu d i e s e n Eltern verlangt (obwohl in extremen Fällen, bei ausgesprochen brutalen oder kriminellen Eltern die Gesellschaft das nicht verlangt), genügt der Hinweis, daß das Kind in einer solchen Situation völlig heimatlos wird: es gehört nirgendwohin.

Die bürgerliche Familie ist autoritär: sie ist keine Gemeinschaft. Auch heute noch ist in den allermeisten Familien aus Gründen der Tradition und seiner sozialen Stellung der Mann die Autorität, unabhängig von den Mitteln, die er hat, um diese Autorität auszuüben. Es gibt heute schon Familien, in denen die Frau wegen ihrer Stellung in der Gesellschaft oder der Stärke ihrer Persönlichkeit die Autorität hat. Das ändert nichts an der Tatsache, daß die Familie autoritär ist. Als Ergebnis davon ist die zeitgenössische Familie nicht dazu geeignet, das Kind zu lehren, wie man in einer Gemeinschaft lebt und handelt. Nehmen wir an, daß beide Elternteile in allem vollständig übereinstimmen. Sogar in diesem Fall kann ihr perfekt harmonisiertes Leben kein Modell für gesellschaftliches Zusammenleben und Verhalten sein, weil ihre Einheit eine Ausnahme ist und in größeren sozialen Gebilden prinzipiell unmöglich wäre. Auch die harmonischsten elterlichen Beziehungen können die Kinder für demokratisches soziales Handeln nicht vorbereiten. Darüberhinaus kann die Beziehung der Kinder untereinander nur in Ausnahmefällen diese Funktion erfüllen. Die Bindungen der Kinder sind immer auf die Eltern bezogen: in den meisten Fällen werden ihre Konflikte durch Bezug auf die elterliche Autorität oder durch unmittelbares Einschreiten der Eltern gelöst. In diesem Sinn können wir nicht einmal von einer relativ unabhängigen Kindergemeinschaft sprechen. Zweitens: eine wirkliche Gemeinschaft kann wegen der kleinen Zahl von Kindern nicht gebildet werden. Auch in den ungewöhnlichen Fällen, wenn die Familie viele Kinder hat, sind diese nicht gleichaltrig: der Altersunterschied schafft eine Art "natürlicher Hierarchie", weil ältere Kinder meist Stellvertreter der Eltern werden. Autoritäres soziales Verhalten der Kinder wird von dieser Struktur vorbereitet. Das ist ein natürliches Ergebnis sogar in Familien mit antiautoritärer Ideologie, da die Eltern ihr e i g e n e s Leben nur leben können, wenn der "Gehorsam" der Kinder zum Grundwert wird. Das "gute Kind" ist eine euphemistische Bezeichnung für das "gehorsame Kind". Das Kind muß um "Vergebung" für seine Vergehen bitten,

unabhängig davon, ob es einsieht, daß die Eltern recht haben oder nicht. So gehen für das Kind gerechte oder ungerechte Belohnung und Bestrafung von einer "Machtposition" aus. Ähnlich selbstverständlich werden Aufgaben in der familialen Arbeitsteilung auf autoritäre Weise zugeteilt.
Innerhalb der Familie wird der Selbsterhaltungstrieb zu einem Wunsch, 'einem Instinkt' etwas zu besitzen. Die bürgerliche Familie ist auf Gütergemeinschaft gegründet, auch wenn sie keine Produktionseinheit ist und kein den Unterhalt sicherndes Privateigentum besitzt. Wegen ihrer autoritären Struktur ist die Verwendung des Familieneigentums von der Entscheidung der Familienautorität abhängig. Das kann zu einem Kampf um die Nutzung des Eigentums innerhalb der Familie führen und gleichzeitig zu einer Verteidigung der materiellen Interessen der Familie gegen jede andere Familie oder Gruppe. Der innere Kampf um materielle Güter muß nicht stattfinden: hier können ideologische Faktoren Erfolg haben, obwohl sie ein seltenes und hoch entwickeltes intellektuelles Niveau erfordern. Gleichzeitig und unabhängig von ideologischen Prioritäten kann die Verteidigung des Familieneigentums gegen andere in einer auf der Familienform aufgebauten Gesellschaft nicht vermieden werden. So kann zum Beispiel sogar eine Familie, die im Prinzip Privateigentum ablehnt, nicht damit einverstanden sein, daß ihre Kinder alle ihre Spielsachen und Kleidungsstücke weggeben. Sie müssen schließlich das Argument "das gehört dir" benutzen. So produziert die gegenwärtige Familie das Eigentümerbewußtsein und das folgenreiche "Wir-Bewußtsein" natürlicher Gemeinschaften.
Die proletarische Familie war ursprünglich k e i n e bürgerliche Familie. Auch zu Marx' Zeit war sie noch nicht bürgerlich, da die materiellen Bedingungen des Proletariats es daran hinderten, die Vorbedingungen für ein "normales" bürgerliches Familienleben zu entwickeln. Zu dieser Zeit hatte die proletarische Familie keine eigene Wohnung für sich. Sowohl die Erwachsenen wie die Kinder arbeiteten für ihr Einkommen und lebten davon. Es gab keine Gelegenheit für einen Familienversorger, automatisch wegen seiner Beschäftigung die Familienautorität zu werden. Bei einem zwölf- bis vierzehnstündigen Arbeitstag gab es kaum eine Möglichkeit, eine wirkliche Anhänglichkeit zwischen Kind und Eltern herauszubilden, der psychische Charakter entsteht also in erster Linie nicht in der Familie. Die Kinder wuchsen auf der "Straße" auf. Die allmähliche Verbesserung der Lebensbedingungen des Proletariats erlaubte die "Verbürgerlichung" seiner Familienform

und förderte die Entwicklung des herrschenden Familientyps: der monogamen bürgerlichen Familie. Bernstein sah dies sehr wohl und begrüßte es: jeder müsse zu einem "Bürger" aufgezogen werden. Auch die Verbindung zwischen diesem Prozeß und der Entwicklung reformistischer Tendenzen in der Arbeiterbewegung sah er richtig. Wer bürgerlich lebt, will die bürgerliche Gesellschaft nicht grundsätzlich verändern, sondern sie statt dessen so reformieren, daß ein höherer Lebensstandard garantiert ist. Sogar in großen Wirtschaftskrisen wird der Proletarier, der in einer kleinbürgerlichen Familie aufwächst, vielleicht ein Rebell, aber kein Revolutionär. Dieser Menschenschlag stellte die Massenbasis des Faschismus dar. Ohne die kleinbürgerliche Psyche eines Teils der Arbeiterklasse hätte der Faschismus niemals gesiegt.
Es ist selbstverständlich, daß die negative Rolle der bürgerlichen Familie bei der Bildung des psychischen und moralischen Charakters nicht gänzlich eine Funktion der Familienform zu sein scheint. Diese Einschränkung gilt besonders für die "Besitzorientierung" und das partikulare "Wir-Bewußtsein". Doch scheint es zunächst Faktoren zu geben, die innerhalb der gegebenen Familienform nicht überwunden werden können, wie zum Beispiel die wesentlich autoritäre Beziehung zwischen Kind und Eltern und das Fehlen von Gemeinschaftlichkeit im Alltagsleben. Zweitens, und das ist der entscheidende Punkt, wurden gewisse, eingewöhnte Normen und Wertsetzungen historisch so sehr an die gegenwärtige Familie gebunden, daß ihre Ausschaltung bei bestehender Familienform fast unmöglich scheint. So scheint eine revolutionäre Veränderung der Familienform, die von vornherein auf die Negierung dieser eingewöhnten Normen und Wertsetzungen zielt, vielversprechender.

Revolution, Sozialismus und kleinbürgerliches Bewußtsein

Der Marxismus der Zweiten Internationale betrachtete den gesamtgesellschaftlichen Prozeß und die Bildung des psychischen Charakters als unmittelbar miteinander verbunden: er war überzeugt, daß die Veränderung des ersteren mechanisch zur Veränderung des letzteren führe. Der Bolschewismus war ursprünglich das Gegenteil hierzu. So schien es in der unmittelbar auf die Oktoberrevolution folgenden Periode selbstverständlich, daß entscheidende Veränderungen in den Beziehungen zwischen Mann und Frau und in den grundlegenden Formen des Gemeinschaftslebens vollzogen werden müßten, da die Bildung der proletarischen Staatsmacht und die Liquidierung der herrschenden Klassen nicht automatisch diese Ver-

änderungen mit einschließen. Es gab grundlegende Änderungen im Familienrecht, ineins mit entscheidenden Versuchen zu einer völligen Umwandlung des Alltagslebens. Sogar experimentelle Kommunen wurden in Gang gebracht. (vgl. dazu, was die Kollontai geschrieben hat.) In diesem Zusammenhang war das vielversprechendste Ergebnis der Periode Makarenkos, "Der Schmied des neuen Menschen", ein schönes Dokument hinsichtlich der Beziehungen des kollektiven Lebens und der Formung der Psyche. Wie oft aufgezeigt wurde, hing der Erfolg dieses Experiments teilweise von der Tatsache ab, daß die Kinder in Makarenkos Gemeinschaft nicht ursprünglich in bürgerlichen Familien erzogen worden waren.
Die Ideologie, die in den 30er Jahren vorherrschend wurde und viele theoretische Konzeptionen der Zweiten Internationale restaurierte, restaurierte auch die sozialdemokratischen Vorstellungen über die Familienform. Man unternahm bewußte Schritte, um die bürgerliche Familienform zu restaurieren oder zu stärken, obwohl man es vielleicht instinktiv fühlte, war man sich vermutlich nicht bewußt, daß diese Tendenz den autoritären Charakter des ganzen Systems verstärkte. Als andere sozialistische Länder entstanden, war die Veränderung der Familienform überhaupt nicht mehr auf der Tagesordnung. Man beschäftigte sich nur mit den Aspekten der bürgerlichen Familie, die direkt mit dem Ganzen der Gesellschaft verbunden waren, während das Familienideal selbst unberührt blieb. Die Schaffung des neuen Menschen, der für die Bildung einer neuen Gesellschaft nötig ist, wurde gänzlich in den Begriffen des Modells der Aufklärung behandelt als ein inhaltliches Problem der Erziehung (Übermittlung grundlegender sozialistischer Prinzipien und der Normen des Zusammenlebens, weltanschaulicher 'Aufklärung', moralischer 'Einwirkung' usw.)
In der Geschichte der marxistischen Theorie wurde jedoch auch eine andere Konzeption entwickelt, die jetzt auch in einem Teil der westeuropäischen linken Bewegungen eine wichtige Rolle spielt. Diese Konzeption betrachtet die Schaffung eines "neuen Menschen" nicht lediglich als Ergebnis ideologischer "Einflüsse", noch sieht sie dieses Ziel einfach als mechanisches Ergebnis der Veränderungen der gesamtgesellschaftlichen Struktur an. Sie betrachtet vielmehr die Entwicklung eines neuen psychischen Charakters ineins mit der demokratischen Veränderung der Einheiten der gesellschaftlichen Produktion. Diese Vorstellung wurde am detailliertesten von Gramsci in Verbindung mit der gesellschaftlichen Erfahrung der auf die Oktoberrevolution folgenden Jahre ausgearbeitet. Natürlich ist die demokratische Veränderung der Betriebsstruktur

auch für uns eine der grundlegenden Voraussetzungen des Kommunismus. Doch stellt auch dies noch keine Antwort für unser Problem dar. Und zwar aus folgenden Gründen: (1.) Je entwickelter eine Gesellschaft ist, desto später tritt der einzelne in die Produktion ein. So fangen die Jugendlichen immer mehr die Arbeit mit einem fixen psychischen und moralischen Charakter an. (2.) Je entwickelter eine Gesellschaft, desto weniger Zeit wird in der Produktion, gemessen an der Gesamtheit der Alltagsbeziehungen, verbracht. In der Tat ist die Verkürzung der Arbeitszeit ein Ziel, da die Herausbildung vielseitiger Fähigkeiten allein in der Produktion bzw. in deren Organisierung nicht vorstellbar ist. (3.) Auch wenn Berufe frei gewählt werden können, wird es für den einzelnen immer noch unmöglich bleiben, auch das Produktionskollektiv frei zu wählen. Demokratie auf der Ebene der Produktion kann "natürlich", frei von Manipulation nur werden, wenn demokratisches Zusammenleben und demokratische Handlungsnormen schon für das in die Produktion eintretende Individuum natürlich geworden sind. In der bürgerlichen Gesellschaft akzeptiert der Durchschnittsmensch autoritäre Führung und will sich mit Fragen nicht beschäftigen, die nicht unmittelbar Bezug zu seinem Leben haben. Im großen und ganzen kann man ihn manipulieren. Offensichtlich ist auch reine politische Demokratie nutzlos für die Bildung von Menschen mit neuen psychischen Charakteren. Sogar im Fall der direkten Demokratie können ihre Grundeinheiten mit dem Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens nicht identisch sein. Diese Identität ist in der modernen Gesellschaft so unvorstellbar wie sie es im auf Gemeinschaften basierenden antiken Stadtstaat, z.B. Sparta, war. Eine Lösung für dieses Problem ist nur durch eine radikale Veränderung der Familie möglich. (1.) Sie muß eine demokratisch strukturierte Gemeinschaft sein, die das frühe Lernen demokratischer Neigungen erlaubt. (2.) Sie muß vielseitige menschliche Beziehungen einschließlich der zwischen Kindern und Erwachsenen garantieren. (3.) Sie muß die Entwicklung und Verwirklichung der Individualität garantieren. Die grundlegende Voraussetzung dafür ist die freie Wahl und Neuwahl menschlicher Bindungen sogar in der Kindheit. (4.) Sie muß sowohl die aus der Monogamie wie die aus ihrer Auflösung entspringenden Konflikte ausschalten. Das ist die Art von Lösung, die in dem neuen Familientyp zu suchen ist, den wir Kommune nennen wollen.

Der Marxsche Kommunismus ist keine Utopie. Er fundiert die Möglichkeit, seinen Wertvoraussetzungen entsprechende gesellschaftliche

Verhältnisse zu realisieren, auf Tendenzen, die in der bestehenden Gesellschaft vorhanden sind. Die Frage, welche Familienform der kommunistischen Gesellschaft angemessen ist, kann in der marxistischen Theorie nur dann gestellt werden, wenn sie nicht vom Postulat irgendeiner eingebildeten "idealen" Gesellschaft abgeleitet wird, sondern vielmehr bestehende gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigt - auch wenn sie heute nicht im massenhaften Maßstab vorhanden sind. Wie angedeutet, ist die bürgerliche Familie unfähig, viele Bedürfnisse zu befriedigen, die bereits heute universal geworden sind. Aber es gibt auch positive Bedürfnisse, die zur Veränderung der Familienform führen. Die verschiedenartigen und zunehmenden Kommune-Experimente weisen unzweideutig auf diese positiven Bedürfnisse hin. Daß diese neue Art von Bedürfnissen nur in Kreisen verzeichnet wurde, die von materiellen Alltagsproblemen frei sind, bedeutet gewiß nicht, daß diese Bedürfnisse anderswo nicht vorhanden sind und daß eine gesellschaftliche Bewegung, die auf ihre Entwicklung zielt, sie nicht explizit machen könnte.

Die Kommune als der Familientyp der kommunistischen Gesellschaft

Das Folgende wird umreißen, wie wir uns die Familienform in der kommunistischen Gesellschaft vorstellen. Es ist unnütz, Einzelheiten auszuarbeiten, da die Organisationsformen der Zukunft wie immer keine Verwirklichung vorweggefaßter "Pläne" sein können. Überdies, in derselben Weise, wie es viele unterschiedliche Arten monogamer Familien gibt, wird die "Kollektivfamilie" oder die Kommune die Realisierung einer Vielfalt von Typen erlauben. Es ist in Wirklichkeit wahrscheinlich, daß die Zahl der Variationen größer sein wird, da es um eine komplexere, zusammengesetztere Struktur als bei der monogamen bürgerlichen Familie geht.

Diese Kommune ist die "Nachfolgerin" der bürgerlichen Familie. Sie ist also nicht die grundlegende ökonomische oder politische Zelle der kommunistischen Gesellschaft. Die ganze Organisation der Gesellschaft ist völlig unabhängig von der Kommune, welche der organisatorische Mittelpunkt des Zusammenlebens im Alltag ist.

Demnach hat unsere Kommune nichts mit Fouriers Phalanstère oder anderen ähnlichen Plänen für Kommunen, die als Produktionseinheiten oder als auf der Teilung desselben Lebensraums gegründete Gemeinschaften fungieren, gemeinsam. Da sie nur die Funktion der Familie wahrnimmt, ist die Verwirklichung unserer Kommune

nicht unabhängig von der gesamtgesellschaftlichen politischen Situation und der Verwirklichung des Kommunismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Diese Kommune würde zur Herbeiführung einer kommunistischen Veränderung dadurch beitragen, daß sie die Art von Menschen und die Rahmenbedingungen des Alltags schafft, die für eine solche Veränderung nötig sind. Obwohl ihre unmittelbare Funktion die Lösung der diskutierten Konflikte ist, schafft die Kommune Vorbedingungen dafür, daß kommunistische Veränderungen in der ökonomischen und politischen Struktur irreversibel werden. Das bedeutet nicht, daß die Organisation von Kommunen zumindest bis zum Beginn der kommunistischen gesellschaftlichen Veränderung "warten muß". Im Gegenteil: die beiden Prozesse müssen zusammen beginnen. Wenn die Situation eine solche Lösung begünstigt, dann kann es möglich sein, daß der Übergang zu Kommunen dem gesamten Prozeß vorausgeht.
Die Kommune ist eine frei gewählte Gemeinschaft. Ihre Mitglieder wählen die Zugehörigkeit zu ihr und werden von allen anderen Mitgliedern der Gemeinschaft akzeptiert. In die Kommune treten Individuen ein: jedes erwachsene Mitglied der eintretenden Familien wird als Individuum ein Kommune-Mitglied. Natürlich muß die Mitgliederzahl klein genug sein, um sicherzustellen, daß die Angelegenheiten der Kommune durch unmittelbare Demokratie geregelt werden können. In der Kommune müssen alle Formen persönlicher Individualität respektiert werden. Drei Bedingungen sind nötig für das Funktionieren der Kommune. Diese sind: (1.) die Pflicht zur Arbeit (alle Mitglieder der Kommune, die dazu fähig sind, müssen arbeiten und an der gesellschaftlichen Arbeitsteilung teilnehmen). So ist es sogar in diesem Zusammenhang nicht zulässig, daß in der Kommune ein gutverdienender Mann eine Frau unterstützt, mit der er eine dauernde Beziehung hat. (2.) Keiner ist von den kollektiven Aufgaben in der Kommune befreit. (3.) Jeder muß irgendwie mit der Kindergemeinschaft der Kommune etwas zu tun haben, gleichgültig, ob er "eigene" Kinder hat oder nicht. Abgesehen hiervon greift die Kommune nicht ins Leben ihrer Mitglieder, in ihre Beschäftigung, Freizeit und menschlichen Beziehungen ein. Selbstverständlich gibt es in ihr wie in jeder Gemeinschaft bevorzugte Formen menschlichen Verhaltens. Außer in extremen Fällen jedoch werden moralische Prioritäten nicht in moralische Imperative umschlagen. In extremen Fällen wird die Kommune das Mitglied ausschließen.
Nach unserer Vorstellung hat die Kommune keine Wertsetzungen bezüglich sexueller Beziehungen. Bisher hatten auf Sexualität be-

zogene Wertsetzungen in zivilisierten Gesellschaften ihre Hauptquelle in zwei Faktoren. Der erste ist das Eigentums-(oder Eigentümer-) Bewußtsein: die Frau ist das Privateigentum des Mannes oder in moderner Version, Mann und Frau sind das Eigentum des jeweils anderen. Der zweite Faktor ist das Bedürfnis, für die Kinder zu sorgen. Da die Kommune auf der Negation von Privateigentumsbeziehungen beruht, fällt der erste Faktor natürlich weg. In bezug auf den zweiten, liegt die Lösung in der Kommune, die für die in ihr geborenen oder zu ihr gehörigen Kinder sorgt, auch wenn deren Eltern einen anderen Partner wählen oder wenn der eine oder der andere Elternteil die Kommune verläßt. Was ist die konkrete Bedeutung des Fehlens von Werturteilen bezüglich der Sexualität in der Kommune? Es bedeutet, daß sowohl lebenslange Paarbeziehungen wie Promiskuität in den Grenzen derselben Kommune möglich sind. Die Kommune macht die Promiskuität nicht zur Verpflichtung. Das ist wichtig, weil in den vergangenen Jahren ähnliche Organisationsformen teilweise nicht nur die Promiskuität gefordert haben, sondern direkt auf ihr aufbauten. Das hat jedoch ebensoviel Einschränkung der freien Entwicklung des Individuums zur Folge wie die Monogamie. Unter diesen Bedingungen läßt die Auflösung von Paarbeziehungen nicht nur das Leben der Kinder unverändert, sondern vermindert auch die negativen Seiten der gegenwärtigen Scheidung für die Erwachsenen. Hier handelt es sich nicht um eine Frage der Verminderung von Leid, da es keine Lebensfrage ist. Es ist vielmehr eine Frage nach der Möglichkeit eines Zusammenbleibens der geschiedenen Partner nach Ende der Beziehung in ihrer ursprünglichen Gemeinschaft, ohne alleinzubleiben.

Die Kommune löst das Problem der Einsamkeit auch in anderen Fällen als denen, die Scheidung beinhalten. Leute ohne Beziehung können eine Gemeinschaft mit Verheirateten finden, da bei der gegenwärtigen Familienform auch Ehepartner einsam sein können. Aus Zeitmangel, räumlicher Trennung usw. können Verheirateten vielfältige und vielseitige menschliche Beziehungen fehlen, auch wenn es andere Leute gibt, mit denen sie sich gern verbinden würden. Selbstverständlich verschwindet die Einsamkeit der Alten und ihr Gefühl des Überflüssigseins in der Kommune.

Das Kommune-Leben vermindert menschliche Beziehungen, die auf bloßer Gewohnheit und Routine beruhen. Im Zusammenhang der gegenwärtigen Familie setzen die Menschen oft das Leben miteinander fort, weil sie an es gewöhnt sind, sich keine bessere Lösung vorstellen können, und die durch Scheidung herbeigeführten Probleme vermeiden wollen. Diese Probleme verschwinden in der Kommune.

Die Kommune ist keine geschlossene Einheit, die die Bildung reicher menschlicher Bindungen außerhalb von ihr behindert. Bindungen nach außen werden sich spontan entwickeln, da die Kommune weder eine Produktions- noch eine politische Einheit ist. In dem Ausmaß, in dem es viele Kommunen gibt, wird ein Fluktuieren der Mitglieder unter ihnen natürlich sein . Es ist offensichtlich, daß die Kommune keine "offiziell" erklärte Ideologie haben wird. Aber es ist ebenso offensichtlich, daß eine Gemeinschaft von Leuten, die einander frei gewählt haben, eine gewisse gemeinsame ideologische Auffassung haben wird, besonders angesichts der Tatsache, daß zumindest im gegenwärtigen Zusammenhang die Kommune die revolutionäre Veränderung des Lebens in einer grundsätzlichen Hinsicht mit einschließt. Als Folge davon ist es wahrscheinlich, daß ideologische Probleme in der Kommune innere Konflikte erzeugen.

"Befreiung" von der Hausarbeit scheint in der voraussehbaren Zukunft nicht möglich zu sein, und die Dienstleistungsindustrie ist trotz ihres Wachstums keine Lösung. Die Modernisierung des Haushalts hilft, löst aber nicht das Problem. In der Kommune ist es jedoch möglich, die für die Haushaltsführung verausgabte Zeit wesentlich zu mindern, sogar unter den gegenwärtigen ökonomischen und technologischen Bedingungen: größere Haushalte sind ökonomischer und dem Gebrauch von Maschinen förderlich. Das allein vermehrt das Ausmaß an Freizeit, die in der Kommune ebenfalls auf radikal andere Art genutzt werden kann. Während in der monogamen Familie Eltern mit kleinen Kindern ans Haus gebunden sind, ist das in der Kommune nicht der Fall, und das "Haus" selbst erlaubt einen vielseitigen Gebrauch der Freizeit. Sogar "im Haus" sollte die Freizeit nicht auf Konsum eingeschränkt sein, sondern aktiv, kultiviert und der persönlichen Entwicklung dienlich sein. Selbstverständlich können die Formen, die diese Entwicklung nehmen wird, nicht im vorhinein festgelegt werden, doch ist es wahrscheinlich, daß in kultureller Hinsicht die Gemeinschaft ihre Mitglieder mitzieht. Das zeigt sich an historischen Beispielen wie den kulturellen Wirkungen der gewerkschaftlichen Gemeinschaften in den alten Arbeiterbewegungen. Dieses "Mitziehen" kommt natürlich nur zustande, wenn die Gemeinschaft die Entfaltung der Individualität nicht einschränkt, was wir als Prinzip vorausgesetzt haben.

Wie schon erwähnt, betrifft der grundlegendste Vorteil der Kommune die Kinder. Alles bisher Diskutierte betrifft "fertige" Personen, denen die Kommune die Lösung schon existierender Probleme garan-

tiert. Doch die Zerstörung der bürgerlichen Familie ist deshalb grundlegend, weil sie viele negative, die Bildung des psychischen Charakters bestimmende Faktoren beseitigt. Bevor wir dieses Problem untersuchen, ist es jedoch von Bedeutung, die Kindergemeinschaft in der Kommune zu umreißen. In der Kommune werden die Kinder nicht "kollektiv"von den Erwachsenen aufgezogen, sondern sie gehören zu einer wirklichen Kindergemeinschaft. Die Beurteilung des Benehmens der Kinder, ihr Eintritt in die Arbeitsteilung und die Vergabe von Belohnung und Bestrafung, d.h. die Regelung der Beziehungen der Kinder, wird nach einer bestimmten Altersstufe nicht eine Aufgabe der Erwachsenen, sondern eine der Kindergemeinschaft sein. Das heißt nicht, daß die Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern nicht eng und vielfältig sind; aber sie sind nicht eindeutig autoritär wie in der bürgerlichen Familie. Kinder sollten sich dessen bewußt sein, daß sie in vielerlei Weise ihr eigenes Schicksal bestimmen. Das führt zu einer frühen Entwicklung demokratischer Neigungen, so daß die Kinder in relativ jungen Jahren Vollmitglieder der Gemeinschaft der Erwachsenen werden können. Auch bei sehr kleinen Kindern, bei denen der autoritäre Aspekt der Eltern-Kind- Beziehungen nicht ausgeschaltet werden kann, ist es entscheidend, daß jeder Erwachsene und jedes ältere Kind der Kommune, also nicht nur ihre "biologischen Eltern", irgendwie mit ihnen befaßt sind. So fehlen ihnen von Geburt an fixe emotionale Präferenzen. Im Aufwachsen wählt das Kind zunehmend Erwachsene, von denen es mehr angezogen wird und denen es sich durch grundlegende innere Bindungen verbunden fühlt. Auch das Gegenteil ist wahr. Die erwachsenen Mitglieder der Kommune sind nicht notwendig am stärksten von ihren "eigenen" Kindern angezogen. So können sie die Kinder wählen, deren Temperament, Charakter und Intellekt ihnen am "nächsten" oder "sympathischsten" sind. Sowohl die Erwachsenen wie die Kinder müssen niemanden lieben, noch muß jemand irgendwen am meisten lieben. Wie jedes andere Gefühl ist auch die Liebe abhängig von einer Wahl. Das vermindert die "mein"/"dein"-Dichotomie auf der emotionalen Ebene.

Anders als bei den in der Kommune geborenen Kindern ist die freie Wahl emotionaler Bindungen natürlich für die Mitglieder illusorisch, die in die Kommune mit Kindern eintreten. Das kann bei Leuten, die in der alten Familienform aufgezogen wurden, zu Konflikten führen. Doch sollten wir uns an die gemeinsame Erfahrung von den Leuten erinnern, die spürten, daß sie ein Kind als

"ihr eigenes" lieben könnten, wenn das Kind in ihrer Umgebung aufgezogen worden wäre. Andererseits können sich Eltern oft nicht den Fehlern ihrer Kinder stellen, da sie Angst haben, daß eine Offenlegung dieser Fehler sie hilflos zurücklassen würde. Das letztere ist heute in Familien mit vielen Kindern nicht immer der Fall.

Die Kommune-Gemeinschaft richtet offensichtlich Ansprüche an die Kindergemeinschaft: es sind dieselben Ansprüche, die an die Erwachsenen gerichtet werden. Z.B. die Verpflichtung zu arbeiten (zu lernen) und die verbindliche Teilnahme an der gemeinsamen Arbeit der Gemeinschaft. Wenn in diesem Zusammenhang die Gemeinschaft der Erwachsenen dazu gezwungen ist, autoritär zu erscheinen, dann ist sie dies nicht im Sinn eines "Familienoberhaupts", sondern die Erwachsenen fordern den Vollzug von Verpflichtungen ähnlich den ihren. Zusätzlich zur Minderung der Bedeutung der "mein"/"dein" - Dichotomie verhindert die Kindergemeinschaft die Entwicklung der Psychologie des Privateigentums auch in anderen Zusammenhängen. In der Welt des Kindes ist, anders als in der Welt der Erwachsenen, alles persönliche Eigentum ausgeschieden. Viele existierende Kindergemeinschaften zeigen, wie dies erreicht werden kann.

Der psychische Charakter der unter diesen Umständen aufwachsenden Kinder wird demokratischem Leben förderlich sein. Sie werden nie eine Situation als natürlich hinnehmen, in der sie keine Stimme bei der Bestimmung ihres Schicksals haben. Gleichzeitig werden sie kein Bedürfnis entwickeln, andere Menschen zu unterdrücken. Man könnte einwenden, daß bestehende Kindergemeinschaften durch Grausamkeit gekennzeichnet werden. Diese Gemeinschaften bestehen jedoch aus Kindern, die in bürgerlichen Familien aufwuchsen und die Machtinstinkte "ausleben" wollen, die in der Familie entwickelt und gleichzeitig unterdrückt wurden. Ein ernsterer Einwand ist der, daß Kindergemeinschaften die Entwicklung der Individualität behindern könnten. Um dies zu vermeiden, muß die Kommune die Vorbedingungen schaffen, die die Kinder ebenso wie die Erwachsenen instandsetzen, ihren eigenen Wünschen und Vorlieben zu folgen, wenn sie ihre Gemeinschaftsverpflichtungen erfüllt haben. Jedes Kind muß imstande sein zu spielen, was es will, zu lesen, was es will, und seine freie Zeit zu verbringen, wie es sich es wünscht.

Auf der anderen Seite wird die Entwicklung einer freien Individualität durch Kinder, die einer großen Zahl von Erwachsenen gegenüberstehen, bedeutend erhöht. Wenn die Erwachsenen im wesent-

lichen positiven moralischen Charakter haben, wie im Fall der Kernfamilie, dann haben die Kinder die Gelegenheit, als Ideal des Alltagsverhaltens diejenigen Erwachsenen zu wählen, deren psychischer und moralischer Charakter ihren besonderen Gaben angemessen ist. So haben Kommunen, die ihren sozialen Funktionen genügen, bestimmte materielle Vorbedingungen. Zunächst kann die Kommune nicht geschlossen werden: jedes einzelne Mitglied muß die Freiheit haben, die Kommune jederzeit zu verlassen. Zweitens muß die Gemeinschaft das Recht haben, ein Mitglied, wenn nötig, auszuschließen. Die Vorbedingungen dafür müssen gesichert sein: die Gesellschaft muß verfügbare Wohnungen sicherstellen, die von ausscheidenden Mitgliedern jederzeit benutzt werden können. Dazu kommt, daß das normale Funktionieren der Kommune ein bestimmtes Niveau materiellen Wohlstands erfordert. "Auf Armut gegründete Kommunen" lösen sich zumindest unter europäischen Bedingungen notwendig auf. Doch ist kein großer "Überfluß" nötig für die Einrichtung einer Kommune, besonders da Haushaltsführung, gemeinsame Bücherei, kollektive Kindererziehung usw. die Ausgaben des einzelnen wesentlich vermindern. Solange die Kommune innerhalb einer warenproduzierenden Gesellschaft existiert, müssen materielle Probleme sorgsam so geregelt werden, daß sie so wenig Konflikte wie möglich erzeugen. Da die Kommune nicht von der Gesellschaft als Ganzes isoliert werden kann, kann dieses Problem nur durch eine Verminderung der Einkommensunterschiede gelöst werden. Solange die kommunistische Lösung des Einkommensproblems nicht vollendet ist, kann die Kommune in sich nur die größeren Probleme auf diesem Gebiet reproduzieren.

Die Kommune kann sich auch als Ergebnis anderer Konflikte ändern oder auflösen. Da die Kommune der organisatorische Mittelpunkt des Alltagslebens der kommunistischen Gesellschaft ist, behindern existierende nicht-kommunistische Gesellschaften die Entwicklung von Kommunen und zielen auf deren Auflösung. Der beschriebene Idealtyp von Kommunen ist auch konfliktbeladen; aber diese Konflikte sind nicht die auf einer aufs Eigentum gebauten Gesellschaft. Es sind "wirklich menschliche" Konflikte. Der Einfluß existierender Gesellschaften kann jedoch in die Reproduktion alter Konflikte und Strukturen münden. So kann die Entwicklung eines sehr starken partikularen "Wir"- oder "Unser"-Bewußtseins in den einzelnen Kommunen erwartet werden. Dieses Bewußtsein kann die Ursache oder die Konsequenz eines Wettbewerbs oder gar einer Feindseligkeit zwischen den Kommunen sein. Andere wichtige Probleme können aus der Tatsache entstehen, daß einzelne Kommunen wahrscheinlich

aus Leuten bestehen werden, die dieselbe Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einnehmen. Das kann bedeutsame Unterschiede im Lebensstandard der verschiedenartigen Kommunen verursachen und in der Bewahrung kultureller Unterschiede enden.
Es ist utopistisch zu glauben, daß die Kommune allein die grundlegendsten gesellschaftlichen Probleme lösen könne. Keine isolierte politische oder ökonomische Veränderung kann endgültig sein oder die Reproduktion alter gesellschaftlicher Strukturen verhindern. So kann z.B. Demokratie am Arbeitsplatz leicht entstellt und in manipulierte Pseudodemokratie umgeformt werden. Eine isolierte Lösung des Problems der Familie ist keine Ausnahme; wenn sie Revolution der Familie bleibt, isoliert bleibt, wird die Kommune bestimmt deformiert werden. So ist es eine grundlegende soziale Aufgabe von Kommune-Mitgliedern, an der kommunistischen Veränderung in jeder gesellschaftlichen Sphäre sich zu beteiligen. Ähnlich können ohne Revolutionierung der Familie strukturelle Veränderungen in einer kommunistischen gesellschaftlichen Richtung nicht irreversibel werden. Die Bildung eines neuen psychischen Charakters kann nur innerhalb der revolutionierten Familie stattfinden. Das ist der einzige Ort einer Massenerziehung für Individuen, die eine aktive Rolle in der Verwaltung der gesellschaftlichen Angelegenheiten übernehmen, nicht nur in Zeiten großer gesellschaftlicher Krisen, sondern "im Alltag".

BRIEF AUS BUDAPEST

Die Geschichte des Miklósz Haraszti, eines kommunistischen Dichters, der nicht über die Seele schreibt sondern über den Akkord und dem deshalb der Prozeß gemacht wird.

Er heißt Miklós Haraszti, begann 1963 als junger Dichter bekannt zu werden, war damals 18 Jahre alt und studierte Philosophie und Russisch an der Universität Budapest. Zwei Jahre später arbeitete er im Solidaritätskomitee für Vietnam mit, das außer Demonstrationen vor der amerikanischen Botschaft kollektive Arbeitstage organisierte, "Vietnam-Subotniks", deren Erlös nach Hanoi geschickt wurde. Diese Solidaritätsbewegung wurde nach kurzer Zeit durch die akademischen Autoritäten, die nur der offiziellen Solidarität Raum gaben, aufgelöst: den Organisatoren wurden gegen die kommunistische Jugendorganisation gerichtete Fraktionierungstätigkeit und maoistische Neigungen vorgeworfen.

Unterdessen wurde der Fall von der Polizei untersucht, die unter anderem Haraszti unter Aufsicht stellte mit der Konsequenz, daß er im November 1966 von der Universität verwiesen wurde. Ein Jahr später wurde Haraszti für eine kurze Zeit "unter Polizeiaufsicht" gestellt wegen "staatsgefährdender Aktivitäten".

Im Juni 1968 wurde in Budapest eine Gruppe junger "maoistischer Verschwörer" verurteilt. Auch Haraszti gehörte zu dieser Gruppe; aber im Laufe desselben Jahres erhielt er die Erlaubnis, sein Studium fortzusetzen. In jenen Jahren war der junge Dichter einer der Promotoren des "Protestsongs" in Ungarn; er redigierte und übersetzte eine Anthologie mit dem Titel "Poeten, Lieder, Revolutionen", die revolutionäre Gedichte großer Lyriker aus rund fünfzehn Ländern enthielt. Gleichzeitig erschienen hin und wieder seine Gedichte in den Zeitschriften und Anthologien der zeitgenössischen Lyrik. 1968-69 attackierte ihn die offizielle Kritik bereits wegen seines "utopistischen" und "pseudorevolutionären" Standpunkts. 1969 sprach er in einem Referat auf der Konferenz der jungen Schriftsteller in Lillafüred, über die gesellschaftliche Atmosphäre, in der die jungen Schriftsteller lebten und arbeiteten.

Bernstein paraphrasierend sagte er, daß in der ungarischen Gesellschaft "die Ruhe alles ist, das Ziel nichts", und daß "die Schere zwischen den Massen und der Elite immer weiter auseinander geht, die Distanz sich vergrößert, die Strukturen der Gesellschaft sich verhärten und diejenigen, die in der Lage wären, diese Erscheinungen zu analysieren, gezwungen sind, sich den wesentlichen Pro -

blemen zu unterwerfen."
Haraszti forderte, daß die verschiedenen Tendenzen und Schulen sich frei und öffentlich auseinandersetzen dürften. Sein Beitrag wurde teilweise in der literarischen Presse wiedergegeben, und die Kritik Harasztis wurde damals nicht offiziell widerlegt.
Im Dezember 1969 veröffentlichte die Zeitschrift "Uj Iras" eines seiner Gedichte mit dem Titel "Was gegen den Che spricht", in dem er die Kritik der Bürokraten an Che, die ihn wegen seines Nonkonformismus und "Utopismus" suspekt fanden, parodiert. Der "Nepsrabadság", das Zentralorgan der Partei, reagierte auf diese Ironie mit einem Artikel unter der Überschrift "Revolution oder Anarchie?", in dem behauptet wurde, Haraszti spreche sich für "eine uferlose Demokratie" aus und für einen "revolutionären Asketismus".
Haraszti bekam dann die Möglichkeit, in derselben Zeitung zu antworten, er tat es und verurteilte das anmaßende Sektierertum des Artikelschreibers. Von da ab hat die Presse seine Gedichte nicht mehr veröffentlicht. Im Mai 1970 wurde Haraszti verhaftet und drei Tage später wieder freigelassen. Gleichzeitig leitete die Polizei Ermittlungen wegen "Verhetzung" gegen ihn ein, aufgrund der Tatsache, daß er bei einigen Literaturabenden aus seinen Gedichten gelesen und Erklärungen abgegeben hatte, die als regimefeindlich betrachtet wurden (z.B.: "In der Sowjetunion gibt es keine Sowjets mehr".) Die Polizei beschlagnahmte u.a. eine Sammlung von Leninzitaten, die einige Studenten, darunter Haraszti, anläßlich des 100. Geburtstages von Lenin vorbereitet hatten, und die im Programm einer in der Zwischenzeit von den Akademischen Autoritäten verbotenen Ausstellung stehen sollte. Scheinbar fand jedoch die Verwaltung das gefundene Material nicht ausreichend, und sie beschränkte sich darauf, Haraszti eine Verwarnung zu erteilen. Die Polizei jedoch stellte ihn von neuem unter "Polizeiaufsicht" und später wurde er erneut von der Universität relegiert, weil er nach der offiziellen Polizeiversion "das System von unten her umstürzen will, indem er in die Reihen der Arbeiterklasse eindringt".

Die Polizeiaufsicht ist eine Maßnahme, die im allgemeinen gegenüber Verurteilten nach deren Entlassung aus dem Gefängnis angewendet wird, sie umfaßt die Pflicht, bis 22 Uhr zu Hause zu sein, sich einmal wöchentlich auf dem Polizeipräsidium zu melden, sowie das Verbot, öffentliche Orte zu besuchen; außerdem die Pflicht, den Wohnort für 6 Monate zu verlassen. Die Dauer der Maßnahme kann um weitere 6 Monate verlängert werden, kann aber auch spä-

ter wieder neu beginnen; es genügt, nach dem zweiten Halbjahr ein Intervall von wenigen Tagen einzuschieben. Für den Fall, daß diese Verfügungen nicht respektiert werden, kann der Bürger 30 Tage lang interniert werden; dies alles unterliegt der Zuständigkeit der Polizei.

Nachdem er von der Universität verwiesen worden war, arbeitete Haraszti in verschiedenen Fabriken der Hauptstadt, unter anderem als Facharbeiter in der Traktorenfabrik "Roter Stern". Nachdem die Phase der "Polizeiaufsicht" abgelaufen war, wurde sie erneuert unter dem Vorwand, Haraszti habe die Beziehungen zu seinen ehemaligen Genossen im Gefängnis nicht abgebrochen (er war niemals im Gefängnis gewesen).

Gemeinsam mit einem anderen Genossen, der sich aus anderen aber ähnlichen Gründen in der gleichen Situation befand, weigerte Haraszti sich, die in der Maßnahme vorgesehenen Auflagen zu respektieren. In einer Erklärung, die an die offiziellen Organe, an zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und an viele Intellektuelle geschickt wurde, erinnerten die beiden an eine Aussage des Innenministers, derzufolge "die Polizei bei ideologischen Fragen nicht eingreift".

Die beiden wurden (von der Polizei) zu 25 Tagen Haft verurteilt und traten zum Zeichen des Protests für die ganze Zeit in den Hungerstreik. Nach der Entlassung, zog die Polizei aufgrund einer Intervention des Philosophen Georg Lukàcs und anderer Intellektueller ihren Beschluß über die Polizeiaufsicht zurück.

1968 schloß der Verlag Magvetö mit Haraszti einen Vertrag über die Veröffentlichung einer Sammlung seiner Gedichte, aber das Buch ist nicht erschienen. Derselbe Verleger unterzeichnete dann einen anderen Vertrag über eine Reportage, die die Situation der Arbeiter zum Gegenstand haben sollte. Haraszti hatte sie 1972, gestützt auf seine eigenen Erfahrungen, in der Traktorenfabrik geschrieben. Aber das Manuskript mit dem Titel "Akkord" wurde von dem Verleger im März dieses Jahres wegen seines "feindlichen Geistes" abgelehnt. Im Mai wurde Haraszti verhaftet unter der Anschuldigung, er habe unter den Intellektuellen das Manuskript von "Akkord" zirkulieren lassen, dessen Inhalt als "aufhetzend" bezeichnet wurde.

Die Polizei hat zahlreiche Personen verhört, und Dutzende von Wohnungen sind durchsucht worden. Unter anderem die des Schriftstellers und Soziologen György Konràd, der von der Polizei als Komplize betrachtet wurde. Der Anklage zufolge behauptet Haraszti, daß "es keinen Unterschied zwischen der Situation der Arbeiter

in einem kapitalistischen und in einem sozialistischen Land gibt". Die Anklageschrift ist Ende Juli vom Staatsanwalt vorgelegt worden. Der Prozeß soll anscheinend im Herbst stattfinden. Haraszti wird angeklagt, zum Haß gegen eine der grundlegenden Einrichtungen des Staates, nämlich das Lohnsystem, aufgehetzt und das Manuskript mehreren Intellektuellen zum Lesen gegeben zu haben.

Das Urteil über Haraszti wird vom Budapester Gerichtshof und später, im Fall einer Berufung, vom Obersten Gerichtshof gesprochen werden. Das Urteil kann eine besondere Wichtigkeit bekommen, weil die Interpretation der gültigen Gesetze durch den Obersten Gerichtshof die Zirkulation von Manuskripten und die literarische, künstlerische und wissenschaftliche Diskussion noch weiter einschränken kann.
Was das Buch angeht, so scheint es sich um ein künstlerisch bemerkenswertes und literarisch interessantes Werk zu handeln, das außerdem eine objektive Beschreibung der Lage der Arbeiter in jener Fabrik gibt, die übrigens wegen eines voraufgegangenen Bankrotts einem großen Unternehmen unterstellt worden ist. Eine soziologische Zeitschrift hatte beschlossen, einige Auszüge daraus zu veröffentlichen, das aber ist nunmehr unmöglich. Die Zeitschrift hat außerdem ihren Leiter gewechselt. Die Anklageschrift sieht eine Strafe von 2 bis 8 Jahren vor, die in der strengsten der drei bestehenden Gefängniskategorien abgebüßt werden soll.

Postkriptum der Redaktion:

Der Prozeß gegen Haraszti wurde am 16.10.1973 auf unbestimmte Zeit vertagt. Er wird wiederaufgenommen werden, wenn ein Vorgehen gegen die linken Kritiker opportun erscheint. Dagegen müssen wir uns solidarisieren. (vgl. Brief von Pio Baldelli, in diesem Band, S.219)

MIKLOS HARASZTI

WAS GEGEN DEN CHE SPRICHT

1. Zu solider Volksverbundenheit
hat er es wegen mangelnder Kenntnisse
in der Systemtheorie niemals gebracht

Stattdessen quatschte er auf Versammlungen
vor der unruhig brandenden Menge
die Geheimnisse der Berater aus

2. Mit den Amerikanern dagegen
war er sich durchaus einig
Dafür gibt es sogar Beweise

Z.B. wollte er ebensoviele Vietnams
weder mehr noch weniger
wie der Präsident der USA

3. Überhaupt war er wohl ein Heuchler
denn an die Kraft seiner eignen Ideen
glaubte er nicht einmal selber

So behauptete er eine Revolution
gebe es nicht und werde es nie geben
es sei denn sie werde gemacht

4. Vom moralischen Anreiz zur Arbeit
redete er zwar doch in Wirklichkeit
leugnete er steif und fest

daß die ungeteilte Anerkennung
die das große Geld bringt
zur Heldentat anspornt

5. Wie ein verantwortungsloser Hasardeur
überließ er seine kinderreiche Familie
ihrem Los und gab seine schöne Karriere auf

Weniger sensationell doch dafür ehrenvoll
ist es wenn der in Kämpfen ergraute
Veteran Arzt bleibt Bankier und Minister

6. Einen Marxisten nannte er sich
und begriff nicht einmal was der Humanismus
schon seit zweitausend Jahren lehrt

Nämlich daß jeder befürchten muß
durch die Waffe umzukommen
der die Waffe erhebt

OFFENER BRIEF VON PIO BALDELLI ZUM PROZESS GEGEN MIKLOS HARASZTI

Liebe Genossen,
In diesen Tagen beginnt in Budapest ein Strafprozeß von außerordentlicher politischer Bedeutung. Vor Gericht steht Miklósz Haraszti, der Autor einer Untersuchung mit dem Titel "Darabbér" (Akkord, das Akkordsystem als Lohnmaßstab). Der Autor ist 29 Jahre alt; er hat darauf verzichtet, sein Universitätsstudium abzuschließen, in dessen Verlauf er Ärger mit der Polizei hatte, da er verdächtigt wurde, einer maoistischen Gruppe anzugehören. Nachdem er das Studium aufgegeben hatte, hat er ein Jahr lang in einer Fabrik gearbeitet. Aus dieser Erfahrung heraus hat er eine soziologische Studie von ca. 120 Seiten über die Lage der Arbeiter in einem Großbetrieb geschrieben. In diesem Betrieb, der "Vökös Csillag Traktor Gmàr" ("Traktorenfabrik Roter Stern"), einem der größten Ungarns, hat der Arbeiterschriftsteller die Arbeitsbedingungen untersucht: die menschlichen Beziehungen werden durch das Akkordsystem bestimmt, demzufolge du nach der Arbeitsmenge, nach der Stückzahl bezahlt wirst; es gibt nicht eine Spur von Arbeitermacht in der Fabrik, der Arbeiter nimmt politisch nicht teil am Schicksal der Fabrik und ihrer Produkte; die innere Hierarchie der Fabrik reproduziert eine alte Rollen- und Machtteilung zwischen denen, die die Arbeit organisieren und denen, die sie ausführen; die Gewerkschaften stehen nie auf der Seite der Arbeiter, sondern sie existieren nur, um den "sozialen Frieden" zugunsten der Bürokraten und der Führungskräfte zu schützen und zu sichern. Das Buch beweist, wie tief die gesellschaftliche Kluft zwischen Arbeitern und Führungskräften, zwischen "Ausgebeuteten" und "Ausbeutern" ist. Der Autor gibt keinen Kommentar, er beschreibt ohne Emphase, präzisiert durch Dokumente und liefert eine Vielzahl von strengen Beweisen dafür, wie die Arbeiterklasse der Macht und der menschlichen Empfindungen beraubt wird aufgrund dieses Lohnsystems, der Arbeitsorganisation in der Fabrik und der politischen Entscheidungen vonseiten der Gewerkschaften und der verantwortlichen Funktionäre. Die gegebenen Umstände werden nicht als ein anomaler Fall dargestellt, wie es die Fehlgestaltung einer einzelnen Fabrik sein könnte , sondern als eine bestimmende Linie, als ein Moment des Klassenkampfes und der Einwirkung antikommunistischen Einflusses. Es ist bemerkenswert , daß auch eine Regierungskomission in der Vergangenheit offiziell zugegeben hatte, daß die Fabrik rückständig sei: aber es sollte nur von technischen Unzulänglichkeiten, bürokratischen

Verzögerungen, nebensächlichen Fehlern in der Planung, mangelndem Fleiß die Rede sein, aber niemals von politischer Macht und Unterordnung der Arbeiterklasse.
Nach Abschluß der Arbeit gibt Haraszti das Manuskript in acht Exemplaren qualifizierten Lektoren, die über die Veröffentlichung entscheiden sollen.
Das Manuskript kursiert nur in diesen kompetenten Kreisen. Ende Mai taucht die Polizei bei dem Schriftsteller auf und verhaftet ihn. Vor kurzem aus der Haft entlassen, wird er jetzt wieder vor Gericht gestellt. Wortlauf der Anklage: "Schwerer (also vorsätzlich) subversiver Akt". Ihm droht eine Verurteilung zu mindestens zwei bis höchstens acht Jahren.
Warum hat dieses gerichtliche Ereignis eine so große politische Bedeutung? 1) Seit fünfzehn Jahren hat es in Ungarn keine Prozesse dieser Art mit schweren Beschuldigungen der Subversion gegeben: wenn die Angelegenheit im Schweigen oder in der Gleichgültigkeit der öffentlichen Meinung untergeht, wird damit eine Bresche geschlagen, ein Präzedenzfall der Repression geschaffen. 2) Die Repression trifft hier nicht den Intellektuellen allgemein, sondern den Intellektuellen, der Gegeninformationen über die Lage der Arbeiterklasse liefert, d.h. der die kommunistische Diskussion über die Machtstruktur voranzutreiben versucht: ein Protest von der Basis, der Ausdruck der neuen Fermente des Klassenkampfes in den osteuropäischen Ländern ist und sich also einfügt in die konkrete Perspektive der Vergesellschaftung der Macht. 3) Der Prozeß wird nicht zufällig veranstaltet, sondern hat Parallelen in anderen bürokratischen Eingriffen. Ungefähr um die gleiche Zeit (März/April) begann in Ungarn eine Art Verfolgung der Schüler von Lukács. Das Andenken des inzwischen verstorbenen Philosophen wird vorerst nicht geschmälert, aber seine Schüler werden zu Verrätern erklärt. Die Verurteilung wird von einer Komission des Zentralkomitees der Partei ausgesprochen. Es beginnt die Entfernung vom Arbeitsplatz und insbesondere aus dem Institut der Akademie der Wissenschaften. Die beiden Initiativen werden fast gleichzeitig eingeleitet: Ende Mai beginnen die Ermittlungen der Polizei gegen den Schriftsteller und die Entscheidungen der Komission des Zentralkomitees der Partei werden veröffentlicht.
An diesem Punkt besteht unsere Aufgabe nicht nur darin, durch Informationen Hilfe zu leisten und durch eine solidarische Geste die Verurteilung eines Genossen zu verhindern, sondern wir müssen eine enge Verbindung herstellen zwischen dem Schicksal der Einzelnen, Intellektuellen oder was sie auch sein mögen, und der Situation der

Arbeiterklasse und der politischen Machtstruktur in den angeblich sozialistischen Ländern Osteuropas.

Editorische Notiz

Für den Titel des vorliegenden Bandes sowie für die Auswahl der Texte und für einige Querverweise ist das Merve Kollektiv verantwortlich.

Erscheinungsort der Aufsätze:

5 "Wiener Tagebuch", No. 6, Juni 1973. Frankel und Martin sind Pseudonyme für in Ungarn lebende Autoren.
24 "Critique. A new journal of Soviet studies and socialist theory", No. 1, Spring 1973
31 "Kortárs", No. 7, 1967
47 "Uj Irás", No. 12, Oktober 1968
67 "Kortárs", No. 6, 1966
89 "Kortárs", No. 11, 1965
110 "Közgazdasági Szemle", No. 9, 1969
131 "Közgazdasági Szemle", Oktober 1971 (hier übernommen aus: "Wiener Tagebuch", No. 12, Dezember 1972)
148 "Wiener Tagebuch", No. 4, April 1973. Virjat ist ein Pseudonym für einen in Ungarn lebenden Autor.
168 "Kortárs", Dezember 1970 (hier übernommen aus: "Wiener Tagebuch", No. 1, 1972)
179 "Kortárs", Februar 1970
194 "Kortárs", Oktober 1970
214 "il manifesto", 25.8.1973
218 "Uj irás", No. 12, 1969
219 "il manifesto", 26.9.1973 (Über den Verlauf des Prozesses gegen Haraszti berichtete am ausführlichsten die Tageszeitung der KP Italien "Unità" am 16. und 17.10.1973; ein Gedächtnisprotokoll wurde am 16.12. in der "Frankfurter Rundschau" und in der "Süddeutschen Zeitung" abgedruckt.)

Zu den Autoren:

András Hegedüs, 1922 geboren, ist von Beruf Volkswirt. 1942 trat er in die illegale KP Ungarns ein, in deren Jugendorganisation er von 1941 - 1948 aktiv tätig war. Ab 1949 bekleidete er hohe Parteiämter. Von 1952 an war er Agrarminister und stellvertretender Ministerpräsident und ab April 1955 bis Oktober 1956 der letzte Ministerpräsident der Rakosi-Ära. Von 1956 bis 1958 Aufenthalt in Moskau. Nach seiner Rückkehr nach Budapest im Jahre 1958 übernahm er die Leitung des Soziologischen Instituts der Akademie der Wissenschaften

in Budapest. Weil er 1968 in Korcula eine Protesterklärung gegen den Einmarsch der Warschauer-Paktstaaten-Truppen in die CSSR unterzeichnet hatte, wurde er an ein ökonomisches Forschungsinstitut versetzt. Seit er im Mai 1973 aus der Partei ausgeschlossen wurde, hat er auch diesen Posten verloren. Hegedüs verfaßte die meisten seiner Arbeiten gemeinsam mit der Soziologin Mária Márkus.

Agnes Heller, 1929 geboren, ist Schülerin von Georg Lukács und seit 1963 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Soziologischen Instituts. Auch sie hat im Mai 1973 diese Stelle verloren.- Veröffentlichungen in deutscher Sprache, u.a. "Hypothese über eine marxistische Theorie der Werte" Frankfurt 1972 und "Alltag und Geschichte. Zur sozialistischen Gesellschaftslehre", Neuwied 1970.

Das Merve Kollektiv dankt der Genossin Krisztina Mänicke für ihre redaktionelle Mitarbeit.

Bewährungsfrist für Harászti

BUDAPEST. Wegen „schwerer Aufhetzung" ist der 29jährige ungarische Schriftsteller Miklós Harászti von einem Budapester Gericht zu einer zur Bewährung ausgesetzten achtmonatigen Haftstrafe verurteilt worden, wie aus informierten Kreisen verlautete. Harászti war im Mai vergangenen Jahres festgenommen, nach zwei Wochen jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Dem Schriftsteller war zunächst vorgeworfen worden, das Manuskript eines seiner Bücher ins Ausland zu schmuggeln versucht zu haben. Dieser Anklagepunkt wurde jedoch fallengelassen, nachdem nicht eindeutig festzustellen war, ob er das Manuskript, das im Besitz des jugoslawischen Schriftstellers Tibor Varadi bei dessen Ausreise aus Ungarn gefunden worden war, diesem persönlich übergeben hatte. Das Manuskript behandelt Vorgänge in einer Traktorenfabrik, vor allem die Problematik des Stücklohns in einer sozialistischen Gesellschaft. Die FR hatte in ihrer Ausgabe vom 8. Dezember 1973 ausführlich über das Verfahren berichtet. AP/fr

FR 12.1.1974

Informativ
Marxistisch
Parteiunabhängig

Ihnen genügen diese Schlagworte nicht? Uns auch nicht. Aber wir bemühen uns, eine Zeitschrift nach diesen Grundsätzen zu gestalten. Und wir legen besonderen Wert auf Analysen und Kommentierung des Geschehens in der kommunistischen Weltbewegung und den von kommunistischen Parteien regierten Staaten. Wenn Sie Genaueres über unsere Monatsschrift wissen wollen, senden wir Ihnen gern ein Probeexemplar.

WIENER TAGEBUCH

Einzelpreis S 10,– (DM 1,80, sfr 2,–), Jahresabonnement, Österreich S 100,–, Ausland S 140,– (DM 20,–, sfr 24,–), ermäßigtes Studentenabonnement, Österreich S 60,–, Ausland S 100,– (DM 14,–, sfr 16,–).

Zuschriften, Probeexemplare und Bestellungen: „Wiener Tagebuch",

A-1040 Wien, Belvederegasse 10

FÜR EINE STRATEGIE DER NEUEN LINKEN

Edoarda Masi
Kritik und Selbstkritik der Neuen Linken DM 4,–

Edoarda Masi
Der Marxismus von Mao und die europäische Linke DM 2,–

Helmut Reinicke
Für Krahl DM 4,–

Toni Negri
Krise des Planstaats, Kommunismus und revolutionäre Organisation DM 5,–

„Que faire"
Klassenkämpfe in Frankreich seit dem Mai 1968 DM 5,–

„Base Quvrière"
Revolutionäre Betriebsarbeit bei Renault-Flins DM 6,–

Mario Tronti
Extremismus und Reformismus DM 4,–

„Potere Operaio"
Was ist Arbeitermacht? Materialien zur Kaderbildung DM 1,50

„Il manifesto"
Für eine organisierte politische Bewegung DM 4,–

Notwendigkeit des Kommunismus.
Die Plattform von „Il Manifesto" DM 5,–

Partei und Klasse. Eine Diskussion zwischen Jean-Paul Sartre und „Il Manifesto". Einleitung: R. Rossanda DM 3,–

Serafini/Magri/Pintor
Die Einheit der Klassenlinken herstellen
Nationale Arbeiter-Konferenz der Gruppe „Il Manifesto"
Mailand 30.-31. Januar 1971 DM 1,80

„Il manifesto"
Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik DM 5,–

Rossana Rossanda
Der Marxismus von Mao Tse-tung DM 2,–

Adriano Sofri/Luciano Della Mea
Zur Organisation und Strategie von Lotta Continua DM 5,–

Lucio Colletti/Lucio Libertini/Livio Maitan/Lucio Magri
Über Lenins „Staat und Revolution" – heute DM 5,–

Internationale Marxistische Diskussion
Merve Verlag Berlin 15 Postfach 327

Der MERVE-VERLAG Berlin ist ein sozialistisches Kollektiv, das die Reihe INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION herausgibt.

Kalkulation, Rechnungsführung, Druck, Vertrieb usw. machen wir gemeinsam, d.h. im arbeitsteiligen Zusammenhang mit den Arbeiten, die aus der Herausgabe der Texte entstehen. Selbstagitation und Erarbeitung der Grundlagen der Marx'schen Theorie sind bei uns verbindlicher Bestandteil der Kollektivarbeit.

In der Reihe INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION verlegen wir regelmäßig (15-20 Hefte im Jahr) Arbeiten zu Problemen marxistischer Theorie und nicht-revisionistischer Praxis. Diese Arbeiten sollen zur Klärung des Revisionismusbegriffs beitragen, und damit Theorie- und Strategiebildung fördern, deren jede revolutionäre Praxis bedarf. In diesem Umkreis stehen die Arbeiten zur Imperialismus-, Klassen-, Staats- und Parteitheorie. Dabei werden wir sowohl die methodologische Problematik solcher Theorien als auch ihren Niederschlag in Kampfstrategien revolutionärer Gruppen berücksichtigen.

Der MERVE-VERLAG ist kein Profitunternehmen.